Mittwoch, 6. Juni 1984 · D ✱

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 131 - 23. W. - Preis 1,30 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Invasion: Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Mertes, warnte davor, die heutigen Feierlichkeiten in der Normandie zu einem „Tag der Entfremdung" zwischen den Deutschen und ihren Verbündeten werden zu lassen. Sie sollten in Deutschland nicht das Gefühl schaffen, in erster Linie die Nation der „Schuldigen" zu sein. (S. 4)

Kohl: Der Bundeskanzler hat klargestellt, daß er keine Einladung zu den Feiern in der Normandie erhalten hat. Er hätte sie allerdings auch nicht angenommen, sagte Kohl.

Ägypten: Ministerpräsident Mohieddin ist gestern in Kairo an den Folgen eines Herzanfalls gestorben.

Mitterrand: Befremden hat in Paris die einseitige Ankündigung des Moskau-Besuchs von Präsident Mitterrand durch den Kreml ausgelöst. Die französische Regierung hatte wegen des Falls Sacharow bislang offengelassen, ob der Präsident tatsächlich in die UdSSR reist. (S. 12)

Rüstung: Mit den Worten „nichts Neues" reagierte die Sowjet-Regierung auf das Angebot von US-Präsident Reagan, die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa als Teil einer Vereinbarung mit Moskau zu stoppen. Zu Reagans Vorschlag für ein Gewaltverzichtsabkommen gab es zunächst keine Stellungnahme.

Koalition? Der CDU-Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag, Worms, will eine große Koalition mit der SPD nach den Wahlen '85 nicht länger ausschließen.

Rumänien: Der Besuch von Staatschef Ceausescu in Moskau war offenbar von schweren Auseinandersetzungen mit der sowjetischen Führung bestimmt. Ceausescu, der erstmals seit 14 Jahren offiziell eingeladen worden war, lehnte es sogar ab, in Moskau zu übernachten. (S. 7)

Heute: Regierungserklärung Kohls zum Weltwirtschaftsgipfel. – 40. Jahrestag der Invasion der Normandie. – Tagung des DGB-Bundesausschusses.

ZITAT DES TAGES



» Das Problem Menschenrechte kann keine innere Angelegenheit eines Staates sein «

Der aus der Sowjetunion ausgebürgerte Schriftsteller Lew Kopelew auf einer Pressekonferenz in Bonn zum Fall Sacharow (S. 2 und 12) FOTO: PETER PEITSCH

WIRTSCHAFT

Allianz: Der Versicherungskonzern konnte 1983 sein glänzendes Ergebnis vom Vorjahr nochmals übertreffen. Der Überschuß stieg auf 560,8 Millionen DM von 445,7 im Jahr '82. (S. 16)

Dritte Welt: Ecuador hat mit Wirkung vom 1. Juni alle Schuldenzahlungen an die ausländischen Gläubiger eingestellt. Vor Wiederaufnahme der Zahlungen verlangt es ein Umschuldungsabkommen.

Bundesrechnungshof: Der Präsident soll künftig vom Bundestag und nicht mehr von der Bundesregierung ernannt werden, sieht eine Initiative aus Kreisen der CDU vor. Es gehe nicht an, daß der zu Kontrollierende seinen Kontrolleur selbst bestimmt. (S. 13)

Börse: Obwohl die Anleger an den Aktienbörsen abwarteten, erwiesen sich die Kurse als widerstandsfähig. Der Rentenmarkt tendierte freundlicher. WELT-Aktienindex 147,2 (147,2). Dollarmittelkurs 2,6736 (2,6678) Mark. Goldpreis pro Feinunze 393,75 (391,00) Dollar.

KULTUR

„Lennie" in Israel: Wenn Leonard Bernstein in Israel weilt, ist täglich 24 Stunden lang Bernstein-Day. Das schafft so ziemlich alle – nur den quirligen, unverwüstlichen Lennie nicht. Klaus Geitel hat ihn einen (musikalischen) Tag lang begleitet. (S. 3)

Plastiken: Was die Baseler 1980 im Wenkenpark erfolgreich begonnen hatten, wird jetzt im Merian-Park fortgesetzt. Auf der internationalen Ausstellung „Skulptur im 20. Jahrhundert" sind rund 230 Werke renommierter Künstler zu besichtigen. (S. 23)

WELT-Serie: Hinter der „DDR"-Fassade

In den Fängen des Staatssicherheitsdienstes erfuhr der 22jährige Jörg Hejkal, Sohn eines Geheimdienstbeamten, die gnadenlose Praxis des SED-Regimes. Der reale Sozialismus fordert von seinen Kindern bedingungslose Ergebenheit. Mit fünf anderen Personen erzwang Hejkal mit einem Hungerstreik in der US-Botschaft in Ost-Berlin die Ausreise. S. 6

SPORT

Tennis: Martina Navratilova (USA), die derzeit beste Tennisspielerin der Welt, erreichte durch ein 6:4, 6:2 über Kathy Horvath (USA) das Halbfinale bei den französischen Meisterschaften.

Fußball: 46 Prozent der deutschen Bevölkerung erwarten eine Titelverteidigung der deutschen Mannschaft bei der Europameisterschaft in Frankreich, ergab eine Repräsentativ-Umfrage. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Talsperre: Jubel im sauerländischen Ort Brunskappel, lange Gesichter beim Ruhrtalsperrenverein. Die geplante Negertalsperre darf per Gerichtsentscheid nicht gebaut werden. Die 350-Seelen-Gemeinde ist gerettet, der Talsperrenverein hat 50 Millionen Mark in den Sand gesetzt. (S. 24)

Hohe Unfallrate: Mindestens jeder zweite 18jährige Motorradfahrer, der eine Maschine zwischen 27 und 50 PS fährt, verunglückt damit, teilte die Deutsche Verkehrswacht mit. Von den 18jährigen, die ein Motorrad mit über 50 PS fahren, verunglücken sogar mehr als zwei Drittel.

Wetter: Weiterhin unbeständig. 14 bis 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Gericht gibt Arbeitgebern recht: Aussperrung in Hessen erlaubt

Waffengleichheit muß gewährleistet sein / Wieder Tarif-Verhandlungen

GÜNTHER BADING, Bonn

Das Landesarbeitsgericht Hessen hat das Recht der Arbeitgeber auf Abwehr-Aussperrungen im Arbeitskampf bestätigt. Es hob damit eine Entscheidung des Arbeitsgerichtes Frankfurt auf, das unter Berufung auf das Aussperrungsverbot in der hessischen Verfassung diese Abwehrmaßnahme gegen die von der IG Metall ausgerufenen Streiks in der hessischen Metallindustrie als rechtswidrig bezeichnet hatte. Nur durch die Aussperrung sei die Waffengleichheit im Tarifkonflikt gewährleistet, begründete der Vorsitzende Richter Christian Meier die Entscheidung.

Er wies damit die Rechtsauffassung der IG Metall zurück, daß die Unternehmer in der Tarifauseinandersetzung von vornherein Vorteile hätten und die Waffenparität erst durch den Streik der Gewerkschaft hergestellt werde. Da das „summarische Verfahren" keine Revision bei einem Bundesgericht zuläßt, ist die Entscheidung des Landesarbeitsgerichtes endgültig. Allerdings hat die Gewerkschaft auch beim Arbeitsgericht Frankfurt ein Hauptverfahren angestrengt; sowohl Gewerkschaft als auch der Arbeitgeberverband in Hessen gehen davon aus, daß dieses Verfahren durch alle Instanzen gehen wird. Der Vorsitzende des hessischen Metall-Arbeitgeberverbandes, Robert Lavis, begrüßte, daß das Landesarbeitsgericht festgestellt habe: „Es

SEITE 2:
Der Vermittler
SEITE 12:
Weitere Beiträge

gibt kein hessisches Sonderrecht". Gesamtmetall-Sprecher Werner Riek erklärte: „Dies ist die Rückkehr zur Normalität und die Bestätigung der Linie der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts seit 1980." In seinem Urteil vom 10. Juni 1980 hatte das Bundesarbeitsgericht festgestellt: „Ein generelles Aussperrungsverbot ist mit den tragenden Grundsätzen des geltenden Tarifrechts unvereinbar und deshalb unzulässig."

In Hessen sind derzeit 26 300 Arbeitnehmer in der Metallindustrie ausgesperrt. Die hessischen Arbeitgeber appellierten an die übrigen Unternehmerorganisationen der Metallindustrie im Dachverband Gesamtmetall und baten um „solidarische Hilfestellung". Der Verhandlungsführer der baden-württembergischen Arbeitgeber, Hans Peter Stihl, forderte auch eine gezielte Ausweitung der Abwehr-Aussperrungen, um den Arbeitskampf zu verkürzen. Mehrere Arbeitgeberverbände haben sich – so gestern der Verband in Bayern – mit der Lage befaßt. Dabei wurde angedeutet, daß es in den nächsten Tagen in der gesamten Bundesrepublik zu Abwehraussperrungen kommen könnte. *Gesamtmetall hält eine Aus-*

● Fortsetzung Seite 12

Arbeitsmarkt „dümpelt vor sich hin"

Franke: Rückgang aus saisonalen Gründen / Koalition weist auf Streikfolgen hin

DW. Nürnberg/Bonn

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland ist im Mai um rund 120 000 auf 2 133 200 zurückgegangen, allerdings nur aus saisonalen Gründen, wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, *Heinrich Franke, anmerkte*. Die Arbeitslosenquote verringerte sich von 9,1 Prozent im April auf 8,6 Prozent. Saisonbereinigt hat die Arbeitslosigkeit weiter zugenommen, jedoch weniger stark als im März und im April dieses Jahres. „Der Arbeitsmarkt dümpelt so vor sich hin" (Franke). Der BA-Präsident rechnet jedoch damit, daß sich die Tendenz zu einer etwas günstigeren Entwicklung fortsetzt.

Franke betonte ausdrücklich, daß die Arbeitslosenzahl von Ende Mai von den Arbeitskämpfen in der Metall- und in der Druckindustrie „nicht in nennenswertem Umfang" beeinflußt sei. Allerdings seien bei den Arbeitsämtern im Berichtsmonat Anzeigen über geplante Kurzarbeit für 327 900 Arbeitnehmer eingegangen. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Zunahme um 205 800 (169 Prozent). Aus dem Geltungsbereich der umkämpften Tarifverträge kamen davon Anmeldungen für 224 800 Kurzarbeiter, die für die Bundesanstalt „aus Neutralitätsgründen" nicht zahle. Weitere 38 400 Kurzarbeiter seien als mittelbar Streikbetroffene angemeldet worden.

Überdurchschnittlich günstig hat sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren entwickelt. Sie nahm um 13 709 oder 10,9 Prozent auf 133 120 ab. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Rückgang 15,7 Prozent. Nach Bundesländern aufgeschlüsselt entwickelte sich der Arbeitsmarkt am günstigsten in Bayern: eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um 11,3 Prozent.

Der CDU-Abgeordnete Haimo George vertrat die Auffassung, der Rückgang der Arbeitslosigkeit wäre stärker ausgefallen, „wenn nicht die laufenden schweren Arbeitskämpfe zu einer Verunsicherung auch in Branchen geführt hätte, die von den Arbeitskämpfen nicht als Zulieferer oder Abnehmer betroffen sind". Ähnlich äußerte sich der FDP-Abgeordnete Dieter-Julius Cronenberg. Zwar sei der saisonbedingte Abbau der Arbeitslosigkeit zu begrüßen. Die positiven Elemente der wirtschaftlichen Entwicklung hätten sich aber wegen der Unsicherheit über die Tarifsituation nicht in dem erhofften Umfang auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Cronenberg: „Dies zeigt, daß der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich keine neuen Arbeitsplätze schafft, sondern bestehende gefährdet."

Anders kommentierte die SPD-Abgeordnete Anke Fuchs die neuen Daten. Das „Aufschwungmärchen" der Regierung habe sich als Lüge erwiesen. Die Bundesregierung bastele bereits fleißig an der „ökonomischen Dolchstoß-Legende", wenn sie den Gewerkschaften vorwerfe, den Aufschwung kaputtzustreiken.

Warschau stellt sich auf Wahlboykott ein

Jaruzelski: Stimmung der Unzufriedenheit / „Inspektionsgruppen" für Betriebe

DW. Warschau

Die polnische Führung stellt sich offensichtlich darauf ein, daß sich der öffentliche Unmut im Lande in einem partiellen Boykott der für den 17. Juni angekündigten „Kommunalwahlen" äußern wird. Partei- und Regierungschef General Jaruzelski gestand die Befürchtungen des Regimes öffentlich ein. Die offizielle Nachrichtenagentur PAP zitierte ihn mit der Bemerkung: „Wir können nicht sagen, wie hoch die Beteiligung oder der Anteil der Stimmen in bestimmten Wahlbezirken ist, obwohl die Ergebnisse öffentlicher Meinungsumfragen darauf hindeuten, daß eine entscheidende Mehrheit der Bürger an der Wahl teilnehmen wird."

Jaruzelski hatte auf der jüngsten *Sitzung des Zentralkomitees der* Kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) ausdrücklich einen Aufruf an die Bürger erlassen, sich an den Wahlen zu beteiligen. Er räumte dabei ein, daß „die Stimmung der Unzufriedenheit auf realen Tatsachen" beruht. Die Budgets der meisten Arbeiterfamilien, so der General, seien sehr begrenzt. Eine Erhöhung der Löhne würde jedoch nur dann möglich sein, wenn die Arbeiter ihre Produktionsleistung erhöhten. Jaruzelski schlug die Bildung von „Inspektionsgruppen" zur Kontrolle der Arbeit in privaten und staatlichen Betrieben vor.

Das Thema Wahlbeteiligung beziehungsweise Wahlboykott kam offenbar auch bei der Unterredung zur Sprache, die Außenminister Olszowski mit dem Sondergesandten des Vatikans, Erzbischof Luigi Poggi, führte. Darauf deutet die Darstellung im polnischen Fernsehen hin, Olszowski und Poggi hätten die gesellschaftliche Lage in Polen erörtert. *Besondere Aufmerksamkeit habe man* den „Möglichkeiten der Teilnahme der Bevölkerung an öffentlichen Angelegenheiten zum Wohl der Nation" gewidmet. Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß die Kirche dem Wunsch der Regierung in Warschau folgen und die Gläubigen zu einer Wahlbeteiligung aufrufen wird. In der Vergangenheit hatten mehrere polnische Priester die Forderung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" unterstützt, den „Wahlen" fernzubleiben.

Bei den Warschauer Gesprächen Poggis spielte nach offiziellen polnischen Angaben die „konstruktive Bedeutung des Dialogs Polens mit der apostolischen Hauptstadt" eine Rolle. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen macht der Vatikan unter anderem von einer Regelung des juristischen Status abhängig. Es fiel auf, daß in der offiziellen Verlautbarung lediglich erklärt wurde, man habe über „den Vorschlag der Regelung *einiger Rechtsprobleme aus dem Be*reich der Beziehungen des Staates zur katholischen Kirche in Polen" gesprochen. Von dem in langen Beratungen bereits fast fertiggestellten Gesetzentwurf zu diesem Thema war in der Mitteilung nicht die Rede.

Karajan in der stärkeren Position

DW. Berlin

Der Brief verzichtet auf alle Floskeln der Höflichkeit. „Sehr geehrter Herr von Karajan", schreiben die beiden Orchestervorstände des Berliner Philharmonischen Orchesters, Rudolf Weinsheimer und Rainer Zepperitz, „gemäß Beschluß der Orchesterversammlung vom 4.6.1984" an ihren Chefdirigenten, „am 29.5. ließen Sie uns ohne Angabe von Gründen mitteilen, daß das fest mit uns geplante Konzert in Salzburg am 11.6. für das Berliner Philharmonische Orchester storniert sei. Am 30.5. baten wir Sie telegraphisch, Ihren für uns völlig unverständlichen Entschluß zu revidieren. Bis heute haben wir keine Antwort erhalten. Da Sie dieses Konzert nunmehr mit den Wiener Philharmonikern geben werden, berührt Ihr Vorgehen zentrale Fragen des Verhältnisses zwischen Ihnen und uns.

Wir stellen fest, daß Ihr Verhalten in dieser Sache wie in weiteren unser Orchester betreffenden Angelegenheiten mit den Pflichten eines künstlerischen Leiters unseres Orchesters nicht mehr zu vereinbaren ist. Im Interesse einer unserer langjährigen und erfolgreichen Zusammenarbeit würdigen Lösung dieses Problems appellieren wir an Sie, Ihre Einstellung zu der Position eines künstlerischen Leiters unseres Orchesters, die Ihnen aufgrund der Resolution des Berliner Philharmonischen Orchesters vom 13.12.1954 übertragen wurde, zu überprüfen."

Das ist ein Ultimatum. Aber ob das Orchester die Kraft und die Macht besitzt, Herbert von Karajan zu zwingen, muß sich erst noch zeigen. Karajan kann ohne das Orchester auskommen. Ob aber das Berliner Philharmonische Orchester ohne Karajan auskommt, muß sich erst noch erweisen.

Der Streit wurde Ende 1982 offenbar, als das Orchester die Klarinettistin Sabine Meyer ablehnte, die Karajan unbedingt aufgenommen wissen wollte. Schon damals drohte er, alle Konzerte abzusagen, wenn sich die Musiker seinen Wünschen weiter widersetzten. Mit Sabine Meyer wurde von dem Intendanten des Orchesters, Peter Girth, dann auf Weisung Karajans ein Vertrag für ein Probejahr abgeschlossen. Karajan nahm daraufhin seine Konzertabsagen zurück. Doch der Streit ging weiter. Nun geriet Girth, der als treuer Sachwalter Karajans dem Orchestervorstand bei seiner „Selbstverwirklichung" (in Nebentätigkeiten) lästig ist, endgültig in die Schußlinie. Deshalb soll sein Vertrag über 1985 hinaus nicht verlängert werden. Damit mag sich Karajan nicht abfinden.

Daß Sabine Meyer nach Ablauf des Probejahres auf einen Vertrag verzichtete, hat die Lage nicht entspannt, weil es tatsächlich um eine Machtprobe zwischen dem Orchester und seinen Mitbestimmungsrechten und den Weisungsmöglichkeiten des Orchesterchefs geht. Dabei spielen die lukrativen Nebenbeschäftigungen eine nicht unwesentliche Rolle. Aber viel wichtiger ist, wer den Nachfolger Karajans bestimmt. Das Orchester könnte dabei das entscheidende Wort nur dann führen und sich selbst einen bequemen Mann wählen, wenn Karajan, der 1953 auf Lebenszeit zum Orchesterchef bestimmt wurde, vorher resigniert. Doch dafür spricht bislang nichts – am allerwenigsten der Charakter des Dirigenten. In einem Telegramm an den Regierenden Bürgermeister hat er erst einmal um „eine Präzisierung seiner Rechte und Pflichten". Während Kultursenator Hassemer – wie verlautet – zu der Ausflucht neigt, Girth zu beurlauben, will Diepgen am Wochenende in Salzburg mit Karajan sprechen. Und Berlin hofft trotz allem.

DER KOMMENTAR

Abgewehrt

PETER GILLIES

Die Aussperrung im Arbeitskampf bleibt Rechtens. Das Hessische Landesarbeitsgericht verwarf gestern den Versuch der IG Metall, mit der Brechstange einer Landesverfassung das Arbeitskampfrecht auszuhebeln. Das Aussperrungsverbot in der hessischen Verfassung – die übrigens auch die Todesstrafe zuläßt – ist überholt. Im Bundesrecht haben Gesetz und Gerichte einen Rahmen für Arbeitskämpfe abgesteckt, der sich im großen und ganzen bewährt hat. Er muß für alle gelten, und alle müssen sich auf ihn verlassen können.

Die Kampfparität von Arbeitgebern und Gewerkschaften wäre aufs höchste gefährdet, wenn eine Seite mit minimalem Risiko die andere an den Abgrund treiben könnte. Es wäre schädlich für eine Volkswirtschaft wie für ihren Rechtsfrieden, wenn eine Gewerkschaft mit nur 14 000 Streikenden im Nadelstichverfahren eine ganze Branche lahmlegen könnte, der Staat gar Streikgelder zahlt und die Unternehmen sich nicht wehren dürften. Beide Versuche, die Waffengleichheit zu gefährden, sind abgewehrt.

Sosehr ein rascher Kompromiß in diesem absurden Arbeitskampf zu wünschen ist, man sollte sich nicht vom Harmoniebedürfnis überwältigen lassen. Sicher werden die Arbeitgeber der Metallindustrie die Abwehraussperrung dosiert ausweiten. Sie tun es keineswegs leichten Herzens, sondern nur aus einem Grund: eine kampfparitätische Ausweitung verschärft den Arbeitskampf, um ihn zu verkürzen.

Die Automobilindustrie, ein Juwel der deutschen Wirtschaft, ist stillgelegt. Das zehrt nicht nur am Aufschwung, sondern zerrt auch an der Solidarität – auf beiden *Seiten*. Bei *Daimler* beispielsweise wird mit offenem Visier gekämpft. Die Arbeitgeber zahlen diesem Unternehmen, das stellvertretend für alle kämpft, Teile des Verlustes. Andererseits muß die IG Metall in ihre Streikkasse greifen, um die Mitglieder zu bezahlen. Bei BMW jedoch, das „kalt" bestreikt wird, erhalten weder das Unternehmen noch seine Arbeitnehmer einen Pfennig aus den jeweiligen Kassen, obwohl sie diese doch mit eigenen Beiträgen gespeist haben. Die sogenannten Drittbetroffenen erweisen sich als *die Hauptbetroffenen*.

Wenn es richtig bleibt, daß der beste Arbeitskampf der kürzeste ist, muß man jede Maßnahme begrüßen, die den Druck auf beide Seiten erhöht, eine Lösung am Verhandlungstisch zu suchen. Die Aussperrung gehört dazu wie die Strapazierung der Solidarität beider Gruppen. Etwas, aber nur wenig überspitzt: die Aussperrung dient auf lange Sicht dem sozialen Frieden. Denn ein Arbeitskampf hätte gefährliche Folgen, wäre er nur durch Unterwerfung zu beenden.

Shamir sucht neuen Kontakt zu Ägypten

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Der israelische Ministerpräsident Shamir hat erneut einen Versuch unternommen, die Beziehungen zu Ägypten zu verbessern. In geheimer Mission hat der Vorsitzende des Parlamentarischen Ausschusses für Auswärtiges und Verteidigung, Ben-Elissar, in Kairo Gespräche mit Präsident Mubarak geführt.

Er beklagte in diesem Gespräch „diplomatische Manöver" Kairos gegen Israel vor allem bei afrikanischen Regierungen. So habe Ägypten die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen verhindert und bei den Vereinten Nationen mit arabischen und kommunistischen Widersachern gegen Jerusalem gestimmt. Zudem sei der Handel mit Ägypten fast auf Null gesunken. Ben-Elissar signalisierte zugleich den Wunsch Shamirs, sich mit Mubarak zu treffen.

In dem Meinungsaustausch hat Mubarak nach israelischen Angaben wiederholt versichert, daß seine Regierung den Frieden mit Israel weiterhin wolle und am Camp-David-Vertrag festhalte. Er habe erklärt, die Aufrechterhaltung des Friedens sei ägyptisches Interesse und ein Abweichen davon komme nicht in Frage.

Dazu betonte der Chef des israelischen militärischen Nachrichtendienstes Barak, *Ägypten erfülle den* Friedensvertrag weiterhin nach den Buchstaben, aber nicht nach dessen Geist. Er meinte, Ägypten habe zwar keine feindliche Absicht, bereite sich aber auf die Möglichkeit einer Konfrontation mit Israel vor. (SAD)

Kohl nennt Bothas Politik „ermutigend"

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern gegenüber Ministerpräsident Pieter Willem Botha die Bemühungen Südafrikas um Verständigung mit Nachbarstaaten, insbesondere die Abkommen mit Angola und Moçambique als ermutigend bezeichnet. Notwendig sei, daß Pretoria auf dieser Grundlage einen Zustand friedlicher Nachbarschaft und der gegenseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit anstrebe, sagte Kohl bei einem rund zweistündigen Gespräch mit Botha, an dem größtenteils auch die Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Roelof Botha teilnahmen.

Mahnend erklärte der Kanzler, die Lösung des Namibia-Problems sollte unverzüglich auf der Grundlage der UNO-Resolution 435 eingeleitet werden. Er betonte, daß die Apartheid in Südafrika schrittweise überwunden werden müsse, und appellierte an Botha, allen Menschenrechtsverletzungen, darunter auch Zwangsumsiedlungen, Einhalt zu gebieten. Scharfe Kritik übte Kohl an Ausreiseverboten für Südafrikaner und der Verweigerung von Ausreisesichtvermerken für Deutsche aus politischen Gründen.

Insgesamt begrüßte der Kanzler die Gespräche als wichtige Gelegenheit zum Gedankenaustausch. Zur gleichen Zeit gab es in Bonn Demonstrationen der Anti-Apartheid-Bewegung. *Botha suchte auch Bun*despräsident Karl Carstens auf und sprach mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel, der sich scharf gegen die Innen- und Außenpolitik Südafrikas wandte.

Seite 4: Für friedliche Kooperation


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Marchais-Manöver

Von Jürgen Liminski

Der französische KP-Chef Marchais läßt sich im Augenblick bei dem Kunststück bewundern, mit bloßen Worten aus der Affäre Sacharow Kapital zu schlagen: Er legt einfach die Stirn in Falten und kündigt „äußerst negative Konsequenzen" im Verhältnis seiner Partei zur Sowjetunion an, falls Moskau ihm Ende Mai schönfärberische Angaben über den Gesundheitszustand des internierten Bürgerrechtskämpfers Sacharow und dessen Frau gemacht habe. Dies könne zum Bruch beider Parteien führen, zischte der KP-Chef vernehmlich ins Mikrophon von Radio Monte Carlo. Ein Politiker auf Stimmenfang.

Die Freunde des Regimekritikers dürften sich dennoch mehr freuen als sorgen. Marchais ist immerhin einer der bestinformierten Kommunisten im freien Westen. Er war es, der dem französischen Außenminister Cheysson das Ableben Andropows mitteilte, worauf dieser die versammelten EG-Außenminister in Brüssel noch vor allen Agenturen ins Bild setzen konnte. Es erfolgte eine ergreifende Gedenkminute der Zehn. Marchais' Draht zu Tschernenko ist kurz. Kaum ein Parteiführer aber ist auch so abhängig vom Kreml wie der Franzose. Wenn dieser nun laut Sacharows Schicksal als Menetekel für die brüderlichen Beziehungen der beiden Parteien benutzt, dann kann man berechtigt hoffen, daß Sacharow und seine Frau leben. Dafür spricht auch der nun festgelegte Termin für die Reise Mitterrands nach Moskau. Wäre Sacharow tot, Marchais hätte geschwiegen oder das Mikrophon gewürgt aus Wut über die amerikanische Politik in der Karibik oder in Afrika.

*Marchais' rauher Ton ist einige Stimmen wert. Antisowjetis*mus hat sich in Frankreich vor Wahlen allemal ausgezahlt. Das Schicksal der Familie Sacharow ist dem französischen KP-Chef wahrscheinlich so gleichgültig wie den Herren im Kreml. *Ihnen kommt es auf die Außenwirkung an.* Deshalb *muß* Sacharow jetzt erst einmal leben, wenigstens bis nach der Wahl am 17. Juni. Deshalb verkünden fast alle kommunistischen Moskau-Reisenden Erfolgsmeldungen über den Gesundheitszustand des Nobelpreisträgers. Schlüssigere Andeutungen als die Worte Marchais' gibt es jedoch noch nicht.

Unruhe im Pandschab

Von Marta Weidenhiller

Die seit zwei Jahren anhaltende Agitation der Sikhs im Pandschab treibt die Regierung Indira Gandhi zu immer schärferen Gegenmaßnahmen. Schon im Oktober unterstellte Neu-Delhi den wirtschaftlich sehr wichtigen und an der sensiblen Grenze zu Pakistan gelegenen Bundesstaat seiner direkten Kontrolle. Jetzt wurde er zum Unruhegebiet erklärt, eine Ausgangs- und Nachrichtensperre verhängt. Praktisch bedeutet dies, daß Polizei und Armee zum bestimmenden Faktor geworden sind. Schon wird spekuliert, ob die Sicherheitskräfte den heiligen Tempelbezirk von Amritsar stürmen. Die Folgen wären unabsehbar.

Die Regierung zog eine Notbremse, bekämpft damit aber nur ein Symptom. Befriedet wird der Pandschab erst, wenn die Ministerpräsidentin mit den politischen Parteien und Gruppierungen einen aufrichtigen Dialog führt. Zwar hat sie einer Reihe der religiösen Wünsche der Sikhs entsprochen, und auch die politischen Forderungen – das Wasser zweier Flüsse neu zu verteilen und Chandigarh zur alleinigen Hauptstadt des Pandschab zu erheben – stellen keine unüberwindlichen Hürden bei gutem Willen aller Beteiligten dar. Mit der Einheit Indiens nicht vereinbar ist aber das Beharren militanter Sikhs auf einem unabhängigen Staat „Khalistan".

Nicht zu übersehen ist trotz der Bemühungen Indira Gandhis, daß sie bisher parteipolitisches Interesse über das Gemeinwohl des Pandschab gestellt hat. Sie war nicht bereit, die Herrschaft der Alkali Dal zu tolerieren; und es sollte offenbar auch nicht der Eindruck entstehen, daß diese als gemäßigt geltende Sikh-Partei erfolgreich verhandeln kann. Der Blick mag dabei schon auf die Bundeswahlen gerichtet sein. Sie müssen bis spätestens Januar 1985 stattfinden. Eine harte Haltung gegenüber den Sikhs könnte, so die Überlegung, Hindu-Stimmen einbringen.

Aber schon jetzt applaudieren die Hindus nicht wie erhofft. Im Gegenteil: Es kam zu blutigen Ausschreitungen zwischen den beiden religiösen Gruppen. Auch die Sikhs selber bekämpfen einander immer rücksichtsloser, und die Extremisten erhalten Zulauf.

Die Folgen des Terrors und der Gewalt bleiben nicht aus: Die Bevölkerung wird eingeschüchtert, und schon suchen Familien eine neue Bleibe in anderen Bundesstaaten, schon wandern Unternehmen ab. Wer so reagiert, wünscht keinen Staat Khalistan.

Sophokles im Citroën

Von Erik G. Wickenburg

Als Herr Müller in Firma Müller & Co. von einer Auslandsreise nach Wien zurückkam, fand er eine Strafverfügung der Polizei vor, weil er mit seinem roten Citroën vor kurzem eine Verkehrsstörung verursacht habe. Was ihn etwas verwunderte, weil er gerade in diesen Tagen im Ausland gewesen war und außerdem nicht im glücklichen Besitz eines roten Citroën, sondern eines blauen Peugeot stand. Er ließ dies der Polizei mitteilen und meinte, damit die Sache geordnet zu haben.

Jedoch bekam die Firma die strenge schriftliche Nachricht, daß ihr Einspruch abgelehnt sei, weil nicht sie beschuldigt worden sei, sondern Herr Müller in Müller & Co. Worauf sich also Herr Müller in Müller & Co als guter Staatsbürger hinsetzte und persönlich „einsprach" – aber leider war inzwischen die Einspruchsfrist verstrichen. Er hieß also zahlen – dafür, daß er einen blauen statt eines roten Wagens besaß und wegen Abwesenheit an der Verkehrsstörung nicht hatte teilnehmen können.

Die inkriminierte Autonummer war freilich die seine. Daß *das Auge des Gesetzes sie falsch abgelesen haben könnte, kam* natürlich nicht in Frage. Was blieb ihm übrig, als mit seinem Anliegen den Volksanwalt zu bemühen, dessen öffentlich geführte Verhandlung zweifelsfrei ergab, daß er an der Geschichte durchaus unschuldig, aber nach dem Buchstaben des Gesetzes zur Zahlung verpflichtet war.

Eine vage Möglichkeit, daß alles nun nach den Grundsätzen der Vernunft beigelegt werden würde, schloß die Chose ab, ändert aber nichts daran, daß jeder von uns unschuldig schuldig werden kann, wenn das Gesetz es so will. Die Polizeistelle hatte formal richtig gehandelt, wenn auch im Grunde unmenschlich; und das sollte doch zum Nachdenken anregen.

Ältere Dramatiker haben sich gern des Motivs bedient: ein vernünftiges Wort könnte eine Tragödie verhindern, aber es fällt nicht. Ein Telefonanruf seitens der Polizei, und der Fall wäre erledigt gewesen.



„Wenn ich sage, er führt ein aktives Leben, dann hat er dran zu glauben!"
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Normandie D-Day

Von Thomas Kielinger

Der Ablauf des diesjährigen Kalenders hat mehrere Daten Seite an Seite gerückt, die sich historisch nach den Maßstäben unserer zeitgenössischen Bewußtseinsstufe nicht zu reimen scheinen. In der vorigen Woche trafen sich in Washington die Außenminister der 16 NATO-Staaten, um erneut die Solidarität des westlichen Bündnisses und die Dialogbereitschaft mit dem Osten zu bekräftigen. Die Bundesrepublik steht als Territorium der *europäischen Mitte* im Kern dieser Thematik: Sie ist unverrückbarer Teil der westlichen Sicherheit, sie ist „zentrale Front", wie es die Verteidigungsplaner nennen, und sie ist Brückenland zum Osten, Fenster der Hoffnung auf eine zukünftige Verständigung.

Heute nun trifft sich auf den Stränden der Normandie eine andere Gruppe von Staaten, und sie zelebrieren keine zeitgenössischen Glaubenssätze sondern evozieren das Bündnis des Zweiten Weltkrieges, die Allianz der Sieger über Nazi-Deutschland. Die Feier wird eine Mischung sein aus erinnertem Stolz und Trauer um die Toten, aus Heroismus und nacherlebter Siegesfreude. Aber die Bundesrepublik wird in der Normandie nicht vertreten sein. Statt dessen nehmen wir, zwei Tage später, wieder unseren Platz in der zeitgenössischen Loggia ein und zerbrechen uns mit den übrigen führenden In*dustriestaaten des Westens den* Kopf über die prekäre Wirtschaftslage der Welt.

Das Nebeneinander von Gegenwart und Vergangenheit, von Erinnerung und Konzentration auf das Heute verlangt ein beträchtliches Maß an geistiger Verarbeitungskraft. Aus vielen Kreisen in der Bundesrepublik meldete sich Verärgerung, Enttäuschung, ja, fast ein Gefühl der Scham, daß unser Land bei den Feiern in der Normandie nicht vertreten ist. Die verständliche erste Reaktion wird jedoch hoffentlich einer anderen Betrachtungsweise weichen.

Wir, die wir in die Gegenwart eingebettet sind, wie es an jedem politischen Tag der Woche nicht stärker demonstriert werden könnte, wollen mit dem Deutschland, *dessen Ende am 6. Juni 1944 einge*läutet wurde, nichts mehr gemein haben. *Ganz abgesehen davon, daß* man sich nicht nach der Teilnahme bei Feiern drängen sollte, bei denen der deutsche Name auf der Seite der Niederlage *zu finden* ist, müßte die Präsenz eines deutschen Regierungschefs eher die falschen Gefühle bei unseren jetzigen Freunden wecken. Es könnten Wunden aufgerissen werden, die unter historischen Narben der Heilung entgegenwachsen. Es könnte unser guter Wille, das Deutschland von heute vorzuzeigen, überschattet werden von unglücklichen Assoziationen zwischen dem Einst und dem Jetzt, – als stellten sie uns als die Erben jenes Reiches zur Verfügung, dessen Bezwingungen die Alliierten von einst solche unsagbaren Opfer gekostet hat.

Man kann nur schwer in eine Versöhnungsfeier ummünzen, was als Erinnerung an Opfer, Heroismus und Sieg die Beteiligten zu einer unsichtbaren Brüderschaft zusammenhält. Es gibt keinen Ersatz für das einmalige unerhörte Ereignis, in das Hunderttausende von alliierten Soldaten geschleudert wurden, die mit dem Wagnis ihres Lebens antraten, die Festung Europas von den Tyrannen, von Hitler, zu befreien. Keine Allianzzugehörigkeit der heutigen Bundesrepublik kann für die Überlebenden von D-Day jenen unver*wechselbaren Besitz, dabei gewe*sen *zu sein, aufwiegen. Wir sollten* den Rahmen der Geschichte, in den die auf den Stränden der Normandie Versammelten wie in ein lebendes Bild *gleichsam zurücktre*ten, nicht sprengen wollen.



Das Gedächtnis ehrt die Tat: Operation D-Day FOTO: GAMMA/STUDIO X

Einem Tag wie D-Day im Rückblick gerecht zu werden, ist für die Deutschen ohnehin nicht leicht. Wir können die Tausende von Gefallenen nicht vergessen, die wir selber auf den Kampfstätten zurückließen. Dennoch müssen wir die Befreiungstat anerkennen, der wir letztlich das verdanken, was wir heute sind: Ein freies demokratisches Gemeinwesen mit fester Verwurzelung in der internationalen Gemeinschaft. Und mit der Normandie-Landung traten die USA jene Ordnungsrolle in Europa an, zu der sie sich in unwandelbarer Verpflichtung weiterhin bekennen.

Aber es steht nur Zwiespalt vor unserer Seele, wenn wir an den Sommer 1944 zurückdenken? Nicht lange, und wir werden den *40. Jahrestag des Attentats auf Hit*ler begehen können. Unter allen Daten, die sich in diesem Jahr zu Gedenkfeier runden, rückt uns dieser Tag am stärksten in die geistige Nähe dessen, was die Verbündeten von einst heute in der Normandie begehen. Es war der deutsche Versuch, die gleiche Festung von innen zu stürzen, gegen die Kriegsmächte von außen anrannten. Daß jene erfolgreich waren, wir aber scheiterten, nimmt dem 20. Juli kein Jota seiner Nobilität. *Die Ge*schichte mag Erfolg honorieren – das Gedächtnis dagegen ehrt die Tat. Die Geschichte mag dem Sie*ger die schönsten Kränze flechten* – die Erinnerung hält dem Heroismus, auch wenn er sieglos blieb, die Treue. Hier erkennen sie uns wieder, vor allem jene, die auf deutscher Seite das versuchten, was die Alliierten heute vor vierzig Jahren in der Normandie erfolgreicher in die Wege leiteten. Wir mögen bei den Feierlichkeiten nicht vertreten sein, – aber in der Gemeinschaft derjenigen, die für die Befreiung ihr Leben wagten, kann die Erinne*rung* den deutschen Namen nicht übergehen.

IM GESPRÄCH Kurt Biedenkopf

Der Vermittler

Von Herbert Kremp

Die Schlichtung bei den Streiks, die den Widerwillen der Volksmehrheit finden, wäre eigentlich eine typische Rolle für Hermann Höcherl. Aber nun tritt Kurt Biedenkopf ins Rampenlicht – allerings nicht als Schlichter, sondern *als* „Vermittler" zwischen Bundesverband Druck und IG Druck, was auf beschränkte Haftung schließen läßt. Biedenkopf fand freundliche Aufnahme beim stellvertretenden IG Druck-Vorsitzenden Hensche und wurde vom Verhandlungsführer der Arbeitgeber akzeptiert. Die Verlegerverbände erfuhren später davon und machen sich wohl ihre Gedanken.

Ist Biedenkopf ein Vermittler oder ist er Biedenkopf? Im konkreten Fall ist von ihm bekannt, daß er mit dem Spielbein, nicht mit dem Standbein auf der Regelarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche steht. Er bewegt sich. Biedenkopf zur WELT im April: „Was wir überwinden müssen, ist das schematische Einheitsdenken." Was immer man unter „Einheitsdenken" versteht – der Begriff, mit dem Adjektiv „schematisch" versehen, ist negativ besetzt. *Biedenkopf selber war in sei*ner bisherigen Karriere nie für Einheits- sondern stets für unkonventionelles, bewegliches Denken, was ihm von Gegner, aber auch von neutralen Beobachtern oft als „Zwiedenken" ausgelegt wurde. Seine Analysen funkeln und sprühen, seine Vermittlung wird sprühen und funkeln. Aus *diesem Grunde war der Jurist und* Wirtschaftswissenschaftler ein hervorragender Akademiker und mit 37 Jahren Rektor der Bochumer Ruhr-Universität.

Eine wahre Staccato-Karriere brachte ihn dann nacheinander zum Waschmittelkonzern Henkel und ins Generalsekretariat der CDU. Nach *Auseinandersetzungen mit Kohl* erklomm er die Parlamentsleiter bis zum Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, führte für den verstorbenen Heinrich Köppler 1980 die



In den Widerspruch verliebt: Kurt Biedenkopf
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

nordrhein-westfälische CDU in die Landtagswahlen und verlor. Im Kampf um die Spitzenkandidatur für die NRW-Wahlen 1985 unterlag er *im* vergangenen Jahr dem Kohl-Favoriten Bernhard Worms, konnte sich aber trotz massiver Angriffe aus den eigenen Reihen im Juli 1983 an der Spitze des westfälisch-lippischen Landesverbandes halten.

Die Lebensbahn Biedenkopfs verläuft offenbar nach einer inneren Gesetzmäßigkeit in Wellenlinien. Der politische Professor und professorale Politiker ist streitbar. Er liebt den Widerspruch so sehr, daß er darin *aufgehen kann.* Er gleicht Leuten wie Dahrendorf und Ehmke, denen intellektuelles Wandeln mehr bedeutet als stringentes Handeln. Insofern wäre der Posten des EG-Kommissars in Brüssel für Biedenkopf sicher eine angemessene Aufgabe. Gibt es für die Zukunft Europas doch nichts Wichtigeres als Ideenreichtum und kühnes Vorausblicken. *Diese Talente kom*men ja erfahrungegemäß dort am glänzendsten zur Entfaltung, wo die spröde Materie der Wirklichkeit sich am heftigsten sträubt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Das Blatt befaßt sich mit den Aussichten der Bonner Koalition:

Am Tage nach dem tristen FDP-Kongreß hat die Koalition offenbar erst begriffen, welche Gefahr eine Selbstzerfleischung der Liberalen für das Bonner Bündnis bedeuten würde. Politiker beider Parteien kannten nur noch ein Ziel: den Schaden zu begrenzen ... Krach mit dem Partner kann die Liberalen so kurz vor der Europawahl nur in ein noch tieferes Stimmungsloch fallen lassen, für die Union gibt es zur christlich-liberalen Regierung keine Alternative, sie ist mit der FDP zum Erfolg verurteilt. Daß Strauß diese Erkenntnis ungeachtet seiner bissigen Kritik an Genscher und Lambsdorff so deutlich aussprach, war die größte Überraschung.

Frankfurter Allgemeine

Hier heißt es über die Einschaltung Kurt Biedenkopfs als Vermittler im Tarifstreit der Druckindustrie:

Die Nachricht kommt überraschend; man weiß nicht, ob die Zeit des Aufatmens schon angebrochen ist. Immerhin, wenn die Tarifparteien *der Druckindustrie sich nun unter* dem Vermittler Biedenkopf zusammensetzen wollen, könnte man daraus auf einen wachsenden Willen zur Beendigung des Arbeitskampfes schließen. Biedenkopf ist Politiker und Wissenschaftler. Er genießt auch bei den Gewerkschaften als ehemaliger Vorsitzender der Mitbestim*mungskommission* Respekt. Zugleich ist er ein Liberaler, dem klar ist, wo aus ökonomischen Gründen die Grenze der Kompromißfähigkeit vor allem gegenüber Systemveränderern liegen muß. Allerdings ist es schwer vorstellbar, daß in der Druckindustrie ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, der die Metallindustrie präjudiziert. Auch diese Schlichtung wird sich also hinziehen

Neue Westfälische

Biedenkopf ist der rechte Mann, den schwierigen Auftrag zu erfüllen: Der CDU-Politiker hat niemals Zweifel daran aufkommen lassen, daß er diese Republik nur im Gleichgewicht *sieht, wenn es gesunde Unternehmen* und starke Gewerkschaften gibt, selbstbewußte, bewährte Arbeitnehmerorganisationen.

LIBERATION

Die französische Presse kommentiert fast ausschließlich die – nach langem Zögern – jetzt für die zweite Juni-Hälfte festgelegte Moskau-Reise von Staatspräsident Mitterrand:

Das schwierigste für Mitterrand wird es nicht sein, nach Moskau zu gehen, sondern von dort zurückzukommen. Die Affäre Sacharow *drückt dieser Reise einen Stempel* auf und erschwert es, Kapital bei einer öffentlichen Meinung Frankreichs daraus zu schlagen, die eher vom Unglück eines Mannes gerührt wird, als von den Notwendigkeiten der Diplomatie. Außer seinen Gesprächen mit den Kreml-Hierarchen wird Mitterrand daher zugleich das Bild seiner Vier-Augen-*Kontakte mit* Männern nach Frankreich vermitteln müssen, die Sacharow auf zynische Weise benutzen, um ihre „Botschaft" mitzuteilen: Im sowjetischen System stehen die Uhrzeiger auf einer Zunahme der Brutalität ...

Wann wird ihm wieder bange, dem Bangemann?

Überlegungen in der FDP zu einem Verbändegesetz / Von Peter Philipps

Die FDP wird wieder einmal das typische Schicksal kleiner Parteien erleiden, die ein profilierungsträchtiges Thema entdecken, *ganz vernünftige Vorschläge dazu* machen – aber nicht zum Zuge kommen, weil die Großen sie nicht lassen wollen oder können. Genauso wird es jetzt mit den Überlegungen zu einer Art Verbändegesetz geschehen, mit dessen Hilfe die Hürde für einen Streikbeschluß der Gewerkschaften höher gebaut *und die Entscheidung* darüber auf eine breitere Basis in der Arbeitnehmerschaft gestellt werden soll.

Das Thema ist nicht neu. Derselbe Martin Bangemann, der jetzt der FDP-Kommission vorsitzt, die das Feld weiter beackern soll, hatte bereits 1976 / 77 ein solches Gremium geleitet. Das Ende der Überlegungen zu einem Verbändegesetz fiel damals mit seinem Ende als Generalsekretär zusammen. Auch mit diesem Gesetzentwurf, den er im Alleingang auf dem Dreikönigstreffen vortrug, fand er keine Unterstützung mehr in der Parteiführung.

90 Prozent der Deutschen sind nach einer Umfrage des „Politbarometers" aus der dritten Maiwoche gegen den Streik. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche lehnten 71 Prozent ab. Und von den 29 Prozent Anhängern der zentralen Gewerkschaftsforderung war ein Drittel auch nicht bereit, dafür zu streiken. Angesichts solcher Mißverhältnisse zwischen den Vorstellungen in der Arbeitnehmerschaft und der von den Tarifpartnern geschaffenen Wirklichkeit kommt der politische Beobachter fast zwangsläufig zu Überlegungen in Richtung auf ein Verbändegesetz. Wenn die FDP-Vorstellungen verwirklicht wären, daß *alle* betroffenen Arbeitnehmer über einen Streik abstimmen müssen, gäbe es keinen Arbeitskampf. In Großbritannien immerhin haben vergleichbare, unter großem Kraftaufwand durchgesetzte Regelungen zumindest die gesellschaftliche Machtposition der Gewerkschaften auf ein angemessenes Maß reduziert.

Genau hier liegt auch der Dollpunkt in der deutschen Diskussion darüber. Weil sich die FDP dem Vorwurf der Gewerkschaftsfeindlichkeit ausgesetzt sah, hat sie vor sieben Jahren nur den Mund gespitzt und nicht gepfiffen. Und diesmal wird sie an den beiden großen Parteien CDU und SPD scheitern, weil beide ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften nicht (CDU: nicht noch mehr) belasten wollen.

Nach der Verfassungsidee haben wir in der Bundesrepublik Deutschland praktisch als einzige Europäer parteipolitisch unabhängige Gewerkschaften. Doch in der Realität steht schon aus geschichtlichen Gründen der DGB den Sozialdemokraten näher als allen anderen Parteien. *Die schmerz*haften Sparoperationen einer ungeliebten Regierung und die in die Oppositions-Freiheit geratene SPD haben diesen „Schulterschluß" (SPD-Chef Brandt) noch verstärkt. Die FDP sieht die Gewerkschaften bereits im „Schlepptau" der Sozialdemokraten. Da kommen natürlich die alten Überlegungen wieder hoch, nach Möglichkeiten zu suchen, die parteipolitische Neutralität mit Hilfe von Gesetzen deutlicher festzulegen.

Außerdem kann die FDP die Argumentation mühelos erweitern. Denn die Gewerkschaften sind schließlich nicht die einzigen Verbände in der Bundesrepublik, die starke politische Macht ausüben ohne einen breit genug fundierten demokratischen Unterbau. Seitdem die „IG Druck und Zensur" (Graf Lambsdorff) sogar auf Urabstimmungen unter ihren eigenen Mitgliedern verzichtet und eine handvoll Funktionäre über den schweren Schritt in den Streik entscheiden läßt, ist die demokratische Legitimation erst recht *nicht vorhanden. Der Hinweis auf* die Arbeitgeberverbände, der da schnell bei der Hand ist, zieht nicht: Diese können schließlich nur auf Streiks reagieren, die ihnen aufgezwungen werden.

Unter ein Verbändegesetz allerdings müßten auch sie fallen. Doch dann wird es schon schnell schwie*rig: Sind* auch die Kleingartenvereine solche Verbände, oder endet der Regelungsbreich beim Deutschen Fußballbund? Diese Abgrenzung ist ein zusätzliche Hürde wenn man nicht nur eine „Lex DGB" anstrebt.

Die Freien Demokraten sind bei den Wählern genauso wie intern in eine Schlechtwetterzone geraten. Die Wolken über ihnen haben sich bedrohlich zusammengebraut. Allein der Selbsterhaltungstrieb führt dazu, sich in einer solchen Situation nach Themen umzusehen, die man besetzen, bei denen man eigenes Profil zeigen kann. Rechts-, Bildungs- und Umweltschutzpolitik, ursprünglich dafür vorgesehen, haben auf dem Parteitag nicht einmal die eigenen Mitglieder bewegen können. So entdeckte man die Wirtschaftspolitik, für die Graf Lambsdorff die FDP als „ordnungspolitischen Garanten" empfahl, nachdem die Union mehr auf Gemütlichkeit denn auf klare Konturen setze.

Und in diesen Zusammenhang paßt dann auch der Vorstoß mit der Verbänderegelung. Ob Bangemann sich noch erinnert, wie es ihm beim letzten Mal erging?

Wo „Lennie" weilt, da ist 24 Stunden Bernstein-Day

Das Sprichwort weiß, daß man auf Pianisten nicht schießen soll. Wenn dieser Pianist freilich Helmut Schmidt heißt und in Israel auftreten will, kommt es zu Sicherheitsrisiken nicht nur für Johann Sebastian Bach.

Von KLAUS GEITEL

Auf dem Papier hatte alles wunderschön ausgesehen. Leonard Bernstein und das Israel Philharmonic Orchestra hatten sich die Ehre gegeben, zu öffentlichen Konzerten in Tel Aviv und Jerusalem drei deutsche Pianisten zu laden: Christoph Eschenbach, Justus Frantz und Helmut Schmidt. Zu ihnen wollte sich, dirigierend, Leonard Bernstein höchstpersönlich an den vierten Steinway setzen, um gemeinsam mit ihnen Bachs Klavierkonzert a-Moll für vier Klaviere aufzuführen und natürlich auch aufzuzeichnen.

Doch unversehens geriet der Altbundeskanzler dabei ins Visier. Nicht etwa der Musikkritik, sondern der Attentäter. Die Drohungen gegen seinen Auftritt häuften sich. Die Sicherheitsstrategen mochten bei öffentlichen Konzerten für Leib und Leben des Amateurmusikers nicht einstehen. Kein Wunder auch, daß Schmidt die Lust an der musikalischen Sache verlor.

Das große Bach-Projekt, die Gesamtaufnahme aller seiner Konzerte für zwei, drei und vier Klaviere, pianistischer Aufgalopp zum kommenden Bach-Jahr, wurde vertagt.

In Israel trauert man nicht übertrieben um den geplatzten Altkanzlerbesuch in Pianistengestalt. Man hat nun Bernstein allein für sich, und der hat schon selbst größere Länder im Alleingang in Atem zu halten verstanden. Wo er weilt, ist täglich 24 Stunden lang Bernstein-Day. Das schafft so ziemlich alle. Nur den unverwüstlichen Lennie schafft es natürlich nicht. Manchmal hat man den Eindruck, die 35-Stunden-Woche fiele bei ihm auf einen einzigen Tag.

Er beginnt im Frederick R. Mann-Auditorium von Tel Aviv, dem Heim der Philharmoniker, morgens um zehn, und er endet mitunter am nächsten Morgen um fünf, wenn Bernstein das Licht über seinem Schreibtisch im Hilton Hotel löscht. Er schreibt für das englische Fernsehen, das ein Konzert Bernsteins mit Mahlers „Wunderhorn-Liedern" überträgt, einen Einleitungs-Essay mit einem derart brisanten Thema, daß es kaum ein anderer als Bernstein aufzugreifen wagen dürfte. „Das Jüdische bei Mahler" – so hießen einst Themen der Nazis. Daß Bernstein unter dieser Überschrift zu anderen Schlüssen als diese kommt, liegt auf der Hand.

Das „Jüdische an Bernstein" drückt sich gerade in Tel Aviv aufs Liebenswürdigste aus. Er hat Israel schon die Treue gehalten, als es noch Palästina hieß. Beginnend 1946/47, ist er immer wieder heimgekehrt in die ihm von Kindheit vertraute Fremde, und so findet er vor seinem Orchester *auch immer wieder zurück ins Hebräische*, die Worte der Kindheit.

Halb englisch, halb hebräisch ruft er seine Anweisungen den Musikern zu. Sie erregen immer erneutes Getuschel. Die einen übersetzen den andern das Englische, die andern den einen das Hebräische. Linguistisch ist das Orchester nun einmal weitaus nicht so sattelfest wie musikalisch.

Bernstein wird nicht müde, das Orchester zu loben. Aber er hat mit ihm auch ganz schön Noten zu pauken. Einfach ist dieser Strawinsky nicht, den er seinen Musikern einbläut und zum Dankbarsten gehört die „Sinfonie in C" des Russen überdies nicht.

Bernstein tanzt sie vor, um ihren musikalischen Willen anschaulich zu machen. „Hören Sie, jubelt er, „hier kommt Bizet. Da trippelt Gounod. Französische Klassizität. Von Kopf bis Fuß Balanchine. Ah-Maria Tallchief!"

„Hören Sie die Hörner! Sind sie nicht fabelhaft? Bedenken sie nur: würde es Ihnen gefallen, ein ganzes Leben lang nichts als 2. Horn zu sein?" Bernstein feixt. Eine grüne Palme wächst ihm aus dem T-Shirt, dort, wo das Herz schlägt.

Die Probe ist längst zu Ende. Das Orchester ist auf und davon. Bernstein hockt vor den Lautsprechern. Er hört die letzten Takes der Aufnahme ab. „Dieser Strawinsky! Von überall hat er seine Ideen geholt und sie in eigene Sprache verwandelt. Da kommt de Falla. Ist das nicht Mahler? Ja, weiß Gott, und da spricht Strawinsky selbst: drei Takte „Petruschka". So aber war es schließlich schon immer: in jedem Musiker lebt die ganze Musik".



„Melodie einer Stadt – Jerusalem": Leonard Bernstein dirigiert das Israel Philharmonic Orchestra FOTO: MISERONY

„Kommen Sie", sagt er. „Lassen sie uns die jungen israelischen Genies hören. Sie warten schon eine halbe Stunde. Aber was ist schon eine halbe Stunde für ein echtes Genie?"

Im Saal der Mann-Halle lungern zwei junge Soldaten, achtzehnjährig, Zwillinge, rotblond, schmal, nervig. Zur Uniform mit den hochgerollten Ärmeln, dem Koppel, den kräftigen Schuhen tragen sie Violine und Cello. *Und schon geht es los. Ein Sturm*wind von Musik. Sie spielen Kodaly. Der geht Bernstein ins Blut.

„Als ich zum ersten Mal nach Israel kam", sagt Bernstein, „quoll das Land über von musikalischer Begabung. Man kam aus dem Staunen nicht mehr heraus. Danach versickerte das Talent etwas. Die Zeiten wurden schwerer, die Situation immer ernster. Die Armee gab notgedrungen immer stärker den Ton an. Der war naturgemäß nicht musikalisch. Doch jetzt scheint sich das Talent zu regenerieren".

Ein Junge, zwölf Jahre alt, setzt sich ans Klavier. Er spielt Scarlatti, Beethoven, Chopin. „Ein Wunder, ein richtiges Wunder". Bernstein kann sich gar nicht beruhigen. „Seine Mutter ist Ägypterin. Sein Vater kommt aus dem Iran. Nie hat man in der Familie auch nur einen einzigen Ton klassischer Musik gehört. Und nun dieser Junge ..." Der Kleine spielt fabelhaft.

Aber das tun sie alle an diesem Nachmittag. Bernstein, seit geschlagenen sieben Stunden pausenlos mit Musikmachen und Musikhören beschäftigt, reißt große Fetzen Fladenbrot ab, taucht sie in Humus, den ölig-traditionellen Brei, stopft sich den Mund voll und reicht gnädig und generös die orientalische Kost häppchenweise weiter. Im Trinkglas, das er allerdings nicht weiterreicht, geht es offenbar weit weniger orientalisch zu. Nicht alles, was so aussieht, ist auch Apfelsaft.

„Damals, in Jerusalem, dem belagerten, hat man mir den Trompeter *auf der Straße verhaftet, als er von* draußen das erlösende Signal in die „Leonoren-Ouvertüre" hineinblasen sollte. Alles war bis zum Äußersten primitiv. Ringsum gab es nichts als Beschränkung. Aber die Musik erhob herrlich ihr Haupt."

Bernstein spricht mit den Müttern der jungen Musiker, mit ihren Lehrern. Er versteht es aus dem Effeff, die jungen Musiker unauffällig im Gespräch so zu drehen, daß der Photograph sie mit ihm photographieren kann. Das ist vielleicht einmal der Karriere der jungen Leute von Nutzen. Zumindest freut es die Mütter. Die Lehrer sind gleich auf schriftliche Empfehlungen ihrer Schüler aus. Bernstein hält sich zurück. Schriftliche Genie-Testate sind ihm nach kurzem Anhören nicht abzuluchsen.

Noch warten weitere Kandidaten. Doch das Vorspiel wird wegen Erschöpfung Bernsteins vertagt. „Es kommt ein Augenblick, wo man beim besten Willen nicht mehr zuzuhören vermag. Das Ohr streikt. Es nimmt nichts mehr wahr. Man muß lernen, vor seinem eigenen Ohr zu kapitulieren."

Aber es kapituliert nicht vor der Erinnerung, vor der Vergangenheit, vor den heiligen Stätten. „In Jerusalem sprechen die Steine. Sie raunen Geschichte. Dieser Ton füllt die Luft." Einen anderen hört Bernstein aus der Musik Mahlers heraus. „Es sind die tausend Stimmen der Gettos, die Mahlers Musik durchkreuzen, jüdische Lebenserfahrungen, niedergeschrieben in Noten, die ewig jüdische Klage, Hoffnungen und Verzweiflungen. Sie tönen aus *Mahlers Musik*."

Er probt Mahlers Lied „Wo die schönen Trompeten blasen". Lucia Popp singt es auf ihre unvergleichliche Weise mit herzzereißender Klarheit. Längst ist die Zeit vorbei, da man in Israel in Konzerten nicht deutsch sang und selbst Beethovens hymnisches Chorfinale der 9. Sinfonie ins Englische übertrug.

Jetzt heben sich die „Wunderbaren" Worte von Krieg und Tod, vom Sterben der Jugend beklemmend in den Raum und singen von Jedermanns Grab, aus grünem Rasen oder aus Wüstensand.

„Das Mädchen fing zu weinen an", singt die Popp. Es ist totenstill im Saal. Wie ein Trauerritual zieht allein der Taktschlag Bernsteins seine magischen Kreise.

Auch christliche Demokraten waren im Widerstand

Widerstand gegen Hitler, da ist vorwiegend von Mitgliedern der Arbeiterbewegung und der Kirchen die Rede. Doch es gab auch viele, die aus den konfessionellen, liberalen und konservativen Parteien kamen. Eine Ausstellung im Bonner Adenauerhaus erinnert an sie.

Von SUSANNE PLÜCK

Eine Beflaggung an nationalen Feiertagen kommt für ihn nicht infrage, wenn er schon flaggt, so zeigt er stets die Kirchenfahnen. Den deutschen Gruß erwidert er stets mit guten Tag und zieht dabei den Hut." 1935, Polizeibericht über den ehemaligen Gewerkschaftssekretär Heinrich Strunk aus Essen. „Ludwig Spelten ist hier als fanatischer Anhänger des Katholizismus bekannt, der sich noch heute an öffentlichen, kirchlichen Prozessionen (Fronleichnamsprozession)beteiligt." Gestapobericht aus Düsseldorf 1939. Was heute niemanden verwundern würde, bedeutete damals Widerstand. Widerstand im Alltag – mit Gefahr für die eigene Person wie für die Familie.

Die 40. Wiederkehr des 20. Juli 1944, Tag des Attentats auf Adolf Hitler, das ist Anlaß zu einer Ausstellung über „Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler" im Bonner Adenauer-Haus,die bis zum 29. Juni zu sehen sein wird und später in den Landeshauptstädten gezeigt werden soll. Nicht zuletzt im Hinblick auf die derzeit in der Bundesrepublik wogenden Widerstandsdiskussionen findet sich hier eine Fülle von Anschauungsmaterial zur Opposition in einem totalitären System. Anhand von 85 Tafeln und mehr als 300 Exponaten über teilweise erschütternde Einzelschicksale werden die Willkür des *Naziregimes und unterschiedliche* Formen des Widerstandes plastisch vor Augen geführt.

Die Ausstellung, ausgerichtet vom Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, rückt eine in Widerstandsdarstellungen und öffentlichem Bewußtsein wenig präsente Oppositionsgruppe ins Blickfeld: Männer und Frauen, die sich den gängigen Zuordnungen zu Arbeiterbewegung, Kirche oder „bürgerlicher" Opposition nicht ohne weiteres einfügen, die weder ausschließlich als (christliche) Gewerkschaftler zu charakterisieren sind noch dem unmittelbaren Weichbild von Kirche und Klerus angehören.

Es sind jedoch Menschen, deren Selbstverständnis sich in erster Linie christlich definierte, Mitglieder also insbesondere von Zentrumspartei, der Bayerischen Volkspartei und dem Christlichem Volksdienst (von der protestantischen Seite), ebenso aber auch der liberalen und nationalen Parteien der Mitte, soweit sie sich für die Weimarer Demokratie einsetzten. Mit einem Schlagwort ausgedrückt: „christliche Demokraten". Für sie boten die Kirchen, die als einzige gesellschaftliche Großgruppen die „Machtergreifung" überstanden hatten, Ersatz für die zerschlagenen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen;ein Auffangbecken, das auf legaler Basis die Fortführung der alten Kontakte ermöglichte.

In den Kreisen dieser „christlichen Demokraten" als Beispiele seien nur genannt: André Hermes, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, liegen die Wurzeln der heutigen Unionsparteien, deren Offenlegung einen weiteren Schwerpunkt der Ausstellung bildet. Die Konstituierung der CDU, so hat Eugen Gerstenmaier, Mitglied des Kreisauer Kreises, formuliert, habe 1944/45 in den Gefängnissen von Tegel begonnen. Tatsächlich hatten fast sämtliche Unterzeichner des Berliner Gründungsaufrufes vom Juni 1945 Kreisen des Widerstands angehört, manche hatten Gestapo-Gefängnisse kennengelernt.

Zahlreiche Exponate verdeutlichen, daß – außer von der Tradition der konfessionellen Partein der Weimarer Zeit – die neue Volkspartei insbesondere geprägt worden ist durch die Erfahrungen des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime. Bei vielen wuchs aus diesem Schlüsselerlebnis die Überzeugung, daß es notwendig sei, neben den konfessionellen auch die klassen- und parteigeprägten Gegensätze hinter sich zu lassen, an denen die Weimarer Republik nicht unmaßgeblich gescheitert war. In der Union, das belegt die Ausstellung, sammelten sich nach 1945 Demokraten aus den ehemaligen Parteien von rechts bis links der Mitte.

Anschaulich werden am Beispiel zahlreicher weithin Unbekannter der Kampf gegen die heraufziehende Gefahr der NSDAP seit 1930, die Entmachtung und Ausschaltung der demokratischen „Staatsfeinde" nach 1933, der „unscheinbare" Widerstand im Alltag dargestellt. Die unterschiedlichen Oppositions-Kreise werden ebenso präsentiert wie die „Aktion Gewitter", mit der das Regime nach dem Bombenattentat Stauffenbergs jeden weiteren Umsturzversuch im Keim ersticken und die gesamte potentielle Führungsschicht für ein neues, demokratisches Deutschland eliminieren wollte. Den Abschluß der Dokumentation bildet die Gründung der Union und ihre maßgeblich vom Widerstand mitbestimmte Programmatik.

Um die Bedingungen oppositioneller Existenz im totalitären Staat zu verdeutlichen, werden zudem – als Ausstellung in der Ausstellung – die wesentlichen Elemente des NS-Systems erläutert.

In Gegenwart zahlreicher Überlebender und Angehöriger von Opfern des Widerstands betonte Bundeskanzler Kohl bei der Ausstellungseröffnung den hohen moralischen Wert, den die Existenz des Widerstands für Aufbau und Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland gehabt habe. Die Gegenwart, so Kohl, könne nur aus der Kenntnis der Vergangenheit begriffen werden - hier dem Kontrast zwischen „der dunklen Zeit" und „dem anderen Deutschland". Dieser Beitrag zur Wahrheit müsse „ohne Pathos" geleistet werden. Dem tut die Ausstellung in erfreulicher Form Genüge.

Heute kämpft in Grönland Siumut gegen Atassut

Nur gut ein Jahr nach ihrer letzten Parlamentswahl werden die 31 000 stimmberechtigten Grönländer heute zur Wahlurne gerufen. Wie schon 1983 dürfte es Kopf-an-Kopf-Rennen geben.

Von REINER GATERMANN

Egal, wer im grönländischen Landsting die parlamentarische Mehrheit bekommen wird, das Ergebnis wird keinerlei entscheidenden Einfluß auf das künftige Verhältnis der größten Insel der Welt zur Europäischen Gemeinschaft haben, aus der Grönland zum 1. Januar 1985 ausscheiden wird.

Der Sinn dieser außerplanmäßigen Abstimmung ist nur schwer erkennbar. Vor ein paar Monaten stimmte die Regierungspartei Siumut, die mit den westeuropäischen Sozialdemokraten vergleichbar ist, gemeinsam mit der bürgerlichen Oppositionspartei Atassut für die Annahme der mit der EG getroffenen Vereinbarungen zum Austritt Grönlands aus der Gemeinschaft. Beide Parteien stellen 12 Landsting-Abgeordnete, die restlichen beiden Mandate gehören der linkssozialistischen Partei Inuit Ataqatigiit, der die Brüsseler Zugeständnisse nicht weit genug gingen und die darüber hinaus die völlige Trennung Grönlands von Dänemark fordert.

Unmittelbar nach der Annahme der Austrittsvereinbarung stellte Atassut allerdings gegen die Regierung einen Mißtrauensantrag und brachte ihn mit den beiden Stimmen der Inuit durch, wonach sich Jonathan Motzfeldt als Vorsitzender der Inselregierung gezwungen sah, Neuwahlen auszuschreiben, die dritten seit der Erlangung der inneren Selbstverwaltung im Jahr 1979.

Die Atassut-Partei ging mit einem neuen Vorsitzenden und Spitzenkandidaten in den Wahlkampf. Ihr langjähriger Führer und bis 1979 höchstrangiger Politiker der Insel, Lars Chemnitz, hat sich zurückgezogen, an seine Stelle trat Olle Stenholt, seit vielen Jahren einer der beiden grönländischen Abgeordneten im Kopenhagener Folketing. Er und seine Partei fühlen sich vom Wahlgesetz benachteiligt. Trotz eines Stimmenanteils von 46,6 Prozent erhielten sie im vergangenen Jahr nur genau so viele Sitze wie die Siumut mit 42,3 Prozent. Sie forderten zunächst auch eine Gesetzesänderung, wozu es jedoch kaum kommen dürfte. Deswegen konzentrierte Stenholt seinen Wahlkampf auf vage Versprechen, unter anderem will er das EG-Abkommen in einigen Punkten „justieren".

So sollen die EG-Fischer ihre Fangsaison vor Grönland teilweise auf den Winter verlegen, wenn die eigenen kleinen Boote dann aus Witterungsgründen im Hafen bleiben müssen. Stenholt wünscht sich bessere Fangkontrollmöglichkeiten sowie *die Auflage, daß ein Teil der EG-Fän*ge in Grönland gelandet wird.

Die Atassut-Partei rechnet mit Überläufern von der Siumut-Partei, die wiederum vom Gegenteil überzeugt ist. Sicher dürfte dagegen sein, daß die Motzfeldt-Partei Stimmen an die nationalistische Inuit Ataqatigiit verlieren wird. In ihrer fünfjährigen Regierungszeit konnte Siumut einen nicht unbedeutenden Teil ihrer früheren sicherlich übertriebenen Versprechen nicht einlösen, sondern schwenkte auf eine recht pragmatische politische Linie ein, was vor allem den sozialistischen Theoretikern gegen den Strich ging. Deswegen hält man es in Nuuk, der Hauptstadt Grönlands, für möglich, daß die Inuit-Partei ihre Landsting-Fraktion auf vier Abgeordnete verdoppelt. Da*mit bleibt die Frage, wie die künftige* Regierung aussehen könnte.

Jonathan Motzfeldt hält alle Türen offen, es besteht sowohl die Möglichkeit für eine große Koalition als auch für einen Fortbestand der bisherigen weitgehend formlosen Zusammenarbeit zwischen Siumut und Inuit.

Bischöfe wollen Einfluß in EG verstärken

GEORG BAUER, Bonn

Im Vorfeld der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament hat die katholische Kirche in der EG engere Kontakte zu den Abgeordneten in Straßburg und den europäischen Institutionen in Brüssel angekündigt. Der Essener Bischof Franz Hengsbach, Vizepräsident der Kommission der Bischofskonferenz der EG (CoMECE), sagte, über ihr Brüsseler Sekretariat unter Leitung des französischen Prälaten Paul Huot-Pleuroux, wolle die Kirche „mit einer Stimme" gegenüber der EG auftreten. Als *Stichworte nannte der Essener* Bischof den Paragraphen 218 und die Bereiche Jugend und Erziehung. Außerdem legte Hengsbach Wert auf die Bemerkung, daß die Kommission, die erst nach Widerständen des auf seinem ausschließlichen Recht der Außenpolitik pochenden Vatikans ins Leben gerufen werden konnte, eng mit dem Apostolischen Nuntius bei der EG zusammenarbeitet. Hengsbach räumte ein, daß der Kontakt zu den Behörden und Politikern bisher sehr dürftig sei. Man habe zwar Vorträge organisiert und Gespräche mit Abgeordneten geführt, doch über lose Verbindungen sei man nicht hinausgekommen.

Die katholische Kirche möchte Europa nicht auf die zehn Staaten begrenzt wissen. Wie es in einem von Hengsbach vorgestellten „Wort der Bischöfe zur Wahl des Europäischen Parlaments", das in allen zehn EG-Ländern veröffentlicht worden ist, heißt, reicht Europa weit über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus. „Es geht bis zum Ural", betonte der Ruhrbischof. Allerdings schränkte er den Begriff gleich wieder ein, als er erklärte, daß die geistigen Wurzeln Polens in Rom zu suchen seien, die geistigen Wurzeln Rußlands hingegen in Konstantinopel.

In ihrer Stellungnahme warnen die Bischöfe außerdem vor dem wachsenden Protektionismus, dem individuellen und kollektiven Egoismus und der Verteidigung bestimmter Privilegien, mit denen auch Europa zu kämpfen habe. Bei allen Fortschritten seien die Zehn anscheinend nicht in der Lage, ihre Probleme zu lösen und neue Mitglieder aufzunehmen.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen Streitigkeiten fordert das „Wort der Bischöfe" die Europäer dazu auf, sich *nicht mit einer Wirtschaftsgemeinschaft* zufriedenzugeben, sondern ein Europa der Menschen und Völker zu errichten, „ein Europa, wo jeder *Mensch und* jede *Familie in ihrer unveräußerlichen* Würde anerkannt" wird. Außerdem müsse Europa, das zur Zeit als Teil der westlichen Welt *eine sittliche* Krise *erlebe*, ein echter Partner der Länder der Dritten Welt sein. Der Kontinent, der aus seinem geistigen Erbe heraus eine Verant*wortung für die Welt habe*, müsse durch eine gemeinsame Anstrengung die großen Herausforderungen bestehen, die durch die Ost-West- und Nord-Süd-Spannungen entstanden seien.

Börners rot-grünes „Gegengewicht zu Bonn"

Von DANKWART GURATZSCH

Wenn es in der dreitägigen De*batte des* hessischen Parlaments, die gestern begann, zur Verabschiedung des Haushalts für 1984 kommt und anschließend Holger Börner, der SPD-Landesvorsitzende und vor 18 Monaten zurückgetretene, nur noch geschäftsführend amtierende Ministerpräsident, zum neuen Regierungschef gewählt wird, so hat sich damit zum erstenmal in einem Bundesland das Bündnis zwischen SPD und Grünen als politische Macht etabliert. Kann Hessen damit zum Modell für andere Bundesländer werden?

Wenn man den Worten von Holger Börner auf dem außerordentlichen Landesparteitag der *hessischen SPD* am vergangenen Wochenende in Wiesbaden trauen darf, nie und nimmer. „Das, was wir in der hessischen *Landespolitik beginnen, ist kein Modell* für andere", hatte Börner dort ausgerufen und hinzugefügt: „Nicht für andere Bundesländer und auch *nicht für unsere Städte und Gemeinden.*" In Hessen stehen nämlich im



Landesbericht Hessen

Frühjahr 1985 Kommunalwahlen an, und offensichtlich zieht es der hessische Regierungschef vor, auch dies*mal wieder zu der bewährten Taktik* zu greifen, der er sich schon in den Landtagswahlen von 1982 und 1983 bedient hatte. Damals hatte er erklärt, *mit den Grünen zusammen* werde man ihn nicht einmal auf einer Fotomontage sehen. Er sei Naßrasierer und müsse jeden Morgen in den Spie*gel sehen, da wolle er sich nicht an*spucken müssen. Er schließe nicht nur eine Koalition, sondern auch eine Zusammenarbeit mit den Grünen aus.

Mit diesen Beteuerungen hatte Börner erhebliche Stimmengewinne besonders bei den Arbeitern und klei*nen Angestellten erringen können*, die von einem Einfluß der Grünen auf die Politik den Verlust von Arbeitsplätzen, wirtschaftlichen Stillstand, technologischen Rückschritt und die Etablierung des sozialen Konflikts bis hinauf in die Regierungspolitik befürchten. Allerdings hatten die *Ankündigungen Börners nur für den* Wahlkampf gegolten. Unmittelbar danach setzte er sich mit den Grünen an einen Tisch.

Es ist deshalb fraglich, ob Börners Taktik bei den hessischen Kommunalwahlen nochmals verfängt. Mehrere Parteigenossen scherten in der Wiesbadener Debatte denn auch aus der Sprachregelung ihres Landesvorsitzenden aus und ließen ihren Zweifeln freien Lauf, daß der Griff nach *der Macht in den Gemeinden ohne* die Grünen gelingen könnte.

Wie aber verhält es sich in den von Börner erwähnten „anderen Bundes*ländern"? 1985 stehen Landtagswah*len in Nordrhein-Westfalen und Senatswahlen in Berlin an. In beiden Ländern muß die SPD (wie 1982/1983 in Hessen) um das Vertrauen der Arbeiter und kleinen Angestellten werben, um einen Wahlsieg zu erringen – und tatsächlich haben auch bereits die verantwortlichen SPD-Politiker in diesen Ländern, Ministerpräsident Rau und Wunschkandidat Apel, ein Bündnis mit den Grünen ostentativ ausgeschlossen. *Rau hat das* sogar in unmittelbarer Reaktion auf die Entwicklung in Hessen noch einmal wiederholt, und zwar mit einem Zusatz, den jeder hessische Wähler kennt, und zwar aus dem Munde von Börner: „Ich will eine klare sozialdemokratische Mehrheit."

Nach der Wahl war die Auskunft Börners knapp: Die Wähler hätten anders entschieden. Aber sie hätten ein „Gegengewicht zu Bonn" gefordert. Außerdem erinnerte er an das in seinem Kabinett ausgearbeitete Grundsatzprogramm „Arbeit und Umwelt", mit dem die hessische SPD ihre Anpassung an grüne Forderungen vorformuliert und damit die Weichen für das Bündnis gestellt hatte. Ein im Titel gleichlautendes Programm hat auch bereits Rau verkündet, inzwischen ist es auch Teil der Gesamtstrategie der Bundes-SPD geworden.

Börners Wiesbadener Referat hat in allen Passagen, die sich mit dem rot-grünen Bündnis beschäftigten, Argumente für (und kein einziges gegen) die Übertragbarkeit des hessischen Modells geliefert, am deutlichsten mit den Sätzen: „Sollen wir uns, anstatt mit den Grünen zu kooperieren, etwa von der inzwischen tödlich geschwächten FDP in bekannter Manier wieder die Richtlinien der Politik diktieren lassen? Oder sollen wir mit der CDU zusammengehen ? In der gegenwärtigen politischen Lage bietet ein Bündnis mit einer dieser Parteien keine Alternative, die wir vor dem Wähler verantworten können."

Demgegenüber habe die SPD in den Vereinbarungen mit den Grünen alle Kernforderungen durchsetzen können. Die Einbindung der Grünen sei eine große staatspolitische Integrationsaufgabe. In Hessen würden „weit über die Bundesrepublik hinaus neue umweltpolitische Maßstäbe" gesetzt, speziell im Energiebereich könne die SPD „ohne Selbstverleugnung von einer sozialdemokratisch neuen Politik für Hessen sprechen". Bei der Müllentsorgung würden „früher oder später alle Länder gezwungen sein, unserem Beispiel zu folgen". Hessen verwirkliche die „Architektur einer neuen Politik".

Vor dem Hintergrund dieser Argumentation muß die Versicherung Börners fadenscheinig wirken, daß er sein Modell nicht auch anderen Bundesländern zur Nachahmung empfehlen wolle. Vielmehr gehört es zur Natur dieser Empfehlung, sie ausdrücklich zu leugnen. Das „Modell Hessen" läßt sich nur übertragen, wenn auch die Erzählung vom Rasierspiegel *mitgeliefert* wird.

Neue Runde um München II

Regierung Oberbayerns legt morgen verkleinerte Planung des Flughafen-Neubaus vor

PETER SCHMALZ, München

In dem jahrelangen Gerangel um den Bau des künftigen Flughafens München II läutet die Regierung von Oberbayern morgen eine weitere Runde ein, wenn sie den Planänderungsbeschluß veröffentlicht und damit die planerische Grundlage für einen erheblich verkleinerten Neubau schafft. *Die Münchner Flughafengesellschaft* (FMG) kündigte bereits an, unverzüglich die Aufhebung des Baustopps zu beantragen. Sollte sie damit erfolgreich sein, könnten die Bauarbeiten zu Beginn des kommenden Jahres wiederaufgenommen werden, die ersten Jets könnten dann nach einer fünfjährigen Bauzeit 1990 im Erdinger Moos nördlich von München starten.

Der morgige Beschluß der oberbayerischen Bezirksregierung wird keine planerische Sensation enthalten. Er wird sich voraussichtlich weitgehend an die Grundzüge halten, die der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am Gründonnerstag vor drei Jahren skizzierte. Damals hatten die höchsten bayerischen Verwaltungsrichter die Bauarbeiten an dem auf 3,4 Milliarden Mark geschätzten Projekt überraschend gestoppt. Es zeige sich, rügten die Richter, „eine Summe von Großzügigkeiten, die kompromißlos den Belangen des Flughafenbetriebs Rechnung trugen und entgegenstehende Belange nicht genügend berücksichtigten".

Bei dem ehemals auf vier Bahnen konzipierten Platz hielten sie sogar zwei Pisten für ausreichend und monierten, daß der Achsabstand dieser beiden Bahnen mit 2300 Metern nicht weniger als 800 Meter über den internationalen Vorschriften liegt. Das bayerische Wirtschaftsministerium machte Lärm- und Sicherheitsgründe dafür geltend, aber die Richter rechneten dagegen: Bei einer Bahn- und Sicherheitszonenlänge von sechs Kilometer erhöht jeder Meter Achsabstand den Geländebedarf um 6000 Quadratmeter.

Nach diesem Gerichtsbeschluß rief Ministerpräsident Franz Josef Strauß die Verantwortlichen auf, die Richter-Bedenken unverzüglich in eine Planänderung einzubauen, um so den 663 Seiten umfassenden Planfeststellungsbeschluß von 1979 zumindest in den Grundzügen zu retten und damit den Neubau in absehbarer Zeit realisieren zu können.

Die Flughafen-Gesellschaft strich daraufhin die dritte Startbahn, reduzierte den Flächenbedarf von 2050 auf 1500 Hektar und konzipierte die Abfertigungsanlagen auf acht Millionen Passagiere jährlich. Der Planfeststellungsbeschluß geht noch von 12,5 Millionen im Jahr 1990 und 14,8 Millionen zur Jahrhundertwende aus. Nach einem Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird aber nur mit einem Passagieraufkommen von sieben beziehungsweise 8,6 Millionen zu rechnen sein.

Doch wie auch immer: Der verkleinerte Münchner Zukunfts-Flughafen ist ein Airport auf Zuwachs. Die Abfertigungs*anlagen sind als Module* geplant, von denen ursprünglich sechs gebaut werden sollten, nach dem neuen Plan sind es aber nur noch vier. *Die nunmehr* dreijährige Baustopp-Phase wurde von der Flughafen-Gesellschaft auch zu schöpferischen Korrekturen am Erstentwurf genutzt. So wurde der Plan, zwischen die beiden Abferigungsstränge ein hochgeschossiges Hotel zu bauen, fallengelassen. Der Mittelbereich wurde in ein zweigeschossiges Gebäude aufgelöst, in dem die zentrale Haupthalle unter einem Glasdach den Charakter einer Galerie haben soll.

Durch diese Änderungen spart die FMG nach einigen Schätzungen mindestens 100 Millionen Mark, also ungefähr die Summe, die sie durch den Baustopp als Mehrkosten aufwenden muß. Dabei sind allerdings noch nicht die zusätzlichen Kosten wegen der gestiegenen Baukosten einkalkuliert. Sie belaufen sich nach Angaben eines FMG-Sprechers bei einer Restbausumme auf mindestens 265 Millionen Mark.

Unklar ist im Augenblick aber noch, wann das letzte Wort über das Projekt gesprochen wird. 5274 Klagen wurden gegen den Planfeststellungsbeschluß im größten Gerichtsverfahren nach dem Krieg erhoben, sie sind derzeit in zweiter Instanz beim Verwaltungsgerichtshof anhängig. Gegen den morgigen Änderungsbeschluß wird wieder eine Klage-*Flut* erwartet.

Botha für friedliche Kooperation

Ministerpräsident: Südafrika muß neue Formen des Zusammenlebens finden

BERNT CONRAD, Bonn

Der südafrikanische Ministerpräsident Pieter Willem Botha hat gestern *in einem Vortrag vor der* Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn den Willen seiner Regierung unterstrichen, mit den Nachbarn im südlichen Afrika *zusammenzuarbeiten* und ihnen wirtschaftlich zu helfen. Vorher war Botha mit Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher, Bundespräsident Carstens und Oppositionsführer Vogel zusammengetroffen.

„Ein neuer Kurs"

In einem Aufsatz, der in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift „Außenpoli*tik" erscheinen wird, hat Botha die* Argumente und Motive Pretorias im einzelnen erläutert. Dort heißt es: „Die Republik Südafrika ist eine *Großmacht auf dem Subkontinent*, und wir entschuldigen uns nicht für unsere industrielle und militärische Stärke. Wir haben die Erfahrung und *die Mittel erworben, um jedem in* Südafrika und in unseren Nachbarländern zu einem besseren Leben zu verhelfen. Wir tun das bereits und werden unsere Bemühungen intensivieren. Im südlichen Afrika leben 55 Millionen Menschen. Wir sind aufeinander angewiesen, den Frieden zu wahren und *unser Überleben zu* sichern."

Das im März unterzeichnete Abkommen mit Moçambique über Gewaltverzicht spiegelt nach den Worten des Ministerpräsidenten „einen neuen Kurs in der Geschichte des Subkontinents" wider. „Wir haben damit der Welt ein Zeichen gesetzt, daß Länder trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Systeme friedlich miteinander auskommen können."

Für die Haltung Südafrikas gegenüber Südwestafrika/Namibia nannte Botha vier Grundsätze:

1. Das Territorium ist nicht Teil Südafrikas und war es niemals.
2. Die Einwohner sollen über ihre konstitutionelle Zukunft selber entscheiden.
3. Das Territorium soll sich in Frieden und Sicherheit zur Selbstbestimmung entwickeln.
4. Unsere Differenzen mit der internationalen Gemeinschaft sollen durch Verhandlungen ausgeräumt werden.

Der Ministerpräsident hob hervor, „daß alle bisherigen Hindernisse für die Durchführung einer Namibia-Regelung gemäß Resolution 435 des UNO-Sicherheitsrates ausgeräumt sind, mit Ausnahme der fortgesetzten Präsenz von annähernd 30 000 kubanischen Soldaten in Angola. Diese Streitkräfte bilden eine feindliche Präsenz ausländischer Truppen im südlichen Afrika, die es unmöglich machen, in Südwestafrika freie und faire Wahlen abzuhalten, wie sie in Resolution 435 vorgesehen sind. Sie stellen auch eine Bedrohung für die künftige Unabhängigkeit Südwestafrikas und für die Stabilität aller Länder unserer Region dar, Angola eingeschlossen."

Für Südafrika selbst betonte Botha die Bedeutung der neuen Verfassung, die die Einbeziehung der Mischlinge und Inder, aber noch nicht der Schwarzen in den politischen Entscheidungsprozeß vorsieht. Absicht der Verfassungsänderung sei es, „durch eine ordnungsgemäße und evolutionäre Reform eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der jeder - einzeln und als Angehöriger einer Gruppe - ein wirksames Mitspracherecht bei Entscheidungsprozessen erhält, die seine Interessen betreffen, ohne den Anspruch von Einzelpersonen oder Gruppen einzuschränken, selbst über Angelegenheiten zu entscheiden, die ihre Lebensweise, ihr Fortbestehen und ihre Wertvorstellungen berühren."

Botha kommentierte: „Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, um unsere Institutionen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Den Schwarzen gilt die gleiche Zielsetzung, und sie sind daher an der Fortschreibung der Verfassung in Südafrika beteiligt."

Für die weitere Zukunft, so fuhr der Ministerpräsident fort, habe er noch keinen endgültig festgefügten Plan, und er glaube auch nicht, daß die südafrikanische Situation sich dafür eigne. „Angesichts unserer historischen Erfahrung sehe ich kontinuierliche Konsultationen und Verhandlungen unter allen Volksgruppen sich entfalten, die Zusammenarbeit und Anpassung von ihnen fordern. Das hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn Stabilität und Sicherheit für alle garantiert werden. Wir werden auf dem Weg dorthin Anpassungen durchzuführen haben auf der Grundlage neuer Erkenntnisse."

Südafrika muß für dieses Ziel nach Darstellung Bothas neue Formen des Zusammenlebens finden, die den besonderen Verhältnissen des Landes Rechnung tragen. „Das wird Geduld, Demut, Toleranz und Phantasie, vor allem aber Mut erfordern."

Dynamischer Prozeß

Der Ministerpräsident ging nicht direkt auf die auch in Bonn geäußerte Kritik an der Apartheidpolitik Südafrikas ein, nahm aber indirekt darauf Bezug, indem er feststellte: „Jede südafrikanische Regierung muß sich innerhalb der Grenzen bewegen, die ihr von der öffentlichen Meinung in Südafrika gezogen werden, und muß einander widersprechende Erwartungen und Forderungen in Einklang bringen." Immerhin sei in Südafrika ein dynamischer Prozeß im Gange. Seine Bedeutung liege in der Tatsache, daß er stattfinde und daß er sich evolutionär entfalte. „Am wichtigsten ist jedoch die Richtung, in die er sich bewegt."

Dregger warnt die FDP vor Kontroversen

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat die FDP vor einer „kontroversen Profilierungspolitik gegenüber dem Koalitionspartner Union" gewarnt. Das würde das „endgültige Aus für die FDP bedeuten", sagte Dregger gestern vor der *Unionsfraktion* in Bonn. Die „einzige Chance" der FDP bestehe darin, daß es zu noch größerer Konsequenz bei der Verwirklichung der *mit* der Union vereinbarten Politik komme. Nur wer „sichtbar" zum Erfolg der Koalition beitrage, könne auf Dauer mit befriedigenden Wählerergebnissen rechnen, betonte Dregger.

Bei der FDP gehe es seit langem bei jeder Wahl um die politische Existenz. „Es gehören starke Nerven" dazu, die „damit verbundenen Belastungen durchzustehen". Anerkennend registrierte Dregger, „daß keiner der FDP-Parteitagsdelegierten die Koalition mit der Union in Frage gestellt hat". Die Zusammenarbeit zwischen der SPD und den Grünen in Hessen mache deutlich, wie die Alternative zur CDU/CSU im Bund aussehen würde. Die SPD, das zeige Hessen, lasse ihre Politik „von einer Aussteigerpartei bestimmen".

Dregger nahm in konzentrierter Form auch zur Kritik an Teilen der Politik der Bundesregierung Stellung. In diesem Zusammenhang fiel auf, daß er die zusätzlichen Hilfen für die Bauern, bei denen es nicht um die 35-Stunden-Woche oder um Lohnerhöhungen, sondern um die Begrenzung von Einkommenseinbußen gehe, ausdrücklich verteidigte, aber zugleich eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit forderte. Auch bei der Auseinandersetzung über die 35-Stunden-Woche müsse differenziert vorgegangen werden, mahnte Dregger. „Wir sollten nie von den Gewerkschaften reden, wir sollten zum Beispiel die fünf DGB-Gewerkschaften hervorheben, die den Weg der Vorruhestandsregelung gehen wollen." Die Kritik der Union könne immer nur aus volkswirtschaftlicher Sicht, „nicht aus unternehmerischer Interessenlage geübt werden". Gesprächsbrücken zu den Gewerkschaften müßten erhalten werden, betonte Dregger. Die Hauptkritik müsse sich gegen die SPD richten, der er vorwarf, sie trage nicht zur Befriedung bei, sondern ermuntere die IG Metall, den volkswirtschaftlich schädlichen Streik fortzusetzen.

Unüberhörbar war auch die Mahnung Dreggers, die Koalition müsse jetzt bei der Reform der Lohn- und Einkommensteuer „positive Daten setzen".

Technische Probleme beim Pilotprojekt

Nea. Mainz

Eine Umfrage der rheinland-pfälzischen Regierung hat ergeben, daß 25 Prozent der Bevölkerung des Landes mindestens ein zusätzliches Fernsehprogramm wünschen und dabei überwiegend (zwischen 84 und 88 Prozent) private Konkurrenz bevorzugen. Bemerkenswert scheint, daß der Wunsch nach zusätzlichen Programmen unter den 18- bis 29jährigen größer ist (37 Prozent) und unter den Anhängern der Grünen mit 29 Prozent ausgeprägter geäußert wird als etwa unter den CDU- oder SPD-Anhängern. Die Bevorzugung privater Träger entspricht dabei sowohl bei den jüngeren Jahrgängen als auch bei den Anhängern der Grünen etwa dem Durchschnitt. Nur bei SPD-Sympathisanten ist sie deutlich geringer. Rheinland-Pfalz ist Standort des ein*zigen Kabelfernseh-Pilotprojekts, das* eigenverantwortliche Teilnahme Privater gestattet.

Das Versuchsgebiet des Projekts *Ludwigshafen/Vorderpfalz soll ent*gegen anderslautenden Berichten nicht ausgeweitet werden. Die Vermutung, man sei zu einer Ausweitung wegen der bisher geringen Zahl der Anschlüsse (etwas mehr als 3200) gezwungen, war durch die Ankündigung entstanden, daß sich die rheinland-pfälzische CDU-Landtagsfraktion demnächst mit dem Projekt befassen will. „Von einer Erweiterung des Versuchsgebiets halte ich solange nichts, wie innerhalb dieses Gebiets *das technische Problem der An*schlüsse nicht gelöst ist", sagte Ministerpräsident Vogel der WELT. Zur Zeit wächst die Zahl der Anschlußanträge (8000) rascher als die Zahl der Anschlüsse.

Was sich jetzt an technischen Problemen zeige, sei allerdings ein Beleg dafür, daß Deutschland auf diesem Gebiet einen Rückstand aufzuholen habe. Selbst er könne in seiner Wohnung in Speyer nach Auskunft der Bundespost erst Ende 1984 einen Anschluß erwarten.

Bonn erhofft sich von Dublin Signalwirkung

Reagan-Rede bedeutsam für den West-Ost-Dialog

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung betrachtet die Rede Präsident Reagans in Dublin vom Montag als ein Zeichen der *amerikanischen Entschlossenheit*, den West-Ost-Dialog in allen Bereichen, vor allem bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung, konstruktiv und erfolgsorientiert fortzusetzen. Darauf wies gestern Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hin.

Reagan hatte sich vor dem irischen Parlament bereit erklärt, eine Bekräftigung des Gewaltverzichts zu erörtern, wenn die Sowjetunion ihrerseits den Willen zeige, über Maßnahmen zu verhandeln, die dem Gewaltverzichtsgrundsatz konkreten neuen Ausdruck verleihen. Genscher bemerkte dazu: „Damit findet das Angebot des Atlantischen Bündnisses in der Erklärung von Washington, jeden vernünftigen Vorschlag zu prüfen, konkreten Niederschlag." Die Bundesregierung fühle sich durch Reagans Erklärung in ihrer aktiven Politik zur Stärkung des Gewaltverzichts bestätigt.

In Bonn erhofft man sich von der Bereitschaft des US-Präsidenten eine Signalwirkung für den West-Ost-Dialog. Die amerikanische Regierung hatte die Bundesregierung vorab *über den Inhalt der Reagan-Rede* unterrichtet.

Etwa zur gleichen Zeit lief bei Genscher ein Brief ein, in dem sich US-Außenminister George Shultz befriedigt über den Ablauf der Washingtoner NATO-Ratstagung äußerte und Genscher für seine Rolle bei der Formulierung des Schlußtextes dankte. Die Allianz, so betonte Shultz, habe dem Osten eine klare Botschaft der Einigkeit, Stärke und Dialogbereitschaft vermittelt. Bonner Diplomaten bewerteten diesen Brief und die Voraus-Information über die Reagan-Rede als ein „gutes Zeichen für das deutsch-amerikanische Verhältnis".

Die Befriedigung Genschers rührt nicht zuletzt daher, daß er anfangs mit seiner Neigung, auf die sowjetischen Wünsche nach einem neuen Gewaltverzichtsabkommen einzugehen, innerhalb der Allianz ziemlich allein gestanden hatte. Besonders die Amerikaner hielten eine nochmalige Bekräftigung des schon mehrfach international verbrieften Verzichts auf Gewaltanwendung für überflüssig.

Demgegenüber plädierten der Bundesaußenminister und auch Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Moskauer Tischrede vom Juli 1983 für eine Haltung des „Ja, aber ...". Das heißt, sie bejahten zwar einen erneuten Gewaltverzicht, strebten aber anstelle einer rein deklaratorischen Vereinbarung vertrauensbildende Maßnahmen zur Konkretisierung des Gewaltverzichts an. Diese Ansicht setzte sich im westlichen Bündnis allmählich durch und klang auch in der Washingtoner NATO-Erklärung an. Jetzt ist sie von Ronald Reagan voll übernommen worden.

Aktuelle Bedeutung hat der amerikanische Vorstoß für die Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE). Wenn es dort gelänge, wirksame vertrauensbildende Maßnah*men zu erreichen*, könnte das nach Bonner Auffassung durchaus mit einer Bekräftigung des Gewaltverzichts verbunden werden. Umgekehrt aber könnte ein allgemeiner Gewaltverzicht kein Ersatz für die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen sein.

Die Sowjets hatten gemeinsam mit ihren osteuropäischen Partnern zwei miteinander verbundene Vereinbarungen in Stockholm vorgeschlagen: eine über den Gewaltverzicht und eine über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen. Aufgrund westlicher Einwände scheint Moskau jetzt bereit zu sein, beide Elemente auch *getrennt zu* behandeln.

Invasions-Feier: Mertes ist besorgt

Warnung vor „Tag der Entfremdung" / Kohl hätte Einladung nicht angenommen

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat klargestellt, daß er keine Einladung zu den Gedenkfeiern anläßlich des 40. Jahrestag der alliierten Invasion in Frankreich erhalten hat. Bei der Eröffnung einer Ausstellung zum Thema Widerstand im Dritten Reich beschrieb Kohl im Bonner Konrad-*Adenauer-Haus, Sitz der CDU-Partei*zentrale, seine Position: Selbst wenn er eine Einladung bekommen hätte, „ich hätte sie nicht angenommen". Der Jahrestag der Invasion sei ein geschichtliches Datum. Er sei aber kein Datum, zu dem sich ein deutscher Bundeskanzler angesichts der dann – auf die Invasion – noch folgenden Millionen Toten zum „Besuch anmeldet".

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, verband mit den Feiern zum 40. Jahrestag der Invasion der Alliierten in Frankreich gewisse Befürchtungen. Er warnte davor, diese Erinnerungsveranstaltung zu einem „Tag der Entfremdung" zwischen den Deutschen und ihren Verbündeten werden zu lassen.

In einem Interview der „Neuen Os*nabrücker Zeitung" erklärte* der CDU-Politiker, die Siegesfeiern würden in ihrer Wirkung der heutigen Verkoppelung der deutschen Lebensinteressen mit denen der westlichen Demokratien zuwiderlaufen, wenn sie in Deutschland das Gefühl schafften, in erster Linie die Nation der Besiegten oder gar „die Nation der Schuldigen" zu sein. Die pazifisti*schen und neutralistischen Kräfte*, die eine deutsche Sonderrolle zwischen West und Ost und gleichen Abstand zu den Supermächten anstrebten, würden dadurch weiteren Auftrieb erhalten.

„Eine Siegesfeier in diesem Sinne kann deshalb auch nicht im westlichen Interesse liegen", sagte Mertes und fügte hinzu: „Unsere Verbündeten sollten stets bedenken, daß sich das deutsche Volk, dort, wo es frei wählen konnte, für die Übereinstimmung seiner Sicherheits- und Wiedervereinigungsrechte mit den Wertvorstellungen der westlichen Demokratien entschieden hat." Der Staatsminister meinte, der 6. Juni könne zu einem „Deutschlandtag" besonderer Art werden, wenn das Bewußtsein der geschichtlichen und nationalen Identität des deutschen Volkes in Erinnerung gerufen werde. Eine zukunftsorientierte Bedeutung erhalte er, wenn er die Einsicht verstärke, daß nur eine starke Präsenz der USA den Frieden wahren könne und daß die Einheit Eurpas auf der Tagesord*nung der Geschichte* bleibe. Sie allein könne die Wiedervereinigung des deutschen Volkes bewirken, das mit seinen östlichen Nachbarn einen Anspruch auf eine europäische Friedensordnung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes habe. Dies müsse am 40. Jahrestag der Invasion bedacht werden, wenn dieser dem Ziel einer deutschen Friedens*ordnung in Europa dienen solle.*

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, kommentierte, am 6. Juni 1944 habe für Europa „die große Wende" begonnen. Mit der Landung der alliierten Soldaten am Strand der Normandie sei der entscheidende Stoß zur Niederringung des Faschismus eingeleitet worden. Galinski: „Auch die Juden Europas, denen Hitler die Endlösung zugedacht hatte, wurden von der *Hoffnung auf Befreiung* beseelt. Auch wenn der Weg bis zur endgültigen Niederlage des Nationalsozialismus noch lang und blutig war, wäre *ohne die Invasion die Rechnung der* NS-Machthaber möglicherweise aufgegangen.

Die Erinnerung an die Invasion sollte aber auch das Geschichtsbewußtsein schärfen. „Ohne das Nachgeben der westlichen Demokraten gegenüber dem Expansionsdrang Hitlers, für das die Münchner Konferenz von 1938 ein warnendes Beispiel ist, wäre der Welt vermutlich ein solch großer Opfergang erspart geblieben", erklärte Galinski. Und er fügte hinzu: „Dem Bösen rechtzeitig Widerstand zu leisten, auch das ist eine Verpflichtung, die sich aus dem Gedenken an die Invasion ergibt."

Die Bundesrepublik Deutschland ist bei den Gedenkfeiern durch ihren Botschafter in Paris vertreten.

Seite 2: Normandie D-Day

UdSSR ermuntert Wirtschaft zu Zusammenarbeit

DW. Hamburg

Zu neuen Anstrengungen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR hat der Bonner Sowjetbotschafter Semjonow die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen. In einer Feierstunde zum zehnjährigen Bestehen der Hamburger deutsch-sowjetischen Gesellschaft sagte der Botschafter: „Die Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland sollten mehr Aktivität zeigen bei der Suche nach Möglichkeiten zur Zusammenarbeit." Die Wirtschaft beider Länder könne sich vorteilhaft ergänzen.

Semjonow verwies darauf, daß die Sowjetunion in den kommenden Jahren einen wesentlich geringeren Zuwachs an Arbeitskräften haben werde als bisher. Sie plane keine weiteren gigantischen Unternehmen, sondern setze auf Modernisierung und die Entwicklung kleinerer und mittlerer Betriebe der verarbeitenden Industrie. Dabei bevorzuge sie Handelspartner, die auf moderne Technologie setzten. Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland könnten dabei mehr Aktivitäten entfalten, so wie es die Franzosen oder die Japaner bereits täten. Der deutsch-sowjetische Handel habe 1983 ein Volumen von 23,7 Milliarden Mark erreicht, was dem Eineinhalbfachen des Handels der Sowjetunion mit den USA und Japan zusammen entspreche, dennoch könne die Zusammenarbeit weiter ausgedehnt werden.

Im außenpolitischen Teil seiner Rede führte Semjonow erneut eine harte Sprache. Er bezeichnete die amerikanische Führung als „abenteuerliche Militaristen" und beschuldigte die *Bundesrepublik Deutschland*, wieder zu einem Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion geworden zu sein. Deswegen sei eine neue „Eiszeit" ausgebrochen. In Bonn treibe der Revanchismus wieder seine Blüten. Dennoch seien die Errungenschaften der Entspannungspolitik in das Bewußtsein der Völker gedrungen. Das Streben der Völker nach Frieden lasse hoffen, daß es gelingen werde, „den Gang der Ereignisse umzukehren".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schlechter Stil

„Wahrheiten über ein Land, das gegen Israel 'Heiligen Krieg' führt"; WELT vom 27. April

Ich erhielt Herrn Springers Artikel „Waffen für die Saudis – Gefahr für Israel" und den Briefwechsel zwischen Herrn Hans-Jürgen Wischnewski von der SPD und Herrn Springer. Herrn Springers Argumente waren meiner Meinung nach sehr gut, während Herrn Wischnewskis oberflächliche Stellungnahmen mich überraschten.

Man sollte annehmen, daß ein Mann mit seiner Erfahrung nicht zu persönlichen Anwürfen greifen und nicht solche Äußerungen wie etwa die machen würde, der Artikel von Herrn Springer schade unseren Beziehungen (zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Saudi-Arabien) und „diene nicht den legitimen Interessen Israels". Auch die Frage von Herrn Wischnewski, wie viele Male Herr Springer in Saudi-Arabien gewesen sei (mit der damit angedeuteten Folgerung, daß er keine fundierte Meinung über Saudi-Arabien haben könne) war besonders schwach und sagte eine Menge über das geistige Niveau des SPD-Funktionärs.

Vielleicht war es gut, Herrn Wischnewskis Antwort abzudrucken, denn sie zeigte deutlich das Ausmaß, bis zu welchem ein sogenanntes „liberales" Vorurteil die Wirklichkeit verzerren und Gebrauch von billigen Argumenten machen kann.

Prof. John C. Merrill,
Louisiana State University
Baton Rouge, Louisiana, USA

*

Sehr geehrter Herr Springer,

die Israel-Nachrichten brachten uns Ihren Artikel vom 17. März und Ihre Entgegnung an Herrn Hans-Jürgen Wischneweski. Ich möchte Ihnen persönlich meinen Dank und meine Hochachtung aussprechen für diese beiden Artikel. Jeder hier weiß, wie Sie zu Israel stehen und wie Sie uns in jeder Art und Weise unterstützten. Diese beiden Artikel kann aber nur ein wirklicher Kenner wie Sie so treffend und überzeugend schreiben.

Ich persönlich weiß, wie schwer es war und auch manchmal heute noch ist, diversen Leuten unser Verhältnis zur Bundesrepublik zu erklären, und bin ich seit 1946 in dieser Richtung tätig. Das aber, was ich tue, ist ein Tropfen im Vergleich zu dem, was Sie für Israel tun.

In diesem Sinne begrüßen meine Familie und ich Sie mit Dank und Hochachtung.

Mit Schalom, Ihr
Erich Daniel,
Tel Aviv

Wort des Tages

„Wir sind manchmal viel zu sehr geneigt zu glauben, daß die gegenwärtigen Voraussetzungen für einen Stand der Dinge die einzig möglichen seien."

Marcel Proust; franz. Schriftsteller (1871–1922)

Gebetsmühlen

Sehr geehrte Herren,

während des Druckerstreiks haben die Gebetsmühlen der Fernsehanstalten mit täglichen Durchsagen den Eindruck zu erwecken versucht, daß der Informationsfluß der deutschen Presse durch die Aktion der IG-Druck entscheidend gestört wäre.

Demgegenüber möchte ich feststellen, daß ich an keinem Tag des Streiks bisher den Eindruck gehabt habe, daß eine spürbare Beeinträchtigung der Informationsmöglichkeiten der Leser eingetreten ist. Ich möchte vielmehr anerkennen, daß gezielte Behinderungen einzelner Presseorgane durch rasches Handeln und Flexibilität der Redaktionen und Verlage ausgeglichen wurden. Hierfür den Verantwortlichen den Dank der Leser zum Ausdruck zu bringen, ist mir ein Bedürfnis.

Mit bestem Gruß
D. W. von Menges,
Essen 1

Unterste Grenze

Herrn Dr. Barzel als Präsidenten des Bundestages ist bekannt, daß mehr als 2 Millionen Arbeitslose sich erheblich einschränken müssen, daß man dem öffentlichen Dienst eine Nullrunde zumutet und daß man den Rentnern nur 1,3 Prozent reale Erhöhung zugebilligt hat, d. h. bei einer Rente von DM 1000,– nur DM 13,–.

Bei dem Anstieg der Lebenshaltungskosten von rd. 3 Prozent bedeutet das eine erhebliche Minderung der Realeinkommen.

Wenn Herr Dr. Barzel für seine Bundestagsabgeordneten eine Aufstockung der Diäten von 2,3 Prozent, d. h. um DM 180,– plus DM 100,– steuerfreier Kostenpauschale fordert und auch mit der CDU durchpeitscht, so ist das instinktlos.

Herr Dr. Barzel sagt zur Begründung, daß es sich nicht um einen Nachschlag handle, sondern um eine Maßnahme auf der untersten Grenze, um die Realeinkommen der Abgeordneten nicht weiter sinken zu lassen. Sinken diese nur bei den Herren Abgeordneten?

Wenn bei den Volksvertretern schon keine beispielgebende Nullrunde zu erzielen war, weshalb blieb man dann nicht wenigstens bei den 1,3 Prozent der Rentner?

Oder liegt die „unterste Grenze" bei den Abgeordneten, in DM ausgedrückt, etwa 10mal so hoch wie bei diesen?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Kurt Semmelroth,
Herdecke

Personalien

ERNENNUNGEN

Der Verwaltungsrechtler Professor **Ulrich Battis** (40) aus Münster ist zum neuen Rektor der Fernuniversität Hagen gewählt worden. Er ist der Nachfolger des 58jährigen Gründungsrektors Professor **Otto Peters**, der nach zehnjähriger Tätigkeit sich nicht mehr zur Wahl gestellt hatte. Peters will jedoch seinen Lehrstuhl für Fernstudiendidaktik in Hagen behalten.

*

Die Bundesregierung hat dem neuen chinesischen Generalkonsul **Wang Yanyi** das Exequatur erteilt. Wang Yanyi, dessen Generalkonsulat in Hamburg ist, wird auch für die Länder Bremen und Niedersachsen zuständig sein.

AUSZEICHNUNGEN

Der bayerische Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** hat dem amerikanischen Generalmajor a. D. **Charles C. Rogers** das diesem von Bundespräsident **Karl Carstens** verliehene Große Verdienstkreuz mit Stern ausgehändigt. Generalmajor Rogers hat insgesamt zwölf Jahre lang in der Bundesrepublik Deutschland als Angehöriger der amerikanischen Streitkräfte gedient, darunter von 1973 bis 1975 als Kommandeur des VII. Corps Artillery und Standortältester in Augsburg.

*

Der Direktor der Staatsgalerie Stuttgart, Professor Dr. **Peter Beye**, ist mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Der 52jährige Galeriedirektor, gebürtiger Berliner, studierte nach dem Abitur in Freiburg im Breisgau und in München Kunstgeschichte, promovierte 1957 und war dann freier wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Bayerischen Staatsgemälde-Sammlungen. Von 1960 an Hauptkonservator an der Staatsgalerie in Stuttgart, wurde er 1969 Direktor der Staatsgalerie.

*

Der Berliner Arbeitssenator, **Edmund Wronski**, hat dem Verbandspräsidenten des Bundes der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft, Dr. **Fritz Gläser**, in Berlin das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland übergeben.

GEBURTSTAG

Hofrat Professor Dr. **Walter Dick** aus Tübingen feierte seinen 85. Geburtstag. In Deutsch-Beneschau in Böhmen geboren, erwarb er seine chirurgische Ausbildung in Prag, wirkte dort als Chefarzt einer Städtischen Klinik bis 1945. Nach seiner Vertreibung aus der Tschechoslowakei ging er nach Klagenfurt und später als Ordinarius für Chirurgie an die Universität Köln. 1955 wurde er als Nachfolger von Professor **Theodor Nägeli** nach Tübingen berufen und leitete bis 1967 die chirurgische Universitätsklinik. Seine Leistungen liegen vor allem auf den Gebieten der Magen-, Darm-Chirurgie und der Lungenchirurgie, sowie im Aufbau der Thromboembolie-Verhütung. Er entwickelte eine Chirurgen-Schule operativer Sicherheit und ärztlicher Bescheidenheit und Sorgfalt, die an der Tübinger Chirurgischen Klinik und bei seinen Schülern fortwirkt.

VERÄNDERUNG

Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Dr. **Bernhard Vogel**, soll auf Vorschlag des Präsidiums des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK) neuer Präsident des Maximilian Kolbe Werkes werden. Der Landtagsabgeordnete Dr. **Albrecht Beckel**, Präsident seit Gründung des Werkes, will im Laufe dieses Jahres sein Amt abgeben.

Der Nestor der Betriebswirtschaftslehre, Professor Dr. **Erich Gutenberg**, emeritierter Direktor des Seminars für Allgemeine und Industrielle Betriebswirtschaftslehre, ist im Alter von 86 Jahren in Köln gestorben. Der in Herford geborene Wissenschaftler studierte an den Universitäten Hannover, Halle, Frankfurt am Main und Münster Naturwissenschaften, Nationalökonomie, Philosophie und Betriebswirtschaftslehre. Nach seiner Habilitation im Jahre 1928 wirkte er zehn Jahre in leitender Position in der Industrie. Über die Hochschulen Clausthal-Zellerfeld, Jena und Frankfurt am Main kam Professor Gutenberg nach Köln, wo er 1951 den Schmalenbach'schen Lehrstuhl übernahm. 1967 emeritierte er.

WELT-Serie: Hinter den Fassaden der „DDR" / Folge 5: In den Fängen des Staatssicherheitsdienstes

„Die Haft in Bautzen II hat mich verändert"

Von JÖRG HEJKAL

In Berlin-Schönefeld angekommen, wurden wir in die „Grüne Minna" verfrachtet. Das ist ein kleines Fahrzeug mit Kabine; in diesem Kasten sitzt man wie in einem Affenkäfig. Man kann nicht sehen, wo man hinfährt. Oben ist ein kleines Loch mit einem Sieb, da kommt die Luft durch. In dem Wagen wurden mir Handschellen angelegt. Die Fahrt endete beim Staatssicherheitsdienst in Hohenschönhausen. Dort mußte ich mich ausziehen, Leibesvisitation auf entwürdigende und demütigende Art. Man gab mir etwas zum Anziehen, Trainingsanzug, Unterwäsche, gestreiftes Fleischerhemd. Zelle auf, Tür zu.

Bis Januar 1982 wurde ich vernommen, am 24. Januar vom Stadtbezirksgericht Lichtenberg verurteilt und am 28. Februar nach Bautzen II gebracht, in den Strafvollzug des Staatssicherheitsdienstes. Doch nun der Reihe nach.

Meine Zelle im Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen hatte ein Fenster aus zwei Reihen Glasziegeln. Durch eine Klappe konnte ein wenig die Luft zirkulieren. Für Raucher war es sehr unangenehm in diesen Zellen. Den Sommer habe ich dort nicht erlebt, aber es soll entsetzlich sein. Die Glasziegel wirken wie Brenngläser. Dann hat man im Raum Temperaturen bis zu 40 Grad, ohne richtig lüften zu können.

Die schwere Zellentür ist mit einem großen Schloß und zwei dicken Riegeln abgesichert. Wird die Tür geöffnet, dann rumst es. Erst rumst der obere Riegel, dann der untere, dann schließt mit knackender Gewalt dreimal das Schloß, erst dann geht die Tür auf. Nachts wurde alle zehn Minuten das Licht angemacht, ein Wächter schaute durch den „Spion" in der Tür. Mit dieser Belästigung mußte man schlafen. Einen Namen hat man dort in der Haft nicht, man ist eine Nummer und wird auch mit dieser Nummer aufgerufen. Man erfährt überhaupt keinen Namen, auch nicht die Namen der Vernehmer oder der Offiziere.

Während der Untersuchungshaft hatte ich für fünf oder sechs Wochen Einzelhaft. Mich hat das nicht mehr bedrückt. Ich hatte etwas zu lesen, Bücher. Die Tageszeitung hat mich nicht interessiert, weil sie immer das gleiche Bild vermittelte. Durch Klopfen konnte ich mit den Nachbarn

> „Während der Gerichtsverhandlung wurde ich ständig bevormundet. Ich konnte Sätze nicht zu Ende sprechen, ich hatte überhaupt kein Mitspracherecht. Alles war festgelegt."

Kontakt aufnehmen. In meiner Einzelhaft habe ich mit einem Zellennachbarn Schach gespielt – durch Klopfen. Es gibt ein Klopfalphabet, das lernt man dort.

In Hohenschönhausen hatte ich jeden Tag die Möglichkeit, für eine Viertelstunde „Freistunde" zu nehmen. Das war – wie alles dort – entwürdigend. Man ging auf den Hof, wo es etwa zehn Nischen gab. In eine solche Nische wurde man eingesperrt, Grundriß vielleicht acht mal drei Meter. Ringsum eine vier Meter hohe Mauer, darüber ein Gitterzaun, am vorderen Ende ein Steg, auf dem die Offiziere entlanglaufen und auf einen herabschauen.

Die Gänge in Hohenschönhausen sind mit Kameras gesichert. An der Wand läuft ein feiner Draht entlang, mit dem jederzeit Alarm ausgelöst werden kann. Draußen steht ein Elektro-Sicherheitszaun, dahinter die Mauer.

Die Gänge sind Tag und Nacht hell beleuchtet. Da sind auch die berüchtigten Ampeln: Grün und Rot, Gehen und Stehenbleiben. Der Fußboden ist mit einer Lauflinie und einer Haltelinie markiert.

Von Hohenschönhausen aus habe ich mit meinen Eltern korrespondiert, habe sie um Verständnis für meine Situation gebeten, sie sollten doch verstehen, daß ich mich zur Ausreise entschlossen habe. Mein Vater teilte mir mit, er begreife meinen Entschluß nicht, stehe aber als Familienmitglied hinter mir und wolle mir die Wiedereingliederung ermöglichen. Danach brach ich den Kontakt zu meinen Eltern ab. Zu meiner Verlobten hatte ich keine Verbindung. Ich wollte ja mit ihr nicht in Kontakt treten. Wir hatten uns gegenseitig vorsorglich Abschiedsbriefe geschrieben, sie konnte also meinen Brief vorzeigen.

Eines Tages wurde ich plötzlich in die Magdalenenstraße gefahren. Dort ist das Besucher-Gebäude für Hohenschönhausen. Nach zwei Stunden Wartezeit brachte man mich in einen Raum und mein Vernehmer sagte: „Na, Herr Hejkal, guten Tag. Ihre Eltern sind hier und möchten Sie gern sprechen." Ich antwortete: „Was heißt, meine Eltern sind hier? Ich habe doch einige Male schriftlich bekundet, daß ich keinen Kontakt mehr zu meinen Eltern wünsche. Ich weigere mich, mit ihnen zu sprechen." Die Tür ging auf, ein Offizier kam herein und befahl: „Schluß damit." Ich mußte diesen Trick durchstehen.

Denn es ist eine harte Sache, wenn man nach so langer Haft das erste Mal wieder vor seiner Familie steht. Man hatte wohl geglaubt, mich durch diese Begegnung unsicher zu machen. Das mißglückte.

Vor dem Stadtbezirksgericht Lichtenberg vertrat mich Herr Hartmann vom Büro des Rechtsanwalts Wolfgang Vogel. Ich hatte dem Gericht schriftlich mitgeteilt, daß ich jederzeit wieder versuchen würde, die „DDR" ungesetzlich zu verlassen. Auf Anraten des Rechtsanwalts nahm ich das zurück und erklärte, nur auf gesetzlichem Weg ausreisen zu wollen. Man konnte mir nicht beweisen, daß ich meine Ausreise geplant hätte und schon mit dem Vorsatz nach Ungarn gefahren sei, in die Bundesrepublik Deutschland zu gehen. Ich behauptete, erst in Ungarn diesen Entschluß gefaßt zu haben. Auf „Republikflucht" steht eine Höchststrafe von acht Jahren, auf nicht fristgemäße Rückkehr in die „DDR" von 24 Monaten. Ich bekam 22 Monate; zwei Monate wurden mir erlassen, weil ich Abstand genommen hatte von meiner ersten Erklärung.

Solche Prozesse werden nach Schema abgewickelt. In der Verhandlung hat man mir Landesverrat in dem Sinne vorgeworfen, daß ich meinen Staat verraten hätte, obwohl ich doch mit 15 Jahren bei der Jugendweihe einen Eid geschworen hätte, mich für mein Vaterland einzusetzen. Ich hätte auch gegen die sozialistische Arbeitsmoral verstoßen – das war dann auch der Kündigungsgrund meines Betriebes. Man hielt mir vor, ich sei erst durch den „bekannten Einfluß" so geworden, durch die Medien der Bundesrepublik Deutschland, durch meinen dekadenten Freundeskreis der Studenten.

Während der Verhandlung wurde ich ständig bevormundet. Ich konnte Sätze nicht zu Ende sprechen, ich hatte überhaupt kein Mitspracherecht. Das war die reine Farce. Alles war von vornherein festgelegt.

Nach der Verurteilung habe ich noch vier Wochen in Hohenschönhausen verbracht, bis ich nach Bautzen überführt wurde. Als Haftanstalt des Staaatsicherheitsdienstes hat Bautzen II gegenüber Bautzen I besonderen Charakter mit extremen Sicherheitsmaßnahmen und extremer Strenge in der Aufsicht. Ich hatte dort eine Einzelzelle, durfte aber tagsüber zusammen mit Leuten arbeiten. Es wurde von früh morgens, halb fünf Uhr, bis nachmitags, zwei Uhr, im Kommando gearbeitet. In Bautzen II gab es sieben Kommandos: zwei „DDR"-Kommandos, ein Arbeitskommando von Kriminellen, zwei Kommandos für Bürger der Bundesrepublik Deutschland, zwei Kommandos der Frauen.

Zum Tagesablauf: wochentags Wecken um 3.45 Uhr in der Nacht. Das Licht wird eingeschaltet, es wird laut an die Türen geklopft, man hat aufzustehen. Unmittelbar darauf erfolgt die Zählung. Die Tür wird aufgeschlossen, man muß Meldung machen über sein Befinden. Dann wird die Zellentür wieder verschlossen. Eine halbe Stunde später tritt man im Kommando an, es wird wieder gezählt. Das Kommando umfaßt in der Regel 20 Mann, manchmal auch mehr. Man geht gemeinsam in die Kelleretage zur Arbeit. Dort werden kleine Plastikteile wie Relais oder Steckdosen im Akkord zusammengeschraubt. Inoffiziell darf man nach anderthalb Stunden Arbeit eine Pause machen. Offiziell gibt es Pausen nur gegen 9 Uhr zum Frühstück, eine Viertelstunde, und gegen 12 Uhr zum Mittagessen, eine halbe Stunde. Um 14.00 Uhr ist Arbeitsschluß.

Die Verdienstmöglichkeiten liegen in Bautzen II über dem Durchschnitt des Normalverdienstes während der Haft. Habe ich, zum Beispiel, im Monat 1000 Mark verdient, dann werden mir 700 Mark für die Unterkunft und 50 Mark für sonstige Zahlungen abgezogen. 100 Mark gehen in die Rücklage, 150 Mark werden mir ausgezahlt. Das in der Rücklage angesammelte Geld bekommt man bei der Entlassung. Von den ausgezahlten 150 Mark muß ich einen Monat lang leben, Essen und Trinken kaufen, auch Obst, wenn welches da ist, Zigaretten.

Während der Arbeit mußte man mindestens 60 Prozent der festgesetzten Norm leisten. Schaffte man weniger, fiel man als arbeitsfaul auf, als einer, der sich vor der Arbeit drückt und innerhalb der Gruppe die Arbeitsmoral zersetzen will. Nach einiger Zeit wird man isoliert, in eine Einzelzelle gesperrt. Mit der Teilnahme an Kulturveranstaltungen – so nennt sich das dort – ist es vorbei, also kein Tischtennis mehr, kein abendliches Fernsehen.

Im Kommando war der Brigadier derjenige, der die Arbeit einteilte. Er ist nicht vom Wachpersonal, sondern ein Häftling. Ein Brigadier ist niemals korrekt zu seinen Leuten, muß aber doch sehen, daß man ihm nichts anhängen kann. Er hat Vollmachten. Beispielsweise kann er sagen, ein bestimmter Mann störe die Arbeitsmoral, dieser Mann müsse isoliert werden. Der Brigadier kann einem Häftling den Besuch streichen oder den Paketschein abnehmen. Er kann bestimmen, ob man zum Fernsehen oder zum Tischtennis gehen darf.

Die 100 Prozent der festgesetzten Arbeitsnorm zu schaffen, war für mich am Anfang ein Problem. Ich war jedoch gezwungen zu arbeiten; denn ich hatte niemand, der mich von draußen unterstützte, ich bekam keinen Besuch, also auch keine Geschenke. Ich bin Raucher, war also darauf angewiesen zu arbeiten. Ich habe auch meine Leistung gebracht.

Die Zigaretten kosteten dasselbe wie draußen. Raucht man am Tag eine Schachtel, dann hat man am Monatsende 100 Mark allein für Zigaretten ausgegeben. Man kann Kaffee trinken, richtigen Bohnenkaffee, gemahlenen Mokka-Fix, den man türkisch auffüllt. Da kommt man in drei Tagen leicht auf ein Päckchen Kaffee von 150 Gramm, das sind wieder 9 Mark. Kaffee und Zigaretten sind Zahlungsmittel im Gefängnis.

Zum Mittagessen gab es beispielsweise Bratkartoffeln, die sich wie ein brauner Brei ausnahmen, dazu Brathering, der wie ein aus dem Schlamm gezogenes Fossil aussah. Das Essen war nicht genießbar. Viele Leute aßen es trotzdem, weil sie nicht das Geld hatten, sich etwas anders zu kaufen. Manchmal gab es Suppe, die konnte man eher essen.

Zusätzlich bekam man eine Tagesration, etwas Butter, sechs oder sieben Scheiben Brot, vielleicht 180 Gramm Sülzwurst, Rotwurst, Leberwurst – Wurstarten, die man wirklich nicht genießen konnte. Für jemand, der Untergewicht hatte wie ich, gab es eine Sonderration: eine Flasche Milch pro Tag, 60 Gramm Butter, irgendeine Wurstzulage.

Nach Arbeitsschluß wurde man in die Zelle zurückgebracht. Fünfzehn Minuten später war Freistunde. Man mußte im Kommando an die Luft gehen. Darauf wurde großen Wert gelegt; denn es gab Leute, die in der Haft sehr bequem wurden und gesundheitlich schnell abbauten. Die Freistunde war Aufenthalt unter freiem Himmel. Wenn es regnet, wird man nicht gezwungen zu gehen.

In Bautzen II gibt es zwei größere Freihöfe von etwa 20 mal 10 Metern in der Grundfläche. Außerdem sind da noch verwinkelte Ecken in Dreiecksform, jede vielleicht 15 mal 7 Meter. Diese Ecken sind schwer abgesichert, sie sind für die Isolierten und für die Leute in gesonderten Abteilungen bestimmt. Da gab es Menschen, die niemand kannte; niemand wußte, wer sie sind.

Nach dem Freigang kehrte man in die Zelle zurück. Man konnte sich mit seinen persönlichen Dingen beschäftigen, Briefe schreiben, lesen oder eine Sprache erlernen. Ich habe sehr viel gemalt; aber von meinen Zeichnungen habe ich nichts mitnehmen dürfen, nicht ein einziges Blatt.

Gegen 19.00 Uhr war Zählung. Eine Zeit lang konnte man jeden Abend fernsehen. Nach bestimmten Schwierigkeiten in den Fernsehräumen wurde das abgeschafft. Man durfte nur noch alle zwei, drei Tage fernsehen. Programm und Zeitdauer wurden einem vorgeschrieben.

Die Bibliothek in Bautzen II ist ausgezeichnet. Mit Fachliteratur ist es schwieriger. Es gibt Wörterbücher, Fremdwörterbücher, Lehrbücher für die französische und englische Sprache, man kann auch Spanisch oder Italienisch lernen, allerdings sind diese Bücher oft vergriffen. Man hat eine Auswahl, die man nicht bewältigen kann. Einschränkungen gibt es bei der neuen deutschen Literatur, je nach Tendenz.



Der reale Sozialismus und seine Kinder

Von Jugoslawien wurde Jörg Hejkal (Foto) nach seiner Flucht via Ungarn dem „DDR"-Staatssicherheitsdienst ausgeliefert und in Ost-Berlin vor Gericht gestellt. Die Behörden behandelten ihn nach der Strafverbüßung im Zuchthaus Bautzen wie einen Kriminellen: Ausweisentzug, Meldepflicht für jede Ortsveränderung einschließlich Reisen. Mit fünf Personen erzwang er schließlich die Ausreise. Jetzt schildert Jörg Hejkal die Situation, die am 20. Januar 1984 zu dem Fluchtunternehmen über die US-Botschaft in Ost-Berlin führte.

Im Arbeitskommando habe ich Menschen kennengelernt, denen ich sonst nie begegnet wäre, und diese Erfahrung schätze ich überaus. Ich habe diese Menschen studieren können mit ihren guten und schlechten Eigenschaften; denn da ließ sich nichts verbergen. Früher oder später kommt es heraus, wenn jemand einen anderen hinten herum angezeigt hat oder Zuträger von Informationen ist.

Die meisten saßen wegen Spionage, Fluchtversuchen oder wegen Delikten, die mit der Staatssicherheit zu tun hatten. Andere saßen wegen Wirtschaftsvergehens. Es waren Direktoren dort, die eine Million beiseite gebracht hatten. Ich kam nur mit Einwohnern der „DDR" zusammen. Es waren in Bautzen II aber auch etwa 50 Deutsche aus der Bundesrepublik, auch Ausländer, ein Chilene, ein Syrer, ein Jugoslawe, ein Russe.

Zu bestimmten, aber sehr wenigen Menschen entwickelte ich ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, sogar der Kameradschaft. Man hat da seine Bezugspersonen. Ein Mitglied der Akademie der Wissenschaften saß wegen „Republikflucht". Dieser Mann war führend auf dem Gebiet der Lungentransplantation, war international anerkannt und angesehen. Man hat sich von allen Seiten für ihn verwendet. Doch er ist zu drei Jahren und acht Monaten verurteilt.

Es bildeten sich Interessengemeinschaften heraus, um gemeinsam zu lesen, Schach zu spielen, Sprachen zu lernen. Es gab auch die Möglichkeit, für das Wochenende – Samstag oder Sonntag – sogenannte Umschlüsse einzureichen. Man konnte beantragen, daß man am Samstag zu einer bestimmten Zeit mit jemand zusammen in eine Zelle geschlossen werden möchte, um da mit ihm zu reden, Karten zu spielen oder sonst etwas zu tun. Aber das ist inzwischen abgeschafft worden.

Es fehlte nicht an Versuchen, zu indoktrinieren. Da war ein hoher Offizier des Staatssicherheitsdienstes, der seine Informanten hatte. Er rief sie zu sich, um sie zu befragen: Na, wie sieht es denn mit dem Sowieso aus, was macht er, was erzählt er über sich, was hat er für Pläne, wie denkt er und glaubst du, daß es eine Möglichkeit gibt, dem mal Arrest zu verpassen, vielleicht fehlt dem das gerade noch in seinem Erfahrungsschatz, damit er begreift, wo es lang geht? Der Offizier, der als Erzieher für das Kommando zuständig ist, fertigt jeden Monat einen Bericht über seine Strafgefangenen an. Wo es hinhaut, führt er auch persönliche Gespräche. Ich wurde nicht zu solchen Gesprächen geholt.

Mir gegenüber hat es keine Übergriffe des Wachpersonals gegeben. Ich war auch nicht derjenige, der unbedingt querschießt, weil ich wußte, welche Folgen das hat. Aber ich weiß, daß unter anderem ein Schweizer Bürger brutal zusammengeschlagen wurde, weil er sich ständig über einen Offizier abschätzig geäußert hatte. Es kam immer wieder zu Auseinandersetzungen. In der Zeit, in der ich in Bautzen II war, haben sich zwei Menschen das Leben genommen.

Die Zeit in Bautzen II hat mich verändert. Zum einen habe ich einen starken Willen ausgeprägt während der Haft, zum anderen muß ich sagen, daß mir manche Dinge, die man normal verrichtet, jetzt zuviel sind. Zum Beispiel eine Bewerbung. Ich weiß, daß das sein muß, aber ich schleppe das vor mir her, und ich habe nicht mehr die Geduld, eine solche Sache beharrlich zu verfolgen. Man hat keine Ausdauer mehr. Man kann sich auch nicht mehr so euphorisch bestimmten Gefühlen hingeben, man ist abgelöst von der Unbefangenheit, die doch eigentlich in jeden Menschen steckt. Früher war ich ausgelassen, lustig, um nicht zu sagen, albern. Zwar bin auch ich älter geworden, aber mit 22 Jahren ist man doch nicht so alt, wie ich jetzt manchmal reagiere.

In der Zelle hatte ich oft den großen Traum der Freiheit. Das ist der Traum, der einen ständig verfolgt. Es gibt aber auch andere Träume. Man träumt vom Wasser, daß man völlig losgelöst vom Boden im Wasser schwimmen darf. Oder daß man auf einer Wiese liegt und in die Weite sehen darf, nicht immer nur auf eine Mauer, so daß nach vielleicht zehn Metern die Welt zu Ende ist. Jeden Tag hat man Sehnsucht nach banalen Sachen, wieder Zivilkleidung zu tragen, richtige Schuhe anzuziehen, mal wieder richtig zu essen, schön mit weißer Tischdecke, mit Gedeck und feiner Speise. Das sind die kleinen Träume.

Der größte Traum ist, trotz allem das Ziel zu erreichen, alle Entbehrungen auf sich zu nehmen, um dorthin zu kommen, wo man hinwill – ich meine in die Bundesrepublik Deutschland. Hätte ich am Anfang gewußt, was mir alles bevorsteht, ich weiß nicht, was geworden wäre. Aber mit der Zeit bin ich in die Sache hineingewachsen.

Zuerst war da das Mädchen, diese unsagbare Liebe. Außerdem hatte ich meine Protesthaltung. Das waren zwei ganz wesentliche Stützen. Dies war die Motivation. Irgendwann setzt der Verstand aus, die Leidenschaft beginnt. Aber Verstand und Gefühl müssen ausgewogen sein, dann hat man auch die Kraft, das durchzustehen.

Nach Verbüßung meiner gesamten Haftzeit, bis auf den letzten Tag, bin ich nach 22 Monaten entlassen worden. Ich mußte an meinen alten Wohnort zurückkehren, wo ich zuletzt polizeilich registriert war. Ich kam zurück und mußte feststellen, daß meine Wohnung mir nicht mehr zur Verfügung stand. Ich hatte den Schlüssel für einen Freund abgegeben. Mittlerweile hatte der Freund eine Frau, sie erwartete ein Kind, und ich stand da. Es war meine Wohnung, sie war auch in meinem Personalausweis eingetragen; aber ich konnte da unmöglich wohnen. Die Frau meines Freundes war die Tochter des Staatsanwaltes von Halle, und das wäre nicht gut ausgegangen.

Ende Juli 1983 zog ich nach Ost-Berlin. Dort hatte ich nur wenige Freunde, die ich auch nicht antraf, als ich ankam. Aber ich traf ein Mädchen, das mich in seiner Wohnung aufnahm. Dort lebte ich etwa zwei Wochen. Ich hatte das Mädchen vorher nicht gekannt, wir stellten aber fest, daß wir gemeinsame Bekannte hatten. So kam ich in diesen Kreis hinein, in diese Szene von Berlin.

Während dieser Zeit bemühte ich mich um Arbeit. Ich bekam auch welche zugewiesen, die aber nicht meiner Qualifikation entsprach, Gleisbau und Straßenbau. Diese schwere Arbeit hätte ich nicht leisten können.

Ich hatte mich in Berlin polizeilich gemeldet, was allerdings mit großen Schwierigkeiten verbunden war. Es kann sich nicht jeder ohne weiteres in Berlin polizeilich anmelden, schon gar nicht, wenn man keine Arbeitsbescheinigung vorlegt. Und hat man eine Arbeitsbescheinigung, so muß man gleichzeitig eine Wohnung vorweisen können. Das ist ein Teufelskreis. Ich hatte beides nicht. Ich gab die Wohnung, in der ich als Nebenmieter lebte als meine Hauptwohnung an. Das war der Trick.

In Berlin hatte ich jeden Tag etwas vor. So kam ich unter Menschen, lernte die Probleme der aufkommenden Künstlergeneration kennen, der jungen Generation, die in Zirkeln organisiert ist, in denen Privatlesungen abgehalten werden.

Ich habe den Tag auch mit Geldverdienen verbracht. Das waren Nebenjobs, zum Beispiel Aufsicht im Staatlichen Museum. Da verdiente ich 25 Mark für 10 Stunden, was sehr wenig Geld ist.

Mehrfach habe ich mich bei Betrieben, bei Bühnen, beim Theater, in Hotels, in der Gastronomie beworben, bin aber jedesmal auf Ablehnung gestoßen, weil ich im Strafvollzug gewesen war und außerdem einen Ausreiseantrag gestellt hatte. Da habe ich bei den Einstellungsgesprächen überhaupt nicht drumherum geredet. Ja, ich bin sogar schwarz Taxi gefahren in der Nacht. Das ist in Berlin möglich.

> „In der Zelle hatte ich oft den großen Traum der Freiheit. Dahin zu gehen, wohin man will. Das ist der Traum, der einen ständig verfolgt."

In dieser Zeit habe ich mich bemüht, meine Ausreise auf gesetzlichem Wege zu erwirken. Ich habe Anträge eingereicht, habe mich mit der Innenbehörde auseinandergesetzt wegen meiner unzumutbaren Lage – ohne Arbeit, eigentlich auch ohne Wohnung.

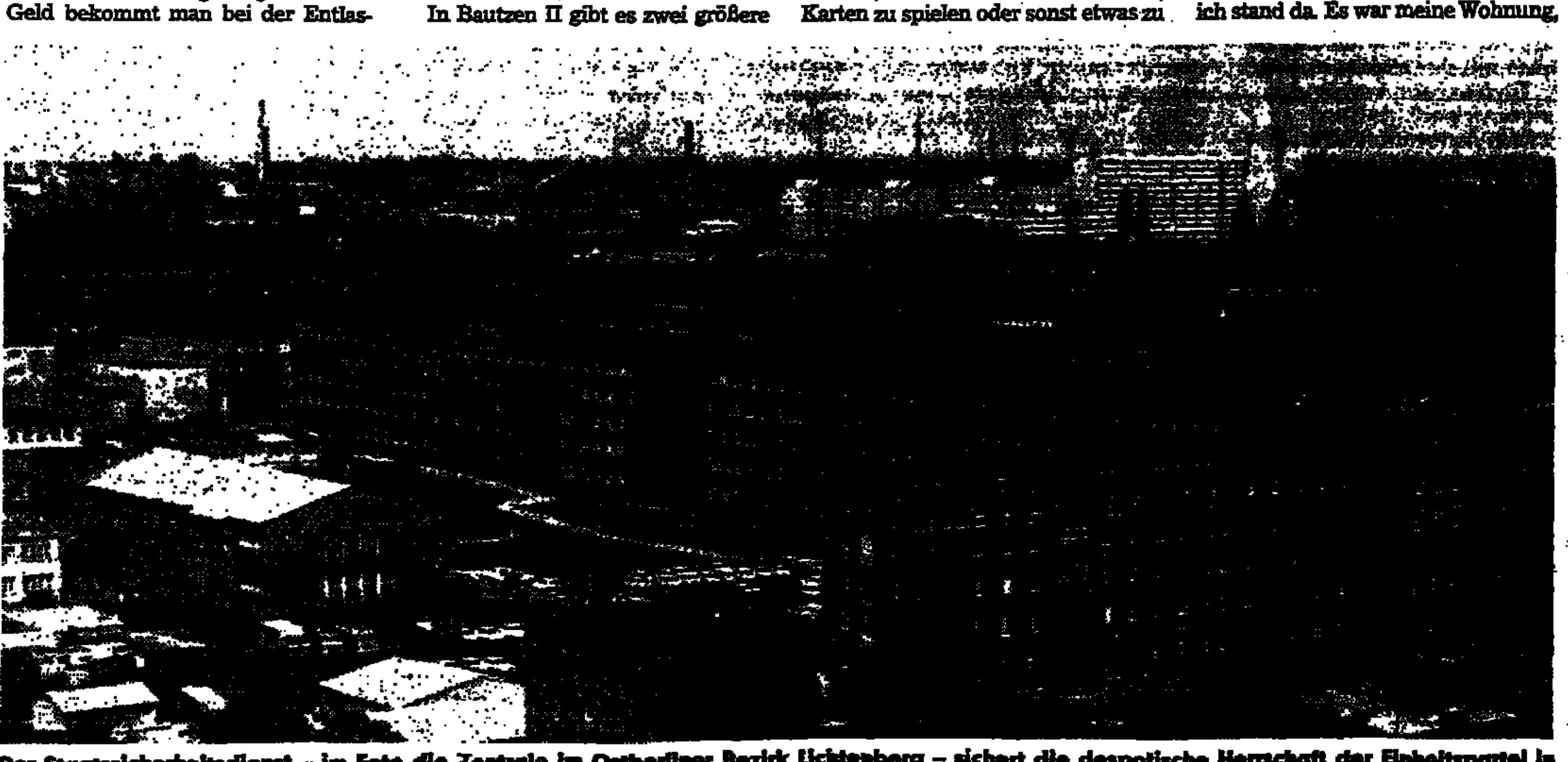
Nach einigen Wochen erteilte mir der Stadtbezirksbürgermeister drei Auflagen. Das war im November, Dezember 1983. Erstens hatte ich die Auflage, die Arbeit, die mir zugewiesen wird, für längere Zeit auszuüben. Ich dürfe nicht kündigen und nicht die Rechte in Anspruch nehmen, die sonst jedem Arbeiter zustehen. Freilich war ich nie in der Lage, diese Auflage einzuhalten, da ich nie eine feste Arbeit bekam. Zwar wies mir das Arbeitsamt Stellen zu, beispielsweise als Hilfslaborant bei der Ingenieurschule für Chemie, doch ich wurde dort nicht angenommen.

Zweitens hatte ich die Auflage, wenn ich Berlin für längere Zeit verlasse, mich beim Rat des Stadtbezirks abzumelden und bekanntzugeben, wo ich mich aufhalte und aus welchem Grund ich mich dort aufhalte.

Drittens wurden mir verschiedene finanzielle Auflagen gemacht, was dann zugleich der Grund dafür war, daß ich arbeiten mußte, um diese finanziellen Auflagen einhalten zu können. So sollte ich für die Überführung durch Polizeibeamte zum Gebäude des Stadtbezirks bezahlen. Demnach kostet ein Offizier der Volkspolizei pro Stunde 10 Mark. Ich sollte für zwei Polizeibeamte und je eine Stunde Arbeitszeit 20 Mark berappen. Ich habe diese Rechnung nie bezahlt.

Zum Jahresende 1983 spitzte sich meine Lage zu. Ich bekam eine Mahnung, ich hätte meine Auflagen nicht eingehalten und solle mich umgehend zwecks Klärung dieser Angelegenheit melden. Ich schob das mit schriftlichen Erklärungen hinaus – ich war da sehr korrekt. Ich bemühte mich im Dezember wieder um Arbeit. Der Leiter einer gastronomischen Einrichtung erklärte sich auf Grund der Vermittlung eines Bekannten bereit, mich einzustellen. Am 19. Januar 1984 waren für mich zwei Termine fällig: die Einstellung in der Gaststätte und die Vorsprache bei der Innenbehörde wegen Nichteinhaltung der Auflagen. Dort hätte es am 19. Januar garantiert gekracht.

In der nächsten Ausgabe:
Es waren 56 bange und aufregende Stunden, die sechs Deutsche in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin im Hungerstreik durchhalten mußten bis sie nach West-Berlin gebracht wurden.



Der Staatssicherheitsdienst – im Foto die Zentrale im Ostberliner Bezirk Lichtenberg – sichert die despotische Herrschaft der Einheitspartei in Mitteldeutschland
FOTOS: DIE WELT

Moskau warnt Kommunisten des Westens

DW. Moskau

Die sowjetische Führung hat sich kritisch zu Liberalisierungstendenzen in den Kommunistischen Parteien der westlichen Welt geäußert. Der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, Vadim Sagladin, schrieb gestern im Parteiorgan „Prawda", in mehreren Ländern gebe es Bestrebungen weg vom Leninismus und hin zur Schaffung einer „neuen Partei, die offenbar für die Massen" sei. Dies bedeute die Abkehr von den reinen kommunistischen Idealen und ein Rückschritt der Parteien, die dadurch zu sozialdemokratischen Organisationen würden.

Nach Meinung Sagladins führt jede Nachgiebigkeit hinsichtlich kommunistischer Ideale zur Unfähigkeit der Parteien, in ihren Ländern Revolutionen auszulösen und den Sozialismus zu verwirklichen. Die Weltbewegung müsse daher dem Marxismus/Leninismus und dem Proletarischen Internationalismus treu bleiben. Die Kritik des Moskauer Kommunisten steht offenbar im Zusammenhang mit dem jüngsten Parteitag der KP Finnlands, auf dem der moskautreue Flügel eine schwere Niederlage hatte einstecken müssen. Bei der Wahl eines neuen Zentralkomitees der finnischen Kommunisten hatten sich ausschließlich Anhänger der als reformistisch geltenden Parteimehrheit durchgesetzt. Daraufhin hatten die orthodoxen Parteimitglieder ihre Mitarbeit in der Führung der KP aufgekündigt.

China will Waffen von den USA

dpa, Peking

Mit einer Wunschliste in der Tasche ist der chinesische Verteidigungsminister Zhang Aiping unterwegs nach Amerika. In Gesprächen im Pentagon in Washington will er erkunden, welche Waffen zu welchen Bedingungen die Amerikaner an China verkaufen. Die Wünsche der Chinesen konzentrieren sich auf Flugabwehr- und Panzerabwehrwaffen, Radargeräte und Computer. Washington, das sich um eine enge politische und möglichst auch militärische Kooperation mit China bemüht, hat zwar seine Vorschriften für Waffenlieferungen an die Volksrepublik gelokkert, doch bleiben trotzdem Grenzen gesetzt. Hochmoderne Waffensysteme will das Pentagon auch künftig nicht ins kommunistisch regierte „Reich der Mitte" schicken. Zum anderen müßten die westeuropäischen Verbündeten in vielen Fällen solchen Verkäufen zustimmen.

Der China-Besuch von US-Präsident Ronald Reagan im April hat das notwendige politische Klima für die von den Sowjets mißtrauisch verfolgte Amerika-Reise des chinesischen Spitzenfunktionärs geschaffen. Seit dem Besuch von Verteidigungsminister Caspar Weinberger im September 1983 in Peking gab es bereits Vorgespräche zweier chinesischer Experten-Delegationen in Amerika.

China ist an amerikanischen Waffen interessiert, um die Modernisierung seiner Streitkräfte – vor allem die Einheiten an der Nordostgrenze zur Sowjetunion sowie die Marine und Luftwaffe – voranzutreiben. Pekinger Funktionäre betonten aber, daß es sich bei den Lieferungen aus den USA nur um ausgewählte Spitzentechnologie handeln könnte. Für Großeinkäufe fehle China das Geld.

„In einem Land mit einer Milliarde Menschen kann die Armee nicht allein durch Waffenlieferungen aus dem Ausland modernisiert werden", meinte Minister Zhan Aiping vor seiner Abreise aus Peking. Der Ausbau der chinesischen Wirtschaft mit Hilfe von Importen rangiert vor den Modernisierungswünschen der Militärs.

Die Pekinger Führung ist deshalb bemüht, seine vier Millionen Mann starke Armee – die größte der Welt – aus eigenen Kräften zu modernisieren. Das vor wenigen Tagen vom chinesischen Volkskongreß gebilligte Militärdienst-Gesetz schafft die Voraussetzungen dazu. Freiwillige, die sich nach dem obligatorischen Wehrdienst zu einem mindestens achtjährigen Militärdienst verpflichten, sollen eine Spezialausbildung erhalten.

Mit diesen neuen Elite-Einheiten möchte Chinas Militärführung den Übergang von simplen Infanteriemethoden zu einem kombinierten Einsatz der Bodentruppen und der Luftwaffe schaffen. Gleichzeitig ist China bemüht, mit eigenen Atombomben und Raketen die Schlagkraft seiner Streitkräfte zu erhöhen.

Washington lehnt Raketenwunsch ab

dpa, Washington

Die USA werden Kuwait unter den gegenwärtigen Umständen nicht mit Luftabwehrraketen vom Typ „Stinger" beliefern. Ein Beamter des US-Außenministeriums teilte gestern in Washington mit, daß in bezug auf die kuwaitische Forderung nach Raketen zum Schutze der Schiffahrt vor iranischen Luftangriffen im Golf „keine Entscheidung getroffen" worden sei. Die amerikanische Regierung werde „Stinger"-Raketen auch an keine anderen Staaten der Golfregion verkaufen.

Ceausescu stützt „Separatismus" auf eine straffe Innenpolitik

Schwerwiegende Differenzen mit dem Kreml / Aber Moskaus Handhabe ist eingeengt

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Grundlegende Meinungsverschiedenheiten in der Bewertung der internationalen Politik und schwerwiegende Differenzen auf dem Gebiet der kommunistischen Ideologie sowie der internen Ostblock-Beziehungen – das ist das Fazit des Blitzbesuches, den der rumänische Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu der Sowjetunion abstattete. Ohne in Moskau auch nur zu übernachten, führte Ceausescu Gespräche mit dem sowjetischen Parteichef Konstantin Tschernenko, bei denen es offenbar zu einem heftigen Zusammenprall zwischen der rumänischen und der sowjetischen Position gekommen ist.

Der rumänische Parteichef war zum erstenmal seit 14 Jahren wieder offiziell nach Moskau eingeladen worden – schon das ist eine Tatsache, die den Stand der rumänisch-sowjetischen Beziehungen beleuchtet. Den Sowjets ging es darum, den störrischen Nationakommunisten Ceausescu, dessen Land in den letzten Jahren mit schweren wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat, am Vorabend des Comecon-Gipfels auf eine gemeinsame Linie zu vergattern. Das ist den Sowjets aber offenbar auch diesmal nicht gelungen. Nicht nur in den internen Gesprächen, wo Tschernenko dem rumänischen Gast heftige Vorwürfe wegen des Bukarester „Separatismus" gemacht haben soll, sondern selbst noch in den Tischreden gerieten die unterschiedlichen Standpunkte des Kremls und Rumäniens klar zutage.

Uneinig über Raketen

So erklärte der sowjetische Generalsekretär bei seinem Toast, daß die sowjetisch-rumänischen Beziehungen „unveränderlich" auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus aufgebaut werden müßten. Ceausescu erwähnte in seiner Antwort den Marxismus-Leninismus mit keinem einzigen Wort und sprach stattdessen über das Prinzip der „Unabhängigkeit". Auf wirtschaftlichem Gebiet forderte Tschernenko die „Integration" der kommunistischen Länder Osteuropas – Ceausescu gebrauchte demgegenüber auch hier die Formel von der „Zusammenarbeit in Unabhängigkeit". Wo der Rumäne das militärische Bündnis der Ostblockstaaten erwähnte, schränkte er es sofort mit der Formel ein: „Wir arbeiten zusammen, so weit es sich um friedliche Initiativen handelt".

Damit war zumindest angedeutet, daß Rumänien die Raketenpolitik des Kreml und den Moskauer Konfrontationskurs gegenüber den USA und der NATO nicht billigt. Während Tschernenko auch diesmal wieder heftige Angriffe gegen die Amerikaner richtete, unterließ Ceausescu nicht nur jedes polemische Wort in diese Richtung – mehr noch: Er hat die rumänischen Medien angewiesen, sämtliche Angriffe Tschernenkos ge-

 RUMÄNIEN

gen den Westen aus ihrer Berichterstattung zu streichen. So unterscheiden sich die Berichte der rumänischen Presse und des Bukarester Rundfunks auch in diesem Punkt fundamental von der Nachrichtenpolitik der Sowjets.

Greifbar trat die Verärgerung Tschernenkos über die Rumänen auch bei der Behandlung des Problems der Mittelstreckenraketen und der Ostwest-Beziehungen zutage. Es gebe da Leute, so formulierte der sowjetische Generalsekretär abschätzig, die den Sowjets sagten, sie sollten sich mit den amerikanischen Raketen abfinden und ohne jeden Vorbehalt an den Verhandlungstisch (in Genf) zurückkehren. Der sowjetische Gastgeber ließ keinen Zweifel daran, daß Moskau nicht daran dächte diesen „Leuten" – so auch den Rumänen – in dieser Frage nachzugeben.

Der Gegensatz zwischen Bukarest und Moskau in der Frage der Mittelstreckenraketen und der NATO-Nachrüstung ist auf den ersten Blick nur schwer erkennbar, wird aber bei näherer Betrachtung deutlich. Die Rumänen fordern einen sofortigen Aufstellungsstopp sowohl der NATO als auch des Warschauer Paktes, ferner die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen und anschließend den Abbau aller, sowohl der westlichen wie der östlichen Mittelstreckenwaffen – und im Endergebnis alle Atomwaffen in Europa überhaupt. Die Sowjets hingegen fordern einen Aufstellungsstopp des Westens, eine Zurücknahme der NATO-Nachrüstung, um damit den vorher existierenden Zustand – das heißt die sowjetische Monopolstellung auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen in Europa – wiederherzustellen.

Ceausescu benutzte in Moskau die Formel man müsse „alles" tun, um an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Das wurde von politischen Beobachtern zu einer Aufforderung an Tschernenko gedeutet, nun doch endlich gewisse Konzessionen gegenüber dem Westen zu machen, um damit einen Kompromiß zu ermöglichen.

Rumänien ist also nicht nur das einzige Mitgliedsland des Warschauer Pakts, das trotz des vom Kreml geforderten (und anderswo weitgehend durchgesetzten) Olympia-Boykotts nach Los Angeles gehen wird. Der rumänische Parteichef fühlt sich offenbar auch stark genug, um seinen eigenwilligen Kurs fortzusetzen. Am Vorabend seiner Moskau-Reise hatte er die rumänische Parteizeitung „Scinteia" schreiben lassen, es könne durchaus Meinungsverschiedenheiten zwischen kommunistischen Staaten geben, aber die Differenzen sollten „im Stil von Genossen" ausgetragen werden. Die rumänischen Ideologen hatten schon längst an die Stelle des Klassenkampfes das Prinzip der sogenannten „revolutionären Demokratie" gesetzt.

Die Sowjets können aber an Ceausescu nicht heran, weil das rumänische Regime innenpolitisch straff und totalitär organisiert ist. Zustände wie in Polen 1980 oder in der CSSR 1968 sind im Reich Ceausescus undenkbar.

Paradoxe Situation

Die Hoffnung der Sowjets, Ceausescu durch das Anlegen wirtschaftlicher Daumenschrauben in die Knie zwingen zu können, hat sich bis jetzt nicht erfüllt. Hier hat sich sogar eine paradoxe Situation ergeben: Gerade weil das rumänische Volk unter schweren Entbehrungen, unter Energie- und Lebensmittelknappheit leiden muß, verfangen wirtschaftliche Blockademaßnahmen nicht. Im Gegenteil: Sie verhelfen Ceausescu dazu, seine eigenen Schwierigkeiten den in Rumänien nicht sehr beliebten Russen anzulasten.

Zyperns Teilung nicht tatenlos hinnehmen

Von H. PRINZ zu LÖWENSTEIN

Noch steht Zypern im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Die Zeitungen berichten über die Resolutionen des Weltsicherheitsrates, über die Verurteilung des türkischen Gewaltstreiches zur völkerrechtswidrigen Teilung der Insel, und über die Errichtung jenes Pseudostaates, genannt „Türkische Republik Nordzypern". Aber Rauf Denktasch und seine Auftraggeber in Ankara dürfen hoffen, daß die Geschehnisse auf der kleinen Mittelmeerinsel bald verdrängt werden.

Wenn Zypern in den Schatten der öffentlichen Meinung gerückt sein wird – dann, so meint Denktasch, so meint Ankara – kann man ungestört und ungeniert den seit langem vorbereiteten Plan verwirklichen und zu den 40 bereits widerrechtlich besetzten Prozent der Insel die restlichen 60 hinzunehmen.

Schon vor einigen Wochen wurde berichtet, daß die Türkei eine Armee (die „Ägeische" genannt) von 40 000 Mann aufgestellt habe, die nicht unter NATO-Kommando steht. Aber weil die Türkei doch ein so zuverlässiger NATO-Partner ist, unverzichtbar für die Verteidigung der Freien Welt, bekommt sie von der Bundesrepublik Deutschland und von den Vereinigten Staaten fortlaufend Wirtschafts- und Militärhilfe ... womit Ankara auch seinen Stützpunkt in Thrazien immer weiter ausbauen kann.

Das Bundesinnenministerium in Bonn ist im Besitz von Pamphleten, Handzetteln und Aufrufen, gedruckt in der Türkei, die unter den Gastarbeitern weit verbreitet sind. Wesentlicher Inhalt: „Einst waren wir die Herren von achtundzwanzig Nationen. Wir werden sie alle wiederkriegen, auch wenn wir jetzt Sklaven der Deutschen sind."

Diese Aufrufe mögen in erster Linie zur nationalistischen Ermunterung der „Grauen Wölfe" und anderer extremer linker oder rechter Gruppen bestimmt sein, sie geben aber doch in erschreckender Weise eine allgemeine Tendenz wieder.

Das erste der „Achtundzwanzig Länder" wäre natürlich Griechenland, das vierhundert Jahre lang unter osmanischer Herrschaft stand, welche diesem Land unendlich viel zu verdanken hatte: Gelehrte, Baumeister, Verwaltungsbeamte, Diplomaten, geschulte Handwerker, usw.

Das Sprungbrett aber – auch für alles weitere – ist Zypern. Das zu erkennen bedeutet, den „Zypern-Konflikt" in seiner wahren Perspektive zu sehen: So wichtig, vor allem vom humanitären Standpunkt, Zypern selber ist (mit seinen 200 000 entrechteten Heimatvertriebenen), so bildet diese geteilte und leidende Insel doch die Ausgangsstelle für eine kriegerische Bedrohung des gesamten östlichen Mittelmeers und des südöstlichen Europas.

Die WELT ist im Besitz der Kopie eines Briefes, den der heimatvertriebene Bürgermeister von Kyrenia, Kurios Tsimon, an Präsident Ronald Reagan gerichtet hat (siehe WELT vom 4. Juni). Eine Ablichtung wurde dem Berliner Verleger Axel Springer zur Verfügung gestellt.

Invasion verurteilt

Der Bürgermeister stellt in seinem Schreiben fest, daß es sich um ein „international und weltweit verurteiltes Verbrechen der Invasion und Besetzung von fast 40 Prozent unseres Vaterlandes durch die Türkei handelt".

Kurios Tsimon spricht klar aus, was seit Jahren eine Forderung der gesitteten Menschheit ist: „Mr. President, wir stimmen Ihnen zu, daß Friede, Freiheit und Menschenrechte nur wiederhergestellt und gewahrt werden können, wenn man jene, die sie verletzen, zurückweist, und nicht indem man sie offen oder versteckt finanziell auch noch unterstützt – für ihr Verbrechen der Invasion eines schutzlosen Landes und für die Austreibung von 35 Prozent der Bevölkerung ..!"

Diese Darstellung entspricht genau der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. Mai 1984. Darin heißt es, der Sicherheitsrat sei zutiefst erschüttert von den fortgesetzten „sezessionistischen" (separatistischen) Aktivitäten im (türkisch) besetzten Teil der Republik Zypern, die in Mißachtung aller Resolutionen der Vereinten Nationen begangen würden. Besonders betroffen sei der Sicherheitsrat vom geplanten „Austausch von Botschaftern" zwischen der Türkei und „der rechtlich nicht existenten 'Türkischen Republik von Nordzypern'". Hinzu kämen weitere Aktionen oder Drohungen, „auch solche mit dem Ziele, jenen geplanten unabhängigen 'Staat' und die Teilung der Insel zu konsolidieren".

Weiter heißt es in der Resolution: „Der Sicherheitsrat verurteilt alle sezessionistischen Aktivitäten, einschließlich des geplanten Austauschs von Botschaftern zwischen der Türkei und der 'türkisch-zyprischen Führung'. Sie sind illegal und unwirksam und müssen sofort zurückgezogen werden." Der Sicherheitsrat erneuert seinen Appell an alle Staaten, die sogenannte „Türkische Republik Nordzypern" nicht anzuerkennen.

Der zyprische Außenminister, Georgios Jacovu, der längere Zeit Botschafter in Bonn war, hatte in dieser Sitzung dem Sicherheitsrat in überzeugender Weise die internationale Bedeutung des nicht auf Zypern beschränkten Konflikts vorgetragen. Auch die Änderung der ethnischen Struktur Nordzyperns hat internationale Bedeutung. Sie zielt hin auf eine Konsolidierung des Marionettenstaates Nordzypern und darüber hinaus auf die Vorbereitung weiterer Expansionsabenteuer. Durch die Einschleusung von Zehntausenden von anatolischen Analphabeten soll die Bevölkerungsratio weiter verschoben werden: Je ein Türke für zwei zyprische Türken. Wobei auch diese unter der importierten Militärdiktatur zu leiden haben!

Gegen die Blauhelme

Auf die militärischen Expansionspläne weist hin, daß Rauf Denktasch sich der Ausdehnung des UNO-Mandats für die „Blauhelme", die Friedenstruppe, widersetzt. Georgios Jacovu hat hierzu vor dem Sicherheitsrat bemerkt: „Diese Haltung erklärt sich aus Denktaschs Wunsch, militärisch freie Hand zu haben ... Die Anwesenheit und das ungehinderte Arbeiten der Friedenstruppe sind lebenswichtig für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit. Ihr Abzug würde zu Zwischenfällen an der Demarkationslinie führen und letzten Endes in aller Wahrscheinlichkeit zu einer großen Konflagration – das heißt Krieg! Die Drohungen gegen die Friedenstruppe bedeuten eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit in diesem ganzen Gebiet."

Man wird heute annehmen dürfen, daß die Türkei von Anfang an eine Teilung anstrebte mit dem Ziel, das von ihr besetzte Gebiet als Brückenkopf zur Eroberung der ganzen Insel zu verwenden. Bezeichnend ist, daß Denktasch neuerdings in einer Antwort an den Generalsekretär der Vereinten Nationen erklärt, er könne den Forderungen des Sicherheitsrates nur dann entgegenkommen, „wenn die Republik Zypern aufhört, als Regierung und Staat aufzutreten" – das heißt: der Präsident, die Regierung und das Parlament von Zypern werden in dreister Weise aufgefordert, den Staat aufzulösen, der durch internationale Abkommen (Zürich und London, 1959) errichtet und garantiert ist, und der der UNO und dem Europarat als Mitglied angehört.

Monge sucht Rückendeckung für seine Neutralitätspolitik

Washington erhöht Hilfe und liefert Militärgerät

MANFRED NEUBER, Bonn

„Viele Länder gehen das Risiko ein, Streitkräfte zu unterhalten. Costa Rica geht das Risiko ein, keine Armee zu haben." Mit diesen Worten bekräftigte Präsident Luis Alberto Monge die „dauerhafte Neutralität" der mittelamerikanischen Republik. Sechs Monate nach dem politischen Festakt im Nationaltheater in San José ist dieser Kurs seiner Regierung großen Anfechtungen ausgesetzt.

Nicaragua mißachtet die friedliche Haltung des demokratischen Nachbarstaates, der früher Revolutionären gegen das Somoza-Regime Asyl gewährte. Daß nunmehr Gegner der sandinistischen Diktatur in Costa Rica Zuflucht suchen, nehmen die Comandantes zum Vorwand, um Grenzzwischenfälle vom Zaune zu brechen, durch die Präsident Monge eingeschüchtert werden soll.

Die Vereinigten Staaten wiederum verstärkten ihren Druck auf Costa Rica, zur Eindämmung der revolutionären Gefahr aktiv beizutragen. Von der Bereitschaft zur Zusammenarbeit soll Washington die US-Hilfe für Costa Rica abhängig machen. Diese Linie wird von der UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick vertreten, aber nicht durchweg von der Reagan-Administration geteilt.

Costa Rica steht deshalb vor dem Dilemma, wie es seine Souveränität im Einklang mit der erklärten Neutralität schützen kann, ohne von den USA – wie die Sandinisten behaupten – in eine Einkreisungsstrategie gegen Nicaragua einbezogen zu werden. Über diese Frage stolperte schon ein Außenminister, und sie setzt die Regierungspartei einer Zerreißprobe aus.

Bisher konnte sich Costa Rica aus den Verstrickungen der Mittelamerika-Krise weitgehend heraushalten, auch wenn es als traditionelles Asylland eine schwere Bürde durch Hunderttausende von Flüchtlingen trägt. Mit dem Ersuchen an Washington, moderne Ausrüstungen für die insgesamt 8000 Mann starken Polizei-Truppen zu liefern, könnte nun eine Militarisierung der „Schweiz Mittelamerikas" eingeleitet werden, meinen Kritiker der Regierung.

Die Armee des Landes wurde nach einer Volkserhebung 1948 abgeschafft – „aus Liebe zur Demokratie und zum Rechtsstaat". Kasernen wurden in Schulen verwandelt, und Costa Rica zählte „mehr Lehrer als Polizisten". So blieb es von Militärputschen wie in Nachbarländern verschont, und bei äußeren Bedrohungen (schon durch Nicaragua unter Somoza) konnte es dem Schutz der Vereinigten Staaten vertrauen.

Als einziger Staat der Welt, der seine Streitkräfte auflöste und konsequent eine Neutralitätspolitik einschlug, ist Costa Rica für den Friedens-Nobelpreis 1984 vorgeschlagen worden. Auf seiner Europa-Reise möchte Präsident Monge politische Rückendeckung der Westeuropäer gewinnen.

Zur Beruhigung im Verhältnis zwischen Costa Rica und Nicaragua könnte die Vereinbarung ihrer Außenminister beitragen, bei künftigen Streitfällen zuerst miteinander zu reden, ehe andere Maßnahmen ergriffen werden. Diese Übereinkunft kam in Panama durch Vermittlung der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) zustande.

Obwohl die Behörden Costa Ricas nach Möglichkeit von ihrem Territorium ausgehende Operationen der Contras gegen Nicaragua unterbinden und einige Rebellen-Führer ausgewiesen haben, wird von Managua eine Verleumdungskampagne gegen die sozialdemokratische Regierung in San José geführt. In lancierten Meldungen wird behauptet, Gelder des amerikanischen Geheimdienstes CIA seien von den Contras dazu verwendet worden, Politiker in Costa Rica zu bestechen, um deren Aktivitäten zu dulden.

Tatsächlich lehnte Costa Rica einen Beitritt zu dem wiederbelebten Mittelamerikanischen Verteidigungspakt (Condeca) ab, und es wich dem amerikanischen Angebot aus, technisches Personal der US-Nationalgarde zum Straßenbau in das unwegsame Grenzgebiet zu Nicaragua zu schikken. Bei der Aufforderung zu gemeinsamen Manövern bekamen die Amerikaner ebenfalls eine Absage. Die jüngste Bitte um militärische Ausrüstungen läßt auf einen Sinneswandel schließen.

Nach Angaben des Ministers für öffentliche Sicherheit, Angel Edmundo Solano, kommt nur eine Pistole auf drei Mann der Zivilgarde (Stadtpolizei), und die Landpolizei (auch Grenzschutz) ist teilweise noch mit Karabinern aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bewaffnet. Wie der US-Botschafter in San José, Curtin Winsor, mitteilte, werden die USA Jeeps, Lkw, Wachboote, zwei Hubschrauber sowie leichte Waffen und Munition im Gesamtwert von 7,8 Millionen Dollar liefern. Die Wirtschaftshilfe für Costa Rica soll 1984 auf 180 Millionen Dollar erhöht werden. Diese Zahlen zeigen, wo die Prioritäten liegen.

Rumänien: Druck auf Minderheiten

AFP, Wien

Die rumänischen Behörden üben verstärkt Druck auf die ungarische Minderheit in Siebenbürgen aus. Emigranten berichten in Wien von Entlassungen, Hausdurchsuchungen und Einschränkung der Anzahl ungarischer Hörer an einer Universität. Nach diesen Angaben wurden der Direktor der ungarischen Abteilung des „Westlichen Theaters" in Satu Mare in Siebenbürgen, Janos Demeter, und Janos Gyöngyössi, Dramaturg am gleichen Theater, aus ihren Stellungen entlassen, weil sie eine Feier anläßlich des 100. Jahrestages des ungarischen Architekten und Kunsthistorikers Karoly Kos planten, der von den rumänischen Behörden als „Faschist" bezeichnet worden ist.

Die rumänischen Behörden haben auch die Einstellung ungarischer Lehrer für den Geographie- und Geschichtsunterricht an den Gymnasien in Siebenbürgen untersagt. Bisher wurden an jenen Siebenbürger Gymnasien, an denen die ungarischen Schüler in der Mehrzahl waren, Geographie und Geschichte von ungarischen Lehrern in ungarischer Sprache gelehrt. Die ungarische Minderheit in Rumänien beläuft sich auf 1,7 bis zwei Millionen Personen.

Unterstützung für Costa Rica

m. n. Bonn

Die Zusicherung politischer Unterstützung für die freiheitlich-demokratische Ordnung in Costa Rica und die weitere materielle Hilfe der Bundesrepublik Deutschland nimmt Präsident Luis Alberto Monge von seinen Gesprächen in Bonn mit. Heute besucht Monge Berlin.

In Bonn wurde der sozialdemokratische Staatsmann von Bundespräsident Carstens empfangen, er traf auch mit Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher sowie dem Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, zusammen. Monge erläuterte die Neutralitätspolitik seines Landes und die Bemühungen um eine friedliche Lösung der Konflikte in Mittelamerika. Er wünschte eine stärkere Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft für diese Region.

Costa Rica erhält deutsche Finanzhilfe in Höhe von 136 Millionen Mark. Jetzt wurden neue Projekte in der Landwirtschaft, bei der Modernisierung der Eisenbahn und der Häfen sowie zur Verbesserung der Gewerbeausbildung konkretisiert. Aus Berlin kommt Monge heute auch zu einem Treffen mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zusammen.

NACHRICHTEN

Rücker Europameister

Vingsted (dpa) – Mit 576 von 600 möglichen Ringen gewann Bernd Rücker aus Neckarsulm die Junioren-Europameisterschaft der Schützen im Kleinkaliber-Dreistellungskampf. In Vingsted (Dänemark) siegte er vor dem Russen Lomow (575) und Tschonabow aus Bulgarien (547).

Borg in Stuttgart

Stuttgart (sid) – Der fünfmalige Wimbledon-Sieger Björn Borg wird vom 14. bis 22. Juli am Tennis-Turnier in Stuttgart teilnehmen. Das bestätigten die Veranstalter des Turniers.

Hinault Zweiter

Vals-Les-Bains (sid) – Der kolumbianische Amateur Martin Ramirez wurde Gesamtsieger des Mehretappen-Radrennens „Dauphine Libere" in Frankreich. Der viermalige Tour-de-France-Sieger Bernard Hinault wurde mit 27 Sekunden Rückstand zweiter.

Coordes hilft Lattek

München (sid) – Egon Coordes (39) wird beim FC Bayern München Assistenztrainer von Udo Lattek. Coordes hat für Bremen und Stuttgart 157 Spiele in der Fußball-Bundesliga bestritten. Latteks bisheriger Assistent, Reinhold Saftig, geht als Co-Trainer von Timo Konietzka zu Borussia Dortmund.

Tafelmeier 89,52 Meter

Stockholm (sid) – Klaus Tafelmeier stellte bei einem Sportfest in Stockholm mit 89,52 m eine deutsche Jahresbestleistung im Speerwerfen auf. Er besiegte den Finnen Raimo Manninen *(86,32 m) und Zdenek Adamec* aus der CSSR (86,30 m).

Gegen Albanien

Düsseldorf (sid) – Die deutsche Basketball-Nationalmannschaft muß sich für die Weltmeisterschaft 1986 in Spanien in einer Gruppe mit Italien, Albanien und der Türkei qualifizieren. Die Qualifikation (der zweite Platz reicht aus) beginnt im November dieses Jahres.

Kirchen-Wächter Meister

Vatikanstadt (dpa) – Die Mannschaft der Kirchen-Wächter ist neuer Fußball-Meister des Vatikans, sie stürzte die Elf der vatikanischen Bautruppe. Das Team der Schweizer Garde erreichte bei der Meisterschaftsrunde unter acht Mannschaften nur Platz fünf.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Frankreich in Paris, Herren, Achtelfinale: Connors (USA) – Sanchez (Spanien) 6:4, 6:1, 6:1, Lendl (CSSR) – Jarryd (Schweden) 6:4, 6:0, 6:4, Gomez (Ekuador) – Gunnarsson (Schweden) 6:3, 6:1, 6:3, Noah (Frankreich) – Taroczy (Ungarn) 3:6, 6:2, 7:6, 7:6, Wilander (Schweden) – Aguilera (Spanien) 6:2, 6:1, 6:3. – **Damen**, Viertelfinale: Mandlikova (CSSR) – Brown (USA) 6:1, 6:4, Navratilova (USA) – Horvath (USA) 6:4, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 388 118,40 Mark, 2: 99 151,30, 3: 7550,90, 4: 124,00, 5: 9,60. – **Toto, Elferwette:** 1: 5600,90, 2: 293,40, 3: 31,40. – 6 aus 45: 1: unbesetzt (Jackpot 929 226,95), 2: unbesetzt (Jackpot 76 006,20), 3: 4275,30, 4: 104,50, 5: 9,10. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 209,80, 2: 120,70, Rennen B: 1: 209,80, 2: 125,90. – Kombinationsgewinn: unbesetzt (Jackpot 132 867 Mark). (ohne Gewähr)

OLYMPIA / Kein Boykott Afrikas

Ueberroth veröffentlicht Teilnehmerliste mit nun schon 142 Nationen

sid, Los Angeles

Rekordfeld für Los Angeles – klare Abfuhr für Moskau: Von 158 Mitgliedsländern des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) haben sich 142 für die Sommerspiele 1984 gemeldet, 61 mehr als für 1980, nur 13 sind dem sowjetischen Boykott vom *8. Mai gefolgt* (Äthiopien, Afghanistan, Bulgarien, CSSR, „DDR", Kuba, Laos, Mongolei, Nordkorea, Polen Südjemen, Ungarn und Vietnam). Albanien und Iran verzichteten aus anderen Gründen. Rund 7800 Sportler werden nach den derzeitigen Zahlen erwartet, die sich durch Nachnominierungen noch erhöhen können. Etwa 2200 Aktive wären aus den 14 Boykott-Ländern gekommen.

Als Nachzügler traf nach Meldeschluß die Teilnahmebestätigung Angolas beim Organisations-Komitee ein. „Man hatte dort offensichtlich Schwierigkeiten mit dem Fernschreiber", erlärte OK-Chef Ueberroth, der überzeugt ist, „daß Angola vom IOC akzeptiert wird". In der jüngsten Aufzählung werden Birma, Madagaskar, Obervolta, die Seychellen und der Tschad als feste Starter angegeben. Von ihnen hatte bisher nur eine mündliche Zusage vorgelegen.

Unter den 141 Ländern, die den Meldeschluß am 2. Juni eingehalten hatten, nannte Ueberroth mit besonderer Genugtuung China, Jugoslawien, Rumänien und Nicaragua, deren Beispiel Signalwirkung gehabt habe. Berichte aus Bolivien und Nicaragua, man könne aus finanziellen Gründen doch keine Mannschaften schicken, beunruhigten den OK-Präsidenten nicht: „Das IOC übernimmt für jedes Team die Kosten für sechs Teilnehmer, und darüberhinaus werden wir gemeinsam nach einer Lösung suchen."

Mehr Grund zur Besorgnis sieht Ueberroth im „unvermindert anhaltenden Druck der Sowjets auf Länder der Dritten Welt, ihre Meldung zu widerrufen". Doch Moskau habe sein Spiel bereits verloren. „Sie haben nur eines erreicht: die eigenen Sportler und die ihrer engsten politischen Verbündeten von vorneherein zu Verlierern zu stempeln. Das ist bitter genug, aber es kann die Attraktivität der Spiele nicht schmälern."

Die Veranstalter erhielten sogar noch mehr als 142 Anmeldungen: durch Teilnahme-Wünsche von Ländern, die noch nicht IOC-Mitglieder sind, wie dem mittelamerikanischen Inselstaat Grenada oder von Einzelsportlern Äthiopiens und Polens (siehe „Standpunkt"). Ihren Anträgen wird jedoch vor dem IOC ebensowenig eine Chance eingeräumt, wie dem des „Ukrainischen Olympischen Komitees" mit Sitz in Kanada.

„Mit Sicherheit keine Chance" bekommt laut Ueberroth die UdSSR, beim OK bestellte und bereits bezahlte Eintrittskarten für die Spiele auf dem freien Markt wieder abzusetzen. Die Tickets sind noch nicht ausgeliefert. Das OK will noch in dieser Woche bekanntgeben, was damit geschieht. „In keinem Fall wollen wir dafür doppelt kassieren", so der OK-Präsident, „wahrscheinlich werden sie an die teilnehmenden Mannschaften verschenkt. Auf jeden Fall kontrollieren wir das, nicht Moskau."

Seit Montag hängt die sowjetische Fahne auch nicht mehr an der Stirnwand im Konferenzsaal des Organisations-Komitees. Nach Ablauf des Meldeschlusses wurde neu dekoriert . . .

Die schwarz-afrikanischen Staaten planen keinen Boykott der Olympischen Sommerspiele. Das erklärte der Generalsekretär des afrikanischen Sportrates, Amadou Lamine Ba in Jaunde (Kamerun). Immer wieder waren Gerüchte aufgetaucht, es könne eine ähnliche Situation entstehen wie 1976 in Montreal, als fast alle afrikanischen Nationen aus Protest gegen die Tournee einer südafrikanischen Rugby-Mannschaft nach Südafrika auf eine Teilnahme verzichteten. Neuer Streitpunkt hätte die in Großbritannien eingebürgerte Zola Budd sein können. Die 18 Jahre alte Mittelstreckenläuferin, als Kind englischer Eltern in Südafrika geboren, wurde vom britischen Nationalen Olympischen Komitee in das vorläufige Aufgebot für Los Angeles berufen, nachdem die Nominierung vom Internationalen Leichtathletik-Verband und vom IOC sanktioniert worden war.

Amandou Lamine Ba erklärte, daß zwar einige militante, sowjetisch beeinflußte Länder wie Kongo-Brazzaville und Benin einen Boykott initiieren wollten, jedoch in der Staaten-Gemeinschaft keine Mehrheit gefunden hätten. Der Generalsekretär: „Wir planen keinen Boykott, denn er ist nicht der einzige Weg, um gegen die südafrikanische Apartheidpolitik zu kämpfen."

Zola Budd, die den inoffiziellen Weltrekord über 5000 m hält, war nach nur einer Woche in Großbritannien eingebürgert worden. Sie hat ihre südafrikanische Staatsbürgerschaft inzwischen zurückgegeben.

FUSSBALL / Deutsche Mannschaft schoß 17 Tore beim Test für Frankreich

● **Für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft hat die Zeit der Titelverteidigung bei der Europameisterschaft in Frankreich begonnen. Gestern flog sie nach Paris. Neun Tage bleiben Bundestrainer Jupp Derwall jetzt noch im Vorbereitungsquartier von Saint-Germain-en-Laye (Hotel La Forestiere), seiner Mannschaft den letzten Schliff zu geben. Am 14. Juni in Straßburg ist das erste Spiel gegen Portugal. Einer fehlte noch: Ralf Falkenmayer aus *Frankfurt*, der gestern noch spielen mußte. Der 21 Jahre alte Falkenmayer, ein offensiver Mittelfeldspieler, ist der einzige Spieler im Aufgebot von Bundestrainer Jupp Derwall, der noch kein *A-Länderspiel* bestritten hat.**



Der Bundestrainer und sein neues, hoffnungsvolles Talent: Jupp Derwall, Ralf Falkenmayer. FOTO: AP

Ralf Falkenmayer – der Aufsteiger mit dem goldenen Knopf im Ohr

DW. Frankfurt

Er trägt einen kleinen goldenen Knopf im linken Ohr. Ralf Falkenmayer hat diesen Talisman von seiner Mutter bekommen, er legt ihn nie ab, weil er ihm immer Glück gebracht hat. Mit dem Knopf im Ohr wurde er Junioren-Europameister, schaffte einen Stammplatz bei Eintracht Frankfurt und fand sich plötzlich in der Nationalmannschaft wieder. Am Freitag in der letzten Woche hatte Ralf Falkenmayer wieder einmal das Glück auf seiner Seite. Weil der *Münchner Wolfgang Dremmler* freiwillig auf seine Teilnahme an der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich (12.–27. Juni) verzichtete, berief Bundestrainer Jupp Derwall den 21 Jahre alten Frankfurter als letzten Spieler in den 20 Spieler umfassenden Kader. Noch am Samstag besorgte sich Ralf Falkenmayer die Telefonnummer von Dremmler, um sich bei ihm zu bedanken. „Es ist toll, daß es so etwas im Fußball noch gibt", kommentierte Falkenmayer die Entscheidung von Dremmler auf den Verzicht, weil er sich körperlich nicht *in bester Verfassung glaubte*.

Erst heute wird Ralf Falkenmayer zum EM-Kader in Paris stoßen, denn gestern abend mußte er mit Eintracht Frankfurt noch das zweite Entscheidungsspiel (Hinspiel: 5:0) um den Verbleib in der Bundesliga gegen den *MSV Duisburg (Dritter* der Zweiten Liga) bestreiten. Sein Trainer Dietrich Weise war von der Nominierung nicht sonderlich überrascht: „Das ist der verdiente Lohn für seine überdurchschnittlichen Leistungen in der letzten Zeit." Tatsächlich besaß Ralf Falkenmayer als Spielmacher und Torschütze den entscheidenden Anteil daran, daß die Frankfurter auch weiterhin in der ersten Liga vertreten sein werden.

Der Frankfurter ist der einzige EM-Kandidat im Aufgebot des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), der noch kein Länderspiel bestritten hat. Beim Qualifkationsspiel in Tirana gegen Albanien (2:0) saß er einmal auf der Reservebank. Daher weiß er auch, daß er in Frankreich höchstwahrscheinlich nicht zum Einsatz kommen wird. Falkenmayer: „Das ist erst einmal nicht so wichtig. Dabeisein ist für mich alles." Er ist ohnehin nicht der Typ, der sich in den Vordergrund drängt, der große Sprüche drauf hat, der sich produzieren muß. Er sagt über sich selbst: „Ich bin vom Naturell her eher zurückhaltend." Sein Trainer Weise schätzt an ihm besonders die Fähigkeit zur Selbstkritik und sein Engagement: „Er muß nicht angetrieben werden, er ist immer mit Eifer bei der Sache. Ich glaube, daß er ausreichend Kraft für die EM mitbringt. Verschleißerscheinungen durch die strapaziöse Saison gibt es auch bei anderen Spielern."

Nicht einmal 60 Kilo bringt der schmächtige, nur 1,73 Meter große Ralf Falkenmayer auf die Waage. Bevor er als 18jähriger einen Profivertrag bei Eintracht Frankfurt unterschrieb, ließ er sich eingehend bei einem Professor in Gießen untersuchen, der dann feststellte: „Er hat die besten körperlichen Voraussetzungen, er kann in der Bundesliga spielen." Er sagt zu seinem Gewicht: „Ich fühle mich mit meinen 60 Kilo sehr wohl, ich kann mir gar nicht vorstellen, wie man mit mehr Ballast Fußballspielen kann."

Schon als zehnjähriger Junge hat er einmal im Karlsruher Wildparkstadion 25 000 Zuschauer begeistert. Nicht nur, daß er seinem Gegenspieler ständig den Ball durch die Beine schob, er lief auch oftmals den zwei Köpfe größeren gebückt durch die gespreizten Beine. *Auch* wenn er heute keinem mehr durch die Beine läuft, von seiner Schnelligkeit und Geschicklichkeit macht er heute noch Gebrauch. Geblieben ist auch sein Spitznahme „Erbs", was soviel wie der Kleinste bedeutet. Einige rufen ihn aber auch „E.T." oder „Falke".

Erstmals auf sich aufmerksam gemacht hat der junge Mann bei der Junioren-Europameisterschaft 1981 in der Bundesrepublik. Dietrich Weise, damals noch DFB-Trainer, legte sich fest: „Das wird einer. Mit seinem ungewöhnlichen Talent spielt er heute schon wie ein Großer. Neben seiner perfekten Technik hat er einen Überblick, den man nicht lernen kann."

Nach der Europameisterschaft soll Ralf Falkenmayer erst einmal eine Pause einlegen. Zwar hat ihn DFB-Trainer Erich Ribbeck für das Olympia-Turnier in Los Angeles nominiert, doch die Frankfurter wollen ihn nicht freigeben, damit er sich erholen kann. Denn sie versprechen sich noch viel von ihrem neuen Star.

46 Prozent glauben an den Titel

sid/dpa, Frankfurt

Nach einer repräsentativen Umfrage der ZDF-Fernsehsendung „Politbarometer" erwarten immerhin 46 Prozent der Befragten eine erfolgreiche Titelverteidigung der deutschen Mannschaft bei der Fußball-Europameisterschaft (12. – 27. Juni) in Frankreich. Wie wenig Bedeutung dieser Zahl beizumessen ist, zeigt allein schon die Tatsache, daß zehn Prozent der Befragten Italien als neuen Europameister erwarten. Italien, der amtierende Weltmeister, konnte sich gar nicht für das Endrunden-Turnier in Frankreich qualifizieren . . .

Bundestrainer Jupp *Derwall* gab sich deshalb vor dem Abflug nach Frankreich auch nicht so euphorisch. Er traut seiner Mannschaft „in diesem Turnier alles zu", fest rechnet er aber nur mit dem Erreichen des Halbfinales. Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), wollte sich auch nicht festlegen. Er sagte nur so viel: „Frankreich ist der Favorit. Mehr will ich dazu nicht sagen".

Die Spieler dagegen verbreiten schon mehr Zuversicht und zeigen ihr neu gefundenes Selbstbewußtsein *offen. Neuling Guido Buchwald sagt:* „Ohne Selbstvertrauen braucht man gar nicht erst anzureisen." Und sein Stuttgarter Kollege Karl-Heinz Förster ergänzt: „Die eigenen Erwartungen sind ähnlich hoch wie die der Fans. Wir wollen sie erfüllen und versuchen, nicht nur erfolgreich zu spielen, sondern auch gut".

Nach der herben Kritik der letzten Wochen ist bei Jupp *Derwall* zumindest wieder die Selbstsicherheit zurückgekehrt. Mit 17:1 gewann sein Team das letzte Testspiel vor der Abreise nach Frankreich gegen den Landesligaklub *Oberrad. Derwalls* Kommentar dazu: „Es hat viel Spaß gemacht. Der Ball lief gut, die Spielfreude war groß, und die 17 Tore geben einer Mannschaft auch in einem Trainingsspiel viel Sicherheit und Selbstbewußtsein. Ich bin sicher, daß wir topfit und gut vorbereitet in das Endrunden-Turnier gehen." Letzte Aufschlüsse soll ein weiterer Test am 8. Juni gegen eine französische Militär-Auswahl in der Nähe von Paris bringen.

Derzeit erscheint es als sicher, daß Karl-Heinz Rummenigge nach dem Ausfall von Bernd Schuster die Rolle als offensiver Mittelfeldspieler übernehmen wird. Derwall sieht die Aufgabe des zu Inter Mailand wechselnden Münchners so: „Er muß das bleiben, was er von Hause aus ist: Jemand, der in die Spitze gehen und Treffer erzielen kann. Mit *Anlauf zu* kommen, ist seine Art zu spielen. Das ist von 1978 bis zur Weltmeisterschaft 1982 in Spanien nie anders gewesen."

Auch der Kölner Klaus Allofs, gegen Oberrad mit fünf Toren der erfolgreichste Torschütze, und derjenige, der am meisten von der neuen Rummenigge-Rolle profitierte, ist überzeugt: „Ich glaube, daß wir mit Rummenigge im Mittelfeld gut zurechtkommen werden. Außerdem wird die Abstimmung im Angriff mit Rudi Völler zusehends besser." Der 14. Juni, der Tag des ersten Vorrun*den-Spiels der deutschen Mannschaft* in Straßburg gegen Portugal, wird zeigen, was diese Worte wirklich wert sind.

STAND ● PUNKT / *Afghanistans Athleten und ihr legitimes Olympia-Team*

Vor acht Jahren schrieb James Gilkes aus Guayana einen Brief an den „Lieben Lord Killanin", der damals in Montreal beim Whiskey *tapfer* den schwarz-afrikanischen Boykott der Sommerspiele aussaß. Gilkes, Sprinter von Weltklasse und Betroffener eines Landes, das seine Solidarität mit Schwarz-Afrika verkündet hatte, schrieb schlicht und einfach: „Ich bitte um die Erlaubnis, an den Spielen *teilnehmen zu dürfen.*" Lord Killanin und sein IOC berieten acht Stunden lang, dann kam die Absage, die aus „moralischen, menschlichen und rechtlichen" Gründen bedauert wurde. Killanin: „Für solche Fälle hat das IOC nichts vorgesehen, aber wir wollen es in Zukunft prüfen".

Geprüft wurde da für die Zukunft nichts, die Situation ist wieder da. Peter Überroth hat in Los Angeles angedeutet, daß sich Athleten aus Boykott-Ländern persönlich melde*ten. Was Überroth nicht sagte – wahr*scheinlich wußte er nichts davon, weil das IOC lieber schweigt als aufklärt – ist dies: Sogar eine ganze Mannschaft will in Los Angeles teilnehmen, obwohl ihre Heimat sich dem Moskauer Boykott vor allen anderen Satelliten anschloß: Afghanistan. Seit zehn Tagen schlummert unbeantwortet ein Telegramm beim IOC, in dem Athleten auf „unser Recht" hinweisen, „unter der afghanischen Nationalfahne legitim" zu den Sommerspielen zugelassen zu werden.

Der Vorgang kann als Lehrbeispiel für all jene gelten, die noch immer Moskau und Los Angeles über einen Kamm scheren und zwischen 1980 und 1984 keinen Unterschied in der „moralischen, menschlichen und *rechtlichen" Qualität* sehen: Die meisten afghanischen Sportler verließen ihr Land, weil sie 1980 nicht in der Hauptstadt jener Macht starten wollten, die die Heimat überfallen hat. In der Gegend von Paderborn leben die Mitglieder der afghanischen Fußball-*Nationalmannschaft*, bei Karlsruhe vier Ringer, sieben Mitglieder des legitimen Nationalen Olympischen Komitees von Afghanisten leben in der Bundesrepublik und in Pakistan.

Sie wollen teilnehmen, so selbstverständlich wie sie sich – wer wollte das bestreiten? – als Vertreter des legitimen Afghanistan betrachten. Sie werden, wenn überhaupt, eine Absage vom IOC erhalten. Jetzt versuchen sie Geld zu sammeln, um eine Mannschaft nach Los Angeles zu schicken, die außerhalb des olympi*schen Programms Wettkämpfe* bestreitet. Eine Demonstration für die gebeutelte olympische Idee. DW.

Gisela Schlüter wird 65

Die Klappe ist ständig in Bewegung

Auf die Frage, ob sie nicht mal Lust *hätte, ernstes Theater* à la „Besuch der alten Dame" zu machen, meinte sie, doch, gern, nur – wer sollte dann die alte Dame spielen?

Heute wird sie 65, macht keinen Hehl daraus und ist noch immer die nicht kleinzukriegende, mit durchaus jugendlicher Verve albernde Quasselstrippe, die ihren Spitznamen „Lady Schnatterly" mit Würde trägt.

Seit mehr als zwanzig Jahren ist Gisela Schlüter auf deutschem Fernsehschirm eine Institution, die mühelos mit den Gartengänsen in ihrer bayerischen Wahlheimat in Bad Kohlgrub bei Garmisch mithalten und sogar – wie vor Jahren geschehen – mit ihrem sagenhaften Redeschwall von runden 500 Silben pro Minute unter Wettbewerbsbedingungen einen Bundestags-Stenographen auspunkten kann. Ob in „Zwischenmahlzeit" oder „Giselas Schnatterbox" – ihr könnte auch ein Dieter „Thomas" Heck nicht den Pokal des Bundesmeisters im Schnellreden streitig machen.

Sie sieht sich, wie sie ist, hält freilich von der ewigen, unausrottbaren Trennung *zwischen* E und *U* gar *nichts und meint, daß man hier mit* „Klamauk" abkanzle, was man in amerikanischen Darbietungen respektvoll als „Slapstick" zu bezeichnen pflege. Und daß die Kritiker immer dann den Begriff vom „Kalauer" zu Rate zögen, wenn sie etwas meinen, was am liebsten sie selber geboren hätten.

Gewiß, ihr schrilles Gekeife ist nicht jedermanns Sache, besonders dann nicht, wenn es eine Dauereinrichtung ist; der „normale" Schlüterianer aber, so sieht sie das, möge zwischen den täglichen „Hauptmahlzeiten" von Politik, Mord und Totschlag ganz gern, was sie ihm bieten kann. Und abgesehen von ihren Hobbys Astrologie, Tennis und gründlicher Zeitungslektüre ist *das* nun mal, was sie ausschließlich beherrscht, nicht nur auf der Bühne: Die Berliner Klappe bewegt sich ständig.

In Berlin wurde sie als Tochter eines Oberstleutnants geboren, dessen preußische Kargheit freilich mit der Eloquenz nicht zu vereinbaren war. Tänzerin und Sängerin wollte sie werden, war aber zu klein dafür und



Gisela Schlüter alias „Lady Schnatterly" FOTO: HEINZ RÖHNERT

sprach bei Erich Ponto und dem instinktreichen Willi Schaeffers einen Probe-Part aus der „Iphigenie" so vollmundig vor, daß für die Herren feststand: Das Mädchen muß ins komische Fach.

So kam sie in Berlin in die „Scala" und ins „Kabarett der Komiker", und der Durchbruch folgte auf einen Schlag, als sie in der „Komödie" am Ku-Damm als Partnerin von Günther Lüders in der Boulevard-Klamotte „Vorsicht, Brigitte" am laufenden Band endlose Sätze zu rattern hatte. „Das hat sehr eingeschlagen. Irgendwie bin ich darauf sitzengeblieben."

Dann kam der Rundfunk, in dem sie bevorzugt Quiz-Sendungen mit *Wortschwallen* eindeckte, und der Film wollte sie immerzu als die verbale Krawallcharge, als die sie – verhältnismäßig spät erst – auch das Fernsehen nahm, vor allem für Serien à la „Hotel Viktoria" oder „Grüezi, Vico".

Geschieden ist sie, findet das Junggesellendasein ganz herrlich, lebt aber seit Jahren zusammen mit dem Fernsehautor Hans Hubberten und hat in den siebziger Jahren auch zwei Bücher geschrieben („Bitte aus*sprechen lassen*", „*Schnattern gehört* zum Handwerk"). Auch auf das Verfassen von klatschfesten Kolumnen versteht Frau Schlüter sich, setzt dort schreibenderweise fort, was sie im allgemeinen mit dem Mundwerk zu tun pflegt – auch am Telefon daheim, *wenn sie falsch verbundene Anrufer* nach Strich und Faden veräppelt, bis die Post anruft und das muntere Treiben durch Einzug des Apparates zu unterbinden droht.

„Komik ist Geschmackssache", hat sie gesagt. „Der eine lacht sich tot, den anderen nervt's."

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Landadel in eleganten Möbeln

Vor 100 Jahren habe das Publikum Fontanes ersten Roman auch in Fortsetzungen zu sich genommen – 65 an der Zahl in dem Familienblatt *„Daheim" –; darum könne man dem* Fernsehzuschauer von heute getrost ihrer sechs vorsetzen, meinte Dieter Meichsner als vielfach bewährter dramaturgischer Lenker des NDR und gab dem ebenso bewährten Herbert Asmodi den Auftrag zur Bearbeitung des Stoffes. Leider starb der Regisseur, dem man **Vor dem Sturm** anvertrauen wollte, bei den Vorarbeiten, und mehrere Jahre gingen ins Land, ehe Franz Peter Wirth an seiner Stelle das fertige Produkt abliefern konnte.

Man kann es schon als gelungen bezeichnen, wenn es auch im Ganzen ein wenig blaß geraten ist. Doch das geht zum Teil auf die Vorlage zurück: Fontanes erster Roman ist mehr für seine patriotische Gesinnung (bei gerechter Beurteilung sowohl der Franzosen wie der Polen) zu loben als für seine literarischen Meriten: noch ist in ihm der ureigentliche Fontane-Ton ganz selten zu hören, wie er etwa im „Stechlin" fast auf jeder Zeile erklingt. Die weiblichen Gestalten sind, mit Ausnahme der koketten Kathinke (Anne Canovas), recht farblos geblieben, und von den Männern sind die älteren, allen voran der ganz auf friderizianische Nachfolge getrimmte Schloßherr Berndt von Vitzewitz (Rolf Becker), weit deutlicher konturiert als die beiden jungen Liebhaber, von denen Daniel Lüönd den einen fast mädchenhaft angelegt hatte.

Mit Bedacht hatte Fontane seinen vaterländischen Roman zeitlich in das Vorfeld des Befreiungskrieges verlegt und in den Mittelpunkt eine episodische, obendrein noch unglücklich ausgegangene Kriegshandlung, den Überfall auf die französische Besatzung von Frankfurt an der Oder, gestellt. Er entging so aller Historienmalerei und der Regisseur auch der Verpflichtung, porträtähnliche Darsteller für geschichtliche Personen zu finden. Um so üppiger konnte er sich mit den zeitgenössischen Interieurs beschäftigen (deren Möblierung manchmal für den märkischen Landadel ein bißchen zu elegant ausgefallen ist) und mit der Abbildung der Landschaft, die auf sehr zahlreichen Kutschfahrten durchmessen wird.

Nach so viel Scotch und Soda in „Dallas" und „Denver" endlich ein kräftiger Schluck heimatlicher Korn. *Die maßvolle Evokation Preußens,* ohne alles Hurra-Geschrei, hält auf allen Ebenen an. Es ist bezeichnend, daß man die leisen Töne bevorzugt und daß man auch Fontane auf dem Fernsehschirm am ehesten die Gefolgschaft verweigert, wenn er uns zu direkt serviert wird, mit Schlachtgetümmel, Sterbelagern und Glycerintränen, die über holde Mädchenwangen kullern. HELLMUT JAESRICH

Und überall Rasierschaum

Man soll eben das Ende nie schon am Anfang loben, auch dann noch nicht, wenn der Herr Pantomime einem Zuschauer im Studio Feuer gibt, um ihm dann die Zigarette auszudrücken und auf das Rauchverbot hinzuweisen, stumm, versteht sich.

Nun ist dieser Boris Hybner, der Held aus **Solo für Spaßvögel** (ARD), aus der „Laterna Magica" seiner Heimatstadt Prag und aus seinem GAG-Ensemble ein mit Vorschuß reichlich bedachter Mann, so eine Art Vicco von Feldman des gehobenen, wortlosen Blödsinns, der mal gucken kann wie Otto, mal wie Pinkas Braun. Und er hat einen Pianisten dabei, Jiri Knot, der mit Riesenmähne und stoischer Ruhe seinen „Liebestraum" herunterklischiert und in seiner auffälligen Unauffälligkeit den gemischten Eindruck eines Geheimdienstlers und des netten Versicherungsvertreters von nebenan macht.

Und genau deshalb klaut der Knot auch dem Star Hybner die Show. Der fängt nämlich, als er endlich auf der Bühne ist, eine ganz putzige Geschichte vom nervösen Schwärmer vor dem Rendezvous an, die in ihrer so ganz „un-marceauschen" Lockerheit mehr verspricht, als sie zu halten vermag: Boris Hybner, eben noch der interessierende Karikaturist der Schul-Pantomime, schnäuzt sich ins Blumenpapier, läßt die Hose fallen, grimassiert mit der Brutalität eines Monsterbabys in der Gegend herum und vermag nicht, Tast- und Bewegungsfreuden vor dem Absturz ins Banale, ja, Ordinäre zu disziplinieren.

Schade. Hybner hat am Ende zwar die Hose wieder an, dafür hat Knots Flügel die Hinterläufe eingeknickt. Rasierschaum kleistert überall; der Liszt leiert weiter – vom Band.

Kein großes Ruhmeslicht für die „Laterna Magica". Und für diese oft gute TV-Reihe auch nicht.

BERNHARD KESSEL





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Frauengeschichten
11.20 Die Montagsmaler
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.10 D-Day
40. Jahrestag der Landung der Alliierten
Eurovisionssendung des französischen Fernsehens
16.00 Tagesschau
16.10 Omaha '84
Auf den Spuren der alliierten Invasion
Zahlreiche Museen und Gedenkstätten säumen die Küste der Normandie zwischen Cherbourg und der Orne-Mündung.
16.55 Denkste!?
Mensch, mach' hinne ...
Jörg und sein Praktikum
17.50 Tagesschau
Dazw. *Regionalprogramme*
20.00 Tagesschau
Anschl. Parteien zur Europawahl
20.15 Deutschland-Tournee
Film von Berengar Pfahl
Die beiden musikbegeisterten jungen Damen Gudrun und Krabbe wollen mit ihrem eigenen Programm quer durch die Lande reisen. *Ihre Ehemänner haben nichts* dagegen, sie machen lediglich zur Auflage, daß Gudrun und Krabbe ihre Kinder mitnehmen. So beginnt eine turbulente Tournee ...
21.45 Brennpunkt
Aktuelle Sendung
22.30 Tagesthemen
23.00 Nick Lewis, Chief Inspector
Tödliche Ermittlung
Dennis Kates, Nick Lewis' Urlaubsvertretung, ist tödlich verunglückt. Angeblich versagten die Bremsen seines Wagens, während er dienstlich unterwegs war. Doch als Nick Lewis der Sache nachgeht, macht er eine sonderbare Entdeckung ...
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Peter kommt in die Jahre
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kompaß
Ein Lexikon mit Bildern und Berichten
Kräfte (2): Eiskunstlauf / Weltmeister im Bodenturnen / Das Geheimnis des Reifenwechselns
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Landung in der Normandie
Live-Übertragung von den Feiern zum 40. Jahrestag der alliierten Invasion in Frankreich
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Der lange Treck
Wiederholung von 16 Folgen
Das verlorene Land
19.00 heute
Anschl. Parteien zur Europawahl
19.30 Na, so was!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
Mit Chris de Burgh, Neil Sedaka, Rodgau Monotones, Billy Preston
20.15 Kennzeichen D
Stefan Heym am D-Day als *US-Soldat* / Mit begrenztem Ausblick – Ein Grenzschützerleben in der „DDR" / „Grüne Lunge" außer Puste – Luftverschmutzung im Raum Hof
Moderation: Giselher Suhr
21.00 Der Denver-Clan
Jede Stimme zählt
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.10 Europa '84
Der schwierige Weg zur Einheit
23.25 Dr. Jekyll und Mr. Hyde
Musical von David Winters und Burt Rosen
Mit Kirk Douglas u. a.
0.40 heute



Der Kontakt mit der *Berufswelt* ist für den Schüler Jörg (Stefan Hugel, r.) sehr ernüchternd. FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Englisch (49)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Furcht und Hoffnung der BRD
Szenen aus dem deutschen Alltag des Jahres 1983 von Franz Xaver Kroetz
Aufführung des Schauspielhauses Bochum

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Von Jägers Gnaden
19.15 Praktische Tips
19.30 Damwild als Nutzvieh
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Wirtschaftsmagazin
Leitung: Ingrid Lorenzen
21.00 Lengede – Grubenunglück 1963
21.45 Der Pakt mit dem Teufel
Französisch-italienischer Spielfilm (1949)
23.10 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Die fabelhafte Familie Ko in der Zauberkiste
19.00 Urlaubers Hinterland: Spanien (5)
Die Costa del Sol ist das regenärmste Gebiet Spaniens.
19.45 Die Tiersprechstunde
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
20.45 Was bringt uns die EG?
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Vier Frauen – vier Leben
(2) Die Emanze

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Englisch (49)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 In meinem Glauben fühl' ich mich geborgen
20.15 Reisewege zur Kunst: Schottland
Die Highlands
21.00 Los, Tempo!
Spanischer Spielfilm (1980)
Regie: Carlos Saura
22.35 Die Angst hat Flügel, und der Zorn ist kalt
Nachforschungen über den Dichter Volker von Törne

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
19.45 Blast's mit!
20.00 Kimbim
20.45 Zeitspiegel
Politik am Mittwoch
21.30 Rundschau
21.45 Malu
22.35 Z. E. N.
22.40 Ein Feuer, das brennt – ein Rad, das sich dreht
23.40 Rundschau
23.45 News of the Week

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wenn Sie zwischen 35 und 50 Jahre alt sind, über sicheres Auftreten, Verhandlungsgeschick, Organisationstalent und Flexibilität verfügen, versiert im Anzeigenverkauf sind, dann sollten Sie sich bei uns als

VERKAUFSLEITER

für die Führung und Betreuung unserer Mitarbeiter und Kunden bewerben.

Wir zahlen Honorar, Erfolgsbeteiligung und Spesen. Pkw kann gestellt werden.

Schriftliche Bewerbungen *mit Angabe der Telefonnummer erbeten:*

Ewald Schwarzer Verlag
Wallbergstr. 1, 8028 Taufkirchen/München

● Scheidung droht? ●

... mit der Folge von erheblichen Vermögensschäden und eventueller Existenzgefährdung? Wir helfen mit bewährten Verfahren und sichern Sie vor

Vermögensschäden!

Anfragen, die streng vertraulich behandelt werden, unter Y 6895 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

HANDELSVERTRETER

für einige Bezirke HH, Schleswig-Holstein u. Niedersachsen für den Besuch der Gastronomie u. Hotelerie von alteingeführtem

HH-Wein-Importhaus

gesucht. Angebote u. C 7207 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Namhafter europäischer Hersteller von Autopflege- und Zubehörprodukten sucht

Kooperationspartner

für den Absatz in der Bundesrepublik an Großhandel, Warenhäuser, Märkte usw.

Angeb. erb. u. D 7120 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Für den Vertrieb von **Spezialkühlschränken** für die **Weinlagerung** suchen wir

Handelsverter oder Vertriebsfirma

Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf.

Mme. Rouyer, 101, Av. du Gl. Leclerc, F - 75014 Paris

MAKLER

Möchten Sie nicht Ihren Kunden eine Geldanlage, an der ein bedeutendes Geldinstitut beteiligt ist, zu einer hohen garantierten Rendite anbieten?

Hätten Sie etwas dagegen, wenn Ihre *Kunden* Renditen von durchschnittlich 60 % p. a. und mehr aus jährlichen Ernten in den USA erhielten? Dieser Anlageplan wurde von einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und für gut befunden.

Hohe Provisionen und Eigenkapitalbeteiligung warten auf für uns geeignete Makler. *Informationsmaterial* in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch erhältlich. **Anfragen von Investoren sind uns willkommen.**

Weitere Auskünfte erteilt: **GLOBE PLAN S.A.**, Av. Mon-Repos 24 – CH-1005 Lausanne (Schweiz), Tel. (00 41 21) 22 35 12 – Telex 25 185 MELIS CH.

Allein-Vertriebsstelle

i. d. Bundesrepublik Deutschland gesucht für ein einzigartiges, hervorragendes Erzeugnis, das sich für den Kosmetik- und Pharmamarkt anbietet. Gewinne von über 400 000 DM schon im ersten Jahr erwartet. £ 7 000 f. d. Exklusivvertrag erforderlich. Vollständige Auskünfte durch:

Prestige Connections Ltd., Spotlight Tweezer Division, 27 Cobham Road, Ferndown Industrial Estate, WIMBORNE, Dorset, BH21 7PE, England – Tel. 00 44 / 2 02 / 89 75 36

Wir sind die größte, international tätige Partnervermitthung mit Geschäftsstellen in allen Teilen Englands und den USA sowie im Fernen Osten.

Im Hinblick auf unseren anhaltenden Erfolg und eine ständig steigende Nachfrage beabsichtigen wir, unsere Geschäftstätigkeit nun auch auf die Bundesrepublik auszudehnen und suchen hierfür

Bezirksleiter / Bezirksleiterinnen

Neben dem Erwerb von Firmenanteilen können Sie ein vom Geschäftsverlauf abhängiges Einkommen in Höhe von DM 100 000 im Jahr erwarten. Gute Kenntnisse der englischen Sprache wären wünschenswert.

Ihre Bewerbung mit Lebenslauf und den üblichen Unterlagen richten Sie bitte an:

Hans G. Rutkowski
Managing Director, Prestige Connections
Ostring 12, D-6231 Schwalbach a. Ts.

Gesicherte Vollexistenz

Wir sind eine junge Firma mit einem neuartigen Dienstleistungsangebot, die im gesamten Bundesgebiet eine eigenständige Verkaufsorganisation aufbaut. Wir suchen Damen und Herren (auch Ehepaare) mit Verkaufserfahrung, die sich in ihrem örtlichen Einzugsbereich eine ertragreiche selbständige Vollexistenz erarbeiten möchten. Kein Eigenkapital erforderlich. Vereinbaren Sie telefonisch mit uns einen unverbindlichen Infotermin. Global Kreditkontrolle Gesellschaft für Privates Mahnwesen mbH, Flinschstr. 67, 6000 Frankfurt 60, Tel. 06 11 / 41 90 57.

Wir suchen bundesweit

Werbegruppen

für die Mitgliederwerbung eines gemeinnützigen Vereines. *Hohe Aufwandsentschädigungen*, Nachfolge, Gebietsschutz und andere Vergünstigungen werden gewährleistet. Firmenfahrzeuge können gestellt werden.

Kurze telefonische Bewerbungen unter

0 77 33 - 62 78

Wirtschaftswerbung
Brandenburger GmbH
Kesslerheide 5, 7707 Engen

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit

Ihr Büro in Zürich zu führen

Alle anfallenden Büroarbeiten erledigen wir für Sie speditiv und kostengünstig.

Sprachen: D, F, E, Sp., Tel., Telex.

Anfragen an TREUHAND
Seestr. 133, CH-8820 Wädenswil

Spezialist

für Abw. schwierigster Problemaufgaben, Sonderkurier In- und Ausland. Reisebegl., repr. Fahrzeug/Zeitsekretär usw. Seriöse und diskr. Abw. garantiert. Zuschriften unter F 7122 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schweiz. dipl. Betr.w. sucht

Beziehung zu Universität

zwecks Hab. Dokt. mit Diss. aus der Gesundheitsökonomie.

Anfragen unter 1303 Zx, Orell Füssli Werbe AG, Postfach, CH-8022 Zürich

---

Spezialist

f. schwierige Kurieraufträge u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur anspruchsv. Einsätze erwünscht, die entspr. professionelles Vorgehen erfordern. Zuschriften unter K 5641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PVC: Aufkleber/Beschriftung/Druck/Gestaltungsarbeiten. CW-Werbeagentur, Tel. 0231/12 94 04, Dresdner Str. 4, 4600 Dortmund 1.

Ausländischer Firmenmantel engl. GmbH/AG

mit 20% Pauschalsteuer günstig abzugeben. Auch als Beteiligung an bestehender Firma denkbar.

Postfach 13 62, D-3170 Gifhorn

Postfachmitbenützeradresse in Zürich

für Versandfirmen und Privatpersonen. Ihre Post wird durch uns zuverlässig an Sie weitergeleitet.

IWM, Abt. Tras, Postfach, **CH-8042 Zürich**

Heimverd.! Wer nimmt f. Hbg. Fa. Telefonate an! Bew. aus al. Ort. Plz. 2+3, Tel. 0 40 / 37 17 30 u. 37 17 44, b. 20 *Uhr.*

STELLENANGEBOTE

Wolff Walsrode sucht Mitarbeiter

Wolff Walsrode. Ein Werk der chemischen Industrie. Mit einer Reihe von Produktionszweigen der Cellulose- und Kunststoffchemie zählt es zu den modernsten seiner Art. Wolff Walsrode ist das älteste Werk der Celluloseveredelung in Deutschland und heute einer der führenden Hersteller und Verarbeiter von Verpackungsfolien.

Wir suchen den

Leiter der Abteilung Leit- und Elektrotechnik (Dipl.-Ing. TU)

Er soll einen Stab von ca. 20 qualifizierten Ingenieuren und Technikern führen, die zusammen mit Meistern und Facharbeitern alle leit- und elektrotechnischen Aufgaben bei Planungsarbeiten, Investitionsvorhaben und bei der Betreuung in unserem Werk durchführen bzw. überwachen.

Die Aufgabenschwerpunkte sind Prozeß- und Antriebssteuerungen in großer Vielfalt der in Folien- und Chemiebetrieben verwendeten Meß-, Regel-, Steuer- und Antriebstechniken (einschließlich SPS und Rechnertechnik). Dazu gehören auch das elektrische Netz und die Nachrichtentechnik unseres Unternehmens.

Wir verlangen eine *möglichst* breite praktische Berufserfahrung auf den Gebieten Meß- und Regel- sowie Elektrotechnik und hohe Führungsqualitäten.

Wir stellen uns eine erfahrene Führungskraft im Alter von 35 bis 40 Jahren vor.

Aussagefähige Bewerbungen erbitten wir an unsere Abteilung Personalwirtschaft unter der Kennziffer 36/84.

Wolff Walsrode

Wolff Walsrode AG, Postfach, 3030 Walsrode 1

Wir suchen zum 1. 10. 84 bzw. 1. 1. 85 eine

Dame

die uns den Haushalt in **Paraguay/Asuncion** führen will. Wenn sie bereit sind, einen exklusiven Haushalt zu führen und bereit sind, nach Paraguay mitzugehen, dann richten Sie Ihre Unterlagen bitte unter der Chiffre-Nr. E 7121 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen. Alles andere, wie Gehalt, Freizeit, Unterkunft etc. sollten wir in einem persönl. Gespräch erörtern.

Zukunftsbranche sucht Manager

Unser Klient ist ein kleines, aktives Unternehmen in der Zukunftsbranche Computerunterstütztes Training (CBT) mit Sitz im Rhein-Main-Gebiet.

Zum baldmöglichen Termin suchen wir einen

LEITER SOFTWARE-ENTWICKLUNG

Der ideale Bewerber hat

- mindestens 10 Jahre EDV-Erfahrung
- mindestens 3 Jahre MVS-Erfahrung
- Erfahrung in EDV-Projektleitung
- sehr gute Kenntnisse in IBM-Assembler, ISPF und MVS-JCL
- gute Kenntnisse in COBOL oder PL/1, VTAM, CICS oder IMS
- Kenntnisse in VM, DOS/VSE und IBM/PC-Software

Ihre Aufgabe ist, eine Gruppe von 5–8 Mitarbeitern unmittelbar anzuleiten und die Koordinierung freier Mitarbeiter. Unabdingbar sind überzeugende Darstellungsfähigkeit, Ideenreichtum und der *Wille, sich überdurchschnittlich zu engagieren. Über gute Englischkenntnisse sollten Sie verfügen.*

Ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Zeugniskopien, Lichtbild, Eintrittstermin, Gehaltsvorstellungen) senden Sie bitte an:

Nils H. Jörgensen, Unternehmensberatung, Kleiberweg 20, 2110 Buchholz 5

Mitarbeiter/in für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Hermes ist der führende deutsche Kreditversicherer. Seit 1917 bieten wir den Unternehmen unserer Wirtschaft Sicherungsmöglichkeiten gegen Forderungsausfälle und eine Palette von Dienstleistungen im Finanzbereich. Unser Geschäft hat Zukunft.

Sie kennen die Bedeutung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für ein Unternehmen gerade in der heutigen Zeit. Wir suchen Sie als den für PR zuständigen Mitarbeiter in unserer Abteilung Vertrieb und Marketing zum nächstmöglichen Termin.

Um die gestellten Aufgaben erfüllen zu können, sollten Sie ein wirtschaftswissenschaftliches Studium erfolgreich absolviert haben und bereits über Erfahrungen in der Presse- *und Öffentlichkeitsarbeit verfügen.*

Wesentlich sind journalistische Fähigkeiten, denn ein Schwerpunkt Ihrer Arbeit ist die Redaktion der Hauszeitschrift und das Verfassen von Presseartikeln. Wir erwarten von Ihnen selbständiges Arbeiten – auch unter Termindruck – und ein hohes Maß an Kontaktfähigkeit.

Männliche/weibliche Interessenten richten bitte ihre schriftliche Bewerbung mit den üblichen vollständigen Unterlagen und ihren Gehaltswünschen an unsere Abteilung Personalwesen.

Friedensallee 254, 2000 Hamburg 50
Telefon 0 40 / 8 87 12 20



Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.

CPA, Postfach 11 04 41
6000 Frankfurt 11

STELLENGESUCHE

NIEDERLASSUNGSLEITER

Branche:	Investitionsgüter, Maschinen- u. Stahlbau, Bau- u. Wohnungswirtschaft.
Qualifikation:	***Dipl.-Betriebswirt***, 40 J., Verk./Export techn. erklärungsbedürftiger Produkte, kfm. Projektadministration, führungserfahren (b. 15 MA), verhandlungserprobtes Engl., Vertragswesen.
Standort:	Wuppertal, Düsseldorf, Oberhausen, Leverkusen.

Zuschriften erb. u. V 7134 an WELT-Verl., Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Speditionskaufmann, 58 Jahre

Erfahrung auch in Industrie und Großhandel, Sachkundeprüfungen für Güternah- und Möbelfernverkehr, Disposition, Fahrzeug- und Personaleinsatz, Korrespondenz, Abrechnungen, Fuhrparküberwachung u. Lagerhaltung, sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis.

Zuschriften unter H 7256 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SPEDITIONS-/EXPORTKAUFMANN
PROJEKTE – INDUSTRIEANLAGEN – HOCHBAUTEN

27 J., verh., 5jähr. Auslandserfahrung in W/Afrika, davon seit 3 Jahren in ungek. Stellung als kaufm. Leiter eines Exporthauses in Nigeria f. d. Abwicklung von Großprojekten, Organisation, Logistik, Kundenbetreuung, Aufbau von Zweigbüros, techn. Verständnis, Mitarbeiterführung, untern. denkend. Suche neue verantwortungsvolle Aufgabe mit entsprechenden Vollmachten im Projektgeschäft in Spedition, Industrie oder Handel mit Sitz im Raum Hamburg. Frühester Termin Oktober 1984.

Detaillierte Angebote unter W 7113 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Holzwirt

- abgeschl. Modelltischlerlehre, Auslandserf. (Westafrika) als Entwicklungshelfer; örtlich nicht gebunden, mit Flexibilität und Organisationsvermögen, guten englischen und französischen Sprachkenntnissen
- sucht aussichtsreiche Anfangsstellung, auch im Ausland
- Zuschriften erbeten unter Y 6875 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

SEKRETÄRIN/ASSISTENTIN

Ich bin:	31 J., Fremdsprachenkorresp./Übersetzerin engl. + franz.
Ich biete:	7 Jahre Berufserfahrung, volle Einsatzbereitschaft, eine stabile Persönlichkeit, Organisationsfreudigkeit, unternehmerisches Denken
Ich suche:	eine Postion, die mich fordert, mir Entfaltungsmöglichkeit in menschlich angenehmer Atmosphäre bietet.

Zuschriften unt. N 6974 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Ingenieurpersönlichkeit

48 Jahre, auf dem Höhepunkt beruflicher Erfahrung, mit allen Kenntnissen stahlblechverarbeitender Unternehmen, aktiv, kreativ, motivierend, kontaktfreudig, marketing- und verkaufsorientiert, sucht aus oberer Leitungsfunktion im techn. Bereich unternehmerische Aufgabe als Gesamtleiter, techn. Geschäftsführer oder Unternehmensübernahme auf Rentenbasis.

Kontakte erbeten unter Z 6874 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Delegierter für Lateinamerika und Karibik

Unternehmerisch denkender Deutscher, 47 J., techn. Kfm. mit Sitz in Mexiko, 20jährige Lateinamerikaerfahrung in leitenden Stellungen der Investitionsgüterindustrie, Außenwirtschaftsstudium, span./engl. perfekt, verhandlungsgewandt und abschlußsicher, nachweisbare Erfolge, möchte als Delegierter und *verlängerter Arm der Geschäftsleitung, auch bei bereits bestehenden* Vertretungen, tätig werden.

Erste Kontakte unter B 7118 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SPANIEN od. SÜDAMERIKA

Fremdsprachenkorrespondentin

Sprachen: Span., Engl. u. Franz., 25 J., bietet einem Unternehmen in Spanien oder Südamerika mit großer Einsatzfreude überdurchschnittl. Leistung.

Bitte schreiben Sie unter Z 7116 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirtin (FH), *24 J.*, Ausbild. z. Versicherungskaufmann, wirtschaftswissenschaftl. Fachhochschulstudium m. d. Schwerpunkt. Organisat./Datenverarbeit. u. Rechnungswesen (Examensnote: gut), räuml. ungebund., sucht interessante Anfangsstell. (kein Außendienst) in mittl. bis gr. Unternehm. Ang. erb. unt. X 7114 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Arab./Ital./Franz./Engl. in Wort u. Schrift, erf. Sekretärin, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht in Hamburg *neuen Wirkungskreis. Ang. erb.* unt. PE 48 044 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Bürovorsteher

42 Jahre, sucht zum 1. 10. 1984 neuen Wirkungskreis im Anwaltsbüro oder im gesamten kaufmännischen Bereich. Angebote erb. u. PF 48 064 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Wirtschaftsing. (grad.)

Nachrichtentechnik

(39), Erfahrung im Bauelementevertrieb für Computerperipherie, sucht neue, kaufmännisch orientierte Aufgabe. Ortsunabhängig.

Ang. erb. unt. PH 48 047 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Kfm. Leiter

38 J., 20 Jahre erfolgr. Praxis, ungekündigt, alle kfm. Bereiche. *Schwerpunkt: Finanz- u. Rech*nungswesen, sucht neue Herausforderung in einem mittelständischen Unternehmen.

Zuschr. unt. T 7132 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Rechtsanwalt, 36 J., ca. 5 Jahre Anwaltserfahrung auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts, sucht Stellung in Wirtschaftsunternehmen, vorzugsweise in Süddeutschland, jedoch nicht Bedingung. Zuschriften unter A 7117 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter

ungek., 39 Jahre, langj. Erf. im Konsumgüterbereich (Unterhaltungselektronik) u. Investitionsgüterbereich (Büromaschinen). Aber auch als Verkaufstrainer, sucht neue, reizvolle Aufgabe im Raum Hamburg. Angebote erb. u. PD 46 062 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Jg. ehrgeiziger Verkaufsleiter sucht ab 1. 1. 85 neuen Wirkungskreis (keine Versicherung).

Angeb. erb. u. PZ 48059 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.

Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

101–801

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

_______ mm hoch; _____spaltig zum Preis von DM _______
zuzüglich *DM 10,26* Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ____________________

Straße/Nr.: ____________________

PLZ/Ort: ____________________

Vorwahl/Telefon: ____________________

Unterschrift: ____________________

Der Anzeigentext:



Moskaureise Mitterrands löst Überraschung aus

Termin schon im Juni / Prominente Dissidenten warnen

A. GRAF KAGENECK/DW. Paris

Mit Überraschung hat die Öffentlichkeit in Paris auf die Bekanntgabe einer Reise von Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand noch *vor der Sommerpause nach Moskau* reagiert. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass hatte dies bereits am Montag gegen 17 Uhr Pariser Zeit in Moskau gemeldet. Erst zwei Stunden später wurde die Nachricht vom Elysée-Palais bestätigt.

Die Vermutung, *die Sowjets hätten* die Franzosen damit vor eine vollen*dete* Tatsache *stellen wollen*, wurde im Elysée mit der Mitteilung dementiert, der sowjetische Botschafter in Paris, Worontzow, habe am Donnerstag vergangener Woche zwei Stunden mit Präsident Mitterrand im Elysée zu Mittag gespeist, wo offenbar alles abgesprochen worden sei. Französische Zeitungen nannten die Zeit vom 20. bis 23. Juni als möglisches Datum der Reise.

Gegen den offiziell angekündigten Besuch Mitterrands haben sich inzwischen prominente sowjetische Dissidenten in Paris ausgesprochen. Die Bürgerrechtlerin Arina Guinzbourg *kommentierte* die Nachricht: „Mitterrand in Moskau, während Sacharow wahrscheinlich *im* Krankenhaus *ist*, das ist ein schlimmer politischer Fehler." Ebenfalls warnte der Schriftsteller Viktor Nekrassow vor der Reise, bevor Mitterrand nicht die Gewißheit habe, zuverlässige Nachrichten über den Gesundheitszustand von Sacha*row zu bekommen*. Als *einziger* der prominenten Dissidenten erhoffte sich dagegen der Direktor der Zeitschrift „Kontinent", Wladimir Maximow, daß es Mitterrand gelingen werde, die Sowjets dazu zu bewegen, Sacharow endlich der internationalen Presse zu zeigen. „Aus taktischen Erwägungen heraus könnte daher diese Reise nützlich *sein*", *meinte* Maximow.

In der Umgebung des Staatspräsidenten wird auf eine Äußerung Mitterrands im letzten März hingewiesen, in der von der Notwendigkeit des Dialogs mit Moskau trotz schwerwiegender Divergenzen gesprochen wurde. Frankreich habe, heißt es heute, *genügend auf* die Unvereinbarkeit des Einfalls in Afghanistan und des *Druckes auf Polen mit der* Entspannungspolitik hingewiesen und durch seine Nichtbeteiligung an den Genfer Raketen-Verhandlungen zwischen Sowjets und Amerikanern seine Unabhängigkeit in der Abrüstungspolitik dokumentiert, um freie Hand gegenüber Moskau zu haben. Gerade in Zeiten der Spannungen aber müsse der Ost-West-Dialog aufrechterhalten bleiben.

Die französische Öffentlichkeit zeigte sich am Dienstag dennoch von dem frühen Reisetermin überrascht. Noch in letzter Zeit war man davon ausgegangen, daß Mitterrand wegen *der vieldiskutierten* Sacharow-Affäre seinen Besuch entweder absage oder verschieben werde. Im Elysée dagegen war schon vor Wochen zu hören gewesen, daß der Präsident zwar ein energischer Verfechter der Menschenrechte sei, die französische Außenpolitik jedoch nicht von Rücksichtnahme auf Menschenrechte diktiert *werden könne*. Offenbar waren dem Präsidenten auch verläßliche Angaben über den wahren Zustand Sacharows zugespielt worden. Am Montag hatte Tass eine Stunde nach Bekanntgabe der Reise Mitterrands eine beruhigende Erklärung über den Zustand Sacharows verbreitet, offenbar in Absprache mit dem Elysée. *Schließlich vermuten* französische Kommentatoren, daß Mitterrand zu einem frühen Reisetermin auch durch die jüngsten amerikanischen Entspannungsofferten an Moskau gedrängt worden sein könnte.

Seite 2: Marchais-Manöver

Neue Sacharow-Appelle

E.N./KNA, Bonn

Eine Überprüfung der Schlußakte von Helsinki und gegebenenfalls ihre Suspendierung durch die westlichen Staaten hat gestern der Sacharow-Schwiegersohn Efrem Jankelewitsch gefordert. Seit ihrer Unterzeichnung 1975 habe sich die Menschenrechtslage dort ständig verschlechtert.

Jankelewitsch, der von Bundeskanzler Kohl empfangen worden war, erklärte, der Kanzler werde „alles in seiner Kraft Stehende für Sacharow tun". Seiner Ansicht nach hat die Sowjetunion die Meldung vom angeblichen Tod des Wissenschaftlers in die Welt *gesetzt, um* „das Echo auf diese Gerüchte in der Welt zu erproben". Er glaube, daß Sacharow sich in einem Krankenhaus befinde und künstlich ernährt werde. Der Zustand von Jelena Bonner sei wahrscheinlich noch viel bedrohlicher.

Der in die Bundesrepublik übergesiedelte Literaturwissenschaftler Lew Kopelew betonte, es sei entscheidend für die Rettung der Sacharows, daß der Westen in seinen Protesten *nicht* erlahme. In diesem Fall würden die Menschenrechte symbolisch für die ganze Welt verteidigt. Kopelew forderte die Öffentlichkeit auf, sich in der sowjetischen Botschaft in Bonn nach dem Schicksal der Sacharows zu erkundigen. Er bestritt, daß der Kampf um Sacharow eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Moskaus" sei.

Aussperrung auch in Hessen erlaubt

● Fortsetzung von Seite 1

dehnung der Aussperrung auf andere als die umkämpften Tarifgebiete für rechtlich zulässig.

Die Organisation stützt sich auf das Gutachten des Kölner Arbeitsrechtlers Professor Manfred Lieb. Nach seinen Ausführungen könnte die Aussperrung derzeit wegen der umfangreichen Folgewirkungen der Streiks auf rund 900 000 Arbeitnehmer *ausgedehnt* werden. *In* Arbeitgeberkreisen hieß es jedoch, man hoffe nach wie vor auf eine Verhandlungslösung in Stuttgart, wo seit gestern abend wieder verhandelt wird. Die Gewerkschaft hatte bisher das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt, die 38-Stunden-Woche für alle Schichtarbeiter einzuführen. Dies treffe nur 14 *Prozent* der *Metall-Beschäftigten*. Dem widerspricht das Münchner IFO-Institut, das gestern nach Angaben von Gesamtmetall eine Erhebung vorlegte, nach der 850 000 Metall-Arbeitnehmer in den Genuß der 38-Stunden-Woche kämen. Dies seien 23 Prozent der Metall-Beschäftigten.

Als Antwort auf das Angebot der *Arbeitgeber präzisierte die* Stuttgarter IG Metall-Bezirksleitung gestern abend ihren Stufenplan. Demnach soll die 35-Stunden-Woche bis zum 1. Januar 1987 erreicht sein. *Die* Arbeitgeber lehnten den Vorschlag als zu kostspielig ab.

Auch in der Druckindustrie wurde seit gestern wieder verhandelt. Unter Vorsitz des als „Vermittler" angerufenen CDU-Politikers Biedenkopf suchten IG Druck und Papier und der Bundesverband Druck nach einem Ausweg aus dem festgefahrenen Tarifkonflikt. Der stellvertretende IG Druck-Vorsitzende Hensche sagte, seine Gewerkschaft habe sich darauf eingerichtet, diese Gespräche solange *fortzuführen*, bis eine *Lösung* gefunden sei.

In Bonn erneuerte der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher die Forderung nach Beteiligung auch der nicht in einer Gewerkschaft organisierten Arbeitnehmer an der Entscheidung über den Beginn eines Arbeitskampfes. Er forderte die CDU/CSU zu einem „Sachgespräch" darüber auf. Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, distanzierte sich dagegen energisch von der Forderung der FDP: „In einer pluralistischen Gesellschaft bestimmen die Verbände ihren Standort selber. Es ist autoritär, wenn der Staat ihnen den Platz zuweist", sagte Blüm der WELT. Die Forderung, die Verbände in ein „gesetzliches Korsett zu zwängen" und „jedes neue Problem mit neuen Paragraphen zu beantworten", *entspringe der Sehnsucht nach mehr* Staat. Deshalb habe auch die CDU in ihrem Grundsatzprogramm eindeutig formuliert: „Ein Verbändegesetz lehnen wir ab."

Vermittler – aber kein Schlichter

Biedenkopfs Rolle im Druck-Konflikt / Die drei Forderungen der Gewerkschaft

GÜNTHER BADING, Bonn

Seit gestern abend gibt es in der Geschichte der Tarifauseinandersetzung ein Novum: den „Vermittler". *Unter dieser Benennung* begann der CDU-Politiker Professor Kurt Biedenkopf den schwierigen Versuch, gemeinsam mit Gewerkschaftern und Unternehmern einen Ausweg aus dem Arbeitskampf in der Druckindustrie zu suchen. Diese Gesprächsrunde, für die Biedenkopf von der IG Druck und Papier gewonnen wurde, ist keine „Schlichtung" im herkömmlichen Sinne des Tarifvertragsrechtes. *Wichtigstes Merkmal: Trotz der* „Vermittlung" wird der Arbeits*kampf der IG Druck* mit *Streiks fortgesetzt*. Die Druck-Arbeitgeber haben dagegen nach wie vor noch nicht zum legitimen Mittel der Abwehr-Aussperrung gegriffen.

Seit neun Wochen wird nun schon in der deutschen Druckindustrie gestreikt; punktuell, bisher auch in den meisten Fällen nur auf einige Stunden oder eine Schicht beschränkt. Unbefristete Streiks wurden erst zu Beginn dieser Woche ausgerufen. Sichtbare Erfolge hat die Gewerkschaft mit ihren Kampfmaßnahmen nicht erzielt. Auch die Streikbeteiligung war nicht so groß, wie sich das die Funktionäre der „zentralen Streikleitung" unter den beiden Vorsitzenden Erwin Ferlemann und Detlef Hensche erhofft hatten.

Geringe Begeisterung

Wie gering die Begeisterung für den „Streik um die 35-Stunden-Woche" in der Mitgliedschaft war, zeigte sich schon bei den sogenannten Urabstimmungen. Die IG Druck *hatte auf ihrem letzten Gewerk*schaftstag im Herbst in Nürnberg die Verpflichtung zur Urabstimmung vor einem Streikbeschluß durch Satzungsänderung abgeschafft, seither kann der Vorstand einseitig den Arbeitskampf ausrufen. Die Urabstimmung ist nur noch als „Kann-Bestimmung" in der Satzung verankert. Um ein Ergebnis von 75 Prozent Ja-Stimmen zum Streik – bisher bei der IG Druck und ansonsten in allen anderen Gewerkschaften Voraussetzung für den Beginn eines Arbeitskampfes – zu erzielen, konnte sich die Gewerkschaft *nicht auf eine bundesweite* Abstimmung aller Gewerkschaftsmitglieder einlassen. *Das* Ergebnis wäre niederschmetternd gewesen. Deshalb erdachte man sich „betriebliche" Urabstimmungen; nur dort, wo wirklich gestreikt werden sollte, wurden die Mitglieder befragt. So erhielt man vielfach die geforderten 75 Prozent – wenn auch nur die abgegebenen Stimmen und nicht die Zahl der *Stimmberechtigten als* Berechnungsgrundlage genommen wurde, wie es korrekt gewesen wäre.

Die überall in den Streikversammlungen, bei sogenannten Solidaritätsaktionen und in zahllosen Presseerklärungen und Interviews ausgegebene Parole vom „Kampf um die 35-Stunden-Woche" lenkt eigentlich von der *tatsächlichen Forderung der* IG Druck und Papier ab. Die Gewerkschaft hat eine dreifache Forderung; sie verlangt:

- die 35-Stunden-Woche bei vollem *Lohnausgleich*; das bedeutet 18 Prozent mehr Lohnkosten,
- eine veränderte Lohnstruktur mit ebenfalls zusätzlichen Kosten, und
- eine radikal erweiterte Mitbestimmung.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung hatten die im Bundesverband Druck zusammengeschlossenen Arbeitgeber ohnehin schon angeboten, über Verkürzung für bestimmte Gruppen zu sprechen. Die Gewerk*schaft allerdings will* – wie *die* IG Metall – nur einer generellen Verkürzung zustimmen. Ganz energisch lehnen die Unternehmer dagegen die Vorstellungen der IG Druck zum Mitspracherecht der Betriebsräte und damit mittelbar der Gewerkschaften bei der Gestaltung von Arbeitsabläufen ab. *Die* Diskussion dieser Mitbestimmungsfragen mag auch dazu geführt haben, daß sich beide Tarif-Parteien auf Professor Biedenkopf als Vermittler geeinigt haben. Biedenkopf ist Fachmann auf dem Gebiet des Tarifrechts. Seine Habilita*tionsschrift* befaßt sich mit den „Grenzen der Tarifautonomie". Er war Vorsitzender der *1968 gegründeten* Mitbestimmungs-Kommission, und er legte 1973 den vom CDU-Parteitag gebilligten Entwurf für ein neues Mitbestimmungsmodell vor.

Investitionskontrolle

In der Praxis fordert die IG Druck eine totale Investitionskontrolle. Sie verlangt wörtlich: „Bei Einführung von neuen beziehungsweise bei Änderung von bestehenden technischen Anlagen, Geräten, von Arbeitsverfahren oder Arbeitsabläufen bedarf die Gestaltung der Arbeitsorganisation, der Arbeitsinhalte und der Arbeitsbedingungen einschließlich der Zahl der Arbeitsplätze und der Arbeitszeit, der *Zustimmung* des *Betriebsrats*." Damit wäre jegliche unternehmerische Entscheidung von der Billigung des Betriebsrates und – mittelbar – der IG Druck und Papier abhängig. Auch Stellenpläne der Unternehmensleitung will die IG Druck beim Betriebsrat *genehmigungspflichtig* machen.

Der Bundesverband Druck hat darauf *mit einem Satz reagiert*: „Der Forderungskatalog versucht, den Unternehmer in der sozialen Marktwirtschaft abzuschaffen und durch ein kollektiv gesteuertes Gremium zu ersetzen." Der frühere Vizepräsident des Bundesverbandes, Gerold Mack, sagte: „Würde *man diesen Forderun*gen zustimmen, bliebe dem Unternehmer nur die Bezahlung der Defizite und die Verantwortung für die Pleiten."

Schwere Einbußen für Autohersteller

DW. Frankfurt

Der anhaltende Arbeitskampf in der *Metallindustrie führt in der deut*schen Automobilindustrie zu immer stärkeren Umsatzausfällen und zu der Gefahr, daß Marktpositionen im Inland wie im Ausland verlorengehen. Nach *Berechnungen der Bran*che wird derzeit der Umsatzverlust auf täglich weit mehr als 500 Millionen Mark geschätzt. Hinzu kommt, daß die Zulieferindustrie in wach*sende Bedrängnis* gerät. In der Automobilindustrie verstärkt sich die Sorge, daß das Interesse an ausländischen Kfz-Marken rasch wächst, wenn die Kundenwünsche im saisonüblichen lebhaften Frühjahrsgeschäft nicht, wie es notwendig wäre, erfüllt werden können.

Von den großen Automobilfirmen in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten zur Zeit nur noch die Ford-Werke. Aber auch sie werden von *Donnerstag* an die Karosseriefertigung und -montage im Werk Köln-Niehl einstellen. Wegen des Arbeitskampfes sei die Produktion nur noch bis heute möglich, hieß es. Von der Produktionseinstellung seien knapp 6000 Beschäftigte betroffen. Auf Antrag des Betriebsrates ist eine Betriebsvereinbarung über vorgezogenen Werksurlaub beschlossen worden, die bis zum 15. Juni gilt.

In den sechs inländischen Volkswagenwerken sind seit dem vergangenen Montag 55 000 der insgesamt 110 000 Beschäftigten von Produktionsstillegungen betroffen, nachdem in der vergangenen Woche bereits für drei Tage Werksferien vereinbart worden waren.

In der Zulieferindustrie gibt es als Folge des Streiks zunehmend Kurzarbeit, im Inland vor allem in der Gummibranche. Der Streik schlägt allerdings auch auf das Ausland durch. Bei der italienischen Firma Iveco sind zu Wochenbeginn 4000 Menschen wegen fehlender Zulieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland ohne Arbeit. Auch Fiat in Turin teilte mit, daß wegen des Tarifkonflikts insgesamt 4000 italienische Arbeiter beschäftigungslos sind.

Reagan sucht Partner für die Raumfahrt

gil/kie. Bonn

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan will auf dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel *Europa und* Japan zu einer Beteiligung am US-Programm für die bemannte Raumfahrt einladen. Wie aus Bonner Regierungskreisen gestern zu erfahren war, dürfte dieses Angebot auf dem Gipfel unter den Europäern jedoch ein gespaltenes Echo auslösen. Vor allem Frankreich neige zu einer separaten *Entwicklung seiner Technologie*.

Von der Gipfelkonferenz, die am Donnerstag beginnt, werden keine *konkreten* Beschlüsse *erwartet*, wohl aber politische Signale der sieben Staats- und Regierungschefs in Richtung auf eine Verstetigung und Kräftigung des Aufschwungs sowie Maßnahmen zur Entschärfung der internationalen Schuldenkrise und der Handelsbeschränkungen. Aus den Vorbereitungen ergibt sich die ein*mütige Feststellung*, daß sich die Wirtschaftsbelebung erstmals auf einem recht gesunden *Niveau, also* ohne Inflationsschübe, vollziehe.

Als erhebliches Risiko stufen die Europäer *das hohe und wachsende* Leistungsbilanz- sowie das Etatdefizit der USA ein. Hier wie auch bei den hohen Zinsen hätten die Amerikaner mit Kritik zu rechnen, heißt es in Bonn. *Eine* politische Willenserklärung Reagans, die Defizite wenig*stens nach seiner möglichen* Wiederwahl zu reduzieren, würden von den Märkten als ein Signal der Hoffnung bewertet, das zu Zinssenkungen führen könnte.

Andererseits rechnen Bonner Beobachter mit amerikanischen Vorhaltungen an die europäische Adresse. So dürfte Reagan darauf verweisen, daß seine Industrie den Strukturwandel weit reibungsloser bewältige und Millionen neuer Arbeitsplätze schaffe, *während Europa zur subventio*nierten Konservierung seiner alten Industrien neige und durch Festhalten an starrer Sozial- und Lohnpolitik kaum Fortschritte beim Abbau der Arbeitslosigkeit erziele.

Die Gipfelteilnehmer bereiten auch eine gemeinsame „Deklaration über die demokratischen Werte" vor. Dies wurde aus Kreisen der amerikani*schen Delegation* bekannt. Auslösend für den Plan, ein solches Papier zu verabschieden, war das Zusammentreffen des Gipfels mit den unmittelbar davor stattfindenden Feierlichkeiten zum Jahrestag der Landung in der Normandie, wo die ehemaligen *Achsen-Mächte und* Verlierer des Krieges, Deutschland, Italien und Japan, nicht vertreten sein werden. Dem widersprüchlichen Eindruck, der sich dadurch ergeben hat, wollen die Konferenzteilnehmer mit der „Deklaration über die demokratischen Werte" entgegensteuern.

Neue Gerüchte

adh. – Schon wieder brodelt die Gerüchteküche um die im vergangenen Jahr in Schwierigkeiten gekommene Deutsche Anlagen-Leasing (DAL). Nach dem Motto „wer bietet mehr" werden immer neue Zahlen für den angeblich anstehenden Wertberichtigungsbedarf bei dem großen Leasingunternehmen, das über den Drang seines früheren Vorstands zur schnellen Größe ins Trudeln geraten war, genannt. Allen gemeinsam ist bisher: Die kolportierten Zahlen können keinesfalls als „endgültige Zahl" betrachtet werden. Denn niemand weiß, ob sich bei den jetzt angelegten strengen Maßstäben bei der Prüfung der vorhandenen Geschäfte nicht noch mehr Löcher auftun. Deshalb läßt sich der neue Vorstand der Deutschen Anlagen-Leasing auch nicht auf eine konkrete Zahl festlegen.

Tatsache freilich ist: Sollten sich die jetzt gehandelten Größenordnungen bestätigen, wird auf die Gesellschafterbanken einiges zusätzlich zukommen. Das aber dürfte den ertragsschwächeren der engagierten Landesbanken, die schon im vergangenen Jahr ihren Gewinn zugunsten der DAL schwinden sahen, erhebliche Probleme bereiten.

Vor diesem Hintergrund haben in Rheinland-Pfalz, wo demnächst Kommunalwahlen anstehen, die Politiker sich des Themas, soweit es die eigene Landesbank betrifft, angenommen: Der Finanzminister ist Verwaltungsratsvorsitzender der Landesbank, und mit Verlusten läßt sich trefflich „Personalpolitik" machen. Der Preis für solche Politik ist hoch: Auf der Strecke bleibt eine ruhige Sanierung bei der DAL, die allen nutzen würde und die bisher durchaus möglich schien.

Scheinheilig

HH – Die Neuordnung des Gemeindesteuersystems darf nicht mehr länger hinausgeschoben werden, fordern die Steuerexperten der Bonner SPD-Fraktion. Denn die Finanzkraft der Gemeinden sei „durch die Steuersenkungen der Regierung Kohl weiter geschwächt" worden. Wissen die Bonner Experten nicht, was ihre Parteifreunde aus den Ländern erst vor knapp zwei Wochen auf der Finanzministerkonferenz einstimmig mit den Unionskollegen eingesegnet haben? Danach kann „allgemein von einer besonderen Finanznot der Gemeinden oder von einer Benachteiligung in ihrer Finanzausstattung im Verhältnis zu Bund und Ländern" nicht die Rede sein. Folglich sehen die Minister ebenso einstimmig „keinen finanziellen Spielraum" für neue Zuwendungen an die Gemeinden. Wenn die Bonner Experten dennoch einen höheren Anteil an der Einkommensteuer für die Gemeinden reklamieren, so übersehen sie entweder die Beschlußlage in den Ländern oder sind scheinheilig.

AUSSENWIRTSCHAFT / BGA-Umfrage zum Anteil der Kompensationsgeschäfte

Viele Exporte können nur noch auf Tauschbasis abgewickelt werden

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die deutschen Außenhändler veranschlagen den Anteil des Kompensationshandels am Gesamtexport der Bundesrepublik gegenwärtig auf rund zehn Prozent. Dies hat die erste Auswertung einer Umfrage des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) ergeben. Internationale Organisationen rechnen für den Welthandel bereits mit Sätzen zwischen 20 und 30 Prozent. Aber auch deutsche Firmen werden immer stärker zum Tauschhandel gedrängt.

„Die Seuche grassiert", kommentiert ein großer Außenhändler aus Düsseldorf. Kompensationsgeschäfte, die es in gewissem Umfang immer gab, breiten sich nach Umfrage des BGA *über den Osthandel jetzt immer* stärker auch auf den Austausch mit devisenschwachen Entwicklungsländern aus. Gemessen an der deutschen Ausfuhr in die Staatshandelsländer kommt die Umfrage auf einen Anteil der Kompensationen von 40 bis 50 Prozent. Im Handel mit Entwicklungsländern wird der Anteil auf zehn Prozent geschätzt. Im Verkehr mit Industriestaaten wird von fünf Prozent gesprochen. Hier sind vor allem „politische" Geschäfte betroffen. Bei Regierungsaufträgen, besonders im Rüstungsbereich, werden Gegenleistungen verlangt.

Der BGA hat aus der Entwicklung Konsequenzen gezogen. Er hat seinen bisher nur auf Staatshandelsländer ausgerichteten Service, bei dem exportierende Industrieunternehmen, die zur Kompensation gezwungen sind, mit Importspezialisten zusammengeführt werden, jetzt auf andere Länder ausgeweitet. BGA-Präsident Hans Hartwig: „Unsere Firmen werden auch mit diesem Problem fertig." Er warnt davor, den Tauschhandel staatlich zu regulieren. Er lehnt bilaterale Kompensationsabkommen zwischen Regierungen strikt ab.

Ob solche Tauschgeschäfte den Entwicklungsländern aus der Devisenklemme helfen, halten die BGA-Experten für fraglich. Die iranischen Öl-Clearing-Abkommen mit Japan und österreichischen Firmen hätten die extrem hohen Überschüsse dieser Länder nicht verhindern können.

Im Handel mit Polen laufe mangels Hermes-Deckungen fast alles auf Kompensationsbasis. Im Westhandel Jugoslawiens wird der Anteil auf rund 70 Prozent geschätzt. In jüngster Zeit versucht Indonesien, bei Regierungsaufträgen ausländische Lieferanten zu verpflichten, in gleicher Höhe heimische Produkte (ausgenommen Erdöl) zu beziehen. Selbst Waren wie Kaffee, für die Weltrohstoffabkommen bestehen, werden nach Angaben des BGA jetzt als Kompensation angeboten.

Überhaupt: Ein Hauptproblem der Kompensation liegt für die deutschen Firmen in der angebotenen Ware. Marktfähige Produkte gibt es nach Auskunft von Händlern selten. Der deutsche Exporteur kann sie daher nur mit einem Abschlag an Händler, die über geeignete Absatzkanäle verfügen, weitergeben. Die Stützung wird bei Rohstoffen und Massenartikeln auf Befragen mit fünf bis zehn Prozent angegeben, bei Maschinen aus dem Ostblock mit rund 20 Prozent. Aber auch dieses sei noch zu wenig, die Qualitätsmängel seien zu groß, betont ein Händler.

Bezahlen müsse die Stützung letztlich immer der, der die Kompensation verlangt. Wenn die Preisabschläge nicht direkt akzeptiert werden, dann müßten sie bei den Exportpreisen untergebracht werden. „Geschäfte, die sich nicht rechnen, machen wir nicht", erklärt selbstbewußt ein Händler. Er berichtet aber auch von Firmen, die Ladenhüter nur mit noch höheren als den kalkulierten Abschlägen los wurden.

Sarkastisch fügte er hinzu: „Die billigste Art, mit der Kompensation fertig zu werden, ist das Bezahlen der vereinbarten Strafe, wenn sich diese im Rahmen der Stützung bewegt." Dann müsse der Exporteur keine Experten beschäftigen, die sich um den Absatz der Ware kümmern müssten. Die Konditionen hätten etwas die Japaner „verdorben". In einigen Ostblockstaaten wollten sie die Strafe schon vor ihrer Lieferungen bezahlen. Den Anschein, als bemühe man sich um die Vertragserfüllung, müsse man schon erwecken.

BUNDESRECHNUNGSHOF

„Der Präsident sollte vom Parlament gewählt werden"

HEINZ HECK, **Bonn**

Der Präsident des Bundesrechnungshofs sollte künftig vom Bundestag gewählt werden. Das hat der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses im Deutschen Bundestag, Bernhard Friedmann (CDU), mit der Begründung gefordert, daß es nicht in Ordnung ist, wenn der zu Kontrollierende seinen Kontrolleur selbst bestimmt.

Heute fällt im Bundestag bei der geplanten Entlastung des Bundesrechnungshofs (BRH) für das Haushaltsjahr 1982 (Einzelplan 20) eine wichtige Vorentscheidung. Einstimmig hat sich der Haushaltsausschuß Friedmanns Vorstellung zu eigen gemacht, die Entlastung solle an die Bedingung geknüpft werden, daß die Bundesregierung bis zum 15. November den Entwurf für ein neues BRH-Gesetz vorlegt.

Friedmann hat in einem Gespräch mit der WELT seine parlamentarische Initiative begründet. Vornehmste Aufgabe des Parlaments sei die Kontrolle mit Schwerpunkt bei der Finanzkontrolle. Daher müsse das Parlament auch über die Spitze des Rechnungshofs entscheiden. Er befürwortet sogar eine Wahl mit Zweidrittel-Mehrheit; denn es sei nur „demokratisch fair und sauber", wenn dabei Rücksicht auf die Opposition genommen werde. Bei Finanzminister Gerhard Stoltenberg stoßen seine Überlegungen allerdings auf wenig Gegenliebe.

Auch im organisatorischen Gefüge des BRH will Friedmann einiges ändern, um Wirksamkeit und Schlagkraft der obersten Kontrollinstanz zu verbessern. Zur Zeit „betreibt der Bundesrechnungshof nur Leichenfledderei", meint der Abgeordnete unter Hinweis auf die Verzögerung, mit der die Kontrolle vonstatten gehe. Diese müsse zeitnäher werden. Noch wichtiger sei, daß Fehler der Exekutive vermieden würden. Deshalb müsse dafür gesorgt werden, daß der Sachverstand des Rechnungshofs bereits in die laufende politische Arbeit eingehe.

Die richterliche Unabhängigkeit der BRH-Prüfer geht Friedmann zu weit, da sie auch selbst entscheiden, ob, was und wieviel sie prüfen. Das Parlament sollte den Prüfern auch Aufträge erteilen dürfen. Auch dies gehöre ins neue Gesetz. Der BRH-Präsident ist zugleich Bundesbeauftragter für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung. Jedoch könne er in dieser Eigenschaft niemandem in seiner Behörde Weisungen erteilen (wegen der richterlichen Unabhängigkeit).

Friedmann setzt sich ebenfalls dafür ein, daß der BRH sich von Fall zu Fall des Sachverstands von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bedienen kann und regt hierfür einen entsprechenden Posten im Etat an. Aktualität erhalten seine Vorstellungen schon deshalb, weil BRH-Präsident Karl Wittrock 1985 mit Erreichen des 68. Lebensjahres (wie ein oberster Bundesrichter) pensioniert wird.

Bonn auf Agrar-Abwegen

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Wieviel die neue Subvention für die Landwirtschaft die Bundeskasse letztlich kosten wird, läßt sich noch nicht sagen. Mehr als die 1,3 Milliarden Mark jährlich, die jetzt für die Anhebung der Vorsteuerpauschale nicht von acht auf elf Prozent, sondern gleich auf 13 Prozent und das schon zum 1. Juli im Gespräch sind, werden es bestimmt. In dieser Höhe können die Bauern die Mehrwertsteuer ihren Abnehmern in Rechnung stellen, müssen den Betrag jedoch nicht ans Finanzamt abführen. Denn noch haben die EG-Partner ihren Preis nicht genannt, zu dem sie das Abweichen von einem Rats-Beschluß tolerieren könnten.

Bisher erstreckt sich die Ermächtigung für die Sonderbeihilfe nur auf drei Prozent zum 1. Januar. Gegen das Vorziehen auf den 1. September, was die Bundesregierung zunächst angepeilt hatte, gab es schon Proteste der Brüsseler Kommission. Überdies muß auch noch die 6. Mehrwertsteuer-Richtlinie der Gemeinschaft geändert werden, was bis zum 1. Juli als unwahrscheinlich gilt. Trotzdem soll die Maßnahme zu diesem Zeitpunkt bereits in Kraft gesetzt werden. Jedenfalls soll der Bundestag die Änderung noch in dieser Woche absegnen und der Bundesrat Ende Juni zustimmen.

Die Bundesregierung verläßt sich, wie es Ernährungsminister Ignaz Kiechle ausdrückte, auf die „normative Kraft des Faktischen". Im Klartext: Die Partner haben im Hinblick auf das bestehende Loch in der EG-Kasse und auf die Finanzreform Wünsche an Bonn, also sollten und werden sie der Bundesregierung wohl bei den Agrar-Subventionen entgegenkommen. Mag sein, daß diese Haltung dem gegenwärtigen Zustand der Gemeinschaft entspricht. Sie widerspricht aber der Haltung, die von der Bundesregierung in bezug auf Subventionen bisher eingenommen wurde, nicht nur den zahlreichen Bekundungen, daß sie abgebaut werden sollen.

Als es vor einem Jahr auf dem Gipfel von Stuttgart auch um die EG-Finanzreform ging, hat sie auf die strikte Einhaltung des Subventionskodex bei Stahl gedrungen. Was passiert, wenn sich Partner wie jetzt die Bundesregierung über den Beschluß, nach 1985 keine Beihilfen mehr zu zahlen, hinwegsetzen? Nach dem jetzigen Sündenfall könnte Bonn wohl wenig dagegen ins Feld führen. Und dann? Neue Stahlsubventionen, Grenzkontrollen, Garantien für traditionelle Handelsströme - nachgedacht wird darüber bereits.

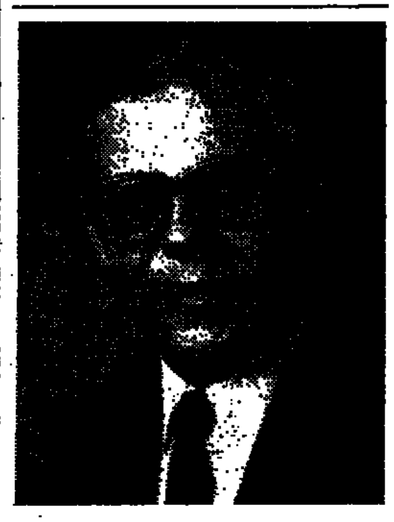
Nun fühlen sich die Landwirte stets ungerechtfertigt behandelt, wenn Beihilfen für sie nicht vorbehaltslos akzeptiert werden. Aber gerade wenn die offiziellen Bekundungen des Berufsstandes und der Regierung als Meßlatte genommen werden, dann müssen abseits europapolitischer Einwendungen und der Folgen für die Reform der Lohn- und Einkommensteuer Bedenken kommen. Die Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebs steht als Ziel obenan. Auch wenn dieses nicht genau definiert wird, so kann es doch wohl nur bedeuten, daß möglichst viele Höfe erhalten bleiben sollen.

Unter dem Einkommenseinbruch aufgrund der schlechten Ernte, die zu den EG-Beschlüssen, vor allem bei Milch, hinzugekommen ist, leiden besonders die Betriebe, denen es schon jetzt schlecht geht, deren Umsatz unterdurchschnittlich ist. Diesen Betrieben wird aber nur wenig geholfen, wenn die Einkommen durch einen Zuschlag auf den Umsatz aufgebessert werden soll. Da hilft auch nicht der Hinweis, daß die frühere Regierung 1970 einen ähnlichen Ausgleich über die Umsatzsteuer durchgeführt hatte.

Offiziell soll auch die Produktion auf das Niveau des Verbrauchs gesenkt werden, um weitere Überschüsse zu vermeiden. Ein Mittel dazu ist die Preispolitik. Die zwei Prozent zusätzliche Vorsteuerpauschale konterkarieren aber die jüngsten Brüsseler Preisbeschlüsse. Sie bedeuten, wie der Bund der Steuerzahler sagt, eine nachträgliche Anhebung der Erzeugerpreise. Und davon gehen Anreize für die Produktion aus. Bereits der dreiprozentige Ausgleich für die Reduzierung des Grenzausgleichs behindert den Strukturwandel, moniert die Bundesbank.

Wenn den Landwirten aus einer akuten Notlage geholfen werden soll, dann erscheinen gezielte Beihilfen eher geeignet. Damit kann verhindert werden, daß kleine Betriebe aufgeben müssen, was ja offiziell angestrebt wird.

AUF EIN WORT



„In der Bauindustrie ist ein mörderischer Preiskampf im Gange. Angesichts der großen Überkapazitäten halten offenbar einige der Großunternehmen die Zeit für gekommen, andere an die Wand zu drükken."

Dr. Frank Niethammer, Vorstandsvorsitzender der AG für Industrie und Verkehrswesen, Frankfurt.
FOTO: DIE WELT

Risikokapital: BDI kritisiert Koalition

AP, **Bonn**

Der Industrie reichen die von der Bonner Regierungskoalition geplanten Verbesserungen für die Ausstattung der deutschen Wirtschaft mit Risikokapital nicht aus. Anläßlich der heutigen Debatte im Bundestag über einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP unterstrich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die derzeit diskutierte „Politik vieler kleiner Einzelschritte" lasse keine dauerhafte Lösung des Eigenkapitalproblems erwarten. Vordringlich seien vielmehr der Abbau der Zusatzbelastung gewerblicher Erträge durch die Gewerbe- und die Vermögenssteuer, die Abschaffung der Kapitalverkehrssteuern und die Befreiung von Unternehmensumwandlungen von der Grundsteuer.

KFZ-GEWERBE

Das Rabattgesetz schützt Handel und Verbraucher

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Gegen die Abschaffung oder Modifizierung des Rabattgesetzes hat sich der Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeug-Gewerbes (ZDK) ausgesprochen. Auf dem Unternehmerkongreß anläßlich des 75jährigen Verbandsbestehens kritisierte Präsident Fritz Haberl „die verdächtige Eile, mit der man das Gesetz zu Fall bringen will". Das Rabattgesetz schütze den geschäftlich unerfahrenen Verbraucher vor ungleichen Preisen, verbiete also dessen Diskriminierung. Deshalb sei es „ein Schlag ins Gesicht der Verbraucher", wenn die Bundesregierung meine, die Abschaffung des Gesetzes aus Gründen der „Entbürokratisierung" betreiben zu müssen.

Aber auch der mittelständische Einzelhandel hätte das Nachsehen, wenn das Rabattgesetz nicht mehr für hochwertige Konsumgüter gelten solle. Schließlich ist es nach den Worten Haberls Sinn des Gesetzes, Auswüchse im Rabattwesen zu bekämpfen und den Preisnachnaß als Mittel des Wettbewerbs auf ein angemessenes Maß zu beschränken. Würde das Gesetz aufgehoben oder die Rabatthöhe freigegeben, so würde der Preis zum Rabattwettbewerb.

Mitpräsident Ernst Müller-Hermann forderte außerdem die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen durch „graue" Fahrzeug-Importe aus dem europäischen Ausland in die Bundesrepublik, die sich nicht nur zum Schaden deutscher Vertragshändler sondern auch zum Nachteil von Verbrauchern auswirkten, denen Fahrzeuge angeboten würden, die nicht dem hierzulande üblichen Standard entsprächen bzw. schon einmal im Ausland zugelassen waren.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Die Finanzminister stocken den Kredit-Spielraum auf

AFP, **Luxemburg**

Der Finanzministerrat der Europäischen Gemeinschaft beschloß in Luxemburg, die Kredite die von der EG-Kommission zur Weitergabe an in Schwierigkeiten steckende Mitgliedsländer aufagenommen werden können, von bisher sechs auf acht Milliarden Ecu zu erhöhen. An einzelne Länder, die Schwierigkeiten mit ihrer Zahlungsbilanz haben, dürfen dabei höchstens vier Milliarden Ecu ausgeliehen werden.

Als Rat der Gouverneure der Europäischen Investititionsbank EIB beschäftigten sich die Finanzminister auch mit der Tätigkeit des Instituts. Die EIB hat 1983 mit Finanzierungen in Höhe von 12,3 Mrd. DM rund 33 000 Arbeitsplätze geschaffen und habe damit zur Sicherung von Beschäftigung für fast eine halbe Million Menschen beigetragen.

Gleichzeitig bestellten die Zehn den Deutschen Ernst-Günther Bröder zum Nachfolger des EIB-Präsidenten Yves Le Portz, der zum 1. August 1984 aus dem Amt scheidet. Bröder ist der vierte EIB-Präsident und erster Deutscher in diesem Amt. Er ist seit 1980 Vorstandssprecher der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt.

1983 hat die EIB ihre Finanzierungen von Projekten in wirtschaftlich wenig entwickelten Regionen, Gebieten mit überalterten Industriestrukturen oder zur Verringerung der Abhängigkeit der Gemeinschaft von Erdölimporten um 27 Prozent im Vergleich zu 1982 (real 19 Prozent) ausgeweitet. Aus eigenen Mitteln konnte die EIB 9,5 Mrd. DM aufbringen; acht Mrd. DM kamen aus der Emission öffentlicher Anleihen und der Begebung von Privatplazierungen auf den Finanzmärkten. Insgesamt waren es 23 Prozent mehr als 1982.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Ifo: Konjunkturaussichten sind etwas eingetrübt

München (dpa/VWD) – Eine wieder etwas ungünstigere Einschätzung der Geschäftserwartungen registiert das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung bei den Unternehmen. Wie aus dem Ifo-Konjunkturtest für März hervorgeht, ist der bisherige Besserungstrend der aktuellen Geschäftslage erstmals durch eine erhebliche Verschlechterung der Unternehmensurteile unterbrochen worden. Auch ist nach den Ergebnissen des Ifo-Tests die Kapazitätsauslastung nicht mehr in dem Tempo gestiegen wie in den Monaten zuvor. Saisonbereinigt sei im März im verarbeitenden Gewerbe (ohne Nahrungsmittel) ein Nutzungsgrad von 81,2 Prozent der Kapazitäten erreicht worden – nach 80,8 Prozent im Dezember 1983 und 76,1 Prozent im März 1983. Die Auftragsbestände sind jedoch laut Ifo während des Quartals wieder leicht gestiegen und hatten im März eine Reichweite von 2,8 Monaten nach 2,7 (Dezember) beziehungsweise 2,6 (März 1983).

Teurer Protektionismus

Köln (dpa/VWD) – Der von der Europäischen Gemeinschaft ausgehende Protektionismus kostet nach Berechnungen der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE) einschließlich seiner indirekten Auswirkungen rund 300 Mrd. Mark im Jahr. Es gebe kein Sortiment im Einzelhandel, das nicht betroffen sei, stellte die AVE fest. Allein die nach Ansicht des Handels überflüssige Einfuhrabfertigungen im innergemeinschaftlichen Warenverkehr belaste die Wirtschaft jährlich mit etwa 30 Mrd. Mark. Der Agrar-Protektionismus führe auf dem Lebensmittelsektor zu einem Preisniveau, das um rund 25 Prozent über den Weltmarktpreisen liege.

Norwegen protestiert

Oslo (dpa/VWD) – Norwegen hat am Montag in einer Note an die EG-Kommission in Brüssel und an die Regierungen der zehn Mitgliedsländer gegen die einseitige Festsetzung neuer Fangquoten für Heringe in der Nordsee protestiert. Nach Auffassung der Regierung in Oslo habe die EG ohne Rücksicht auf norwegische Gesichtspunkte die Quote für den Heringsfang auf 155 000 Tonnen von insgesamt 230 000 Tonnen Fisch erhöht.

Wertpapierbörse in China?

London (AFP) – Die chinesische Regierung prüft gegenwärtig die Möglichkeit, zur Finanzierung gewisser wichtiger Entwicklungsprojekte, eine Wertpapierbörse zu eröffnen. Dies erklärte der Direktor der „China International Trust and Investment Corporation", Jing Shuping, der britischen Wirtschaftszeitung „Financial Times". Die Aktienanlage sei mit dem sozialistischen Regime Chinas keinesfalls unvereinbar. Jing betonte jedoch, daß die Kapitalmehrheit der „privatisierten" Unternehmen in Staatsbesitz bleibt.

Industriestaaten kritisiert

Bonn (DW.) – Die Internationale Handelskammer (ICC) macht den sieben wichtigsten Industrienationen den Vorwurf, daß sie dem weiteren Vordringen des Protektionismus keinen Einhalt geboten haben, obwohl sie 1983 in Williamsburg dies ausdrücklich versprochen haben. In einer Erklärung zum bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in London hat die ICC als Vertreterin der internationalen Wirtschaft erklärt, daß trotz der sich abzeichnenden allmählichen Besserung der Konjunktur in der Welt kaum Anzeichen zu erkennen sind, daß die bestehenden Handelshemmnisse tatsächlich abgebaut werden.

Japanisches Gütesiegel

München (dpa/VWD) – Deutsche Erzeugnisse, die nach Japan exportiert werden sollen, können vom Technischen Überwachungsverein (TÜV) Bayern künftig auf Sicherheit geprüft werden. Der Verein teilte mit, er sei jetzt berechtigt, das japanische „SG"-Zeichen zu verleihen, das ebenso wie das deutsche „GS"-Zeichen für geprüfte Sicherheit stehe. Hierzu habe der TÜV Bayern einen Vertrag mit der internationalen Verbraucher-Organisation CPSA (Consumer Product Safety Association) geschlossen.

NIXDORF

Weiterer Ausbau in Berlin

rtr, Berlin

Der Computerhersteller Nixdorf wird seine Berlin-Aktivitäten erheblich ausweiten. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Klaus Luft sagte gestern vor Journalisten, daß Nixdorf bis 1987 für den Bau einer neuen Produktionsstätte rund 100 Mill. DM in der Stadt investieren werde. Die Zahl der Mitarbeiter in der Fertigung soll von derzeit rund 650 bis 1987 auf etwa 1500 mehr als verdoppelt werden. Bis zum Ende der neunziger Jahre werde Nixdorf bis zu 6000 neue Arbeitsplätze in Berlin schaffen.

Nixdorf werde auch seine Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in Berlin erheblich ausweiten und bis Ende dieses Jahres 100 neue Mitarbeiter allein in diesem Bereich einstellen. Bisher beschäftigt Nixdorf hier 300 Mitarbeiter. Das Unternehmen werde das Produktionsprogramm erweitern und in Berlin unter anderem Magnetplattenspeicher und eine komplexe Leiterplattenproduktion entwickeln und produzieren. Auch der Vertrieb hierfür solle von Berlin aus weltweit organisiert werden. Gemeinsam mit Wirtschaftssenator Elmar Pieroth kündigte Luft die Gründung einer „Gesellschaft für neue Berufe" an, die den Fachkräftebedarf decken soll.

Luft sagte, Berlin habe nach wie vor zu wenig Fachkräfte. Für die neue Gesellschaft hat der Senat nach Pieroths Worten eine Anschubfinanzierung von 6 Mill. DM in den kommenden drei Jahren bereitgestellt. An der Gesellschaft seien noch zwei weitere Großunternehmen beteiligt, Namen nannte Pieroth nicht. Noch in diesem Jahr solle die Gesellschaft ihre Arbeit mit der Ausbildung von 40 Akademikern je Kurs aufnehmen.

TÜRKEI / OECD kritisiert Beschleunigung der Inflation – Stabilisierungsziele werden für unzureichend gehalten

Exportentwicklung wird zuversichtlich beurteilt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die türkische Wirtschaftslage hat sich wieder verschlechtert, stellt die OECD fest. Nachdem der Stabilisierungsplan Ankaras nach 1980 drei Jahre lang „bedeutende Ergebnisse" gebracht hatte, kam es 1983 zu einer erneuten Beschleunigung der Inflation und zur Verschlechterung der Handelsbilanz. Dies war vor allem auf die starke Zunahme des privaten Verbrauchs und die zu expansive Geldpolitik zurückzuführen.

Der von der neuen Regierung Ende 1983 angekündigte restriktivere Kurs reicht nach Ansicht der OECD nicht aus, um die Wirtschaft wieder aufzurichten. Nach einer Inflationsrate von 27,5 Prozent 1983 – drei Jahre früher waren es allerdings mehr als 100 Prozent – werden für dieses Jahr 38,5 Prozent erwartet. Ankara selbst rechnet mit 30 Prozent. Die OECD-Experten halten dieses „Stabilisierungsziel" für ungenügend.

Die türkische Regierung will dies vor allem durch die Sanierung des Staatshaushalts erreichen, dessen Defizit auf 23 Mrd. Pfund (nach 47 und 105 Mrd. in den beiden Vorjahren) reduziert werden soll. Aber dieser Voranschlag ist schon wegen der von Ankara beschlossenen Steuererleichterungen viel zu optimistisch, heißt es in dem OECD-Bericht. In jedem Fall würde das Defizit in übermäßigem Umfang durch kurzfristige Schatzscheine, d. h. über die Notenpresse in inflatorischer Weise finanziert.

Zur Verminderung vor allem des Inflationsdrucks empfehlen die OECD-Experten die Mäßigung des Lohn- und Einkommensanstiegs, mehr Sparanreize sowie Kostenentlastungen der Unternehmen und Maßnahmen zur Förderung der Effizienz des öffentlichen Wirtschaftssektors. Außerdem müßte das unzulängliche Steuererhebungsverfahren verbessert werden.

Etwas zuversichtlicher beurteilt die OECD die Exportentwicklung der Türkei. Der negative Trend des letzten Jahres dürfte dank der besseren Weltkonjunktur wieder positiv werden, während sich der Importanstieg abschwächt. Demzufolge wäre mit einer leichten Ermäßigung des Handelsbilanzdefizits auf 3,2 (3,5) Mrd. Dollar zu rechnen. Das Defizit der Leistungsbilanz könnte von 2,1 auf 1,5 Mrd. Dollar zurückgehen. Dem stünden Kapitalzuflüsse von zwei Mrd. Dollar gegenüber. Nach Abzug der Verzinsung und Tilgung von Auslandsschulden (1,3 Mrd. Dollar) verbliebe ein Zahlungsbilanzdefizit von 0,85 Mrd. Dollar.

Die Türkei könnte damit ihr im Außenhandel und im Kapitalverkehr eingeleitetes Liberalisierungsprogramm weiter fortsetzen, heißt es in dem OECD-Bericht. Um mehr ausländisches Kapital anzuziehen wird außerdem die Lockerung der Investitionskontrollen empfohlen. Nicht zuletzt aber sollte der türkische Tourismus „industrialisiert" werden. Hier liege für die Türkei ein gewaltiges Wachstumspotential.

HOECHST HV / Auf Opposition gut vorbereitet

Zuwachs im Inland fraglich

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Hoechst AG, Frankfurt, hatte sich in diesem Jahr gut auf den Hauptversammlungsbesuch ihrer grünen Opposition vorbereitet. Plakate und Ansteckbuttons mit der Parole „Sag ja zu Hoechst" erwarteten die Aktionäre schon vor der Jahrhunderthalle, und auch die grünen, gelben oder weißen Flugblätter, die vor dem Eingang verteilt wurden, kamen nicht etwa von den Umweltschützern, sondern vom Chemiekonzern selbst.

Die Gegenanträge, von sechs Opponenten getreu den Spielregeln fristgemäß vor Einberufung der Hauptversammlung eingereicht und den Aktionären noch einmal in aller Ausführlichkeit vorgetragen, hatten sehr verschiedene Angriffspunkte zum Inhalt: Den Pharma-Export in die Dritte Welt, die Grundwasser-Gefährdung durch eine auch von Hoechst benutzte Mülldeponie, die Weigerung des Unternehmens, in zwei firmeneigenen Kraftwerken Rauchgasentschwefelungsanlagen zu installieren und die Tierversuche in den Konzernlabors.

In seiner Rede vor 2500 Aktionären (Präsenz: 72 Prozent) äußerte Vorstandschef Rolf Sammet indessen ganz andere Sorgen: „Ob wir in diesem Jahr gegenüber 1983 im Inlandsgeschäft einen Zuwachs erzielen können, ist fraglich geworden", beschwor er die Folgen der Streiks in Druck- und Metallindustrie. So haben „streikbedingte Stillegungen in der Autoindustrie und bei Zulieferfirmen bereits zu spürbaren Ausfällen von Lieferungen von Lacken und Kunststoffen geführt". Sie betreffen ein Umsatzvolumen von rund 25 Mill. DM im Monat. Auch bei Folien für die Autoindustrie und im Geschäft mit Druckplatten spürt der Chemiekonzern schon erste Auswirkungen. Und „bei Fasern und Chemikalien werden bei längerer Streikdauer Folgen unausweichlich sein".

Darum zeigt sich Sammet inzwischen skeptisch, daß die Chemie, 1983 in der Rolle des konjunkturellen Vorreiters, auch aus einem weiteren möglichen Aufschwung der Gesamtwirtschaft noch starke Impulse fürs eigene Geschäft erwarten könnte. Es sei eine bis heute nicht zu beantwortende Frage, ob „durch den Streik die aufwärts gerichtete Konjunkturkurve einen Knick erhält".

Wenigstens das Exportgeschäft laufe zur Zeit noch erfreulich, aber mit den ihm eigenen Unsicherheiten. Zudem: „Vom Export allein können wir nicht leben." Das Fazit: „Eine optimistische Prognose für das gesamte Jahr 1984 zu geben, ist sicher schwieriger geworden. Dazu sind, solange ein Ende des Streiks nicht sichtbar ist, die Risiken zu hoch." Demzufolge hätten sich auch die Ertragsaussichten verschlechtert. Dabei hatte sich das Jahr 1984 zunächst bemerkenswert gut angelassen. Im ersten Quartal stieg der Weltumsatz um 15 Prozent auf 10,2 Mrd. DM. Dazu trugen das Inland mit einer Wachstumsrate von 11 Prozent und das Auslandsgeschäft mit einem Plus von fast 17 Prozent bei.

Die erfreuliche Entwicklung ließ denn auch die Kapazitätsauslastung gegenüber dem ersten Vorjahresquartal von 75 auf 85 Prozent steigen. Das schlug sich auch im Ertrag nieder: Mit 306 (196) Mill. DM lag der Quartalsgewinn der AG vor Steuern um gut die Hälfte höher als vor Jahresfrist. Auch im April und Mai lagen die Umsätze deutlich über Vorjahresniveau, wenn auch „bei weitem nicht mehr so spektakulär wie in den ersten drei Monaten".

PAPIER / Bundesrepublik ist einer der wichtigsten Kunden finnischer Hersteller

Maschine liefert 1200 Meter je Minute

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Aufmerksamer als jede andere Tarifauseinandersetzung jenseits der Grenzen wird in Finnland der Streik der IG Druck und Papier in der Bundesrepublik verfolgt – denn für das Papier-Exportland Finnland ist Deutschland einer der besten Kunden. Von den rund vier Millionen Tonnen Export-Papier nahm die Bundesrepublik im letzten Jahr 515 000 Tonnen ab – mehr als die Sowjetunion. Nach Großbritannien liegt die Bundesrepublik auf Platz zwei.

Auch bei zunehmender Diversifizierung und Spezialisierung der Industrie hält die Holzverarbeitung in einem der waldreichsten Länder der Welt im Export mit einem Anteil von 37,7 Prozent die Spitzenposition. Das entsprach 1983 einem Wert von 26,3 Mrd. Finnmark.

Zu den Branchenriesen der finnischen Papierindustrie gehört die Kajaani OY. Das Unternehmen mit dem Rentier als Firmensymbol – in Kajaani, 600 Kilometer nördlich von Helsinki, begegnet man auch heute noch Rentieren am Straßenrand – besaß schon 1919 bei der Aufnahme seiner Papierproduktion in der „PM-1" die breiteste Maschine für Zeitungspapier in Europa.

Mit der „PM-4", die seit dem letzten Jahr voll läuft, verfügt der Konzern wiederum über eine der größten Zeitungspapiermaschinen Europas. Allein die neue, etwa 100 Meter lange Maschine von Valmet – die finnischen Papiermaschinen-Hersteller halten einen Anteil von 20 Prozent auf dem Weltmarkt – produziert jährlich 170 000 Tonnen Zeitungsdruckpapier; Papier, das ebenso für die Telefonbücher in Mexiko wie für Zeitungen und Zeitschriften des Axel-Springer-Verlages verwendet wird. Die Maschine mit einer Breite von 865 Zentimetern erreicht eine Rekordgeschwindigkeit von 1200 Metern Papier in der Minute. Alle drei Maschinen der Kajaani OY liefern jährlich 400 000 Tonnen Zeitungs- und Zeitschriftenpapier, davon gehen 90 Prozent in den Export. Noch immer gilt skandinavisches Nadelholz als weltbestes Rohmaterial für Zeitungspapier, denn dieses Holz wächst langsam und besitzt daher lange Fasern.

Frankreich: Hoher Kernkraft-Anteil

dpa/VWD, Brüssel

In den EG-Ländern gibt es bei der Nutzung der Kernkraft zur Energieerzeugung starke Unterschiede. Wie aus einer Übersicht des Statistischen Amtes hervorgeht, hat sich in Frankreich der Anteil der Kernkraft an der gesamten Primärenergieerzeugung wie auch am Energieverbrauch erhöht, während er in Italien zurückging. In der Bundesrepublik und in Großbritannien kam es gegenüber 1982 zu keinen nennenswerten Veränderungen.

Nach Angaben des Amtes entfiel von der französischen Primärenergieerzeugung 1983 ein Anteil von 59,9 Prozent auf Kernkraft gegenüber 52,2 Prozent im Vorjahr. Der Anteil am Energieverbrauch stieg auf 21,6 (16,3) Prozent.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

[illegible]

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44
Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61
Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

[illegible]

JAPAN / Rekordgewinne der Großbanken

Dividenden angehoben

FRED de LA TROBE, Tokio

Japans 13 Großbanken haben das Geschäftsjahr 1983/84 (April – März) mit Rekordgewinnen beendet. Das gesamte Bruttoeinkommen ging dagegen infolge sinkender Zinssätze leicht zurück. Neben der Konjunkturbelebung im letzen Jahr war vor allem das günstigere Verhältnis zwischen den Kapitalbeschaffungskosten und den Kreditzinsen für das günstige Ergebnis verantwortlich. Höherverzinsliche Termineinlagen, die während der Phase der Kreditverknappung ausgegeben worden waren, wurden bis zum Herbst 1983 fällig und von neuen Termineinlagen mit niedrigeren Zinssätzen ersetzt.

Das Bruttoeinkommen der 13 Großbanken stellte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt auf einen Wert von 172 Mrd. DM, 4,5 Prozent weniger als 1982/83. Die Reingewinne *kamen zusammen auf* 5,8 Mrd. DM, 22 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Vergleich zu 1982/83 konnten unter den führenden Großbanken die Dai-Ichi Kangyo Bank ihren Reingewinn um 52 Prozent, die Fuji Bank um 29 Prozent, die Sumitomo Bank um 31 Prozent, die Mitsubishi Bank um 48 Prozent und die Sanwa Bank um 53 Prozent erhöhen.

Infolge der guten Gewinnlage haben die meisten Großbanken ihre Dividenden um 0,50 Yen auf 6,50 Yen je Aktie angehoben. Die Einlagen der Großbanken haben sich im Geschäftsjahr 1983/84 allerdings um nur 9,5 Prozent erhöht, während die Zunahme im Jahr vorher zehn Prozent ausmachte. Neue Formen der Anlage am Geldmarkt – vor allem mittelfristige staatliche Schuldverschreibungen mit verhältnismäßig günstigen Renditen – haben viele Sparer dazu veranlaßt, ihr Geld weniger als bisher in Bankguthaben anzulegen. Die Zinssätze für zweijährige Termineinlagen sind seit November letzten Jahres von acht Prozent auf sechs Prozent gesunken.

Die verbesserte Gewinnlage der Banken hat zu einem sprunghaften Anstieg der Börsenkurse und des Umsatzvolumens ihrer Aktien geführt. Der Kurs der Sumitomo Bank-Titel hat sich etwa von 500 Anfang dieses Jahres auf 890 erhöht. (SAD)

LATEINAMERIKA / Vier Länder wollen beim Londoner Wirtschaftsgipfel bessere Kreditbedingungen verlangen

Brasilien lehnt einen „Club der Schuldner" ab

AP/dpa/VWD, Brasilia/New York

Brasilien, Argentinien, Kolumbien und Mexiko wollen nach Mitteilung des brasilianischen Außenministers Ramiro Saraiva Guerreiro bei den Teilnehmern des Londoner Wirtschaftsgipfels gegen die Kreditbedingungen der westlichen Industriestaaten protestieren. Ein entsprechendes Schreiben solle den Teilnehmern des Gipfeltreffens übergeben werden, sagte Guerreiro. Nähere Angaben über den Inhalt des Briefes wollte der Minister nicht machen. Er sagte jedoch, daß das Schreiben im Sinne der am 19. Mai von den vier lateinamerikanischen Staaten unterzeichneten Erklärung zu diesem Thema abgefaßt sein werde.

In der Erklärung hatten die vier Länder unter Hinweis auf die hohen Zinsen in einigen Gläubigerländern Klage darüber geführt, daß sich von *ihnen nicht zu beeinflussende* Umstände nachteilig auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Lateinamerika auswirkten. Sie sprachen sich ferner für eine Konferenz aller lateinamerikanischen Schuldner über das Problem aus. Mit rund 100 Milliarden Dollar hat Brasilien die höchste Schuldenlast in Lateinamerika zu tragen. Jede Erhöhung der Prime Rate in den USA um nur einen Prozentpunkt hat für das Land aufs Jahr gesehen eine Erhöhung seiner Schulden um etwa 700 Millionen Dollar zur Folge.

Der brasilianische Außenminister wies weiter darauf hin, daß sein Land *eine Neuordnung der Schuldenrückzahlung* der lateinamerikanischen Länder anstrebe, kollektive Verhandlungen zwischen den Schuldner- und Kreditgeberstaaten jedoch ablehne. „Wir erwarten, daß die kreditgebenden Länder uns bei der Neuordnung unserer Schulden helfen, so daß wir vor einer sich in die Länge ziehenden Depression bewahrt werden."

Der Außenminister sprach sich in dem vom brasilianischen Nachrichtenmagazin „Veja" veröffentlichten Interview gegen eine Politik der Konfrontation mit den Industriestaaten sowie gegen die Gründung eines „Clubs der Schuldner" und die einseitige Einstellung der Schuldenzahlungen aus. Guerreiro betonte erneut, daß die Schuldnerstaaten ihre Kredite zurückzahlen wollten.

Auf einer Konferenz von 52 Banken aus den USA und 60 aus anderen Erdteilen empfahl Jacques de Larosiere, Direktor des Internationalen Währungsfonds, den internationalen Geschäftsbanken, sie sollten hochverschuldeten Ländern, die – wie Mexiko – bei der wirtschaftlichen Sanierung „wesentliche Fortschritte" erzielt haben, künftig längerfristige Umschuldungsabkommen anbieten.

Nach seiner Ansicht sollten die Banken das geringer gewordene Risiko auch mit „entsprechend besseren" Kreditbedingungen honorieren. Mexiko, sagte de Larosiere, habe bei der wirtschaftlichen Anpassung „Hervorragendes" geleistet, sei auf dem Weg zu einem normalen Zugang zu den Kapitalmärkten und der ideale Fall für ein mehrjähriges Umschul*dungspaket*. Andere Länder wie Brasilien könnten in Frage kommen, wenn sie weitere Fortschritte machten und diese bewahrten.

De Larosiere lehnte Überlegungen für generelle Schuldenlösungen ab und plädierte dafür, bei dem nach seinen Worten erfolgreichen Modell der Lösung von Fall zu Fall zu bleiben, um die in jedem Land unterschiedlichen Bedingungen berücksichtigen zu können.

In Paris haben Regierungsvertreter von etwa 20 westlichen Gläubigerländern Perus im „Club von Paris" mit einer von Ministerpräsident Sandro Mariategui angeführten Delegation aus Lima Gespräche über eine erneute Umschuldung der peruanischen Auslandsverbindlichkeiten aufgenommen. Peru möchte nach Angaben informierter Kreise fällige Schuldendienste in Höhe von rund 1,05 Mrd. Dollar (2,98 Mrd. DM) auf zehn Jahre umschulden, mit einer Freiperiode von fünf Jahren. Die gesamten Auslandsschulden Perus werden auf zwölf Milliarden Dollar (32,4 Mrd. DM) geschätzt.

Die neuen Gespräche sind die fünften Umschuldungsverhandlungen Perus für staatlich garantierte Kredite in den vergangenen 15 Jahren. Daneben verfolgt Lima seine Bestrebungen nach einer Umschuldung von etwa zwei Milliarden Dollar nicht garanatierter Schulden weiter.

SCHINDLER

Exporteinbruch aufgefangen

VWD, Berlin

Im Exportgeschäft mußte die Schindler Aufzügefabrik GmbH 1983 einen unerwartet starken Auftragseinbruch um 28 Prozent auf 30,5 (42,5) Mill. DM hinnehmen, der jedoch durch das Inlandsgeschäft aufgefangen werden konnte, betonte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Wolfgang Koch, bei der Vorlage des Jahresabschlusses 1983. Insgesamt habe sich der Auftragseingang bei Schindler um vier Prozent auf 275,7 (265,5) Mill. DM erhöht, wozu der Inlandsmarkt Aufzüge und Fahrtreppen mit 81,7 Mill. DM (plus 14 Prozent), der Bereich Fördersysteme mit 18,3 Mill. DM (plus 14 Prozent) und der Kundendiensst mit 145,2 Mill. DM (plus acht Prozent) beigetragen haben. Dennoch hat sich der fakturierte Umsatz auf 270,4 (274,9) Mill. DM vermindert.

Während der Exportumsatz auf 34,1 (47,6) Mill. DM schrumpfte, konnte der Inlandsumsatz mit Neuanlagen – trotz eines Preisverfalls von zehn bis zwölf Prozent – mit 93,3 Mill. DM auf Vorjahresniveau gehalten werden. Erfreulich entwickelte sich nach den Worten von Koch der Kundendienstumsatz (etwa 32 000 Aufzüge unter Vertrag), der auf 143 (134) Mill. DM zunahm. Die Betriebsleistung blieb laut Koch mit 274,8 (283,0) Mill. DM zwar deutlich unter dem Vorjahresniveau, dennoch ist ein rund 14 Prozent höheres Ergebnis erwirtschaftet worden. Die anhaltend positive Liquiditätssituation erlaubte eine Aufstockung der freien Rücklagen und Rückstellungen auf 60,8 (49,6) Mill. DM. Den Investitionen von 19,1 (17,0) Mill. DM standen Abschreibungen von 13,3 (15,0) Mill. DM gegenüber.

Für 1984 sind weitere Investitionen von rund zwölf Mill. DM vorgesehen. Die weitere Entwicklung der deutschen Schindler-Gruppe beurteilt Koch recht positiv. Für das laufende Jahr ist ein Umsatzzuwachs um knapp zehn Prozent auf 300 Mill. DM angepeilt. Laut Koch ist der deutsche Aufzugsmarkt im vergangenen Jahr schätzungsweise um 18 Prozent auf 8400 (7100) Einheiten im Wert von 426 Mill. DM (plus elf Prozent) gestiegen.

DRÄGERWERK / Expansion fortgesetzt

Ertragsplus im Ausland

JAN BRECH, Hamburg

Die Drägerwerk AG, Lübeck, hat 1983 die Expansion fortgesetzt und den Ertrag vor allem im Ausland gesteigert. Der Vorstand bezeichnet das Geschäftsjahr dennoch nur als „zufriedenstellend". Für die AG wird eine Umsatzsteigerung um 13,1 Prozent auf 526 Mill. DM angegeben, wobei ein Vergleich mit dem Vorjahr nur bedingt möglich ist. Im Jahr 1983 ist das Großprojekt eines Unterwassersimulators (Gusi) für die deutsche Meeresforschung und Meerestechnik abgerechnet worden. Das bereinigte Umsatzwachstum betrug 8,8 Prozent. Der Exportanteil blieb mit 37 Prozent nahezu unverändert.

Der Jahresüberschuß von 10,3 Mill. DM liegt nur knapp über dem des Vorjahres, so daß die Rendite von 2,2 auf 1,95 Prozent zurückging. Auf 31,75 Mill. DM Stammaktien werden 12 Prozent auf 22,15 Mill. DM Vorzugsaktien 14 Prozent Dividende ausgeschüttet. Das Genußscheinkapital, das 1983 den Aktionären und zum Teil auch den Mitarbeitern zum Bezugskurs von 120 DM angeboten und glatt plaziert worden ist, wird mit 14 Prozent bedient. Durch die Ausgabe von Genußscheinen sind dem Drägerwerk 28 Mill. DM neues Kapital zugeflossen, so daß sich einschließlich der Rücklagendotierung von 1,7 Mill. DM aus dem Ergebnis 1983 das Eigenkapital auf 151 Mill. DM oder 37,1 Prozent der Bilanzsumme erhöht.

Erhebliches Wachstum weist Dräger ferner in der weltweiten Konzernbilanz aus. Der Umsatz stieg um 13,2 Prozent auf 672 Mill. DM, das Ergebnis verbesserte sich um 15 Prozent auf 15,6 Mill. DM (Rendite unverändert 2,3 Prozent). Besonders erfolgreich waren die Gesellschaften in den USA.

Die Investitionen und Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen sind auf hohem Niveau geblieben. Insgesamt setzte Dräger 78 Mill. DM ein, wovon 38 Mill. DM auf Sachanlageinvestionen und 35 Mill. DM auf Aufwendungen für Forschung und Entwicklung entfielen. Zur Entwicklung in diesem Jahr erklärt der Vorstand, daß der Auftragseingang per Ende Mai 20 Prozent höher lag als im Vorjahr.

Geno-Bank stockt Grundkapital auf

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Genossenschaftliche Zentralbank AG Stuttgart, regionales Spitzeninstitut der Volksbanken und Raiffeisenbanken im genossenschaftlich stark „durchsetzten" Landesteil Württemberg, hat ihre ohnehin schon gute Ertragslage im Geschäftsjahr 1983 nochmals erheblich verbessern können. Der Zinsüberschuß nahm um 26,6 Prozent auf 157 Mill. *DM zu, und das Teilbetriebsergebnis stieg* um fast ein Drittel.

Dem Institut kam zugute, daß keine besonderen Forderungsausfälle aufliefen und sich auch die Ausleihungen an Nichtbanken in engen Grenzen hielten. Da man auch die Kostenentwicklung im Griff behielt, erhöhte sich der Jahresüberschuß auf 44,5 (Vorjahr: 37,2) Mill. DM. Nach Zuweisung von insgesamt 30 Mill. DM an die Rücklagen werden eine von 7,5 auf 8 Prozent erhöhte Dividende sowie ein von 2 auf 3 Prozent angehobener Bonus auf 100 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet. Außerdem soll das Kapital im Verhältnis 4:1 zum Kurs von 160 Prozent auf 125 Mill. DM aufgestockt werden, um so die Eigenkapitalquote wieder über die 3-Prozent-Marke zu bringen.

Infolge der starken Bilanzsummenausweitung um 22,3 Prozent auf 11,1 Mrd. DM war die Eigenkapitalquote auf 2,8 (3,2) Prozent abgesunken. Im starken Wachstum der Bilanzsumme schlug sich insbesondere das Sonderkreditprogramm der DG Bank, des vorgeschalteten Spitzeninstituts, mit etwa 700 Mill. DM nieder. Die Einlagen der Mitgliedsbanken (576 Institute) erhöhten sich lediglich um 2,8 Prozent auf 4,83 Mrd. DM, Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditinstituten stiegen wesentlich stärker um 74 Prozent auf 4,33 Mrd. DM. Für das Geschäftsjahr 1984 zeigt sich Vorstandsvorsitzender Friedrich Krich zufrieden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Fritz Nallinger gestorben

Stuttgart (nl) – Fritz Nallinger, bis 1965 Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG und zuständig für das Ressort Forschung und Entwicklung, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Nallinger, der 43 Jahre lang im Dienste des Unternehmens stand – davon 25 Jahre als Vorstandsmitglied –, hat die Gesamtentwicklung des internationalen Motoren- und Automobilbaus *maßgeblich beeinflußt*.

Bauknecht ganz bei Philips

Stuttgart (dpa/VWD) – Die Bauknecht Hausgeräte GmbH, Stuttgart, die im Herbst 1982 gegründete und weitaus größte der vier Nachfolgegesellschaften aus dem Konkurs der alten Stuttgarter Bauknecht-Gruppe, gehört jetzt über die Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH, Hamburg, ganz zu dem niederländischen Elektrokonzern. Die neue Bauknecht-Hausgeräte-Gruppe, zu der neben der Stuttgarter Stammfirma zehn Vertriebsfirmen im europäischen Ausland gehören, hat nach früheren Angaben 1983 einen Umsatz von über 800 Mill. DM erzielt, davon 55 Prozent im Ausland. Verkauft wurden 1983 rund 1,3 Mill. Großgeräte. Bauknecht Hausgeräte beschäftigt insgesamt rund 4200 Mitarbeiter, davon 3400 im Inland.

Verluste fast getilgt

Düsseldorf (Py.) – Die Stöhr & Co. AG, Mönchengladbach, hat 1983 mit dem erwirtschafteten Jahresüberschuß von 4 Mill. DM den Verlustvortrag von 4,5 Mill. DM nahezu tilgen können. Wie das Unternehmen in einem Zwischenbericht mitteilte, haben dazu alle Produktionsbereiche, also auch die schwierige Sparte Kammgarnspinnerei, beigetragen. Den Konzernverlust des Vorjahres von 2,3 Mill. DM hat sich in einen Gewinn von fast 4 Mill. DM verwandelt. Rund 670 (650) Mitarbeiter erzielten einen Umsatz von 177 (178) Mill. DM. Im laufenden Jahr hat sich die positive Entwicklung des Unternehmens verstärkt fortgesetzt. Die Betriebe sind bis in den Herbst hinein in drei Schichten voll ausgelastet.

Unveränderte Dividende

Bad Bentheim (VWD) – Die Verwaltung der vor allem im Energiebereich tätigen C. Deilmann AG, Bad Bentheim, schlägt der HV am 12. Juli vor, den Bilanzgewinn von fast 19 Mill. DM für 1983 zur Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 8 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 100 Mill. DM zu verwenden. Den freien Rücklagen sollen 2,06 Mill. DM *zugeführt* werden.

LANDESSPARKASSE OLDENBURG

Langfristige Kredite gefragt

D. SCHMIDT, Hannover

Vor allem die verstärkte Nachfrage nach Krediten und Darlehen ließ bei der Landessparkasse zu Oldenburg (LzO) im Geschäftsjahr 1983 die Bilanzsumme um 8,1 Prozent auf 4,85 (4,49) Mrd. DM wachsen. LzO-Vorstandschef Dieter Schlecht erklärte bei der Vorlage des Jahresberichts, in besonderem Maße hätten die langfristigen Darlehen zu diesem Ergebnis beigetragen. Die gesamten Ausleihungen nahmen um 10 Prozent oder 361 Mill. DM auf 3,9 Mrd. DM zu.

Nicht ganz so kräftig erhöhten sich die Kundeneinlagen. Sie erreichten knapp 4 Mrd. DM; das entspricht einem Plus von 8 Prozent oder 287 Mrd. DM. Den größten Anteil daran hatten die Spareinlagen, die um 10,4 Prozent auf 2,3 (2,1) Mrd. DM wuchsen. Deutlich erkennbar, so Schlecht, sei die stärkere Bereitschaft der Kunden, auch wieder längere Bindungsfristen einzugehen. Dem Rückgang bei kurzfristigen Termineinlagen standen kräftig gewachsene Verkaufsziffern bei Sparkassenbriefen gegenüber.

Obwohl sich die Zinsspanne im Berichtsjahr leicht auf 3,66 Prozent ermäßigte, konnte der Zinsüberschuß infolge der Geschäftsausweitung gesteigert werden. Zahlen wollte Schlecht nicht nennen; das Betriebsergebnis habe sich aber etwas verschlechtert. Die LzO weist einen Jahresüberschß von 20,4 (20,3) Mill. DM aus. Er wird dem Eigenkapital zugeführt, das dann 208 Mill. DM erreicht.

In ruhigen Bahnen verläuft das Geschäft der LzO in den ersten Monaten 1984. Bis Ende Mai erhöhte sich die Bilanzsumme um 70 Mill. DM. Während die Ausleihungen um 5 Prozent oder 170 Mill. DM zugenommmen haben, ergab sich auf der Einlagenseite lediglich ein Plus von 1,8 Prozent oder 75 Mill. DM. Die Ertragsentwicklung hat sich nach den Worten von Schlecht leicht abgeschwächt. In der Bilanz werden Wertberichtigungen in Höhe von 13 (13,6) Mill. DM ausgewiesen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Nachl. d. Gerhard Riedel; **Stuttgart:** Keese Druckmaschinen GmbH; **Reutlingen:** Nachl. d. Eckhard Lemke.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Burgwedel: H. G. Sport-Haus Wedemark GmbH, Wedemark; **Norderstedt:** Karl-Heinz David, Heidmoor.

Vergleich beantragt: Iserlohn: IWO Ising-Wohnbau GmbH; **Landshut:** Eicher Traktoren- u. Landmaschinenwerk GmbH, Landau.

MINERALÖL / Wissenschaftler plädiert für mehr Stetigkeit in der Energiepolitik

Gegen Drehen an der Steuerschraube

HANS BAUMANN, Essen

Eine Entschlackung der westdeutschen Energiepolitik vor fiskalischen Erwägungen ist unumgänglich, um mehr Stetigkeit und Kalkulierbarkeit in die Mineralölwirtschaft und in die gesamte Energiewirtschaft zu bringen. Diese Meinung vertrat gestern vor dem Wirtschaftsrat der Union in München der Forscher Heinz Jürgen Schürmann vom Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln.

Investoren und Verbraucher würden immer wieder verunsichert, wenn die Energiepolitik mit fiskalischen Zielen überfrachtet werde. Und genau diese Versuchung sei latent immer vorhanden. Schürmann erinnerte nur an die gegenwärtigen Überlegungen, *die Steuerschraube* bei Mineralöl weiter anzuziehen.

Der Forscher warnt auch vor Ölverdrängungsstrategien, die über die Marktkräfte hinausgehen. Solche Strategien verursachten erhebliche volkswirtschaftliche Zusatzkosten. Sie widersprächen darüber hinaus dem Ziel der Energiepolitik, ein international wettbewerbsfähiges Energiepreisniveau zu erhalten. Durch die starke Streuung der Ölbezüge habe die deutsche Ölwirtschaft dazu beigetragen, die Abhängigkeit von den politisch so unsicheren Opec-Quellen erheblich zu verringern.

Schürmann warnt auch davor, die zur Zeit herrschenden Überflüsse auf den Weltölmärkten als Dauererscheinung anzusehen. Nach wie vor bestünden politische Preisrisiken. Daher bleibe es für die Energiewirtschaft eine Daueraufgabe, Ölreserven und Förderkapazitäten zu diversifizieren. In diesem Punkt hätten die Ölmultis nach wie vor wesentliche Versorgungsfunktionen. Für die westlichen Regierungen ergäbe sich daraus aber auch die Pflicht, die Rentabilitätschancen der Ölindustrie im Bereich der Ölsuche und Ölförderung nicht zu verbauen.

Die Politik fordert Schürmann auf, größere Bevorratungspolster anzulegen, da sich eine Verschärfung der politischen Lage in der Golf-Region nicht ausschließen lasse. Diese zusätzlichen Kosten für die Bevorratung müßten von den Verbrauchern getragen werden.

Nach Schürmann sind solche strategischen Ölvorräte denkbaren Krisen angemessener als hektische Reaktionen im Falle einer Eskalation am Golf. Hinzu komme, daß die dadurch verursachten Kosten wesentlich geringer seien als die volkswirtschaftlichen Folgekosten staatlich forcierter Ölalternativen.

Daher meint der Forscher, daß auch unter dem Aspekt der Vorsorgepolitik die bisherige Energiepolitik einer mehr oder minder gezielten Ölverdrängung auf dem Wärmemarkt (Subventionierung von Ölalternativen, steuerliche Sonderbelastungen, Anschluß- und Benutzungszwang für leitungsgebundene Energien) überprüft werden müsse. Eine noch stärkere Verdrängung etwa von schwerem Heizöl mit energiepolitischen Maßnahmen ist nach Schürmann mit verhältnismäßig hohen volkswirtschaftlichen Opfern verbunden. Der natürliche Strukturwandel allein beschränke das schwere Heizöl hinlänglich und lenke es um in die Umwandlung zu erlösträchtigeren leichten Produkten.

Nach Meinung des Energiewirtschaftlichen Instituts kommt dem Mineralöl künftig eine herausragende Bedeutung zu, da sich die Energieversorgung noch stärker diversifizieren werde. Auch bei künftigen Ölpreisen über dem heutigen Niveau würden Mineralölprodukte einem intensiven Substitutionswettbewerb und fortwährender Einsparprozesse unterliegen. Daher lasse es sich nicht länger rechtfertigen, das Mineralöl durch zusätzliche staatliche Diskriminierungen weiter zurückzudrängen.

BEHÄLTERGLAS

Industrie fühlt sich verunsichert

dpa/VWD, Hannover

Die Behälterglas-Industrie in der Bundesrepublik sieht sich durch die langen Diskussionen um die Einweg- und Mehrwegflasche verunsichert. Der Vorsitzende des Fachverbandes Hohlglasindustrie, Volkmar Hallensleben, sagte in Hannover, in diesem ungünstigen Klima unterblieben Investitionen. Die Industrie sehe für die Regierung weder einen Anlaß noch die Notwendigkeit, mit Verordnungen tätig zu werden. Die Entwicklung bei Einweggläsern habe sich nicht ausgeweitet: 1983 seien 832 000 Tonnen Altglas an die Hütten zurückgeführt worden. Der Menge nach sei dies rund ein Drittel der gesamten Behälterglasproduktion, einschließlich Mehrwegflaschen.

ALLIANZ VERSICHERUNG / Im Ausland wird weiter nach Übernahmekanditaten Ausschau gehalten

Eagle-Star-Gewinn noch nicht im Superabschluß

DANKWARD SEITZ, München

Sichtlich Mühe hat Wolfgang Schieren, Vorstandsvorsitzender der Allianz Versicherungs-AG, München, *die zutreffende* Bewertung für den Abschluß 1983 zu finden. Als wäre er mit der Feststellung, daß sich „die Ereignisse sehen lassen können", schon zu weit gegangen, verteilt er lieber die nichts sagenden Noten „befriedigend" oder „zufriedenstellend". Ein recht starkes Understatement. Denn mit einem Jahresüberschuß von 560,8 (445,7) Mill. DM vor Steuern präsentiert die Allianz nach dem schon guten Jahr 1982 eine Bilanz der Superlative.

Noch nicht einmal zu Buche geschlagen ist dabei das Geld aus dem Verkauf der Eagle-Star-Anteile – rund 1,1 Mrd. DM, davon allein 550 Mill. DM Veräußerungsgewinn. Wie Schieren mitteilte, ist dieser Betrag erst Ende Februar 1984 fällig geworden. Nur zögernd wird angedeutet, daß das Geld danach aus Großbritannien abgezogen und dort „geparkt" wurde, wo „es die meisten Zinsen bringt" – vermutlich in US-Dollar. Nur optisch verfälscht wird das Ertragsbild 1983 etwas dadurch, daß das Ergebnis pro *50-DM-Aktie* auf *24,90* (28,15) DM zurückgegangen ist. Dies beruht jedoch lediglich auf der im vergangenen Jahr durchgeführten Kapitalerhöhung auf 500,4 (417,0) Mill. DM.

Wesentlichen Anteil an diesem Erfolg hatte wiederum das allgemeine Geschäft, in dem mit 379 Mill. DM (plus 16,5 Prozent) der bisher höchste Betrag erzielt wurde. Durch den Mittelzufluß aus der Kapitalerhöhung und die allgemeine Aufstockung der versicherungstechnischen Rückstellungen erhöhten sich die Kapitalanlagen auf rund 11,1 (10) Mrd. DM. Allein sie brachten einen Kapitalertrag von 848 Mill. DM (plus 16 Prozent). Ihnen stehen 231 (207) Mill. DM Aufwendungen gegenüber, davon *160* (135) Mill. DM Abschreibungen.

Hinzu kommt, daß nachdem schon 1982 der Trend zu ungünstigeren versicherungstechnischen Ergebnissen *umgekehrt werden konnte*, der Überschuß von 120,3 Mill. auf 181,8 Mill. DM stieg. Der überwiegende Teil davon *stammt* aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft in den Zweigen Hausrat, Einbruchdiebstahl, die HUK-Sparten *sowie* die Rückversicherungszweige. Verschlechtert hat sich dagegen der Bereich Feuer mit einem Verlust von 21 (3,3) Mill. DM. Zu einem Teil beruht die Verbesserung des versicherungstechnischen Ergebnisses nach Angaben von Schieren aber auch darauf, daß 1982 mit der Bildung von Drohverlust-*Rückstellungen von etwa* 32 Mill. DM belastet war, während jetzt daraus rund 35 Mill. DM entnommen werden konnten.

Insgesamt brachte diese Entwicklung der Allianz 1983 einen Jahresüberschuß von 254,9 (204,9) Mill. DM. Nach Zuführung von 127,3 (101,8) Mill. DM in die offenen Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 127,7 (103,0) Mill. DM. Der Hauptversammlung am 11. Juli wird vorgeschlagen, daraus nochmals 19,0 Mill. DM den Rücklagen zuzuweisen und eine Dividende von unverändert 10 DM auszuschütten.

Weltweit konnte die Allianz 1983 ihre Beitragseinnahme um 10,8 (7,4) Prozent *auf 15,4 Mrd. DM steigern.* Entscheidenden Anteil hatte daran mit einem Wachstum von 29,4 Prozent *auf 2,6 Mrd. DM das Auslandsgeschäft*, während die Steigerung im Inland um 7,6 Prozent in etwa der allgemeinen Marktentwicklung entsprach. Erstmals wurde dabei allerdings in den Kreis der ausländischen Konzerngesellschaften die Wiener Allianz Lebensversicherungs-AG mit einbezogen. Über 57 Prozent des Auslandsgeschäfts entfielen auf Nord- und Südamerika. Von den gesamten Beitragseinnahmen entfielen 8,5 Mrd. DM (plus 6,7 Prozent) auf die im Konzernabschluß zusammengefaßte Sachgruppe und 5,2 Mrd. DM (plus 10,0 Prozent) auf die Lebensversicherung. Die Zahl der gemeldeten Schäden stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent auf 2,9 Millionen.

Das Geschäftsjahr 1984 hat sich nach Angaben von Schieren recht gut angelassen. In den ersten vier Monaten erhöhten sich die Beitragseinnahmen der Sachgruppe um 7,3 (6,2) Prozent. Im weiteren Jahresverlauf sei jedoch mit einer Abflachung zu rechnen. Für eine Prognose zum Ergebnis sei es aber noch viel zu früh.

Unverändert Ausschau hält die Allianz im Ausland nach „geeigneten, zum Konzern passenden" *Übernahmekandidaten*, wobei Schieren dem geplatzten Eagle-Star-Coup noch immer nachtrauert. Ständig *studiere* man Unterlagen von allen möglichen Gesellschaften in den USA und auch *Großbritannien. Konkrete Verhandlungen* würden derzeit aber nicht geführt, nachdem die Übernahmeverhandlungen von Armco („nicht interessant") abgebrochen worden sind. Immer wieder auftauchende Gerüchte bezeichnete Schieren als *gezielte* Börsenkurs-Manipulation interessierter Kreise.

Allianz Versicherung	1983	±%
Bruttoprämie (Mill. DM)	7339	+ 6,8
Nettoprämie [1])	5134	= 7,8
Aufw. f. Vers.-Fälle	3288	= 9,0
Vers.-techn. Ergebnis [2])	181,8	+ 51,1
Kapitalanlagen [3])	11 147	+ 13,2
Kapitalerträge [4])	519,5	+ 10,3
Durchschn.-rendite (%)	7,07	(7,1)
in % d. verd. Beiträge	1983	1982
Selbstbeh.-Quote	70,0	69,3
Schadenquote	64,7	63,9
Verw.-Kostenquote	24,9	24,9
Rückstellg.-Quote [5])	208,3	205,9
Eigenkapitalquote	47,9	39,6

[1]) Brutto- minus Rückversicherungsbeiträge; [2]) nach Zuführung (Entnahme) von 42,7 (9,1) Mill. DM zur (aus) Schwankungsrückstellung; [3]) ohne Depotforderungen; [4]) netto; [5]) vers.-techn. Rückstellungen.

DAL / Wertberichtigungsbedarf ohne Zweifel höher als ursprünglich genannt

Gesellschafter stehen zum Unternehmen

INGE ADHAM, Frankfurt

„Entscheidend ist, daß die Gesellschafter zur DAL stehen", kommentiert Prof. Hans Wielens, zur Sanierung angetretener Vorstandsvorsitzender der Deutschen Anlagen-Leasing GmbH (DAL), Mainz, die jüngsten Gerüchte um das Unternehmen. Den in Berichten kolportierten bis jetzt zutage getretenen Wertberichtigungsbedarf von 1,6 Mrd. DM verweist er in den Bereich der Utopie.

Es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß der von den Gesellschafterbanken – Westdeutsche Landesbank, Landesbank Rheinland-Pfalz, Hessische und Bayerische Landesbank sowie Dresdner Bank – abzudeckende Betrag höher sein wird, als die ursprünglich genannten 400 bis 670 Mill. DM. Die Durchforstung der Leasing-Geschäfte mit teilweise „ungeheuer komplizierten Sachverhalten" (Wielens) hat einiges mehr ergeben als ursprünglich angenommen. Dabei spielen vor allem die erst in zweiter Linie überprüften kleineren Objekte der DAL mit insgesamt rund 12 Mrd. DM Geschäftsumfang eine gewichtige Rolle. Damit erscheint eine Größenordnung von rund einer Milliarde Mark Wertberichtigungsbedarf denkbar.

Einen Teil davon haben die betroffenen Banken bereits in ihren 83er Bilanzen verarbeitet. Aufschluß, in welchem Umfang das DAL-Engagement die Rechnung für dieses Jahr belasten wird, dürfte die morgige DAL-Aufsichtsratssitzung bringen. Der DAL-Vorstand ist der Ansicht, daß „alles ausgekehrt" werden soll, was aber möglicherweise den ertragsschwächeren Landesbanken nicht leicht fällt. Andererseits ist zu hören, daß auf einem vorgeschalteten Gesellschafter-Treffen bereits grundsätzlich Einigkeit erzielt worden sei, der DAL mit Garantieerklärungen wie bisher unter die Arme zu greifen und so eine Sanierung zu ermöglichen. Das DAL-Neugeschäft läuft inzwischen in weitaus kleinerem Rahmen als im Vorjahr.

NAMEN

Peter W. Haupt, Generalbevollmächtigter für das Kongreßwesen bei der AMK Ausstellungs-Messe-Kongreß GmbH, Berlin, vollendet am 8 Juni sein 60. Lebensjahr. Er vertritt außerdem als Vorstandsmitglied des Deutschen Congreß Büros (GCB) die Interessen der deutschen Kongreßzentren.

Reinhold Sauer wurde mit Wirkung vom 1. Juli zum Vorstandsmitglied der Einbecker Brauhaus AG, Einbeck, bestellt. **Günter Panzlaff** scheidet auf eigenen Wunsch aus dem Unternehmen aus.

N. R. Willim, seit Gründung Geschäftsführer der Brown Boveri-York, Kälte- und Klimatechnik GmbH, Mannheim, vollendete am 6. Juni sein 60. Lebensjahr.

BREMER LANDESBANK / Neues Selbstverständnis

Eigenmittel weiter gestärkt

DOMINIK SCHMIDT, Bremen

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg, die im April 1983 aus der Fusion der Bremer Landesbank und der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg-Bremen entstand, hat die Folgewirkungen des Zusammenschlusses gut verkraftet. Gebhard Dirksen, Vorstandsvorsitzender des Instituts, verweist auf das neue Selbstverständnis, das nach der Neuordnung gefunden wurde. *Die zusammengefaßte* Bilanzsumme ermögliche es, „mehr selbst in eigener Verantwortung" aktiv zu werden. Trotz der zweifellos vorhandenen Abhängigkeit – die Norddeutsche Landesbank ist mit 75 Prozent *beteiligt* – sei die Souveränität gewachsen; das Institut habe den Status einer selbständigen *Universalbank*. Bei aller Kontinuität würden insofern „einige Schwerpunkte anders gesetzt".

Zu den wichtigsten Zielsetzungen der Landesbank gehöre es, die Rentabilität weiter zu verbessern. Die Gewährträger, neben der NordLB die Freie Hansestadt Bremen, könnten nicht ständig in Anspruch genommen werden. Immerhin ist eine Kapitalaufstockung um 40 Mill. DM noch in diesem Jahr so gut wie zugesagt worden; danach werden sich die Eigenmittel auf rund 500 Mill. DM belaufen. Weitere 40 *Mill. DM* dürften die Gewährträger 1985 zusagen.

Im Geschäftsjahr 1983 erhöhten sich das Geschäftsvolumen und die Bilanzsumme um 9,3 Prozent. Neben der Erweiterung des Geschäftsgebietes durch die Fusion wirkte sich dabei auch die Übernahme der Adca-Filiale in Bremen aus. Die Bilanzsumme erreichte 21,3 (19,5) Mrd. DM. Das gesamte Kreditgeschäft stieg um 1,3 Mrd. DM auf 16,3 Mrd. DM, wobei die kurzfristigen Kredite um 322 Mill. DM und die langfristigen Darlehen um 909 Mill. DM zunahmen. Der Zuwachs wurde vornehmlich durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen finanziert; sie erhöhten sich auf 11,7 (10,1) Mrd. DM.

Aus dem Jahresüberschuß der Bank und der angeschlossenen Bausparkassen von 22,6 (21,5) Mill. DM werden 14 Mill. DM den Rücklagen zugeführt und *8,6 Mill. DM als* (5 Prozent) Dividende ausgeschüttet.

Mit der Geschäftsentwicklung in den ersten Monaten 1984 zeigt sich der Vorstand zufrieden, wenngleich der Zinsüberschuß im ersten Quartal wegen der etwas engeren Zinsmarge nur noch geringfügig gestiegen ist. Die kurz- und mittelfristigen Kredite haben bis April um fast 200 Mill. DM auf knapp 3 Mrd. DM zugenommen.

CONSULTANTS / Weltweit auf dem dritten Platz

Im Inland kräftiges Plus

HEINZ HECK, Bonn

Mit einem Honorarvolumen aus *Auslandsprojekten von über 1,2 Milliarden Mark* halten deutsche Consulting-Firmen nach den USA und Großbritannien weltweit den dritten Platz. Das erklärte Jens Schnieders, Vorstandsvorsitzender des Verbands Unabhängig Beratender Ingenieurfirmen (VUBI), aus Anlaß der heutigen Mitgliederversammlung vor Journalisten in Bonn.

Der Gesamthonorarumsatz 1983 (In- und Ausland) konnte mit 2,15 Milliarden Mark gegenüber dem Vorjahr (2,3) nur knapp gehalten werden. Für 1984 erwartet Schnieders, daß der Umsatz sowohl im In- wie im Auslandsgeschäft wenigstens gehalten, wahrscheinlich sogar leicht gesteigert werden kann. In der Zusammensetzung des Auftragseingangs hat sich dagegen 1983 eine „gravierende Verschiebung" ergeben: Während die Auslandsaufträge um rund 25 Prozent auf 1,22 Milliarden Mark zurückgingen, war im Inlandsgeschäft eine Zunahme um 40 Prozent auf knapp *1,1 Milliarden Mark zu verzeichnen.*

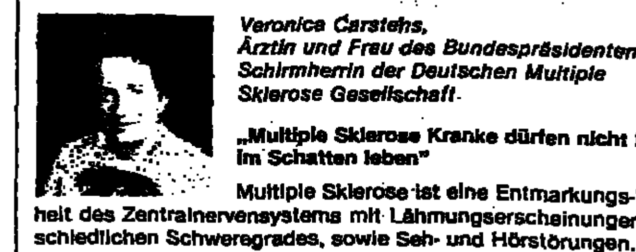
Schnieders betont die Frühindikatorfunktion der Planungsaufträge, da sie die künftige Entwicklung, zum Beispiel in der Bauwirtschaft, erkennen ließen. Getreu der Devise „Der Handel folgt dem Ingenieur" bringe jede Mark Honorar im Export von Planungsleistungen das 20- bis 30fache an Liefer- und Bauaufträgen für deutsche Firmen.

Da dem Auslandsgeschäft größere Risiken anhaften, ist Schnieders über die stärkere Verlagerung auf den deutschen Markt, die zugleich die Konjunkturerholung in der Bundesrepublik verdeutlicht, nicht unglücklich.









FORTBILDUNG

Den Wettbewerb als Leistungsstimulans auch im Hochschulbereich glauben einige Politiker erst jetzt erfunden zu haben. Doch alle Nachsicht für Profilierungsmühen hilft nicht darüber hinweg, daß hier ein ureigenes deutsches Hochschulfeld beackert wird. Die Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg hat mit wissenschaftlicher Akribie darüber jetzt den Nachweis geführt.

Nachdem Freiburg 1677 französisch geworden und ein Teil der Professoren daraufhin nach Konstanz ausgewandert war, entbrannte ein wackerer Wettstreit zwischen den beiden Hochschulen. Die Werbung erlebte einen ersten Höhepunkt, als die Freiburger Uni daraufhin einen Prospekt herausgab:

„Es wird mäniglichen kund und zu wissen gethan / sonderlich aber jenigen auch außwertigen Elteren / welche verlangen / daß ihre Kinder mit nur allein in denen Studiis, welche bey diser allhiesigen uralten durchgehnd berühmten Universität *durch alle Facultäten beständig florirt* / und annoch floriren thun / und von Zeit zu Zeit man zu deren noch mehrern Florirung geflissen seyn werde / sich qualificirt machen / sondern zumahlen auch die Französische Sprach neben anderen exercitiis von fechten und danzen / und solches alles in einen sehr geringen Preiß erlernen mögen / wie es dann auch specificirt folget / alsnemblich ..." Und dann folgt die Kostenrechnung, die für die „vornembere *die Wochen à 2 fl. 6 Batzen*" betrugen. Wer täglich „neben einer halben Maß Wein / mit Fleisch / Voressen und Gebratens gespeißt wird", der mußte zusätzlich pro Woche noch „1 fl. 12 Batzen" bezahlen. Zusätzliches kam hinzu für die „Sprachmeister, den Danzmeister und den Fechtmeister".

Aber, so lautete schon damals, lange bevor es Grün-Alternative gab, die Werbung sinngemäß: Es ist *immer* etwas *teurer*, einen besonderen Geschmack zu haben. „Zumahlen dises Orts Bequemlichkeit / Lustbarkeit /gesunde und frische Wasser und Lufft / Sönderung / ver mittelst der erbauten und noch täglich erbauenden Cazernen, der Soldaten von denen Studenten / treffliche und schöne Ordre so wol deß Tags / als zu Nachts auff denen Gassen / und daß sich die ganze Zeit hindurch entzwischen selbigen einige Händel und Thätlichkeiten nit erzeigt / ohne das bekandt / welches dann absonderlich Ihnen denen außwertigen Elteren zu Ihrem desto mehrerm Trost gereichen *soll / daß Sie Ihrer studierenden* lieben Jugend halber / ohne einige Sorg seyn und leben mögen." p.p.

Internate sollen ein Zuhause sein

Landerziehungsheime als Alternative zu staatlichen Schulen, nicht als Strafe für Kinder

Gemeinsamkeiten zwischen einem Landerziehungsheim und *einem* Zuhause dürften auf den ersten Blick recht schwer vorzustellen sein – es sei denn, man weiß, was sich hinter dem Begriff des Landerziehungsheims verbirgt. Üblicherweise aber verbindet sich mit dem Wort der Gedanke an Erziehungsanstalt, Zwangseinweisung und Strafcharakter, während dem Zuhause Synonyme wie *Nestwärme, Geborgenheit* und Zuneigung gegeben werden.

Landerziehungsheime sind Internatsschulen in freier Trägerschaft, *die sich von den* Staatsschulen im wesentlichen dadurch unterscheiden, daß Lehrer und Schüler dort zusammen lernen, wohnen und daß neben der sehr vielgestaltigen Unterrichtsvermittlung auch eine Vielzahl von Möglichkeiten der Betätigung im handwerklichen, sportlichen und musikalischen Bereich angeboten werden. Wenn Schule, Wohnen, Freizeit, Sport und Muße untrennbar ineinanderfließen und die Erziehung durch den Lehrer somit rund um die Uhr *den ganzen jungen Menschen* betrifft, so ist dadurch gewährleistet, daß der Heranwachsende seinen Interessen, Fähigkeiten und Begabungen gemäß gefordert und gefördert wird und nicht ausschließlich mit abstraktem Wissen vollgestopft wird, ohne daß seine persönliche Lebenssituation mit berücksichtigt wird.

Erziehung und Lernen

Das pädagogische Programm der *Landerziehungsheime* beinhaltet eine richtige Erziehung, also nicht bloß Schule mit kognitivem Lernen. Und diese Erziehung findet auf dem Land statt, fern von den Städten; dort, wo der Asphalt die Natur noch nicht verdrängt hat. Erziehung geschieht, dies ist die Absicht, in einem Heim, das den Kindern und Jugendlichen Geborgenheit geben soll.

Zu den bekanntesten Landerziehungsheimen gehören die Odenwaldschule, die Hermann-Lietz-Schule und die Schule Schloß Salem. Die Gründer dieser Schulen sind in die Geschichte der Pädagogik eingegangen und haben mit ihren Vorbildern eine Welle von Neugründungen in Gang gesetzt, die von engagierten Pädagogen bis in die heutige Zeit fortgeführt werden und seit einiger Zeit wieder eine Renaissance erleben.

Die Palette möglicher Schulabschlüsse, die hier angeboten werden, ist breit angelegt. Sie reicht vom *Hauptschulabschluß* über die *Mittlere Reife* bis zum alt- oder neusprachlichen Abitur. Außerdem kann man in einigen Landerziehungsheimen auch die Gesellenprüfungen in handwerklichen und technischen Berufen ablegen.

17 derartige Schulen haben sich in der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime zusammengeschlossen, die ihren Sitz in Berlin (Am Schlachtensee 2) hat. Sie sind über das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verteilt und liegen an besonders bevorzugten Plätzen. Es sind alte Schlösser und Klöster, aber auch ganz moderne Gebäude. Zwischen 70 und 470 Schüler sind jeweils dort angemeldet, die aus unterschiedlichsten Gründen ein solches Internat statt der üblichen staatlichen Schule besuchen: Für einige haben die Eltern mehr und anderes ausgesucht, weil die Sprößlinge nicht als typische Einzelkinder aufwachsen sollen. Der niedersächsische Kultusminister Oschatz hat gerade wieder auf das Problem hingewiesen, daß in die Schulen immer mehr Einzelkinder kommen und dies als eine „neue und entscheidende Nagelprobe" für das staatliche Schulsystem bezeichnet. Die Defizite in den sozialen Verhaltensweisen, bedingt durch nicht vorhandene Miterziehung von Geschwisterkindern und eine übermäßige Einbindung in die Erwachsenenwelt sowie eine Tendenz zur „Überbehütung", seien bereits heute zu beobachten. Bei anderen Kindern wiederum, die in die Internate gehen, erfordern persönliche oder familiäre Notsituationen individuelle Hilfe und ein besonderes pädagogisches Angebot. Und einige der Kinder und Jugendlichen wollen selbst ganz einfach mit möglichst vielen Gleichaltrigen in der besonderen *Atmosphäre eines Internats* aufwachsen.

Wünsche an Schüler

Wenn man bei den Landerziehungsheimen einmal nachfragt, dann wünschen die sich Schülerinnen und Schüler, die *die großen Möglichkeiten* des Lebens in einem Internat ganz bewußt nutzen wollen und die bereit sind, ihre Kräfte zum Nutzen und Wohl der anderen Mitglieder der Heimgemeinschaft einzusetzen. Auf diese Weise wird es möglich, im Internat eine Stätte der Geborgenheit und Zugehörigkeit zu finden. „Dann mußt du eben ins Internat ...", diese Drohung wird dadurch absurd. Denn das Landerziehungsheim ist eigentlich zum Zuhause anderer Art geworden, an das man sich auch später noch gerne zurückerinnert und in dem Freundschaften für das ganze Leben geknüpft worden sind.

PETRA GEISSLER

Scheu vor der Technik ist geblieben

Gute Chancen für Frauen in „Männerberufen" / Modell-Programm für Ausbildung

Frauen *gelten immer noch* als eine der größten Problemgruppen für Arbeitsmarktpolitiker. Denn zum einen sind sie erheblich stärker noch als die Männer von der Arbeitslosigkeit betroffen, und zum anderen verschütten sie sich selbst durch ihr Berufswahl-Verhalten einen Teil ihrer Chancen. „Ein zu geringer Anteil an den Auszubildenden, eine kürzere Ausbildungsdauer, eine hohe Konzentration auf wenige und typische Berufe sowie ein übergroßer Anteil an denen, die keinen Ausbildungsplatz finden, kennzeichnet die Ausbildungsplatz-Situation", zog der Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung in Berlin, Hermann Schmidt, das Fazit.

Möglichkeiten der Abhilfe sucht sein Institut gemeinsam mit dem Bundesbildungsministerium und der Wirtschaft in einem seit 1978 laufenden Modell-Versuchsprogramm. Unter der Überschrift „Erschließung gewerblich-technischer Berufe für junge Frauen" haben seitdem 1292 junge Frauen in rund 200 Betrieben an den Ausbildungsgängen teilgenommen. 710 von ihnen haben bis heute ihre Abschlußprüfung abgelegt, 98,3 Prozent mit Erfolg. Für Schmidt ist dies ein Beweis dafür, „daß Ausbildung und Beschäftigung in diesem Bereich keine besonderen Schwierigkeiten mit sich bringen". Er hofft, daß die Scheu der Mädchen, einen gewerblich-technischen Beruf anzustreben, „bei entsprechenden Bemühungen aller Beteiligten" überwunden werden könnte. Zwar habe sich die Zahl der Mädchen in diesen Berufen in den vergangenen Jahren vervierfacht, aber ihr Anteil liege immer noch bei unter fünf Prozent.

Innerhalb des Modell-Programms ist jedenfalls, so eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft, kein *Projekt an mangelndem Interesse* oder an fehlender Ausbildungsbereitschaft gescheitert. Auch hätten sich „arbeitswissenschaftliche Bedenken" als unbegründet erwiesen. Am Ende, nach der Prüfung, blieben nur 8,3 Prozent der jungen Frauen arbeitslos. Dies entspricht dem Durchschnitt auch bei den Männern, während von den Frauen insgesamt (im April) zehn Prozent als arbeitslos gemeldet waren.

JAMES ROVER

Auswirkung der neuen Technik aufs Management

p.p. Bonn

Die international renommierte Akademie für Führungskräfte in Bad Harzburg hat erstmals ein Seminar über „Die neuen Technologien – Ihr Einfluß auf Führung und Organisation in Unternehmen" durchgeführt. Dabei ging es vor allem um die Frage, wie sich die neuen Technologien auf diese Management-Bereiche auswirken. *Professor Reinhard Höhn, Vorstand* der Akademie, erläuterte den Seminar-Teilnehmern die grundsätzliche Richtung: „Je höher der Grad der neuen Technologien im Unternehmen ist, desto höher sind die Anforderungen, die an die Führung gestellt werden müssen. Delegation von Verantwortung ist auf das engste mit dem Einsatz neuer Techniken verknüpft." Konsequenter und kompromißloser kooperativer Führungsstil sei dringend erforderlich, die Angst *vor einem unbegrenzten Herrschaftswissen* und damit einer Wiedergeburt eines autoritären Führungsstils unberechtigt.

Die Weiterbildung der übrigen Kollegen lernen

G. P. O. Esslingen

Die Berufspädagogische Hochschule in Esslingen bietet jetzt zum dritten Mal für 15 Bewerber die Möglichkeit des Diplom-Aufbaustudiums „Betriebliches Bildungswesen". Die ersten Erfahrungen mit diesem vor zwei Jahren völlig neu eingerichteten Ausbildungsgang seien außerordentlich ermutigend, heißt es in Esslingen. In dem viersemestrigen Studium soll die Befähigung erworben werden, die betriebliche Schulung und Führung von Auszubildenden im kaufmännischen Bereich größerer Firmen genauso zu organisieren und durchzuführen wie die betriebliche Weiterbildung kaufmännischer Mitarbeiter und die überbetrieblichen Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Als Voraussetzung für das Aufbaustudium ist nicht unbedingt ein Hochschul-Examen gefordert.

Neues, internationales Feld für Sekretärinnen

hi, Mannheim

Seit dem vergangenen Monat bietet das Mannheimer Sekretärinnen-Studio erstmals den Berufsweg zur geprüften Sekretärin für internationale Touristik an. Voraussetzung für die fünfsemestrige Ausbildung sind Abitur oder Mittlere Reife. Auf dem Stundenplan der angehenden Touristik-Expertinnen stehen neben Wirtschaftskunde und Fremdenverkehrs-Geographie auch deutsche und fremdsprachliche Korrespondenz in mindestens drei Sprachen.

Rennen um Plätze fürs Studium hat begonnen

ZVS in Dortmund versendet die Bewerbungs-Unterlagen

Noch *schwitzen* zwar Tausende von Abiturienten in der Bundesrepublik Deutschland über ihren Abiturprüfungen, doch die Vorbereitungen für das Wintersemester 1984/85 an den Universitäten sind längst angelaufen. Zehntausend Umschläge mit Formularen und Informationsbroschüren verlassen täglich die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätze (ZVS) in Dortmund. Und mehr als tausend ausgefüllte Anträge gehen jeden Morgen dort wieder ein. Denn die Zeit drängt, alle Zulassungsanträge müssen bis zum 15. Juli bei der ZVS eingegangen sein.

Bereits seit Mitte April läuft das Bewerbungsverfahren für die Studiengänge des sogenannten „Besonderen Verteilungsverfahrens" in den Fächern Betriebs- und Volkswirtschaft, Jura, Informatik und Vermessungswesen. Hier sind von den Ländern vorab die Zulassungen aller Bewerber garantiert worden. Die ZVS ist nur für die Verwaltung des Mangels, also den Ausgleich zwischen mehr und weniger gefragten Studienorten zuständig.

Abiturienten, die im Wintersemester Agrarwissenschaft, Architektur, Biologie, Forstwissenschaft, Haushalts- und Ernährungswissenschaft, Lebensmittelchemie, Pharmazie, Psychologie, eines der Medizin-Fächer oder bestimmte Lehramtsstudiengänge in Nordrhein-Westfalen studieren wollen, müssen sich Auswahl-Entscheidungen beugen. Die mit den ZVS-Unterlagen versandte Informationsbroschüre beschreibt, wie die entsprechenden Tests aufgebaut sind, wie sie ablaufen und wie sich die Aspiranten am besten vorbereiten können. Beispiel-Aufgaben sorgen für etwas mehr Klarheit. Die Bewerber für Human-, Zahn- oder Tiermedizin erhalten zugleich die Testbroschüre des Instituts für Test- und Begabungsforschung in Bonn. Die Einladungen zu den Tests folgen im Sommer.

Am 14. August wird dann bundesweit abgefragt, welches Verständnis die Probanden für Fragen der Medizin und Naturwissenschaften haben, wie weit ihr sprachliches Differenzierungsvermögen entwickelt ist, wie gut sie Diagramme und Tabellen analysieren können. Hinzu kommen Tests des räumlichen Vorstellungsvermögens, der Fähigkeit, quantitative Probleme zu lösen sowie konzentriert und sorgfältig zu arbeiten. Die bisherigen Test-Erfahrungen haben jedenfalls ergeben, daß sich durchaus ein Zusammenhang zwischen erfolgreichem Abschneiden in dieser Vor-Auswahl und im Medizin-Studium herstellen läßt.

p. p.

Angebot an Ingenieure, ihre Chancen noch zu verbessern

Fachhochschule Pforzheim bietet Aufbaustudium an

Die Fachhochschule für Wirtschaft in Pforzheim bietet vom kommenden Wintersemester an erstmals ein viersemestriges Aufbaustudium zum Diplom-Wirtschaftsingenieur an. Sie folgt damit einer Empfehlung der vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth eingesetzten Sachverständigen-Kommission, die sich für den Ausbau eines exportorientierten Studienangebots ausgesprochen hat.

Die Fachhochschule, an der in neun Studiengängen rund 2200 Studenten lernen, verweist darauf, daß die immer umfangreicheren Außenhandelsaktivitäten der Bundesrepublik Deutschland nach Fachleuten verlangen, die schon aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, langfristige Geschäftsbeziehungen mit ausländischen Partnern aufzubauen. In erster Linie seien Ingenieure gefragt, die ein wirtschaftswissenschaftliches Grundwissen mitbrächten, dazu Sprachkenntnisse und außenwirtschaftliches Spezialwissen. Damit sei in etwa auch der Inhalt des neu eingeführten Aufbaustudiengangs umschrieben. Mit einem betriebswirtschaftlichen Aufbaustudium für Ingenieure hat die Fachhochschule bereits seit fast 20 Jahren Erfahrungen gesammelt.

Um den Diplom-Ingenieuren bereits während der ohnehin praxisnahen Ausbildung ein Stück notwendiger Auslandserfahrung zu vermitteln, soll das dritte Semester an einer der Partnerhochschulen der vor 21 Jahren gegründeten Pforzheimer Fachhochschule in Großbritannien oder Frankreich absolviert werden. In der Planungsphase befindet sich noch das Vorhaben, auch in den USA ein entsprechendes Semester anzubieten.

Die Pforzheimer gehen davon aus, daß als berufliche Einsatzgebiete für ihre Absolventen vor allem der Vertriebsbereich, Projekt-Management *im Ausland* sowie *Tätigkeiten im* Im- und Export-Sektor in Frage kommen.

G. P. O.

Schlechte Noten für Ausbildung

Modellversuch für Berufsgrundbildungsjahr abgeschlossen: Defizite werden beklagt

Der Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres hat sich inzwischen deutlich verlangsamt. Während das Bundesinstitut für Berufsbildung zwischen 1981 und 1982 noch einen Zuwachs der auf diese Weise Ausgebildeten um mehr als 22 Prozent gezählt hat, steigerte sich die Zahl von 1982 auf 1983 nur um acht Prozent auf jetzt etwa 83 000. Vor allem das sogenannte „kooperative" Berufsgrundbildungsjahr, das in Betrieb und Schule durchgeführt wird, stagniert. Während die Entwicklung hier in den Bundesländern Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sogar deutlich rückläufig war, haben das Saarland, Bremen, Baden-Württemberg und Hamburg hingegen zum Teil massiv weiter ausgebaut. Das Saarland hat für das Berufsfeld Elektrotechnik das kooperative Berufsgrundbildungsjahr sogar flächendeckend eingeführt.

Bundesweit gibt es die meisten Auszubildenden im Berufsgrundbildungsjahr bei der Metalltechnik. An zweiter Stelle steht das Berufsfeld Bautechnik vor Wirtschaft und Verwaltung. Es folgen Ernährung und Hauswirtschaft, Agrarwirtschaft und Holztechnik.

Ein im Jahre 1978 von der M. A. N. im Werk Augsburg eingeführter Modellversuch zur „inhaltlichen Ausgestaltung des Berufsgrundbildungsjahres in kooperativer Form" ist inzwischen abgeschlossen. Vorgegeben waren als Ziele die „Beibehaltung des Ausbildungsniveaus", eine möglichst weitgehende Parallelität der fachpraktischen Ausbildung für verschiedene Ausbildungsberufe im Berufsfeld Metalltechnik, die Anwendbarkeit für unterschiedliche Betriebsgrößen und die „Durchführbarkeit auf der Basis der bisherigen Ausbildungszeiten". Die Ergebnisse liegen vor. Danach ist es immerhin „möglich, auch bei reduziertem Zeitanfall (gegenüber dem ersten herkömmlichen Jahr dualer Ausbildung), eine Berufsausbildung so zu gestalten, daß der Einzelne befähigt wird, den Anforderungen im erlernten Beruf zu entsprechen".

Begeisternd ist dieses Fazit nicht. Und zusätzlich heißt es über den von der Universität München wissenschaftlich begleiteten Versuch auch noch, daß die „fachpraktische Ausbildung im Betrieb und damit die Heranführung des Lehrlings an seine späteren Beruf Priorität" haben müsse. Beklagt wird ein „steigender Anteil von Lernschwachen und -behinderten mit z. T. defizitärer intellektueller Aufnahmefähigkeit".

Das „Reformkonzept der Berufsgrundbildung" sehe vor, durch eine berufsfeldorientierte Grundbildung ein breites Fundament für die anschließende Fachbildung zu schaffen. Dabei solle die Basis für eine Ausbildung in einer Reihe miteinander verwandter Berufe gelegt und ein mit dem ersten Jahr der bisherigen Form der Ausbildung im dualen System vergleichbares Qualifikationsniveau nicht unterschritten werden. Die Schwierigkeiten lägen also einerseits in der Berufsfeld-Einteilung, andererseits darin, „daß die Lerninhalte und Prüfungsanforderungen der Fachstufe nicht auf dem Berufsgrundbildungsjahr, sondern dem herkömmlichen ersten Jahr des dualen Systems aufbauen".

Beklagt wird auch, daß Änderungen der Ausbildungsordnungen und, damit verbunden, der Prüfungsinhalte „nur schwerfällig und verzögert vorgenommen" würden. So werde selbst bei optimistischer Schätzung die Neuordnung für industrielle Metallberufe, die seit 1979 in Gang sei, nicht vor 1985 beendet sein. Insgesamt bestehen die Erfahrungsangaben der Firmen, die an dem bei M. A. N. durchgeführten Versuch beteiligt waren, fast ausschließlich aus mehr oder minder langen Listen mit den Defiziten dieser Art von Ausbildung.

GEORGE-P. OGDEN

Hürden für Auslands-Stipendium

Jahresbericht des DAAD / 22 000 gefördert / Leistung entscheidet über Unterstützung

Rund 180 Millionen Mark sind im vergangenen Jahr aus staatlichen Kassen dafür aufgewandt worden, hochbegabte Studenten und Wissenschaftler im Auslands-Austausch zu fördern. Wie der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die größte Fachorganisation in der Bundesrepublik für die Zusammenarbeit mit dem Ausland in den Bereichen Wissenschaft und Hochschulen, jetzt in seinem Tätigkeitsbericht für 1983 aufgelistet hat, sind insgesamt etwa 22 000 Personen betreut worden. Ein Drittel waren Deutsche, die ins Ausland gingen, zwei Drittel Ausländer, die nach Deutschland kamen.

Aber auch der DAAD muß sich nach der kürzer gewordenen finanziellen Decke strecken. Darunter haben in erster Linie die kurzfristigen Auslandsaufenthalte leiden müssen, deren Zahl 1983 zurückgeschraubt wurde, um im Bereich der Jahresstipendien das bisherige Niveau halten zu können. Jeder der Geförderten – hochqualifizierte Studenten und Graduierte, Hochschulpraktikanten, Wissenschaftler und Hochschullehrer – wird im übrigen, und auf diesen Hinweis legt der DAAD großen Wert, nach „strengen Leistungskriterien von unabhängigen Hochschullehrer-Ausschüssen" geprüft.

Der Löwenanteil des DAAD-Etats kam aus drei Quellen: 105,8 Millionen Mark vom Auswärtigen Amt, 23,6 Millionen Mark vom Bundesbildungsministerium und 7,3 Millionen Mark vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Bundesländer, der Stifterverband und einzelne private Träger in der Bundesrepublik steuerten ebenso wie ausländische und internationale Organisationen weiteres Geld bei. Zusätzlichen etwa 29 Millionen Mark entsprachen die von dritter Seite finanzierten Programm-Ausgaben wie Gegen-Stipendien, Gehälter für Lektoren und entsandte Wissenschaftler, Regierungsstipendien. Dies waren sieben Millionen Mark mehr, als die ausländischen Partner 1982 aufgebracht hatten. Für den DAAD ein Zeichen für ein „zunehmendes Interesse des Auslands an Kontakten zu Hochschule und Wissenschaft in der Bundesrepublik".

2027 Hochschullehrer und Wissenschaftler waren im Rahmen der DAAD-Programme im vergangenen Jahr zu Studienaufenthalten von bis zu drei Monaten in der Bundesrepublik. Es war ein Personenkreis, so der Austauschdienst, „der besonders geeignet ist, Beziehungen zwischen in- und ausländischen Instituten anzubahnen bzw. auszubauen". Die Nachfrage sei weltweit ansteigend. Gerade für die Dritte Welt hätten diese Austauschprogramme herausragende Bedeutung, für die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern in Osteuropa seien sie das „wichtigste Instrument zur Pflege der wissenschaftlichen Beziehungen". An 2916 ausländische Studenten, Graduierte und Nachwuchswissenschaftler wurden Jahresstipendien vergeben. Zwei Drittel der Geförderten kamen dabei aus Entwicklungsländern. Außerdem lernten 623 über Vermittlung des DAAD mit Regierungsstipendien in der Bundesrepublik, 472 aus China.

Unter den vom DAAD geförderten Deutschen waren 762 Hochschullehrer und Wissenschaftler, die zwischen vier Wochen und drei Monaten ins Ausland gingen. 342 Professoren und 346 Lektoren für deutsche Sprache, Landeskunde und Literatur konnten bis zu fünf Jahre draußen arbeiten. An Studenten und Graduierte wurden 829 Jahresstipendien vergeben.

PETER PHILIPPS

Private Uni vor den Toren der Stadt Hamburg

J.R. Hamburg

Über die bundesweit bekannte Privat-Hochschule in Witten/Herdecke und die anstehenden Neugründungen in Rheinland-Pfalz und Bayern sind die kleineren, schon länger existierenden privaten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend in Vergessenheit geraten. Eine von ihnen ist die „Freie Universität Norddeutschland", die sich gezwungenermaßen vor den Toren Hamburgs im niedersächsischen Seevetal ansiedeln mußte. Sie war ursprünglich 1976 in der Hansestadt als „Freie Universität Hamburg" errichtet worden, war dann aber (nach eigenen Angaben) „vertrieben" worden durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts. Die Richter sahen eine „Irreführung" durch die Verwendung des Namens Universität durch eine private Einrichtung. In Seevetal hat sich die Einrichtung aber inzwischen solide mit einer Philosophischen und einer Evangelisch-Theologischen Fakultät etabliert, eine Juristische und eine Medizinische sind in der Planung.

Mit Computern statt mit Bleistift und Radiergummi

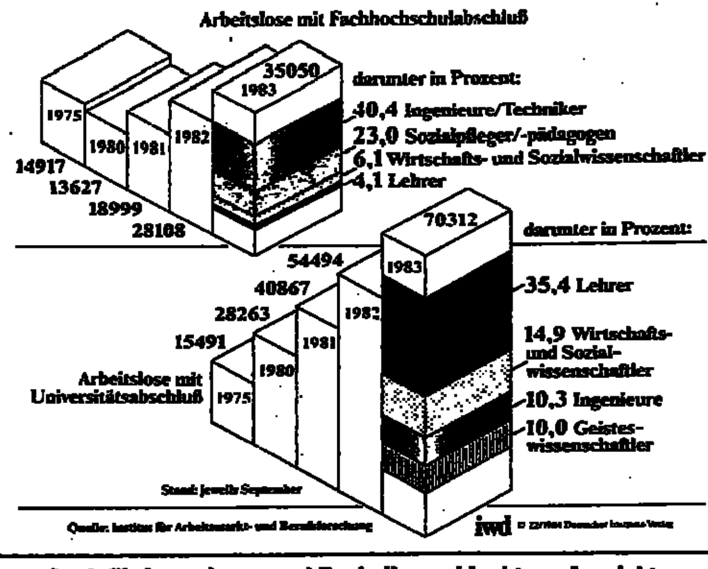
e.s. Remseck

Im Auftrag des Arbeitsamtes Tauberbischofsheim hat die dortige Firma Seeber Konstruktionen ein vierwöchiges Seminar für arbeitslose technische Zeichner und Techniker der Fachrichtungen Maschinenbau und Architektur durchgeführt, um diese Arbeitskräfte auf die praktische Anwendung neuer Technologien vorzubereiten. Weitere Lehrgänge dieser Art sind geplant. Programmschwerpunkt ist die Schulung an vier leistungsfähigen Computer-Aided-Design-Systemen (CAD), die in der Kombination von Computern und Bildschirmen die herkömmlichen Arbeitsmittel Zirkel und Bleistift, Reißbrett und Radiergummi überflüssig machen.

„Unbeabsichtigtes" Lernen in den Sommer-Ferien

ley, Todtmoos

Das Studienhaus St. Blasien bietet neue Weiterbildungsprojekte für die Ferien an. In den Osterferien bereits erprobt sollen während der Sommerferien im Europäischen Jugendhaus in Todtmoos / Schwarzwald in größerem Stil Unterricht und Schülerinteressen miteinander verknüpft werden. Freizeitaktivitäten und Lernen fließen ineinander. Zu der ungewöhnlichen Verpackung gehören das Latein-Lernen durch römische Spielszenen vor der Video-Kamera und der Französischkurs am Kochherd.



Auch für Ingenieure und Techniker schlechtere Aussichten

Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt gesucht

Akademiker-Arbeitslosigkeit um 362 Prozent gestiegen

Zwischen den Jahren 1975 und 1983 ist die Zahl der arbeitslosen Hochschulabsolventen um 362 Prozent gestiegen. Der traditionelle Akademiker-Markt ist offensichtlich an die Grenzen seiner Expansion gestoßen. Zwar ist diese immense Steigerungsquote in starkem Maße von den vielen arbeitslosen Lehramtsstudenten geprägt, doch auch Ingenieure, Techniker und Sozialpädagogen haben nach einer Analyse des unternehmernahen Instituts der deutschen Wirtschaft zusehends verminderte Chancen auf einen ihrer Ausbildung adäquaten Arbeitsplatz.

Trotz der dramatischen Entwicklung haben die Akademiker auf dem Arbeitsmarkt natürlich immer noch einen Platzvorteil. Denn während sich die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zwischen acht und neun Prozent bewegt, liegt die Akademiker-Arbeitslosigkeit mit 4,5 bis 5 Prozent immer noch deutlich unter diesem Niveau. Dies auch, obwohl in den Jahren von 1976 bis 1982 die Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschul-Examen um 41 Prozent gestiegen ist.

Um den am schwersten von der Lage am Arbeitsmarkt Betroffenen – Erwachsene ohne Schulabschluß und Berufsausbildung – bessere Möglichkeiten zu verschaffen, hat Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms eine neue Modell-Versuchsreihe angekündigt. Ihr Haus will diese in den kommenden vier Jahren gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit fördern. Dabei sollen Umschulungsangebote nach dem Arbeitsförderungsgesetz gemacht werden, um so den Weg zu einer vollen beruflichen Qualifizierung zu öffnen.

Die Zielgruppen dieser Modellvorhaben sollen in erster Linie auch Frauen sein, die nach der sogenannten „Familienphase" Schwierigkeiten haben, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Bisher sind solche Frauen genauso wie Erwachsene ohne Schulabschluß, Langzeitarbeitslose und Ausländer in den Umschulungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz wenig vertreten, zum Teil auch aus Gründen der Resignation. Das Bundesbildungsministerium verweist darauf, daß es diejenigen aus diesen Gruppen, die an Umschulungsmaßnahmen teilgenommen haben, dann oft auch deshalb nicht geschafft haben, weil die lange „Entwöhnung vom Arbeitsprozeß" zusätzlich zu den psychischen Belastungen auch zu einem „Qualifikationsabbau" geführt habe.

Speziell für die Frauen, die „vorrangig gefördert" werden müßten, hat Dorothee Wilms die Parole ausgegeben, daß die Umschulung in diesen Modellvorhaben von deren „Lebenssituation ausgehen und die Berufsausbildung soweit wie möglich darauf abstimmen" müsse. Vor allem Betriebe, aber auch Kammern, gewerkschaftliche Träger und Volkshochschulen sollen sich an den Modellvorhaben beteiligen.

Generell sollen begleitend pädagogische Konzepte entwickelt werden, wie man die Motivation wieder steigern und fehlende Grundlagen z. B. in Mathematik und Deutsch aufarbeiten kann. Die durch diese Modellversuche bei den Umschulungsmaßnahmen entstehenden zusätzlichen Kosten werden vom Bundesbildungsministerium zu 75 Prozent übernommen.

p.p.

Auf der Suche nach der eigenen Persönlichkeit

J. R. Bonn

Das Lohmarer Institut für Weiterbildung hat sein neues Programm vorgelegt, dessen Seminar-Bandbreite von Wirtschaft und Finanzen über Umweltfragen bis zur Persönlichkeitsbildung reicht. Gerade in diesem letzten Bereich liegt eine Stärke des Unternehmens. Selbstfindung, Selbsterfahrung, Transaktionsanalyse lauten die Stichworte. Übungen und Rollenspiele helfen dabei Antworten auf die Frage zu finden: Wer bin ich, wie nimmt mich meine Umwelt wahr? Aber es werden auch funktionale und störende Verhaltensweisen und Teamfunktionen bewußt gemacht.

Für weniger Selbstbewußte und für Unerfahrenere wird darüber hinaus ein Kurs „Kommunikation und Kooperation als Führungsprinzip" angeboten. Innerhalb von drei Tagen werden die Grundlagen der Kommunikation vermittelt, Hinweise auf richtige Haltung, Gestik und Stimmen-Modulation gegeben, bevor darauf aufbauend Argumentationstechniken trainiert werden.

Zum Beraten gehört auch die richtige Körpersprache

oh, Tübingen

In Tübingen hat eine neue Aus- und Weiterbildungseinrichtung ihre Tore geöffnet: die Private Tübinger Akademie (PTA), die die Ausbildung zum Wirtschaftsberater anbietet. Verhaltenstrainer und Fachreferenten bringen ihren erwachsenen Schülern nicht nur das Wissen über Vermögensbildung und Anlagemöglichkeiten bei, sondern schulen sie auch in Dialektik und Körpersprache. Da die 15wöchige Ausbildung vom Landesarbeitsamt anerkannt ist, besteht auch die Möglichkeit der Förderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Der Wirtschaftsberater soll nach den Vorstellungen der Tübinger Privatleute bei Vermögensbildung und -sicherung beraten.

Partnerschafts-Vertrag mit dem Technion in Haifa

p. p. Berlin

Der Präsident der Technischen Universität Berlin, Starnick, hat während einer zehntägigen Israel-Reise an traditionelle Bande wieder angeknüpft: 1908 hatte der „Hilfsverein der deutschen Juden" in Berlin die erste Universität modernen Zuschnitts in Palästina geplant. Jetzt haben die TU Berlin und das Technion Haifa, dessen Grundsteine ein Berliner Architekt vor 60 Jahren legte, mit einem Partnerschaftsvertrag den abgerissenen Geschichtsfaden wieder aufgenommen.

Aktienmärkte warteten weiter ab

Anleger schauen gebannt auf die Tarifgespräche

DW. - Ohne Höhepunkte verlief das Aktiengeschäft am Dienstag. Die noch einen Hauch freundlicheren Eröffnungskurse bröckelten im Verlauf ab. Alle warteten gebannt auf Ergebnisse der neuen Tarifgespräche, stellten Kaufentscheidungen aber noch zurück. Immer weniger Anleger haben Mut, mit Blick auf ein Ende der Tarifkonflikte, Material vorzukaufen. Eine gewisse Stütze erhielten die deutschen Aktienmärkte auch am Dienstag wieder von der festeren New Yorker Tendenz des Vortages.

Die Nixdorf-Aktie wurde per Erscheinen erheblich niedriger als am Montag zwischen 448 DM und 453 DM (463 DM) gesprochen, nachdem offensichtlich die ersten Zuteilungen heraus waren. Die Großchemiepapiere konnten sich mit Verlusten bis um etwa eine DM nur knapp halten, obgleich sie von Börseninformationsdiensten herausgestellt worden sind. Relativ stabil lagen die meisten Autowerte. Mercedes-Holding konnten sogar kräftig um weitere rund fünf DM zulegen. Relativ gehalten lag der Elektromarkt. Uneinheitlich tendierten Bankaktien, von denen Deutsche und Dresdner bis rund 1,50 DM hergeben mußten. Kleinere Änderungen auch bei den Montanen. Harpen wurden um acht DM auf 294 DM heraufgesetzt. Warenhäuser knapp behauptet. Etwas freundlicher holländische Papiere.

Düsseldorf: Hochtief befestigten sich um 19 DM auf 545 DM. Heinrich zogen um 5 DM auf 330 DM an und Zanders steigen um 3 DM auf 177 DM. Keramag fielen um 5 DM auf 170 DM, Stinnes ermäßigten sich um 18 DM auf 600 DM und Düwag verloren 1 DM auf 123 DM.

Frankfurt: Hochtief konnten sich um 11 DM auf 540 DM verbessern, MAN-Roland um 10 DM auf 365 DM, Schwäbische Zellstoff um 11 DM auf 247 DM, sowie Eichbaum um 8 DM auf 180 DM. Kochs lAdler wurden um 10,50 DM auf 356,50 DM zurückgenommen.

Hamburg: Die Versorgungswerte tendierten gut behauptet. HEW befestigten sich um 0,60 DM auf 88,70 DM, NWK Vz. um 0,50 DM auf 171 DM und für NWK St. wruden 195 DM minus 3 DM bezahlt. Phoenix Gummi wurden mit 135 DM plus 2 DM gehandelt. Bremer Vulkan verbesserten sich auf 62,50 DM plus 1 DM.

München: Etienne Aigner erhöhten sich um 4 DM auf 280 DM, Deckel AG verbesserten sich um 1,50 DM auf 137 DM und Dywidag zogen um 8 DM auf 184 DM an. NAK Stoffe sanken um 1,80 DM auf 82,20 DM, Süd Chemie fielen um 6 DM auf 373,50 DM und Zahnräder Renk verminderten sich um 10 DM auf 235 DM.

Berlin: Engelhardt konnten sich um 5 DM befestigen, Berthold um 4 DM, Schering um 3 DM und Orenstein um 2 DM. Berliner Kindl und DUB-Schultheiss lagen um je 2 DM leichter und Herlitz St. um 1 DM.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex: 147,2 (147,2)
WELT-Umsatzindex: 1956 (1610)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, B = Berlin, Br = Bremen, S = Stuttgart.

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

	5. 6.	4. 6.		5. 6.	4. 6.
Coca Cola	55,50	55,375	Mobil Oil	27	27,25
Colgate	23,25	230125	Monsanto	93,625	94,125
Comm. Edison	23,875	24	National Gypsum	30,75	32
Comm. Satellite	23	23,375	Nat. Semiconductor	12	12
Continental Group	47,50	59,50	National Steel	25,50	25,75
Control Data	30,375	30,75	NCR	25,25	25,75
CPC Int.	35,875	35,375	Newmont	41,625	41,75
Curtiss Wright	–	36,75	PanAm World	5,50	5,625
Deere	29	29,375	Pfizer	32,375	32,875
Delta Airlines	31,75	32,125	Phibro	25,50	26,375
Digital Equipm.	90,25	89,50	Phillips Petroleum	38,75	39,25
Dow Chemical	28,50	29	Philip Morris	66,75	66,375
Du Pont	47,75	47,75	Pittston	12,75	13
Eastern Gas-Fuel	22,875	23	Polaroid	27,25	27,125
Eastman Kodak	66,125	66,25	Prime Computer	13,625	13,375
Exxon	40,125	40,625	Procter & Gamble	51,25	51
Faberge	30,375	–	RCA	33,125	33
Firestone	17,25	17,375	Revlon	40,25	40,75
Fluor	18,375	18,875	Reynolds Ind.	58,75	58,875
Ford	38,50	38,575	Rockwell Int.	27,75	27,375
Forster Wheeler	11,875	11,75	Rorer Group	31,625	31,75
Fruehauf	31,25	31,375	Schlumberger	48,75	49
GAF Corp.	18,125	18,25	Sears, Roebuck	30,50	30,50
General Dynamics	47,25	47	Shell Oil	57,50	57,375

Toronto

Abitibi Paper	25,50	25,50
Alcan Alu.	38,50	38,75
Bk. of Montreal	24,25	24,25
Bk. of Nova Scotia	11,375	11,625
Bell Cdn. Enterpr.	30,425	30,255
Bluesky Oil	4,80	4,80
Bow Valley Ind.	24,375	24,375
Brenda Mines	–	–
Brunswick M. & Sm.	14,50	14,50
Cdn. Imperial Bk.	25,375	25,50
Cdn. Pacific Ltd.	41,25	42
Cdn. Pacif. Enterpr.	21,125	21,50
Cominco	15,875	16,125
Coseka Res.	3,80	3,85
Denison Mines	16,375	16,50
Dome Petroleum	3,45	3,45
Dofasco	31,25	31,755
Falconbridge Ltd.	61,50	61,50
Great Lakes Forest	–	85
Gulf Canada	17,75	17,75
Gulfstream Res.	0,89	0,85

London

	5. 6.	4. 6.
All. Lyons	165	162
Anglo Am. Corp. $	19	18,75
Anglo Am. Gold $	123,5	122,75
Babcock Int.	141	142
Barclays Bank	464	469
Beecham	325	333
Bowater	259	260
B. A. T. Industries	220	219
Br. Leyland	54	–
British Petroleum	513	510
Burmah Oil	172	172
Cadbury Schweppes	126	125
Charter Cons.	218	218
Cons. Gold. Fields	577	–
Cons. Murchison	875	875
Courtaulds	128	127
De Beers $	7,25	7,50
Distillers	278	278
Driefontein $	39,37	–
Dunlop	37	38

Mailand

Farmitalia C. Erba	3610	3590
Fiat	3885	3855
Fiat Vz.	3190	3145
Finsider A	35,25	33,5
Generali	34300	34200
Gruppo Lepetit	–	–
IFI Vz.	4750	4665
Italcementi	45810	45100
Italgas	984	980
Magneti Marelli	1025	1020
Mediobanca	57000	57400
Mondadori	1990	1950
Montedison	221,5	220,75
Olivetti Vz.	4125	4050
dgl. St.	5048	4940
Pirelli SpA	1485	1460
Rinascente	430	424,75
RAS	48000	47250
S. A. I.	12085	11950
SIP	1870	1854
Snia Viscosa	1480	1470
STET	1959	1940
Index	207,32	206,36

Amsterdam

Ver. Mach.	115	113
Volker Stevin	28,4	28,5
Westland Utr. Hyp.	87,6	88
Index: ANP/CBS	126,50	125,9

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	210	210
Gösser-Brauerei	331	331
Länderbank Vz.	204	204
Österr. Brau AG	302	302
Perlmooser	363	361
Reininghaus	389	388
Schwechater Br.	155	155
Semperit	–	98
Steyr-Daimler-P.	145	145
Universale Hoch-Tief	211	–
Veitscher Magnesit	–	218
Index	54,49	54,7

Tokio

Sanyo Electric	481	475
Sharp	1060	1040
Sony	3240	3290
Sumitomo Bank	990	890
Sumitomo Marine	425	390
Takeda Chem.	760	770
Teijin	400	407
Tokio Marine	575	557
Tokyo El. Power	1130	1080
Toray	440	447
Toyota Motor	1320	1320
Index	792,7	782,22

Kopenhagen

Den Danske Bank	Geschlossen	253
Jyske Bank		550
Kopenh. Handelsbk.		257
Novo Industri		2220
Privatbanken		245
Ostasiat. Komp.		780
Dan. Sukkerfabr.		625
For. Bryggerier St.		880
Kgl. Porc. Fabr.		570

Zürich

Swissair	950	949
dgl. NA	785	775
Winterthur Inh.	3290	3310
Winterthur Part.	2940	–
Zür. Vers. Inh.	17200	17100
Ind.: Schw. Kred.	305,1	301,2

Brüssel

Arbed	1595	1590
Brux. Lambert	2530	2540
Cockerill Ougrée	306	308
Ebes	2495	2495
Gevaert	3200	3200
Kredietbank	7250	7280
Pétrofina	4800	4720
Soc. Gén. d. Belg.	1800	1775
Sofina	4010	4040
Solvay	4195	4120
UCB	4625	4640
Index	148,37	147,98

Hongkong

China Light + P.	11,50	Geschlossen
Hongkong Land	3,00	
Hongk. + Sh. Bk.	4,20	
Hongk. Teleph.	42,50	
Hutch. Whampoa	11,60	
Jard. Matheson	8,70	
Swire Pac. + A +	16,00	
Wheelock + A +	5,17	

Singapur

Cycle + Car.	3,58	3,56
Cold Storage	3,34	3,32
Dev. Bk. of Sing.	8,90	8,85
Fraser + Neave	5,85	5,80
Kl. Kepong	3,00	2,97
Mal. Banking	9,20	9,10
Nat. Iron	5,30	5,30
OCBC	10,00	10,00
Sime Darby	2,27	2,24
Singapur Land	4,22	4,14
Un. Overs. Bank	4,48	4,92

Sydney

ACI	1,71	1,70
Ampol. Explor.	3,30	3,45
Westpacific Banking	3,75	3,77
Bridge Oil	2,37	2,50
Brok. Hill. Prop.	9,84	10,00
Coles	3,52	3,55
CRA	4,98	5,20
CSR (Theiss)	3,10	3,16
Metals Expl.	0,45	0,40
MIM-Holdings	2,85	2,97
Myer Emporium	1,70	1,78
North Broken Hill	2,35	2,40
Oakbridge	0,87	0,88
Peko Wallsend	4,55	4,55
Poseidon	4,44	4,50
Thomas Nat. Tr.	1,60	1,62
Waltons Bond	0,44	0,45
Western Mining	3,36	3,42
Woodside Petr.	1,10	1,02
Index	474,7	481,5

Optionshandel

Frankfurt: 5. 6. 84: 520 Optionen = 28 150 (27 250) Aktien, davon 103 Verkaufsoptionen: = 5400 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-95/5, 7-100/1,9, 10-100/4,4, 1-100/9,9, BASF 7-170/2,90, 7-180/80, 10-170/7,5, 10-180/4, 1-170/10,5, 1-1904, Bayer 7-17.' 5,5, 7-180/2,5, 10-170/11, 10-180/7,5, 1-190/5,5, Bekula 10-95/5,1, 1-95/7,4, BMW 10-420/9, Commerzbank 7-170/2,9, 7-180/1,6, 10-160/13,5, 10-170/6,4, 10-180/4,1,1-170/12, 1-180/7,5, Conti 7-130/2,9, 10-130/6,5, 10-140/2, 1-130/9, Daimler 7-600/3,6, 10-600/12, Dt. Babcock ST 1-170/7,5, Deutsche BK 10-370/18,9, 1-400/10, 1-410/5,8, Dresdner BK 10-170/3,2, GHH ST 7-150/7,5, Hoechst 7-170/3,4, 7-180/2,5, 7-188/15,1, 10-180/7, 10-190/3,5, 1-190/9, Hoesch 7-110/8, 7-120/3, 10-130/3,5, 1-110/18,9, 1-130/6,5, Klöckner 7-55/9, 7-65/2,35, 10-65/3,5, 1-65/6, Mannesmann 10-150/5,9, 10-160/2,5, 1-160/5, RWE ST 10-170/4, RWE VZ 10-170/2,3, Siemens 7-392/4, 7-410/2, 10-400/14, Thyssen 7-80/6,5, 7-85/3,1, 7-90/1,3, 10-85/6, 10-90/3,9, 10-95/2, 1-90/6, VEBA 7-170/2,8, 10-180/3,1, 1-180/5,95, VW 7-190/7,4, 7-200/3,8, 7-210/1,2, 10-190/15,4, 10-200/9,6, 10-210/7, 10-220/3,1, 10-230/2, 1-190/24, 1-200/17, 1-210/12, 1-230/5,6, Alcan 7-80/6, Chrysler 7-65/2,7, 10-70/4,45, 1-65/10, 1-80/3,2, ELF 10-70/16, IBM 10-320/11,4, Norsk Hydro 7-194,4/37, Royal Dutch 1-140/15,7, Sperry 10-110/10, 1-110/11, Xerox 1-120/6, **Verkaufsoptionen:** AEG 7-100/4,5, 7-110/12,5, 10-90/1,7, 10-95/3,5, 1-100/8,6, Bayer 1-160/3,6, BHF 7-277,2/11, Bay. Hypo 7-280/5,4, Commerzbank 10-160/6, 10-164/8, Conti 7-120/1,7, 7-1123,7/2,6, Deutsche BK 7-358/9, 10-340/3, GHH VZ 7-140/9,15, Hoechst 1-170/3,3, Klöckner 7-60/1, Mannesmann 1-140/4, RWE ST 1-160/2,9, Siemens 10-380/6,1, 1-370/4,6, 1-390/16,3, Thyssen 7-80/1,2, VW 7-190/5, 7-200/10, 10/190/6,3, 10-200/12,6, Chrysler 7-70/5, 10-60/2,2, ELF 10-85/4,6, Litton 10-190/10.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10¾–11	5⅜–5⅝	3½–3⅞
3 Monate	11⅛–11⅜	5⅝–5⅞	3⅞–4
6 Monate	11⅞–12¼	6 –6⅛	4 –4⅛
12 Monate	12⅞–13⅛	6½–6⅝	4⅜–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1320,00	1653,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1225,00	1481,95
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	632,70
1 £ Sovereign alt	241,00	294,12
1 £ Sovereign Elizabeth II.	238,00	294,12
20 belgische Franken	187,00	242,82
10 Rubel Tscherwonez	258,00	321,48
2 südafrikanische Rand	240,00	295,26
Krüger Rand, neu	1073,00	1263,12
Maple Leaf	1073,00	1263,12
Platin Noble Man	1090,00	1282,50
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	264,60	328,32
20 schweiz Franken „Vreneli"	197,00	248,52
20 franz. Franken „Napoléon"	192,00	242,82
100 österr. Kronen (Neuprägung)	992,00	1194,72
20 österr. Kronen (Neuprägung)	197,00	247,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	137,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	480,00	574,56
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	149,34

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

5. 6. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6696	2,6776	2,6368	2,62	2,71
London¹)	3,734	3,748	3,707	3,67	3,82
Dublin¹)	3,052	3,066	3,008	3,01	3,16
Montreal³)	2,0558	2,0638	2,0323	2,01	2,11
Amsterd.	88,520	88,740	88,370	87,75	89,75
Zürich	119,990	120,190	120,00	118,75	121,50
Brüssel	4,890	4,910	4,828	4,73	4,93
Paris	32,435	32,595	31,986	31,75	33,50
Kopenh.	27,145	27,265	26,945	26,25	28,00
Oslo	34,770	34,890	34,25	34,00	35,75
Stockh.**)	33,465	33,625	33,005	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,605	1,615	1,572	1,57	1,67
Wien	14,209	14,249	14,192	14,13	14,35
Madrid**)	1,764	1,774	1,723	1,71	1,81
Lissabon**)	1,918	1,938	1,808	1,85	2,45
Tokio	1,1640	1,1670	–	1,12	1,18
Helsinki	46,690	46,890	46,50	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	10,00
Rio	–	–	–	0,09	0,23
Athen*) **)	2,472	2,538	–	2,20	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3953	2,4145	–	2,33	2,48
Johannesbg.*)	2,0996	2,1186	–	1,70	1,95

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 80 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Am Devisenmarkt entwickelte sich am 5. 6. vorsichtig eine leichte Rückkaufneigung für den US-Dollar, die sich nach schwächerem Beginn bei 2,6650 am Nachmittag verstärkte und den Kurs bis 2,6750 ansteigen ließ. Der Rückgang der Arbeitslosen in der Bundesrepublik im April und die gerichtliche Entscheidung in zweiter Instanz zugunsten der Arbeitgeber in der Metallindustrie vermochten also nicht der D-Mark weitere Impulse zu geben. Für etwas Unruhe sorgte dagegen die Meldung eines Flugzeugabsturzes über Saudi Arabien. Die amtliche Notiz wurde mit 2,6736 knapp ½ Pfg. über Vortag festgestellt. Die Bundesbank glich die vorhandene Nachfrage von 12,95 Mill. Dollar aus. Mit Ausnahme des englischen Pfundes, der norwegischen Krone und der spanischen Pesete wurden die übrigen amtlich notierten Währungen unverändert bzw. fester gegen D-Mark gehandelt. US-Dollar in: Amsterdam 3,0180; Brüssel 54,60; Paris 8,2250; Mailand 1660,75; Wien 18,7890; Zürich 2,2263; Ir. Pfund/DM 3,059; Pfund/Dollar 1,3992; Pfund/DM 3,741.

Ostmarkkurs am 5. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,75; Verkauf 19,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Die US-Dollar-Zinssätze neigten am 5. Juni weiterhin zur Schwäche und ließen die Sparsätze nochmals schrumpfen.

Dollar-Abschläge niedriger gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,31/1,21	3,74/3,64	7,57/7,47
Pfund/Dollar	0,22/0,23	0,66/0,68	1,51/1,54
Pfund/DM	1,30/0,40	4,00/2,60	7,50/6,10
FF/DM	28/12	73/57	137/121

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5. 6.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 5. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54)–8,00 (7,79)–9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

Bundesanleihen

		5. 6.	4. 6.
F 6 Bund 78 III	9/84	99,95	99,85
8¼ dgl. 76	9/84	100,45	100,45G
6 dgl. 78 IV	12/84	99,95	99,9
6¼ dgl. 78	1/85	99,85	99,9
8½ dgl. 73 I	3/85	101,3	101,25
7 dgl. 79	4/85	100,35	100,3
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,85	100,85
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,1	101,1
8 dgl. 76 IV	10/85	101,4	101,3
5½ dgl. 78 II	3/86	98,3	98,25
6¼ dgl. 78	5/86	98,35	98,05
7¾ dgl. 76 I	12/86	100	100
6½ dgl. 79	1/87	98,75	98,4
7¼ dgl. 76 II	1/87	99,85	99,7
6¾ dgl. 77	4/87	98,8	98,85
6½ dgl. 77	7/87	97,6	97,5
6 dgl. 77	10/87	95,65	95,5
6 dgl. 78 I	1/88	95	95
6½ dgl. 78 I	9/88	96,1	96,1
6½ dgl. 78 II	12/88	96	96,3G
6¾ dgl. 79	1/89	97,1	97G
7¼ dgl. 79 I	4/89	98,05	97,9
10 dgl. 81	4/89	107,6	107,5
7½ dgl. 79 I	6/89	98,75	98,45
8 dgl. 79 I	7/89	100,3	100,2
8 dgl. 79 II	8/89	100,3	100,1
7½ dgl. 79 II	9/89	98,45	98,25
7¾ dgl. 79 II	11/89	99,4	99,1
7¾ dgl. 80 I	1/90	99,4	99,15
10 dgl. 80	4/90	108,85	108,65
5¾ dgl. 78	5/90	92G	92
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,8bG	100,55
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,85	100,55
7¾ dgl. 82	11/90	98,45bG	98,05
9 dgl. 81	2/91	103,85	103,75
10¼ dgl. 81	7/91	110,35	110,25
10¾ dgl. 81	9/91	112,95	112,8bG
10 dgl. 81 II	12/91	109,35bG	109,25
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,9bG	107,75
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,05	107,9
6 dgl. 78 II	3/93	89,85	89,65
9,5 dgl. 82	4/92	106,7bG	106,55
[illegible]			

		5. 6.	4. 6.
F 6½ dgl. 79	2/85	100	100
8¼ dgl. 73	2/85	101,25	101,2
7 dgl. 77	2/87	99,05	99,05
6 dgl. 77	9/87	95,8	95,7
6 dgl. 78 II	7/88	94,35	94,05
6½ dgl. 77	5/89	94,85	94,85
8 dgl. 79 I	7/89	100,35	100,25
6 dgl. 78 I	2/90	91,2	91,1
8 dgl. 80 II	7/90	100,1	99,95
9 dgl. 81	3/91	104	104
10½ dgl. 81	9/91	111,8G	111,8
10¼ dgl. 81	11/1	110,85G	110,75
8 dgl. 80 I	2/92	99,2	99
10 dgl. 82	2/92	109,05	109,85
9½ dgl. 82	7/92	107,05G	106,85
8 dgl. 82	11/92	98,8	98,55
7¾ dgl. 83	1/93	97,25	96,8
8¼ dgl. 83	10/93	100,05	99,95

Bundespost

		5. 6.	4. 6.
F 8½ Bdpost 68	8/88	96,8	96,8
8 dgl. 72 I	8/87	100,85	100,8
10 dgl. 81	3/89	107,9	107,8
10¼ dgl. 81	6/89	109	108,85
8 dgl. 80	3/90	100	99,7
7¾ dgl. 80	9/90	98,85bG	98,35
8¾ dgl. 80	12/90	103,2	103,05
10½ dgl. 81	10/91	112	111,9
9¾ dgl. 82	2/92	108,35	108,2
8¾ dgl. 82	6/92	102,9	102,85
8¼ dgl. 82	10/92	101,75	101,8
7¾ dgl. 83	2/93	97,15	96,9
8½ dgl. 83	9/93	101,4	101,2
8¼ dgl. 84	2/94	100,1	100

Länder – Städte

		5. 6.	4. 6.
S 8½ Bd.-Wttbg. 78	86	97,75G	97,75G
[illegible]			

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Rentenmarkt erneut freundlicher

An der Dienstagbörse tendierte der Rentenmarkt erneut freundlicher. Öffentliche Anleihen wurden bis um 0,4 Prozentpunkte heraufgesetzt, Bundesobligationen bis um 0,2 Punkte, vereinzelt bis 0,5. DM-Auslandsanleihen schlossen sich der Allgemeintendenz an und wurden bis um 0,2 Prozentpunkte höher bezahlt. Am Pfandbriefmarkt war der Grundton ebenfalls etwas nach oben gerichtet. Für die neue Bundesanleihe mit dem Kupon von 8,25 Prozent wurde im Handel nur ein geringer Abschlag auf den Abgabekurs vo 100,25 Prozent genannt. Sie gilt daher als weitgehend plaziert.

	5. 6.	4. 6.
M 5½ Bayer.Hyp. Pf 14	92,75G	92,5G
8 dgl. Pf 20	82G	82G
6¼ dgl. Pf. 2	95,75G	95,25G
7 dgl. Pf 3	95,25G	94,75G
7 dgl. Pf 27	94,75bG	94,75bG
6½ dgl. KS 14	97,75G	97,5G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	126G	126G
6 dgl. Pf 34	74,5G	74G
[illegible]		

	5. 6.	4. 6.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
8 dgl. 14	90,1	90,1
8 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
8 dgl. Pf 60	94,4	94,4
8 dgl. Pf 73	100,7G	100,7G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	81,25G	81,25
[illegible]		

	5. 6.	4. 6.
M 5 Verbank Nbg. Pf 68	117,5G	117,5G
8 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	100,1G	100,1G
D 8 WestLB Pf 350	101,1G	101,1G
6¼ dgl. Pf 403	97,85G	97,85G
9½ dgl. Pf 1007	105,35G	105,35G
8 dgl. Pf 1015	99G	99G
7 dgl. KO 558	100,1G	100,1G
6¼ dgl. KS 420	98,2bG	96,45G
[illegible]		

Optionsscheine

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]



Im Zeichen des Tigers steht internationale Handelsfinanzierung auf festen Füßen.

Der Tiger ist das Symbol von Malayan Banking, Malaysias größter Bankengruppe. Wir besitzen die Stärke und Größe für die reibungslose Abwicklung internationaler Handelsfinanzierung. Mit der Durchführung großer staatlicher Finanzierungsgeschäfte haben wir uns einen Namen gemacht. Das gibt uns die Erfahrung und die Möglichkeiten, Ihnen einen erstklassigen Außenhandelsservice zu bieten – Dokumentenakkreditive und Inkassi, Wechselgeschäfte und Garantien.

Unsere Außenhandelsspezialisten haben ständig Kontakt zu den wichtigsten internationalen Handelszentren, zu einem weitreichenden Netz von Filialen in Hongkong, London, Hamburg und Korrespondenzbanken in aller Welt.

Wir sagen Ihnen gern, wie wir Ihre Wünsche erfüllen können. Bitte sprechen Sie mit uns.

INSGESAMT ÜBER 6,6 MILLIARDEN U.S.$ AKTIVA
•
ÜBER 180 ZWEIGSTELLEN IN MALAYSIA UND IM AUSLAND
•
ÜBER 1,5 MILLIONEN KONTOINHABER
•
DIE GRÖSSTE BANKENGRUPPE IN MALAYSIA
SIE UMFASST GESCHÄFTS- UND MERCHANTBANKEN, FINANZIERUNGS-, LEASING- UND VERSICHERUNGSGESELLSCHAFTEN



MALAYAN BANKING BERHAD
Malaysias größte Bankengruppe

Malayan Banking Berhad · Niederlassung Hamburg
Ballindamm 13 · 2000 Hamburg 1
Telefon: (0 40) 30 80 02-0 · Telex: 2 13 049
Geschäftsleitung: Dr. jur. E. A. Bleibaum · Kurt B. Stahl

4-158



Dividendenbekanntmachung

Die Hauptversammlung vom 5. Juni 1984 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von DM 7,— je Aktie im Nennbetrag von DM 50,— auszuschütten. Die Dividende wird ab 6. Juni 1984 nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 bei der Gesellschaftskasse sowie bei den nachstehenden Kreditinstituten und ihren Niederlassungen in den jeweils genannten Ländern ausgezahlt:

Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Hessische Landesbank — Girozentrale —
Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale
Landesbank Saar Girozentrale
Merck, Finck & Co.
Metallbank GmbH
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.

Belgien:
Banque Bruxelles Lambert S.A.

Frankreich:
Crédit du Nord
Banque Paribas
Crédit Lyonnais
Société Générale
MM. Lazard Frères & Cie.
L'Européenne de Banque
Banque Nationale de Paris
Crédit Commercial de France

Großbritannien:
S. G. Warburg & Co. Ltd.

Luxemburg:
Banque Paribas (Luxembourg) S.A.
Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG — Dresdner Bank International —

Niederlande:
Algemene Bank Nederland N. V.
Amsterdam-Rotterdam Bank N. V.
Bank Mees & Hope NV

Österreich:
Österreichische Länderbank Aktiengesellschaft
Creditanstalt-Bankverein

Schweiz:
Schweizerische Kreditanstalt
Schweizerischer Bankverein
Schweizerische Bankgesellschaft

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von DM 3,938 je Aktie verbunden, das auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet wird. Die Auszahlung der Dividende erfolgt ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und zuzüglich der Körperschaftsteuergutschrift, wenn ein inländischer Aktionär seiner Depotbank eine Freistellungsbescheinigung seines Finanzamtes (Nicht-Veranlagungsbescheinigung) vorlegt.

Frankfurt am Main, den 6. Juni 1984

Hoechst Aktiengesellschaft

Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Unverändert bis bruchteilig schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Fester präsentierte sich Kaffee. Abschläge in allen Sichten mußte Kakao hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

	5. 6.	4. 6.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	358,50	357,00
Sept	363,50	361,00
Dez	378,50	375,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)	5. 6.	4. 6.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	244,90	245,55
Amber Durum	238,45	238,10
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	143,00	143,00
Okt.	148,50	148,00
Dez.	152,50	152,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	140,90	141,40
Okt	130,20	130,00
Dez.	128,00	128,00
Hafer Chicago (c/bush)	5. 6.	4. 6.
Juli	169,75	169,50
Sept.	181,00	183,50
Dez.	183,50	185,50
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	345,50	348,75
Sept.	323,00	324,75
Dez	299,25	300,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	5. 6.	4. 6.
Juli	141,40	140,70
Okt	132,90	132,00
Dez	132,90	132,20

Genußmittel

	5. 6.	4. 6.
Kaffee		
New York (c/lb)	5. 6.	4. 6.
Terminkontr. Juli	144,00	142,90
Sept.	144,15	142,70
Dez.	144,20	142,50
Kakao		
New York ($/t)	5. 6.	4. 6.
Terminkontr. Juli	2460	2520
Sept.	2498	2560
Dez.	2371	2405
Umsatz	10 115	2388
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	5,72	5,70
Sept	6,00	5,89
Okt.	6,20	6,22
Jan.	6,70	6,80
März	7,38	7,38
Umsatz	6570	4685
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5. 6.	4. 6.
	5,59	5,70
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	5. 6.	4. 6.
Kontrakt Juli	2192–2194	2250–2254
Sept.	2203–2204	2251–2254
Nov.	2225–2230	2259–2268
Umsatz	7801	5579
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1990–1991	2030–2032
Sept.	1957–1958	2009–2010
Dez.	1797–1798	1815–1812
Umsatz	7172	5115
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Aug.	160,00–160,20	157,00–157,20
Okt.	167,60–167,80	164,80–165,00
Dez.	175,60–176,40	173,20–173,60
Umsatz	2752	1979
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	5. 6.	4. 6.
schw. Sarawak spez.	345,00	345,00
weißer Sarawak	635,00	635,00
weißer Muntok	642,50	642,50
Orangensaft		
New York (c/lb)	5. 6.	4. 6.
Juli	181,80	183,70
Sept.	179,90	182,50
Nov.	178,75	180,00
Jan.	178,75	179,80
März	178,75	179,65
Umsatz	700	750

Öle, Fette, Tierprodukte

	5. 6.	4. 6.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	5. 6.	4. 6.
Südstaaten fob Werk.	60,00	60,00
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	40,00	39,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	35,25	34,83
Aug.	34,65	33,95
Sept.	32,90	32,25
Okt.	29,95	29,85
Dez.	28,70	28,80
Jan.	28,65	28,60
März	28,30	28,40
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	42,00	43,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	29,00	29,50
Choise white hog 4% fr. F.	26,00	26,00
Talg		
New York (c/lb)		
top white	23,00	23,00
fancy	22,75	22,75
bleichfähig	21,00	21,00
yellow max. 10% fr. F.	18,75	18,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Juni	52,50	52,17
Juli	56,60	56,65
Aug.	58,70	58,40
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Juli	65,90	66,35
Aug.	64,30	64,85
Febr.	77,30	77,35
Häute		
Chicago (c/lb)	5. 6.	4. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	64,00	64,50
Kühe einh. schwere River Northern	62,00	62,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Juli	821,50	809,00
Aug.	817,00	807,00
Sept.	765,00	758,00
Nov.	726,50	721,00
Jan.	737,50	733,00
März	750,00	745,00
Mai	760,00	755,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Juli	191,30	190,90
Aug.	193,80	193,50
Sept.	192,00	191,00
Okt.	185,50	184,00
Dez.	188,30	186,50
Jan.	190,00	188,50
März	192,00	191,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	5. 6.	4. 6.
Juli	346,80	350,00
Okt.	353,00	349,00
Dez.	351,80	349,00
Kokosöl		
New York (c/lb)	5. 6.	4. 6.
Westküste fob Werk	62,50	63,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	5. 6.	4. 6.
jegl. Herk. cif	1180,00	1180,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	630,00	645,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	870,00	910,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	265,50	273,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1440,00	1450,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	301,00	309,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	5. 6.	4. 6.
Baumwolle		
New York (c/lb)	5. 6.	4. 6.
Kontrakt Nr. 2:		
Juli	83,10	82,91
Aug.	79,50	79,50
Okt.	78,20	78,45
Dez.	75,00	75,42
März	76,16	76,65
Mai	77,10	77,15
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS -1:	unverändt.	49,50
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	5. 6.	4. 6.
Aug.	447–449	447–451
Okt.	443–446	443–447
Dez.	444–446	441–442
Umsatz	64	13
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	5. 6.	4. 6.
Juli	50,60	unerhältlich
Okt.	50,80	unerhältlich
Dez.	50,60	unerhältlich
März	52,70	unerhältlich
Umsatz	22,50	–
		Tendenz: stetig
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	5. 6.	4. 6.
Juli	578,0–580,0	577,0–580,0
Okt.	569,0–569,5	–
Dez.	574,0–574,5	–
Umsatz	12	0
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	5. 6.	4. 6.
East African 3 long	870,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	5. 6.	4. 6.
Juni	13 571	13 593
Juli	13 561	13 586
Kautschuk		
London (p/kg)	5. 6.	4. 6.
Nr. 1 RSS loco	65,00–67,00	66,00–67,50
Juli	65,00–66,50	66,50–67,50
Aug.	66,00–67,00	67,20–68,00
Sept.	67,00–68,00	68,20–69,00
		Tendenz: ruhig
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	5. 6.	4. 6.
Juni	205,50–206,50	208,00–209,00
Juli	212,00–212,50	215,75–216,00
Nr. 2 RSS Juni	205,00–206,00	207,50–308,00
Nr. 3 RSS Juni	201,50–202,50	204,00–205,00
Nr. 4 RSS Juni	194,50–195,50	197,00–198,00
		Tendenz: ruhig
Jute London (£/lgt)	5. 6.	1. 6.
BWC	515,00	515,00
BWD	505,00	505,00
BTC	515,00	515,00
BTD	505,00	505,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	5. 6.	4. 6.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	121,62–121,81	120,60–120,88
drittfolg. Monat	122,37–122,56	121,91–122,10
Zink: Basis London		
laufend. Monat	291,58–292,34	293,42–293,80
drittfolg. Monat	252,62–252,99	255,85–256,23
Produz.-Preis	291,86	291,23
Aluminium 99,9%	3714–3751	3749–3786

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5. 6.	4. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*)	381,55–383,42	385,28–387,16
Blei in Kabeln	129,25–130,25	128,25–129,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	5. 6.	4. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	379–386	381–388
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	426–430	429–432
MS 63	411–416	414–419

Zinn-Preis Penang

	5. 6.	4. 6.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,17	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	5. 6.	4. 6.
Leg. 225	413–415	413–415
Leg. 226	415–417	415–417
Leg. 231	445–447	445–447
Leg. 233	455–457	455–457

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	5. 6.	4. 6.
Platin (DM je g)	36,658	36,758
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	34 35:	34 350
Rücknahmepr.	33 600	33 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	34 210	34 200
Rücknahmepr.	33 670	33 670
verarbeitet	35 900	35 900
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 935	33 885
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	816 70	817,40
Rücknahmepr.	800,20	800,90
verarbeitet	852 90	853,60

Internationale Edelmetalle

	5. 6.	4. 6.
Gold (US-$/Feinunze)		
London	5. 6.	4. 6.
10.30	394,00	394,50
15.00	393,75	391,00
Zürich mittags	393,75–394,25	393,40–393,90
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	104 350	104 200
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	668,10	667,00
3 Monate	683,15	682,65
6 Monate	700,00	700,00
12 Monate	736,05	737,05
Platin (£-Feinunze)		
London	5. 6.	4. 6.
fr. Markt	284,30	282,50
Palladium (£-Feinunze)		
London		
f. Händlerpr.	110,80	110,45

New Yorker Preise	5. 6.	4. 6.
Gold H & H Ankauf	393,75	391,00
Silber H & H Ankauf	935,50	930,00
Platin fr. Händlerpr.	391,00–394,00	391,00–394,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	155,50–156,50	155,00–156,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	938,00	940,00
Juli	945,00	947,00
Sept.	954,90	965,00
Dez.	984,00	996,00
Jan.	994,00	1007,00
März	1004,60	1028,30
Mai	1029,50	1050,30
Umsatz	27 000	26 000

New Yorker Metallbörse

	5. 6.	4. 6.
Kupfer (c/lb)		
Juni	62,65	62,65
Juli	63,10	63,05
Sept.	64,50	64,40
Dez.	66,60	66,65
Jan.	67,40	67,40
März	68,75	68,75
Mai	70,15	70,15
Umsatz	12 000	11 000

Londoner Metallbörse

	5. 6.	4. 6.
Aluminium (£/t)		
Kasse	951,00–952,00	951,50–952,50
3 Monate	952,50–953,00	961,50–962,00
Blei (£/t) Kasse	327,50–328,00	321,00–322,00
3 Monate	330,50–331,00	324,50–325,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1005,5–1006,0	1013,0–1013,5
3 Monate	1025,5–1025,5	1033,0–1033,5
abends Kasse	1005,0–1005,5	1010,5–1011,0
3 Monate	1025,0–1025,5	1030,0–1030,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1007,0–1008,0	1016,0–1017,0
3 Monate	1018,5–1019,5	1025,0–1027,0
Zink (£/t) Kasse	785,00–790,00	760,00–765,00
3 Monate	673,00–675,00	674,00–674,50
Zinn (£/t) Kasse	9070–9075	9065–9070
3 Monate	9015–9016	8995–8996
Quecksilber ($/Fl.)	280–300	280–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	84–85	87–89

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Englisches Vorbild?

cf – Faber und Faber, der britische Verleger von Nobelpreisträgern wie Samuel Beckett und William Golding, hat mit den beiden britischen Autorenverbänden ein Abkommen ausgehandelt, dessen Hauptpunkte anderen Verlegern mehr als beunruhigend erscheinen: Jedem Autor kommt nunmehr das Recht zu, neue Honorarbedingungen auszuhandeln, sobald sein Buch ein Jahrzehnt lang auf dem Markt ist – und nach zwei Jahrzehnten verliert der Verleger die Rechte, also nicht erst fünfzig (in Deutschland sogar siebzig) Jahre nach des Autors Tod.

Mithin, Golding etwa könnte seinen Bestseller, „Herr der Fliegen", für mehr Honorar einem anderen Verleger anvertrauen – in der Theorie. In der Praxis wird sich eine Verhandlung an der Schwelle des zweiten Jahrzehnts natürlich überall nach Angebot und Nachfrage richten.

Wenn Bücher zehn oder zwanzig Jahre lang haltbar sind, dann kann man dem Autor ohne Mühe ein bißchen mehr geben. Faber und Faber ist also nicht eigentlich großzügig – oder gar revolutionär. Die BBC ging kürzlich ganz ähnliche Verpflichtungen ein, und zwar nach Boykott-Drohung von Autoren serienträchtiger Romane.

Goldings Verleger aber ist der erste Buchverleger, der sich so bindet, und dies noch dazu ganz freiwillig. Andere Verlage halten das für sehr gefährlich. Denn auf der Verhandlungsliste der Autoren-Verbände mit ihnen steht noch einiges mehr: Nach 2500 verkauften Exemplaren soll das Honorar auf 15 Prozent vom Ladenpreis steigen, und 80 Prozent aller Einkünfte aus Auslandsrechten sollen künftig an den Autor gehen.

Ob sich all das verwirklichen läßt, scheint zweifelhaft. Aber seit die britischen Autorenverbände nach deutschem Muster erreicht haben, daß dem Urheber auch bei ausgeliehenen Büchern Tantiemen zufallen, sind sie recht aktiv geworden. Sie kümmern sich allerdings ausschließlich um das, wofür sie gegründet worden sind: um die wirtschaftlichen Interessen der Autoren.

Daß deutsche Schriftstellerverbände jemals nach diesem britischen Muster handeln würden, wer wagte das zu hoffen?



Ihre richtige Wirkung entfalten sie erst im Freien: Aristide Maillols „Monument à Cézanne" (1912-25) und Anthony Craggs „Nachbarn und Nachbarschaften" (1984) FOTOS: KATALOG

Ein Freilicht-Museum der Plastik für 120 Tage – Die Ausstellung „Skulptur im 20. Jahrhundert" in Basels Botanischem Garten

Laut scheppernd läßt Atlas die Kugel rollen

Gespenstisch lauernd starrt dem Betrachter plötzlich in einer Ausbuchtung der Wiese zwischen halbhohen Hecken und Bäumen Germaine Richiers „Heuschreckenfrau" entgegen. Die sonst Überraschungs- und Schockeffekten nicht abgeneigten „Wilden" geben sich dagegen hier eher zahm. Wie zwei riesige, verkohlte Stricknadeln ragen Enzo Cucchis „44" benannte Pfähle aus Bronze schräg in die Luft, den Winkel zwischen der planen Rasenfläche und dem aufsteigenden Hang markierend, oder in rußgeschwärzter Bronze entwickelt Mimmo Palladino auf zwei stumpfwinklig zueinanderstehenden, mehr als fünf Meter hohen Platten ein Bildprogramm, das ein wenig an Rodins berühmtes Höllenportal erinnert. Unweit davon rollen laut scheppernd die mächtigen Eisenkugeln auf Bernhard Luginbühls „Seehund" und „Atlas", die eine große Wiese beherrschen, während sein Bruder im Geiste, Jean Tinguely, diesmal mit Innenräumen vorliebnimmt.

Das alles ist in Basel, im Brüglinger Merian-Park, dem Botanischen Garten der Stadt, zu besichtigen. Mit der Ausstellung „Skulptur im 20. Jahrhundert" wird über den Sommer fortgesetzt, was die Baseler 1980 im Riehener Wenkenpark recht erfolgreich begonnen hatten: einen Überblick über die Plastik in unserem Jahrhundert zu geben. Die langgestreckte Anlage des Parkes mit großen Wiesen und baumumstandenen Lichtungen, mit flachansteigenden Hügeln und wildbewachsenen Hängen eignet sich dazu vortrefflich. Denn – die Erfahrung macht man immer wieder – Großplastiken brauchen Luft und Raum. Maillols „Monument à Cézanne", diese große halbaufgerichtete Frauengestalt, die im Züricher Kunsthaus in der engen Nachbarschaft zu anderen plastischen und malerischen Zeitgenossen eher ein wenig melancholisch wirkt, entfaltet erst unter den Bäumen des Brüglinger Parkes ihre gelassene Heiterkeit.

Aber da die Baseler aufs Grundsätzliche aus sind, wurden die alten Scheunen und Ställe im Gelände, die sonst die Kutschen- und Schlittensammlung des Historischen Museums Basel beherbergen, für einen Schnellkurs über die Entwicklung der Plastik seit der Jahrhundertwende einbezogen. Barlach, Belling und Brancusi sind dort genauso vertreten wie Picasso, Pevsner und Puni. Giacomettis vier fast drei Meter hohen „Großen Frauen" beeindrucken mit ihrer archaischen Würde und stehen in einem eigenartigen Gegensatz zu der spielerischen Drahtsilhouette der Calderschen „femme nue".

Überraschungen gibt es da nicht, sieht man von Rodtschenkos hölzerner *„Raumkonstruktion"* ab, *einem* verwitterten, auf einer Seite ausgehöhlten Balken, in den vier Würfel mit weichen Kanten und einer runden Vertiefung oder Erhebung eingefügt sind. Da ist nichts von der Kälte und bewußten Kunstlosigkeit zu spüren, die sonst die konstruktivistischen Arbeiten des Russen auszeichnet. Die Plastik erinnert an ein Fundobjekt, ein Stück gestalteten Zufall.

Auch den Modernen, wenn sie sich mit kleinen Formaten begnügen oder nicht auf wetterfeste Materialien zurückgreifen, wurde unter den Scheunendächern ein Domizil eingeräumt. Fontanas „Masken", rauh modellierte Figuren aus grünlicher Keramik, Dan *Flavins Montagen aus Leuchtstoff*röhren oder Marcel Broodthaers' Objekte aus verfremdeten Alltagsrelikten stehen neben Werken von Genzken, Hesse, Oldenburg und anderen für die gegenwärtigen Tendenzen der Plastik, die offenbar das plastische Gestalten scheuen. Aber das sind eher Randnotizen.

Den Reiz des Baseler Unternehmens bilden die Skulpturen im Freien. Das regennaß wuchernde Grün ist eine Folie, vor der selbst die Konstruktionen aus poliertem Stahl oder verrostetem Eisen Eigenleben zu entfalten vermögen. So wuchert Max Ernsts „Mondspargel" aus weiß bemalter Bronze nicht ohne Komik aus der Wiese neben einem kleinen Teich. Guiseppe Penone, schon immer den Naturstoffen zugetan, entwickelt aus Baumrinden antropomorphe Formen, die sich als „Landschaft der vegetabilen Geste" auf einer Lichtung um karge Bäumchen ranken.

Luciano Fabros „Colonna" aus weißem, schwarzgeädertem und unregelmäßig kanneliertem Marmor ragt auf der Höhe wie die Parodie einer klassischen Säule in den Himmel, während dicht daneben Maria Nordmann Baumstämme zu der Idee eines Blockhauses fügt, die von der praktischen Notwendigkeit nur *trennt, daß jeweils ein Balken* ausgelassen und so den Unbilden der Natur freier Zugang zum Innenraum zugebilligt wurde. Es ist so recht ein Stück für Interpreten. Übertroffen wohl nur von Sol LeWitts „Cube", einem aus weißen Zementsteinen gemauerten Würfel von fünf Meter Kantenlänge.

Die Ausstellung huldigt allen Stilen, auch wenn sie ihrem Vorsatz, die achtzig Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts in der Plastik zu dokumentieren, nur bedingt gerecht wird. Die Realisten sind lediglich für die ersten Jahrzehnte gefragt. Kolbe, Marcks, de Fiori, die Kollwitz oder Scharff, Duane Hanson oder Edward Kienholz kommen im Merian-Park nicht vor. Auch Zadkine oder Manzù, Max Bill oder George Rickey sucht man vergebens.

Das mag an den Schwierigkeiten liegen, mit denen eine Plastikausstellung mehr als jede andere zu kämpfen hat. Da ist es mit der Bereitwilligkeit der Leihgeber nicht getan, da müssen auch die oft schwierigen Transportprobleme und die recht erheblichen Transportkosten berücksichtigt werden. Und warum sollen die drei Organisatoren – Ernst Beyeler, Reinhold Hohl, Martin Schwander – nicht ihren persönlichen Vorlieben Tribut zollen und auch jene einladen, die sich mit einem trotzigen „Auch ich bin Bildhauer" auf ein Metier einlassen, das eigentlich nicht das ihre ist?

Dem Besucher wird die Freiheit, sich zu erspazieren, was ihm gefällt oder was ihn ärgert, nicht beschnitten. Das Ganze dient trefflich „Dem Vergnügen der Einwohner" – natürlich *nicht nur von Basel.* (Bis 30. September; Katalog 28 sfr.)

PETER DITTMAR

JOURNAL

Polnischen Exil-Blättern droht die Schließung

J. G. G. Berlin

Vor dem Ende stehen zwei der angesehensten Zeitschriften der neuen polnischen Emigration, „Poglad – Meinung" und „Archipelag", beide mit Sitz in Berlin. Wegen der gesetzlichen Asylregelung mußten bereits mehrere Mitarbeiter in andere Bundesländer umsiedeln. „Archipelag" ist die einzige Exilzeitschrift, die den deutsch-polnischen Dialog fördert. Böll, Grass und Lenz gehörten bereits zu den Mitarbeitern. Chefredakteur ist der entlassene Ressortleiter der Breslauer Kulturzeitschrift „Odra", A. Wieckowski. Beachtliches Niveau wird auch der „Poglad" attestiert, die als einzige polnische Exilpublikation auch in deutscher Sprache erscheint. Beide Zeitschriften haben Abonnenten in der gesamten westlichen Welt.

Regisseur verklagt die Pariser Oper

dpa, Paris

Das hundertjährige Jubiläum der Oper *„Manon"* von *Jules Massenet* überschattet ein Prozeß. Seit Anfang der Woche steht eine Neuinszenierung in der Opéra Comique auf dem Programm. Für Regie und Ausstattung zeichnen Jean-Reynald Pretre und Maurice Le Nestour verantwortlich. Der anfangs vorgesehene Regisseur Guy Coutance *will die Pariser Oper jetzt verklagen.* Nach Angaben der Opernleitung war der Regisseur ausgetauscht worden, da „das Projekt von Coutance und seiner Ausstatterin Christine Marest das ursprünglich vorgesehene Budget überschritten hatte und nicht den Normen des Theaters entsprach".

US-Universität ehrt sowjetischen Dissidenten

dpa, New York

Die jüdische Yeshiva-Universität in New York hat dem sowjetischen Dissidenten Anatoli Schtscharanski wegen seines Eintretens für die *Menschenrechte den Ehrendoktor*titel verliehen. Avital Schtscharanski, die nach Israel emigrierte Frau des jüdischen Dissidenten, der in der Sowjetunion eine Freiheitsstrafe von 13 Jahren verbüßt, nahm die Auszeichnung entgegen. Sie sagte, während Nationen überall in der Welt vor der Macht der Sowjetunion zitterten, stehe Schtscharanski, ein „einsamer und wehrloser Mann mit einem kranken Herzen, fest und unbeugsam vor dem Tyrannen".

Internationale Biennale des Tanzes in Lyon

AFP, Lyon

An der ersten internationalen „Biennale des Tanzes" in Lyon, der Fortsetzung des Lyoneser Festivals, nehmen bis zum 7. Juli 17 Truppen aus den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik und Frankreich teil. Insgesamt kommen 24 Programme in 70 Vorstellungen zur Aufführung. Aus Deutschland wird das Bremer Tanztheater unter Reinhild Hoffmann erwartet, das vom 18. bis 21. Juni mit dem Ballett „Callas" gastieren wird.

Alt-jüdische Gebetsstätte in Samaria entdeckt

dpa, Haifa

Israelische Archäologen haben nach Angaben der Universität von Haifa auf einem 800 Meter hohen Berg in Samaria, unweit von Nablus im besetzten Westjordanland, eine rund 3000 Jahre alte jüdische Gebetsstätte ausgegraben. Nach Angaben des Archäologen Sartal gibt es Anzeichen dafür, daß sich unter dem ausgegrabenen Altar noch eine andere und ältere Stätte befunden hat, vermutlich aus der Zeit Josuas, des Nachfolgers von Moses.

Der Geschichtsphilosoph Isaiah Berlin wird 75

Lieber Fuchs oder Igel?

Der Fuchs weiß viele Dinge, der Igel weiß ein einziges Ding." Aus diesem Fragment des Griechen Archilochos hat Sir Isaiah Berlin, der heute das 75. Jahr vollendet, den Titel eines geistreichen Essays von Buchlänge geschöpft: „The Hedgehog and *the Fox", der sich bei genauerem Hin*sehen als eine Studie über Tolstoi entpuppt, von einer Belesenheit und Schärfe des Urteils, die ihresgleichen sucht. Aber wenn man will, kann man sich davon auch zu einem Gesellschaftsspiel anregen lassen: Wer ist in diesem Sinne unter den Zeitgenossen oder in der Ideengeschichte der Menschheit ein Fuchs, d. h. agil, vielwissend, gierig auf stets neue Erfahrungen, und wer möchte im Grunde nur eines wissen, den Kern der Dinge, den richtigen Weg? Tolstois Tragödie, meint Berlin, sei es, daß er in sich das eine und das andere vereinte.

In Riga geboren, als diese von Deutschen, Letten und Juden be*wohnte Stadt noch zu Rußland* gehörte, kam Isaiah Berlin noch rechtzeitig nach England, um eine so ehrwürdige Schule wie St. Paul's zu besuchen und anschließend ans Oxforder Corpus Christi College zu gehen. Mit 23 Jahren wurde er Fellow von All Souls, dem einzigen College in Ox*ford, das keine Studenten, sondern* nur „Dons" beherbergt. 1975 kehrte er dorthin zurück, nach einer langen und glanzvollen Karriere, die ihn u. a. in den britischen Auswärtigen Dienst, an die Spitze eines College, aber auch der British Academy und sogar des Royal Opera House in Covent Garden geführt hat, ganz zu schweigen von dem reichlichen Dutzend von Gastprofessuren in England, USA und Israel. Ehrendoktorhüte hat er so viele, daß er zwei Wochen lang jeden Tag einen anderen aufsetzen könnte.

Ursprünglich bewegten ihn musiktheoretische Probleme, dann geriet er immer tiefer in die Geschichtsphilosophie, wobei ihm *zustatten kam*, daß er Herder und Comte, Vico und Alexander Herzen in der Originalsprache lesen konnte. Turgenjew hat er nicht nur ideengeschichtlich eingeordnet, sondern auch übersetzt. Und mit Pasternak und der Achmatowa gelang es dem britischen Botschaftssekretär in Moskau sich intensiv anzufreunden.

Das erste seiner in Deutschland nie hinreichend beachteten Bücher war eine Monographie über Karl Marx, das wichtigste vielleicht seine „Four Essays on Liberty". Auch in England waren seine Werke in Vorreden, Nachworten und Zeitschriftenaufsätzen so verstreut, daß zwei taktkräftige Verehrer seines Schaffens sich daran gemacht haben, sie in vier Bänden zusammenzustellen. Davon sind zwei – „Russische Denker" und „Wider das Geläufige" – erfreulicherweise auch auf deutsch bei der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt, erschienen.

HELLMUT JAESRICH



Universalgelehrter mit Esprit: Sir Isaiah Berlin ZEICHNUNG: DAVID LEVINE

KULTURNOTIZEN

„La Cage aux Folles" ist mit sechs „Tony"-Preisen zum besten Musical der letzten Broadway-Spielzeit gekürt worden. „The Real Thing" von Tom Stoppard erhielt als bestes Theaterstück fünf „Tonys".

Die Europa-Nostra-Medaille für vorbildliche Gestaltung der Innenstadt ist der niedersächsischen Stadt Celle verliehen worden.

„Mehr Kunst für Bonn" ist das Motto, unter dem die „1. Bonner Kunstwoche" stattfindet (21.–28. 9.).

Das Museum für Völkerkunde der Universität Kiel feiert in diesem Jahr *sein 100jähriges Bestehen.*

Peter Wilson, von 1958 bis 1980 Präsident des Londoner Auktionshauses Sotheby's, ist im Alter von 71 Jahren in Paris gestorben.

Eröffnung der Ludwigsburger Schloßfestspiele

Glanz der Madrigale

Die Ludwigsburger Schloßfestspiele zeichnen sich gegenüber ähnlichen Unternehmungen allein schon dadurch aus, daß die Hauptspielzeit nicht in die Sommermonate, also mitten in die Theaterferien, fällt. Die ursprüngliche Intention, das kleine Barocktheater im Ludwigsburger Schloß nicht ungenutzt zu lassen, ist inzwischen konkretisiert und erweitert worden: Kammermusik aller Schattierungen prägt – neben der obligaten Inszenierung einer Mozart-Oper – den Festspielkalender. Anstatt also im Sommer in einen ruinösen Wettbewerb mit Bayreuth, Salzburg und anderen Orten zu treten, engagiert man für die Opernproduktion junge Kräfte und bemüht sich ansonsten mit beneidenswertem Erfolg um international angesehene Instrumentalsolisten und Konzertsänger.

Unter hauseigener Regie steht nach wie vor das Eröffnungskonzert. Wolfgang Gönnenwein, Initiator und *künstlerischer Leiter der Festspiele*, hat auch diesmal in geschicktem Vorgriff auf das Musikjahr 1985 ein oratorisches Werk von Händel, den „Judas Maccabäus" zur Aufführung gebracht. Was im eigenen Hause entsteht, hat später allerdings leicht den Geschmack des „Hausbackenen".

Davon kann sich die Ludwigsburger Einstudierung des 1746 entstandenen Oratoriums, dessen Text die damals aktuellen und blutig verlaufenen Auseinandersetzungen um den britischen Thron in alttestamentliche Sujets kleidet, nicht ganz freimachen. Deshalb nicht, weil sie das Oratorium unter dem Primat des Chorgesangs betrachtet. Zwar erfüllt der Süddeut*sche Madrigalchor jene Ansprüche*, die auf stimmliche Verfassung, Intonationssicherheit, dynamische Bandbreite und sprachliche Diktion Wert legen. Damit begab man sich aber zugleich in die Nähe einer heute längst ideologieverdächtigen oratorischen Tradition aus dem 19. Jahrhundert, die im wuchtigen Chorklang ihr musikalisches Seelenheil suchte.

Auch in Ludwigsburg vertraute man sonst kaum auf die Qualitäten des Werkes. Adagiosätze fielen entweder unter den Tisch oder wurden im Tempo, etwa schon in der dreiteiligen Ouvertüre, vollkommen überzogen. Dahinter verbirgt sich im Grunde die Angst, Musik oder dramatische Effekte könnten nicht offen zutage treten. Wie maßstabsetzende Händel-Interpretationen klingen, das muß man sich wohl immer noch von den Engländern zeigen lassen.

Nachahmenswert ist allerdings die Ludwigsburger Gepflogenheit, sich um deutsche Texte, meistens in neuen Übersetzungen oder Bearbeitungen, zu bemühen. Das gilt für die Libretti der Mozart-Opern ebenso wie für die Oratorien. So hat zum Beispiel Walter Jens neue Zwischentexte für die konzertante Aufführung von Beethovens „Fidelio" beigesteuert.

Das genaue Gegenteil der Massenchöre vergangener Zeiten sind vermutlich die englischen Consorts. Die berühmtesten dieser Vereinigungen musizieren mit schöner Regelmäßigkeit in Ludwigsburg. Nachdem letz*tes Jahr das „Julian-Bream-Consort"* mit großem Erfolg aufgetreten war, konnte man in dieser Spielzeit sicher sein, daß Anthony Rooley mit seinem „Consort of Musicke" auf ein sensibles Publikum treffen würde. Man durfte sogar wagen – die üblichen Konzertrituale aufbrechend –, virtuose Madrigale szenisch darzustellen.

Den jährlichen *Gitarrenabend* hat man inzwischen zu einem Gitarren-Festival ausgeweitet. Es gastieren im Ordenssaal des Schlosses Alvaro Pierri, Manuel Barrueco, Göran Söllscher: Gitarristen der jungen Generation, die sich mit dem Erbe von Andfes Segovia auseinandersetzen. Stand die Vätergeneration noch im Banne des Exotischen, so haben sich die heutigen Gitarristen im etablierten Kulturbetrieb einen Rang sichern können, der sogar die Durchführung eines Festivals im Festival erlaubt. Leider stand der Abend von Alvaro Pierri unter einem ungünstigen Stern. Die zunächst geplante Uraufführung eines Gitarrenkonzerts von Jan Novak mußte ebenso ausfallen wie die Darbietung des hoch virtuosen Konzerts von Mauro Giuliani. Letzteres, weil das begleitende Düsseldorfer Kammerorchester seine Noten vergessen hatte.

Vorläufiger Höhepunkt der Ludwigsburger Veranstaltungen war sicher der Klavierabend von Cyprien Katsaris. Der französische Virtuose, der jüngst eine Klaviertranskription von Beethovens 9. Sinfonie auf Schallplatte eingespielt hat, ließ auch in Ludwigsburg einige jener atemberaubenden und leider fast vergessenen Transkriptionen bekannter Werke durch Franz Liszt hören. Katsaris' Fassung von Schuberts großer B-Dur-Sonate aber setzt auf diesem Gebiet ähnliche Maßstäbe wie einst Glenn Goulds Durchleuchtungen der Mozart-Sonaten.

RICHARD LORBER

Voluminöse Buchreihe: „Komponisten in Bayern"

Theorie zwischen Tönen

Es gibt Bücher, die nie rezensiert werden, was seinen Grund darin hat, daß eine eigentliche Rezension diesen Büchern nicht gerecht wird; aber auch, daß solche Bücher in allzu bescheidener Weise einhertreten, zum Beispiel die ersten drei Bände der Reihe „Komponisten in Bayern", die im Verlag Hans Schneider, Tutzing, erscheinen, herausgegeben im Auftrag des Landesverbandes Bayerischer Tonkünstler e. V. von Alexander L. Suder.

Die ersten drei Bände – die Reihe ist auf mehr als fünfzig Bände berechnet, ein Unternehmen von imponierender Kühnheit – sind den Komponisten Harald Genzmer, Rudi Stephan und Karl Marx gewidmet. Daraus ist schon zu entnehmen, daß der Rahmen „Komponisten in Bayern" vom Herausgeber nicht zu eng begriffen wird.

Die Bände sind als Monographien *konzipiert, enthalten jeweils einen* Bildteil, Autographen-Faksimiles, eine biographische Darstellung des Komponisten, ausgewählte Werkanalysen, ein Werkverzeichnis, Bibliographie und Discographie. So ist die Monographie von Juliane Brand über den früh verstorbenen – im Ersten Weltkrieg gefallenen – Rudi Stephan, einen Jugendstil-Musiker, den Konzertrepertoire und Schallplatte mit siebzigjähriger Verspätung jetzt ganz allmählich zu entdecken beginnen, bisher die einzige umfassende und greifbare Darstellung über Leben und Werk dieses Komponisten.

Die Reihe erweist sich damit als ein vielfach verdienstvolles Unternehmen. Nicht zuletzt, weil zu allen drei Bänden eine Tonbandkassette mit Musikbeispielen lieferbar ist, die tönend ergänzen soll, was im Buch theoretisch dargestellt ist. Wenn solche Bücher, abgesehen vielleicht von der allerengsten Fachpresse, schon nicht rezensiert werden oder werden können, sei wenigstens ein Hinweis erlaubt, auch weil sie sich bei aller musikwissenschaftlichen Fundiertheit in Ton und Anspruch an den wenden, von dem die Musik im Grunde genommen lebt: an den interessierten Laien.

HERBERT ROSENDORFER

Von der Kulturgeschichte der Kekse: Hannovers neues Bahlsen-Museum

Eine Jugendstilfabrik für Süßmäuler

Es war einst ein fast feierlicher Moment, wenn beim Nachmittagstee Kekse herumgereicht wurden. Zweimal, höchstens dreimal durfte man zugreifen. Dann wurde das wertvolle Porzellanbehältnis wieder geschlos*sen und auf dem Beistelltisch neben* dem silbernen Teeservice verwahrt. Kekse waren um die Jahrhundertwende noch etwas Besonderes. Das verraten schon die Dosen und Schachteln, in denen sie verkauft wurden.

Eine sehenswerte Auswahl dieser alten Stücke ist im Bahlsen-Museum in Hannover zu besichtigen, das jetzt von einer firmeninternen Sammlung in eine öffentliche Institution umgewandelt wurde. Auf 700 qm Ausstellfläche ist da die Geschichte von Deutschlands bekannter Keksfabrik dargestellt.

Alles dreht sich hier ums Gebäck, um das Backen und Verpacken, um Werbung und Vertrieb. Auf alten Fotografien ist zu sehen, wie man um 1912 Kekse herstellte, wie damals die Back- und Packräume, die Büros aussahen. Alles war um ein paar Nummern kleiner als heute. Auf Karl Schmidt-Rottluffs Gemälde „Am Backofen" (1922) mühen sich gleich mehrere Menschen ab, den Teig zuzubereiten und backfertig zu machen, *während der Ofen im Hintergrund* seinen feurigen Schlund gierig aufreißt.

Amüsiert bleibt der Besucher vor dem Musterkoffer eines Reisenden aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stehen. Der Koffer ist bis zum Rand mit Keksdosen aus schön bedrucktem Blech – entsprechend den gesellschaftlichen „Zielgruppen" – vollgepackt. Auch die Werbung für die Kekse, nach englischem Vorbild bis 1912 „Cakes" geschrieben, wurde nicht einfach irgendwelchen Grafikern anvertraut. Die besten Künstler wie Heinrich Vogeler, Ludwig Hohlwein, Olaf Gulbransson entwarfen Plakate und Packungen.

Der Bildhauer Bernhard Hoetger war noch vor dem Ersten Weltkrieg beauftragt worden, eine „Tet"-Stadt zu entwerfen. Auf dem Gelände, auf dem sich heute das neue Verwaltungsgebäude der Firma befindet, sollte eine riesige, in Gartenanlagen eingebettete Fabrik mit Wohnsiedlung, Theater und anderen Freizeiteinrichtungen entstehen. Der Krieg *durchkreuzte diese Pläne. Die Skiz*zen und Entwürfe aber sind heute in dem Museum zu begutachten.

An Abwechslung mangelt es hier nicht. Von Backwerkzeugen bis zu Puppen, die für die Werbung „eingespannt" wurden, von alten Keks-Modeln und Hostieneisen seit dem 16. Jahrhundert bis zu den ersten Backmaschinen ist alles Wissens- und Betrachtenswerte in den schönen Jugendstilräumen der alten Fabrik übersichtlich aufgebaut. An der Architektur der Säle und an dem reichen Figurenschmuck des Bildhauers Georg Hertig ist nichts verändert oder modernisiert worden. Einen besseren Rahmen für diese „Kulturgeschichte des Keks" könnte sich Hannovers junges Museum gar nicht wünschen.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Brunskappel feiert seine Wiedergeburt

Richterspruch aus Münster verhindert Bau der Talsperre

KNUT TESKE, Bonn

Eine Stunde lang läuteten im Ort *die Kirchenglocken, auf den Straßen* tanzten die Menschen, lachten, schrien, schwenkten kleine Fahnen – Karneval in Brunskappel, einem tausend Jahre alten Dorf im Sauerländischen. „Schuld" an diesem Temperamentsausbruch waren fünf Herren *im fernen westfälischen Münster. Ihr* Urteil Montag abend muß als pure Sensation angesehen werden, das zunächst Sprachlosigkeit auslöste, dann je nach Beteiligung Schock auf der einen und frenetischen Jubel auf der anderen Seite.

Der 20. Senat des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster hob an diesem Tag die vom Arnsberger Regierungspräsidenten erteilte Genehmigung zum Bau der Negertalsperre in letzter Instanz auf. Damit retteten *die* Richter den Ort zwischen Kahlenberg und Winterberg, der schon so gut wie sicher zum Untergang verurteilt schien und wie Usedom im Wasser verschwinden sollte.

Für die Verlierer – den Regierungspräsidenten von Arnsberg und den Essener Ruhrtalsperrenverein (RTV) – kommt dieser Spruch freilich einer Katastrophe gleich: Seit zehn Jahren *laufen die Planungen;* 50 Millionen Mark hat der RTV bereits für den Ankauf von Grund und Boden vor Ort investiert, von den Planungskosten für Bornstein als neue Heimat der Brunskappeler ganz abgesehen.

Die Negertalsperre sollte eigentlich als 61. Talsperre Nordrhein-Westfalens bereits im vergangenen Jahr fertiggestellt sein. In den Augen der Wasserwirtschaftler ein idealer Standort, um 44,5 Millionen Kubikmeter Wasser 38 Meter hoch aufzustauen. Doch die Planung geriet bald ins Schwimmen angesichts des Zorns, der in diesem idyllischen Ort mit seiner 750 Jahre alten Barock-Kirche bald ganz andere Höhen erreichte.

*Im Dorf bildeten sich zwei unver*söhnliche Lager. Unbeteiligte hatten keine Chance, sich da herauszuhalten. Sie wurden von den Radikalen schlicht der „Anpasser-Partei" zugeschlagen, deren Mitglieder freilich nach dem Motto: „wenn schon, denn schon", zur Zusammenarbeit mit dem RTV bereit waren.

Jahrelang schien dieser Kurs auch der richtige zu sein. In erster Instanz vor dem Verwaltungsgericht Arnsberg gingen die Talsperrengegner beinahe im wahrsten Sinne des Wortes mit (ihren) Pauken und Trompeten unter.

Die Wende für den dem Untergang geweihten Ort kam vorgestern in Münster, wo man den Planungsfeststellungsbeschluß als rechtswidrig aufhob und gleichzeitig die Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin nicht zuließ.

In ihrer Entscheidung stützten sich die Richter auf ein Gesetz aus dem Jahre 1913. Danach muß das der Ruhr entnommene Wasser dem Fluß in gleicher Menge wieder zugeführt wer*den – eine Technik, die längst* als veraltet gilt und deshalb nicht mehr angewandt wurde.

Statt das entnommene Wasser also der Ruhr in gleicher Menge wieder hinzuzufügen, sorgt der RTV vielmehr für eine stets gleichbleibende Wasserführung von zwölf Kubikmetern pro Sekunde, nachzumessen an der Ruhrmündung bei Mühlheim.

*Dieses System hat sich nach An*sicht der RTV nicht nur bewährt, sondern findet auch den Beifall aller staatlichen Kontrollgremien – der Fehler ist nur, daß es dem Gesetz aus Kaiser Wilhelms Zeiten nicht entspricht.

Aus diesem Manko heraus hielten die Richter den Planfeststellungsbeschluß in „wesentlichen *Punkten* der wasserwirtschaftlichen Kapazitätsberechnung" für nicht hinreichend genau und fragten, ob die Talsperre nicht sogar überflüssig sein könnte.

Diese These wiederum läßt der Ruhrtalsperrenverein, auch wenn er gestern keine Stellungnahme abgeben wollte, überhaupt nicht gelten. Wenn der derzeitige Wasserfluß der Ruhr gehalten werden solle, was nach derzeitigen Erkenntnissen nötig sei, dann müsse die Talsperre her.

Doch wie es nun weitergeht, weiß niemand. Viele Fragen sind zu klären:

- Was geschieht mit dem Bebauungsverbot in Brunskappel?
- Was wird mit den vom RTV aufgekauften *Häusern im Ort?*
- Wie wird die Talsperrenlücke geschlossen?
- Wird das verletzte, aber unzeitgemäße Gesetz als Landesrecht vom Düsseldorfer Landtag per Novelle auf *den neuesten Stand gebracht oder* muß sich der RTV nach neuen Standorten für Talsperren umsehen?

Am einfachsten wäre *zweifelsohne* die Novellierung der veralteten Vorschrift, womit freilich das ganze Spiel um Brunskappel wieder neu beginnen würde. Wäre das überhaupt noch zumutbar? Andererseits: Wer setzt schon gern 50 Millionen Mark in den Sand?

Brunskappel bleibt im Fluß.

Vielleicht werden die Glocken eines fernen Tages noch einmal läuten: Dann zum letzten Stündchen dieses idyllischen Ortes hinter den Bergen.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Eine umfangreiche Tiefdruckzone überdeckt Mittel- und Westeuropa mit hochreichend kalter und wolkenreicher Luft, dabei gestalten eingelagerte Störungen das Wetter wechselhaft.

Deutscher Wetterdienst 5. Juni 1984, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel ● Sprühregen ● Regen ✱ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch- T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Mittwoch:

Gesamtes Bundesgebiet und Berlin: Im norddeutschen Küstengebiet bedeckt und gebietsweise Regen, örtlich auch gewittrige Schauer. Im übrigen Deutschland wechselnd, zeitweise stark bewölkt mit örtlich leichten Schauern. In Süddeutschland im Tagesverlauf Bewölkungsverdichtung und nachfolgend Regen. Höchsttemperaturen 14 bis 19, Tiefsttemperaturen in der Nacht zum Donnerstag 12 bis 17 Grad. Überwiegend schwachwindig.

Und die Aussichten:

Unbeständig und für die Jahreszeit zu kühl.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	28°
Bonn	15°	Kopenhagen	21°
Dresden	13°	Las Palmas	21°
Essen	12°	London	12°
Frankfurt	15°	Madrid	12°
Hamburg	13°	Mailand	11°
List/Sylt	13°	Mallorca	19°
München	16°	Moskau	25°
Stuttgart	12°	Nizza	11°
Algier	20°	Oslo	23°
Amsterdam	13°	Paris	15°
Athen	28°	Prag	17°
Barcelona	17°	Rom	20°
Brüssel	12°	Stockholm	23°
Budapest	20°	Tel Aviv	26°
Bukarest	25°	Tunis	26°
Helsinki	22°	Wien	21°
Istanbul	24°	Zürich	14°

* Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.07 Uhr, Untergang: 21.35 Uhr, Mondaufgang: 13.50 Uhr, Untergang: 2.35 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel.



Die Gegenwart ist Nachwelt schon: Marlene Dietrich (links im Jahre 1951, rechts 1965) schrieb ihre Memoiren in mönchischer Einsamkeit, aber mit wachem Geist.

Einsam auf den Champs-Elysées: Marlene D.

CONSTANCE KNITTER, Paris

„Marlene D." ist der Titel eines Buches, das in Frankreichs zum Renner wurde. Der Name der Autorin ist dreimal größer gedruckt als der Titel: Marlene Dietrich. Der 82 Jahre alte „blaue Engel" erinnert sich. Dabei hatte die mysteriöse Diva erst kürzlich in einem Film-Interview Maximilian Schell gegenüber erklärt: „Meine Vergangenheit interessiert *mich nicht.* Mit 20 Jahren war ich nichts. Mit 82 bin ich eine ganz banale Frau. Zwischendurch war ich Schauspielerin. Mehr gibt es nicht zu sagen."

Nach Erscheinen ihrer Erinnerungen wollten die französischen Medien mehr von der einstmals blonden Diva mit der dunklen rauchigen Stimme erfahren. Doch die Dietrich weigerte sich, irgendwo aufzutreten. Selbst ihr Verleger bekam die Autorin nie zu Gesicht. Nicht einmal telefonieren durfte er mit ihr.

„Die Buchwerbung machen wir mit einem Phantom. Nur dank einer umfangreichen Korrespondenz wissen wir, daß es die Frau noch gibt. Sie überprüfte sehr genau die Übersetzung ihres Manuskripts. Aber ihre *Stimme haben wir nie gehört", heißt* es bei Grasset.

In ihrer Wohnung im vierten Stock eines vornehmen modernen Wohngebäudes *in der Avenue Montaigne* – in unmittelbarer Nähe der Champs Elysées – führt Marlene Dietrich seit fünf Jahren das Leben einer Einsiedlerin. Nach ihrem zweiten Oberschenkelhalsbruch geht der Star mit den „einstmals schönsten Beinen der Welt" nicht mehr auf die Straße. Den größten Teil des Tages verbringt die Diva lesend auf ihrem Bett. Vormittags schreibt sie Briefe oder telefoniert. Meist mit ihrer einzigen Tochter Maria Riva, 56, die 'mal in London, 'mal in New York weilt. Manchmal sieht man am Fenster ihrer Drei-Zimmer-Wohnung hinter einem dichten Vorhang einen Schatten. Dann *beobachtet die alte Dame mit einem* Feldstecher das Kommen und Gehen im Nobelhotel „Plaza Athénée" gegenüber.

Wer den Versuch unternimmt, sich der geheimnisvollen Frau zu nähern, die selbst Nachbarn seit Jahren nicht mehr gesehen haben, erlebt seine Überraschungen. Auf Briefe pflegt sie höflich zu antworten: „Mit Bedauern teile ich Ihnen mit, daß Frau Dietrich gegenwärtig nicht in Frankreich weilt." Unterschrieben sind die Brie*fe mit „E. Davis, Sekretärin von* Frau Dietrich". Am Telefon hört maneine Stimme mit englischem Akzent, die lakonisch erklärt: „Miss Dietrich ist heute in Versailles." Beim Versuch, bis an ihre Wohnungstür vorzudringen, stößt man in der mit rosa Marmor ausgelegten Eingangshalle ihres Wohnhauses auf den Hausmeister, der Besucher abwimmelt: „Madame Dietrich empfängt niemanden. Außerdem *ist sie in New York."*

Aber es gibt keine Sekretärin bei Marlene. Tagesausflüge nach Versailles oder Reisen nach New York gehören der Vergangenheit an. Sowie das große Porträt von Jean Gabin in der Diele der Wohnung.

Jean Gabin spielt auch in ihren Erinnerungen eine große Rolle. „Er war der Mann, der Super-Mann, der Mann eines Lebens. Er war das Ideal, das alle Frauen suchen", schreibt sie. Die Preußin lernte den Franzosen zu Beginn des Krieges in Hollywood kennen. Sie suchte ihm eine Wohnung, half dem starken Mann mit der sensiblen Seele, sich im amerikanischen Exil zurechtzufinden. „Gabin klammerte sich an mich wie ein Waisenkind an eine Adoptivmutter." *Die* beiden Leinwandstars der 30er Jahre lebten eine „große Passion" in Hollywood. Doch als sie 1946 in Frankreich den Film „Martin Roumagnac" drehten, ein Melodrama, das ein Mißerfolg wurde, führte das zum Ende ihrer Liebe.

Eine neue Liebe hätte Marlene Dietrich vielleicht mit Richard Burton erleben können. „Er war nicht nur ein großer Schauspieler, sondern auch ein Mann, der unsere Herzen schneller schlagen ließ", berichtet sie über *ihn.* Sie war seinem Charme vollkommen verfallen. Doch als sie Burton kennenlernte, war er in eine andere Frau verliebt – Liz Taylor. Mit Ernest Hemingway hat Marlene nie ein Verhältnis. Zu sehr schätzte sie dessen Frau Mary. Aber, so heißt es in ihrem Buch: „Ich liebte ihn sofort. Ich habe nie aufgehört, Ernest zu lieben. *Ich liebte ihn platonisch."*

Solcher Art war wohl überhaupt ihre Liebe zu den großen Männern ihres Lebens. „Die Beziehungen, die ich mit gewissen Männern hatte, sind vielleicht schwer zu verstehen", schreibt die Dietrich. „Wenn Sie nur an physischer Liebe interessiert sind, schließen Sie dieses Buch." Die Frau, die immer noch als eines der Sex-Symbole unserer Zeit gilt, behauptet, sie sei *auf dem Gebiet ganz unwissend.* Heute träumt sie nur noch von Liebe und Zärtlichkeit. Auf ihrem Flügel sitzt eine Puppe aus dem Film „Der blaue Engel" – Symbol einer ruhmreichen Vergangenheit. (SAD)

Fixe Idee für Superhochhaus in Frankfurt

Bis 220 Meter in den Himmel von Frankfurt will der 30jährige Karlsruher Architekt Hans Robert Hiegel einen Wolkenkratzer wachsen lassen. Mit 60 Stockwerken wäre es das mit Abstand höchste Haus der *Bundesrepublik Deutschland – um* ein Drittel höher als der „Goliath" unter den deutschen Wolkenkratzern, der Turm der Dresdner Bank in Frankfurt. Der Entwurf ist im Katalog und im „Jahrbuch für Architekten 1984" (Vieweg Verlag, Wiesbaden, 224 S., 48 Mark) abgebildet.

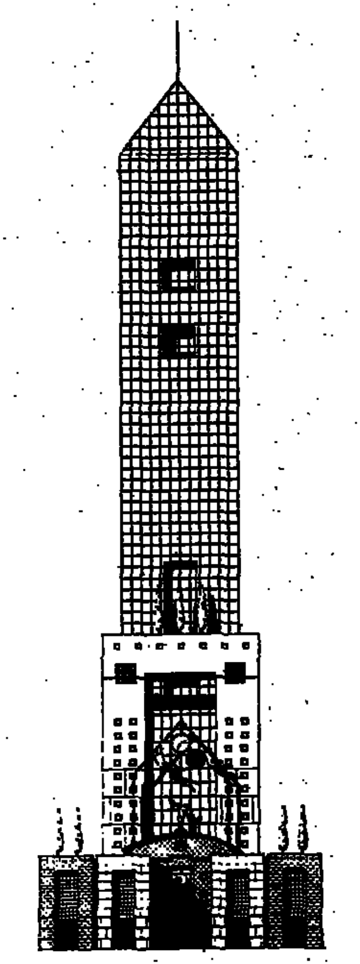
Der junge Karlsruher bricht mit der langweiligen Kistenform, die in Deutschland noch immer der Standardtyp des Hochhauses ist. Die Sockelgeschosse sollen aus Stein gebildet sein. Aus *ihnen wächst ein riesi*ger Glaskörper, der mit einer Spitze bekrönt ist.

Hiegel hat sein Phantasiegebilde ohne jeden Auftrag gezeichnet – und doch wird er vielleicht am Bau eines derartigen Hauses in der Mainmetropole schon bald beteiligt sein.

Tatsächlich gibt es nämlich Überlegungen, dicht neben dem Frankfur*ter Hauptbahnhof einen Wolkenkrat*zer von 220 Metern Höhe zu errichten. Nach Vorstellungen, die in Frankfurter Planungsämtern diskutiert werden, muß er freilich so gestaltet sein, daß er den Hauptbahnhof nicht „erschlägt".

Ein *Vorbild* dafür sehen die *Planer* in der Bauform des freistehenden Glockenturms, des „Campanile", die im italienischen Kirchenbau der Renaissancezeit ihren reifsten Ausdruck gefunden hat. Dieses Vorbild schwebt auch dem jungen Karlsruher vor. So nimmt er in seinem Entwurf das Motiv der hohen Bogenhallen des Bahnhofs in den steinernen Sockel seines „Campanile" auf.

Konkreter sind die Planungen eines anderen Architekten für das Projekt, des Frankfurters Helmut Joos.



Phantasiegebilde: Wolkenkratzer mit „Campanile-Touch"

ZEICHNUNG: HIEGEL

Er hat bereits eine Investorengruppe und ein Nutzungskonzept. Nach seinen Angaben wird der Bau 250 bis 300 Millionen Mark kosten und frühe*stens 1988 fertiggestellt* werden.

Aber Joos wartet noch auf die Baugenehmigung, denn die Stadt hat noch keinen Bebauungsplan für das Gebiet. Vor allem aber: Seine Pläne für den Koloß hält er noch geheim. Und so kann sich die *Vorstellung* der Frankfurter über das, was da auf sie zukommt, bis auf weiteres nur am ungewöhnlichen Phantasiegebilde des jungen Mannes aus Karlsruhe emporranken.

DANKWART GURATZSCH

Freunde Italiens retten bedrohte Küstenstriche

Großaktion will Ausverkauf an Spekulanten verhindern

KLAUS RÜHLE, Rom

Die Grüne Front Italiens bläst zum Angriff nach dem Motto „Der Angriff *ist die beste Verteidigung". Vertei*digt werden sollen die rund 1000 Kilometer Meeresküste, die noch nicht der Bodenspekulation zum Opfer gefallen sind. Viel Zeit bleibt nicht mehr, nachdem bereits drei Viertel der 8000 Kilometer langen Küstenlinie längs der Apenninenhalbinsel verschandelt worden sind. Italiens Grüne, die kein parteipolitisches Gepräge haben, sondern aus *Umwelt*freunden verschiedener Gruppierungen bestehen, haben sich jetzt unter der Führung der italienischen WWF-Sektion zu einer großangelegten Rettungsaktion entschlossen. Italiens World Wildlife Fund inspiriert sich dabei an englischen und französischen Vorbildern. Auch die italienischen Umweltschützer wollen durch Ankauf oder *Pachtung* von bedrohtem Küstenland den Spekulanten das Handwerk legen. Dazu braucht es freilich erhebliche Geldmittel. Sie sollen durch den Erwerb von Adoptionsgutscheinen aufgebracht werden. Die symbolische Adoption kostet umgerechnet 14 Mark pro Quadratmeter.

Die Initiative der italienischen WWF-Organisation, die 30 000 Mitglieder zählt, hat auf Anhieb Erfolg gehabt. In wenigen Tagen liefen *Adoptionsspenden* in Höhe von umgerechnet 340 000 Mark ein. Die ersten 20 000 Quadratmeter Küste können so vor der Ausbeutung geschützt werden. In diesen Oasen, die vor allem in Süditalien, auf Sardinien und den kleineren Inseln entstehen, wird *es keine Hotels und keine Ferienvil*len aus Zement geben.

Das Mittelmeer rund um die Apenninenhalbinsel ist fast überall und in mehrfacher Hinsicht bedroht. Die chemischen Fabriken von Maghera bei Venedig und Marina di Massa *(Toskana)* verpesten die *adriatische* und tyrrhenische Küste mit ihren Abwässern. Dasselbe gilt für die Abfälle der Stahlwerke von Piombino und das Kalziumkarbonat, das von der Solvay-Fabrik in Rosignano täglich massenweise ins Meer geschüttet wird. Der Golf von Augusta (Sizilien) ist durch Fabrikrückstände so verschmutzt worden, daß ein Untersuchungsausschuß der sizilianischen Landesregierung von einem „toten Meer" spricht.

Die Hauptschuld an der Verschmutzung und Vergiftung der Küsten trifft aber nicht nur die Industrie, sondern die Abfallprodukte der Kommunen. Nach den Erhebungen des nationalen Forschungsrats von Italien ergießen sich jährlich 50 000 Tonnen Phosphor städtischer Herkunft ins Mittelmeer. Diese massive Phosphoranreicherung hat zum Phä*nomen der sogenannten Eutrophie* geführt – zur Entartung des biologischen Gleichgewichts und damit zu einem katastrophalen Fischsterben.

Der Feldzug der italienischen Sektion des WWF verdient die Unterstützung ganz Europas. Schließlich ist Italien ein bevorzugtes Ferienland.

Zur Rettungsaktion gehört auch die Insel Capri. Ein kulturelles und landschaftliches Kleinod, das in besonderem Maße von Spekulanten bedroht ist, wobei das Fehlen wirkungs*voller Gesetze wesentlich zu ihrer* Verschandelung beigetragen hat. Axel Munthe würde sich wohl abwenden, wenn er sähe, wie dort mehrstöckige Hotels wie Pilze aus der Erde schießen. An dieser fortschreitenden Verschandelung sind die Bewoh*ner Capris selber schuld. Je mehr* neue Einwohner und Feriengäste, desto mehr Einnahmequellen. Capri ist ein kleines, aber besonders charakteristisches und dramatisches Beispiel dafür, wie dringlich der Schutz der italienischen Küsten ist.

Kaum Chancen für Überlebende der „Marques"

SAD, St. George

Das letzte der vier Rettungsflöße des in der Nacht zum Montag gesunkenen Dreimastseglers „Marques" wurde gestern leer aus dem Atlantik geborgen. Damit ist die Überlebenschance der 18 noch vermißten Besatzungsmitglieder und Passagiere dramatisch geschrumpft. Die pessimistische Beurteilung wurde durch den geretteten Steuermann des Schiffes erhärtet. Der 22jährige erklärte, eine schwere, urplötzlich bei sternklarem Himmel aufgekommene Bö habe das Schiff innerhalb weniger Augenblicke auf die Seite gedrückt. Es sei nach etwa 45 Sekunden gesunken. Die an Deck befindlichen Personen hätten keine Zeit mehr gehabt, die Luken zum Unterdeck zu öffnen, wo mehrere Personen, unter ihnen der Kapitän, seine Frau und deren *gemeinsames* Baby schliefen. Die übrigen Geretteten bestätigten übereinstimmend diese Version. Der Organisator der Regatta, der die Wetterlage zu beurteilen hatte, erklärte inzwischen, er habe sich nichts vorzuwerfen.

Lehrer-Urteil

AP, Kassel

Lehrer genießen keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung, wenn sie *nur befristet als Urlaubs- oder Mutterschaftsvertretung* in den Staatsdienst übernommen wurden. Mit dieser Entscheidung wies das Bundesarbeitsgericht die Klagen mehrerer arbeitsloser Lehrer aus Nordhessen gegen das hessische Kultusministerium zurück.

Horrende Forderung

AFP, Washington

Die Witwe des bei dem Jumbo-Abschuß über Sachalin ums Leben gekommenen amerikanischen Kongreß-Abgeordneten Larry McDonald hat bei einem Bundesgericht in Washington eine Schadensersatzklage über *105 Millionen Dollar eingereicht.*

Kokainring zerschlagen

AFP, Newark

Das FBI hat in den Bundesstaaten New York, New Jersey, Florida und Texas 41 Angehörige zweier internationaler Kokainhändlerringe festgenommen, unter ihnen mehrere Kolumbianer. Als Leiter der Organisationen ermittelte das FBI einen am vergangenen Wochenende in der Dominikanischen Republik verhafteten Kolumbianer sowie einen noch flüchtigen Landsmann des Dealers. Der Jahresumsatz der Banden soll rund *150 Millionen Mark betragen haben.*

Auslieferung abgelehnt

AP, Berlin

Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat die Auslieferung eines 33jährigen mutmaßlichen Mörders nach Magdeburg abgelehnt. Der „DDR"-Flüchtling wurde im Januar vergangenen Jahres bei seiner Flucht von Todesautomaten schwer verletzt und befindet sich seit dem Sommer 1983 in Untersuchungshaft. Ein Magdeburger Gericht verurteilte jetzt den Komplizen des Flüchtlings zu lebenslanger Freiheitsstrafe.

ZU GUTER LETZT

Unterzeile in einem Bericht der neuesten Ausgabe der vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Zeitschrift „Zivilschutz Magazin" zum Thema: „Lawinen sprengen – Gefahren verringern": „Voraussetzung für diese Tätigkeit ist der gebirgsnahe Standort."